



Einsicht 2025  
*Bulletin des  
Fritz Bauer Instituts*

Fritz Bauer Institut  
*Geschichte und Wirkung  
des Holocaust*

Profiteure und Mittäter der NS-Verbrechen  
*»Großdeutsche« Unternehmen  
in den besetzten Gebieten*

Tonbänder als historische Quellen  
*NSG-Prozesse und frühe Interviews*

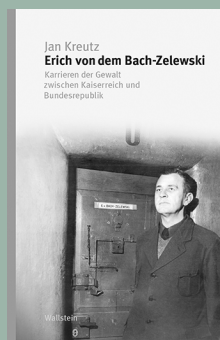
# Aktuelle Publikationen des Fritz Bauer Instituts



Alexander Zinn  
**Maintöchter**  
*Schwule, Lesben, Trans- und Intersexuelle in Frankfurt am Main 1933–1994*  
Studien zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, Band 12  
Göttingen: Wallstein Verlag, 2025  
420 S., 6 Abb., geb., Schutzumschlag, € 42,–  
ISBN 978-3-8353-5719-8



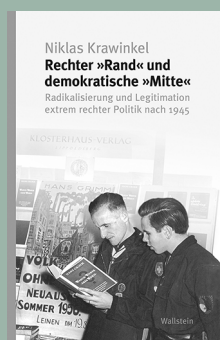
Joscha Döpp  
**Von Babyn Jar nach Darmstadt**  
*Der SS-Sonderkommandoführer Kuno Callsen vor Gericht*  
Kleine Reihe zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, Band 5  
Göttingen: Wallstein Verlag, 2024  
167 S., 2 Abb., Klappenbroschur, € 18,–  
ISBN 978-3-8353-5718-1



Jan Kreutz  
**Erich von dem Bach-Zelewski**  
*Karrieren der Gewalt zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik*  
Studien zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, Band 13  
Göttingen: Wallstein Verlag, 2025  
688 S., 7 Abb., geb., Schutzumschlag, € 48,–  
ISBN 978-3-8353-5842-3



Marco De Paolis, Paolo Pezzino  
**Schwierige Justiz**  
*Die Prozesse wegen deutscher Kriegsverbrechen in Italien 1943–2013*  
Deutsche Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg, Band 2  
Aus dem Italienischen von Walter Kögler  
Göttingen: Wallstein Verlag, 2025  
194 S., 6 Abb., geb., Schutzumschlag, € 32,–  
EAN 9783835359185



Niklas Krawinkel  
**Rechter »Rand« und demokratische »Mitte«**  
*Radikalisierung und Legitimation extrem rechter Politik nach 1945*  
Studien zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, Band 14  
Göttingen: Wallstein Verlag, 2025  
460 S., geb., Schutzumschlag, € 42,–  
EAN 9783835359383



Fritz Bauer  
**Die Kriegsverbrecher vor Gericht**  
Mit einem Nachwort von Joachim Rückert  
*Fritz-Bauer-Schriften, Band 1*  
Göttingen: Wallstein Verlag, 2026  
280 S., geb., Schutzumschlag, € 28,–  
ISBN 978-3-8353-5716-7  
voraussichtlich lieferbar ab 6. Januar 2026

## Fritz Bauer. Der Staatsanwalt *NS-Verbrechen vor Gericht*

Online-Ausstellung: [fritz-bauer-der-staatsanwalt.de](http://fritz-bauer-der-staatsanwalt.de)

Fritz Bauer, der als hessischer Generalstaatsanwalt den Frankfurter Auschwitz-Prozess auf den Weg brachte und entscheidende Hinweise zur Ergreifung von Adolf Eichmann gab, hat bundesrepublikanische Geschichte geschrieben. Ohne Zweifel gehört er zu den bedeutendsten jüdischen Remigranten nach 1945. Die 2014 vom Fritz Bauer Institut und dem Jüdischen Museum Frankfurt entwickelte Wanderausstellung *Fritz Bauer. Der Staatsanwalt* wurde nach zwölf Stationen aufgelöst und 2023 als Online-Ausstellung neu konzipiert. Die sorgfältig ausgewählten Fotos, Dokumente, Audio- und Videoaufnahmen verweben sich anhand von Scrolltelling – einer innovativen und interaktiven Darstellungsform – und dokumentieren die Lebensgeschichte Fritz Bauers im Spiegel der historischen Ereignisse. Die Website ist auch in englischer, polnischer und Leichter Sprache verfügbar. Die Überarbeitung der Ausstellung in die digitale Form wurde vom Förderverein Fritz Bauer Institut e.V. finanziert. **QR-Code zur Ausstellung:**



# Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe der *Einsicht* befassen wir uns im ersten Schwerpunkt mit den Aktivitäten deutscher Unternehmen in den von Deutschland im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebieten, die das NS-Regime nicht nur militärisch kontrollierte, sondern im Interesse der eigenen Kriegs- und Rüstungswirtschaft nahezu allesamt auch wirtschaftlich ausbeutete. Obwohl die Geschichte der deutschen Besatzung und ökonomischen Ausplünderung Europas seit langer Zeit erforscht wird, ist die Rolle einzelner Unternehmen noch recht wenig in den Blick genommen worden. Deutlich wird anhand der hier behandelten Beispiele, dass nicht nur Großkonzerne bestrebt waren, die Chancen zu nutzen, die sich ihnen seit Kriegsbeginn boten. Auch private Unternehmen, große wie kleinere, versuchten, die neue Situation zu nutzen und ihren Ertrag zu mehren. Sie profitierten von der »Arisierung« jüdischen Besitzes und von Zwangsarbeit, sie erschlossen sich zusätzliche Geschäftsfelder und waren unmittelbar beteiligt an Verbrechen, die im Kontext von Krieg und Besatzungsterror verübt wurden. An der Radikalisierung der auf Lebensraumeroberung ausgerichteten Politik des Regimes wirkten sie unmittelbar mit, bis hin zur Beteiligung an der Raub- und Mordökonomie.

Der zweite Themenschwerpunkt steht unter dem Titel »Tonbänder als historische Quellen. NS-Prozesse und frühe Interviews«. Die Beiträge gehen auf einen Workshop zum Thema »Der Holocaust auf Tonband« zurück, den das Fritz Bauer Institut im Dezember 2023 veranstaltet hat. Tonbandmitschnitte von Gerichtsprozessen wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen sind eine Quellengattung, die erst allmählich in den Blick der Geschichtswissenschaft rückt. Ihr Nutzen für die historische Forschung scheint einerseits evident zu sein, da die Stimmen auf den Tonbändern auf andere Weise als schriftliche Prozessdokumente einen ganz unmittelbaren Einblick in die Gerichtssäle und die Dynamik der Verhandlungen vermitteln. Andererseits ergeben sich aber zugleich auch vielerlei Herausforderungen im Umgang mit den Tondokumenten. Das betrifft sowohl methodische und forschungspragmatische Probleme als auch die Frage, welche neuen Erkenntnispotenziale diese Quellen eigentlich

bieten. Ähnliches gilt für andere frühe Tondokumente, etwa für Befragungen von Holocaustüberlebenden, die gleich nach Kriegsende angestoßen wurden.

Johannes Beermann-Schön, Archivar des Fritz Bauer Instituts, behandelt in einem weiteren Aufsatz ein Thema, das in Deutschland erst allmählich Aufmerksamkeit findet, während es im Ausland bereits eingehender diskutiert wird: die Frage, wie Archivarinnen und Archivare in ihrer täglichen Arbeit mit Beständen umgehen, die emotional belastend sind. Das betrifft durchaus nicht nur Archive, die sich mit der Geschichte von Nationalsozialismus und Holocaust befassen. Auch in Beständen anderer Archive können sich potenziell



schockierende und verstörende Akten und Gegenstände finden. Der Beitrag von Johannes Beermann-Schön beruht auf seiner Abschlussarbeit im berufsbegleitenden Masterstudiengang Archivwissenschaft an der Fachhochschule Potsdam, in deren Rahmen er mehrere Interviews unter anderem mit Archivarinnen und Archivaren über deren Erfahrungen mit emotional belastenden Beständen geführt hat.

Auch in dieser Ausgabe der *Einsicht* finden Sie einen ausführlichen Rezensionsteil, in dem sowohl Angehörige des Fritz Bauer Instituts als auch externe Rezensentinnen und Rezensenten eine Auswahl von neuen Publikationen besprechen, die zur Geschichte und Wirkung des Nationalsozialismus und des Holocaust erschienen sind. Detaillierte Informationen zur Arbeit des Fritz Bauer Instituts finden Sie in unserem Jahresbericht, der sowohl in gedruckter Form als auch als PDF-Dokument auf der Website des Instituts zur Verfügung steht. Dort finden Sie auch Hinweise zu bevorstehenden Veranstaltungen, neuen Publikationen, unserer Mediathek sowie aktuelle Nachrichten unsere Arbeit betreffend. Wenn Sie regelmäßig informiert werden möchten, abonnieren Sie gern unseren Newsletter oder folgen Sie unseren Kanälen auf BlueSky, Facebook und Mastodon.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Prof. Dr. Sybille Steinbacher und apl. Prof. Dr. Tobias Freimüller  
*Frankfurt am Main, im Oktober 2025*

- 45 Konsektivdolmetschen beim ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess. Schwierigkeiten der Kommunikation über genozidale Gewalt  
*Peter Davies*
- 54 Displaced Persons zuhören. Quellenkritische Kommentare zur Überlieferung von Stimmen auf Tondraht  
*Axel Doßmann*
- 

## Weitere Themen

*Aus dem Archiv des Fritz Bauer Instituts:  
Neuzugänge, Fundstücke, Erschließungen*

- 64 Achtung, Akte! Über den Umgang mit emotional belastenden Beständen im Archiv  
*Johannes Beermann-Schön*
- 

## Rezensionen

- 68 **Melanie Wager:** »Der Stürmer« und seine Leser. Ein analoges antisemitisches Netzwerk. Zur Geschichte und Propagandawirkung eines nationalsozialistischen Massenmediums  
*Wolfram Meyer zu Uptrup*
- 69 **Andreas Kranebitter:** Die Konstruktion von Kriminellen. Die Inhaftierung von »Berufsverbrechern« im KZ Mauthausen  
*Jens Kolata*
- 70 **Frank Nonnenmacher (Hrsg.):** Die Nazis nannten sie »Asoziale« und »Berufsverbrecher«. Verfolgungsgeschichten im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik  
*Michaela Soyer*
- 71 **Sylvia Steckmest:** Zwischen Emanzipation und Emigration. Das Modehaus Gebr. Robinsohn am Neuen Wall  
*Mirjam Schnorr*
- 72 **Christine Kausch:** »Zuflucht auf Zeit«. Juden aus Deutschland in den Niederlanden 1933–1945  
*Anne Klein*
- 73 **Walter Manoschek:** Vernichtet. Österreichische Juden und Jüdinnen in den Ghettos des Generalgouvernements 1941/1942  
*Ingo Loose*
- 74 **Moritz Grote, Wolfgang Heidrich:** Gefangen in Flößberg. Die Geschichte des Buchenwalder Außenlagers 1944 bis 1945  
*Andrea Rudorff*

- 75 **Akim Jah, Christoph Kreutzmüller (Hrsg.):** Zwangsräume. Antisemitische Wohnungspolitik in Berlin 1939–1945  
*Michaela Raggam-Blesch*
- 76 **Tatjana Tönsmeier:** Unter deutscher Besatzung. Europa 1939–1945  
*Veronika Duma*
- 77 **Christian Schmittwilken:** Zentralen des Terrors. Die Dienststellen der Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD im Reichskommissariat Ukraine  
*Johannes Spohr*
- 78 **Ales Adamowitsch, Janka Bryl, Uladsimir Kalesnik:** Feuertöchter. Wehrmachtsverbrechen in Belarus – Zeitzeugen berichten  
*Aliaksandr Dalhouski*
- 79 **Frank-Lothar Kroll, Stephan Lehnstaedt (Hrsg.):** Jüdischer Widerstand in Europa. Grundlagen, Formen, Netzwerke  
*Markus Roth*
- 80 **Liliana Segre, Enrico Mentana:** Erinnern macht frei. Das unterbrochene Leben eines Mädchens in der Shoah  
*Sara Berger*
- 81 **Philipp Graf:** Zweierlei Zugehörigkeit. Der jüdische Kommunist Leo Zuckermann und der Holocaust  
*Anna Koch*
- 82 **Katarzyna Person:** Jüdische DPs aus Polen in der amerikanischen und britischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1948  
**Katarzyna Nowak:** Kingdom of Barracks. Polish Displaced Persons in Allied-Occupied Germany and Austria  
*Sarah Grandke*
- 83 **Ebbo Schröder:** Journalistische Praxis beim Nürnberger Prozess 1945/46. Eine Fallstudie zum blinden Fleck der Mediengeschichtsschreibung  
*Annette Weinke*
- 84 **Hans-Walter Schmuhl, Karsten Wilke:** Die Landeskindeheilstätte Mammolshöhe und ihr Direktor Werner Catel. Fürsorge, Therapie und unethische Forschung 1927–1954  
*Tobias Freimüller*
- 85 **Jack Fairweather:** The Prosecutor. One Man's Battle to Bring Nazis to Justice  
*Katharina Rauschenberger*
- 86 **Grzegorz Rossoliński-Liebe:** Stepan Bandera. Leben und Kult  
*Franziska Bruder*
- 87 **Darius Muschiol:** Einzeltäter? Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik  
*Barbara Manthe*
- 88 **Wolfgang Benz:** Zukunft der Erinnerung. Das deutsche Erbe und die kommende Generation  
*Jörg Osterloh*

- 89 **Kristin Platt:** Die Namen der Katastrophe. »Holocaust« und »Shoah« als sprachliche und soziale Zeichen  
*Sascha Feuchert*
- 90 **Peter Ullrich, Sina Arnold, Anna Danilina, Klaus Holz, Uffa Jensen, Ingolf Seidel, Jan Weyand (Hrsg.):** Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft  
*Nikolas Lelle*
- 91 **Matthias Naumann (Hrsg.):** Judenhass im Kunstbetrieb. Reaktionen nach dem 7. Oktober 2023  
*Konstantin Nowotny*
- 92 **Saul Friedländer:** Israel im Krieg. Ein Tagebuch  
*Andrea Kirchner*
- 93 **Kirsten Hoffmann, Bernhard Homa, Nicolas Rügge (Hrsg.):** Personenbezogene Unterlagen zur NS-Zeit und ihren Folgen im Niedersächsischen Landesarchiv. Quellengruppen und Nutzungsmöglichkeiten  
*Johannes Beermann-Schön*
- 

## Fritz Bauer Institut im Überblick

- 94 Das Fritz Bauer Institut / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
95 Stiftungsrat / Wissenschaftlicher Beirat  
96 Impressum / Titelabbildung  
97 Förderverein Fritz Bauer Institut e.V.

## Profiteure und Mittäter der NS-Verbrechen

*»Großdeutsche« Unternehmen in den besetzten Gebieten*

- 4 Einführung
- 6 Besatzungsterror, Zwangsarbeit und Judenmord. Die HASAG im Generalgouvernement  
*Martin Clemens Winter*
- 16 Agrarausbeutung und antisemitische Ausschaltung. Hansestädtische Handelsfirmen im Generalgouvernement 1939–1945  
*Felix Matheis*
- 25 Bauen für den NS-Staat. Die Tätigkeit der Porr AG in den besetzten Gebieten  
*Christian Rabl*
- 

## Tonbänder als historische Quellen

*NSG-Prozesse und frühe Interviews*

- 34 Einführung
- 36 Tonbandaufzeichnungen aus west- und ostdeutschen NSG-Prozessen. Bestände, Herausforderungen als historische Quellen und Relevanz für die Forschung  
*Sara Berger*



## Profiteure und Mittäter der NS-Verbrechen »Großdeutsche« Unternehmen in den besetzten Gebieten

Das nationalsozialistische Deutschland stellte mehr oder weniger alle von der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebiete rücksichtslos in den Dienst seiner Kriegswirtschaft: Agrarprodukte sollten die Versorgung der Wehrmachtssoldaten im Kriegseinsatz und der deutschen Bevölkerung an der »Heimatfront« sicherstellen, Industrieanlagen wurden auf Rüstungsproduktion umgestellt. Die Folgen für die Wirtschaften und die Bevölkerungen der besetzten Länder waren Warenknappheit und, insbesondere in Osteuropa, aber nicht nur dort, tödlicher Hunger.<sup>1</sup> Der immer größer werdende Arbeitskräftemangel im Reich führte zum Einsatz von Ausländern *im* Reich, der zunächst auf Werbung, schon bald aber auf Zwang basierte; zudem mussten Millionen Menschen in den besetzten Gebieten zwangsweise für das Reich arbeiten.

Die historische Forschung befasst sich schon seit langer Zeit mit der wirtschaftlichen Ausnutzung der besetzten Gebiete. Im Blick standen von den deutschen Besatzungsbehörden etablierte Institutionen wie etwa die in Polen eingerichtete Haupttreuhandstelle Ost.<sup>2</sup> Mit dem Boom der Unternehmensgeschichtsschreibung seit dem Ende der 1990er Jahre sind zahlreiche Studien vor allem zu Großbanken<sup>3</sup> und Großkonzernen<sup>4</sup> entstanden, die auch deren Interessen und Engagement in den besetzten Gebieten dokumentieren. Es waren aber nicht nur Großkonzerne, die dort etwa von der »Arisierung« des Besitzes von Juden, von den Aufträgen der Wehrmacht und der Besatzungsverwaltungen und vom Zwangsarbeitereinsatz profitierten.

Dieser Schwerpunkt der *Einsicht* beschäftigt sich mit der Rolle privater Unternehmen beziehungsweise von Branchen, die erst jüngst die Aufmerksamkeit der Forschung gefunden haben.

Martin Clemens Winter (Leipzig) befasst sich mit dem heute kaum noch bekannten Leipziger Rüstungskonzern Hugo Schneider AG (HASAG). Dieser hatte die Möglichkeit zur Expansion in das

»Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete« umgehend genutzt und dort mehrere Fabriken übernommen. Die HASAG war im Generalgouvernement aber nicht nur einer der größten Profiteure der Ausbeutung durch Zwangsarbeit, sondern unterstützte darüber hinaus die deutsche Arbeitseinsatzverwaltung bei der Rekrutierung von Arbeitskräften für das Reich. Die Bedingungen der Zwangsarbeit sowie die Lebensumstände und die Selektionen von nicht mehr Arbeitsfähigen in den Lagern der HASAG kosteten mehreren zehntausend Menschen das Leben; zudem beteiligte sich der Werkschutz des Unternehmens unmittelbar an der Ermordung der jüdischen Bevölkerung.

Felix Matheis (Hamburg) untersucht die Tätigkeit hanseatischer Großhandelsunternehmen im Generalgouvernement. Im Jahr 1939 waren die besetzten polnischen Gebiete zunächst schlicht ausgeplündert worden; ab 1940 sollte das Generalgouvernement wirtschaftlich längerfristig ausgebeutet werden, nicht zuletzt betraf dies die Erfassung und Verteilung von Lebensmitteln zugunsten der Versorgung der deutschen Bevölkerung. Gleichzeitig sollten aber auch die Gewerbebetriebe von Juden ausgeschaltet werden, was zu einem Zusammenbruch der Handelsbranche führte. Diese beiden Ziele waren eigentlich nicht miteinander zu vereinbaren. Das Problem konnte gelöst werden, indem hanseatische Großhandelsfirmen, die durch den Krieg ihre Geschäftsfelder in Übersee verloren hatten, im Generalgouvernement ein Handelsnetz aufbauten und die Warenströme steuerten.

Christian Rabl (Wien) schließlich stellt die Aktivitäten der Porr AG, eines österreichischen Baukonzerns, im Zweiten Weltkrieg dar. Nach dem »Anschluss« Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 hatte die Porr sich umgehend an mehreren lukrativen Bauprojekten etwa der IG Farben AG Leverkusen in Linz und Moosbierbaum sowie in Auschwitz-Monowitz und Parchwitz im nunmehr »Großdeutschen Reich« beteiligen können. Der Versuch, sich nach Beginn des Kriegs gezielt neue Betätigungsfelder in Ostschlesien und Galizien zu erschließen, hatte kaum einen nennenswerten Erfolg. Etwas anders sah es bei der Porr-Tochterfirma Allgemeine Straßenbau AG (Allbau) aus, die etwa in Serbien und Mazedonien Bauprojekte übernehmen konnte. Rabl befasst sich mit der Tätigkeit der Allbau im serbischen Bor und der Porr in Auschwitz-Monowitz; der Konzern setzte in großer Zahl Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und im Fall von Monowitz auch KZ-Häftlinge auf seinen Baustellen ein.

Die drei Fallbeispiele dokumentieren, in welcher Weise deutsche und österreichische Unternehmen die sich ihnen in den besetzten Gebieten bietenden Chancen nutzten, um sich neue Geschäftsfelder zu erschließen – und hierbei nicht nur eng mit dem Besatzungs- und Terrorapparat zusammenarbeiteten, sondern in unterschiedlichem Ausmaß auch selbst zu Tätern wurden. Sie verdeutlichen zugleich, dass die Forschungen hierzu noch längst nicht abgeschlossen sind.

- 1 S. grundlegend Tatjana Tönsmeier, *Unter deutscher Besatzung. Europa 1939–1945*, München 2024.
- 2 S. etwa Bernhard Rosenkötter, *Treuhandpolitik. Die »Haupttreuhandstelle Ost« und der Raub polnischer Vermögen 1939–1945*, Essen 2003.
- 3 S. etwa Harald Wixforth unter Mitarbeit von Johannes Bähr u.a., *Die Expansion der Dresdner Bank in Europa*, München 2006.
- 4 Besonders gut erforscht ist der Flick-Konzern: s. etwa Kim Christian Priemel, *Flick – Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik*, Göttingen 2007; Johannes Bähr u.a., *Der Flick-Konzern im Dritten Reich*, München 2008; Norbert Frei u.a., *Flick. Der Konzern, die Familie, die Macht*, München 2009.

Links: Propagandaplakat, Bildunterschrift in Übersetzung: »Die Stadt dem Dorf« – »Das Dorf der Stadt« – »Erhöhte Prämien. Bauer, liefere reichlicher!«  
Quelle: Archiwum Akt Nowych, Bestand 122 (Zbiór druków niemieckich), Nr. 40

# Besatzungsterror, Zwangsarbeit und Judenmord

## Die HASAG im Generalgouvernement

Von Martin Clemens Winter



**Dr. Martin Clemens Winter** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Alfred Landecker Lecturer am Historischen Seminar der Universität Leipzig. Veröffentlichungen (Auswahl): »Entgrenzte Gewalt zwischen Räumung und Befreiung. Die Todesmärsche als Gesellschaftsverbrechen«, in: Axel Drecoll, Michael Wildt (Hrsg.), Kolja Buchmeier (Mitarb.), *Nationalsozialistische Konzentrationslager. Geschichte und Erinnerung*, Berlin 2024, S. 114–122; »Die HASAG im Generalgouvernement: Ein firmeneigenes Lagersystem inmitten des Holocaust«, in: Anne Friebe, Josephine Ulbricht (Hrsg.), *Zwangsarbeit beim Rüstungskonzern HASAG. Der Werksstandort Leipzig im Nationalsozialismus und seine Nachgeschichte*, Leipzig 2023, S. 27–46; *Gewalt und Erinnerung im ländlichen Raum: Die deutsche Bevölkerung und die Todesmärsche*, Berlin 2018.

Foto: privat

Im April 1941 konnten die Angehörigen des Leipziger Rüstungskonzerns Hugo Schneider AG (HASAG) in der Werkzeitschrift *Unsere Hasag* den Bericht eines Kollegen über seinen Einsatz für die Firma im Generalgouvernement lesen. Er schilderte zunächst die Fahrt nach Czeŝochowa (Tschenstochau): »[W]eithin ödes Land, magerer Boden, unordentlich bearbeitet, saure Wiesen ohne Drainage. So zeigt sich uns Polen.« Unter diese abwertenden, antipolnischen Stereotype mischte sich unverhohlener Antisemitismus, als es hieß, »die Stadt wimmelt von Juden mit dreckigweißer Armbinde und blauem David-Stern darauf«. Der vermeintlich vorgefundenen Verwahrlosung setzte der Autor entgegen: »Hasag schafft Ordnung und Sauberkeit«; die Instandsetzung der Eisenhütte in Czeŝochowa wurde im Text als »Aufbau im Osten« bezeichnet.

Der »Betriebsgemeinschaft« der HASAG wurde damit zum einen die diskriminierende Kennzeichnungspflicht für Jüdinnen und Juden klar vor Augen geführt. Zum anderen vermittelte der Artikel den Anspruch des Unternehmens, im Generalgouvernement nicht nur Rüstungsgüter zu produzieren, sondern zugleich als »Kulturpionier« einen eigenen Beitrag zur »Germanisierung« zu leisten. Dass sich die HASAG als elementaren Bestandteil des Besatzungsregimes verstand, machte auch der Feuerspruch beim feierlichen Anblasen des Hochofens deutlich, der proklamierte: »Deutsche Wirtschaft und deutsche Wehr / stellen in Ost den Frieden her.«<sup>1</sup>

Während die Geschichte vieler Unternehmen während des Nationalsozialismus im »Altreich« und im 1938 annektierten Österreich mittlerweile gut erforscht ist, wurde das Engagement privater Firmen in den von den Deutschen besetzten Gebieten bislang weniger intensiv beleuchtet.<sup>2</sup> Wenn, dann standen eher traditionell

1 O.A., »Auf Vorposten Hasag-Tschenstochau (General-Gouvernement)«, in: *Unsere Hasag*, 4 (1941), H. 2, S.11–14.  
2 Harald Wixforth, »Handlungsspielräume in der Befehlswirtschaft – Die Hütten-

wirtschaftsgeschichtliche Fragen im Fokus wie die Entscheidungsfindung zur Expansion oder der Zusammenhang von unternehmerischen Spielräumen und staatlicher Lenkung.<sup>3</sup> Einzeluntersuchungen haben zudem die Ausbeutung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern herausgearbeitet.<sup>4</sup> Seltener jedoch sind Privatunternehmen auch über den engeren ökonomischen Bereich hinaus als Akteure des Okkupationsregimes betrachtet worden.<sup>5</sup> Das Beispiel der HASAG bietet sich an, den Blickwinkel in diesem Sinne zu erweitern. Ausgehend von der Expansion sowie der Arbeitskräftepolitik des Leipziger Rüstungskonzerns wird im Folgenden die Verbindung zu anderen Organisationen und Institutionen im Generalgouvernement in den Blick genommen – und damit die nationalsozialistische Unternehmenskultur sowie die Beteiligung am Holocaust und an weiteren NS-Massenverbrechen.

### Von Leipzig ins Generalgouvernement

Die Hugo Schneider AG geht zurück auf eine 1863 in Leipzig gegründete Lampenfirma, die 1899 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Hauptanteilseigner waren die Dresdner Bank und die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt (ADCA). Unter dem späteren Generaldirektor, dem SS- und SD-Angehörigen Paul Budin, entwickelte sich die HASAG ab Mitte der 1930er Jahre zu einem reinen Rüstungskonzern, der sich eng an die nationalsozialistischen Machthaber band. Damit ging eine massive Expansion einher – parallel zum Ausbau des Leipziger Hauptsitzes errichtete das Unternehmen mehrere Zweigwerke in Mitteldeutschland.<sup>6</sup> Am Vorabend

.....  
werke in der Ukraine unter deutscher Besatzung«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte / Economic History Yearbook*, 60 (2019), H. 2, S. 497–532, hier: S. 498.

3 Vgl. etwa Harald Wixforth, Johannes Bähr, »Die Expansion im besetzten Europa«, in: Johannes Bähr u.a. (Hrsg.), *Der Flick-Konzern im Dritten Reich*, München 2008, S. 379–469; Troy Gillan, »Krupp in the Occupied Eastern Territories: Frustration, Failures, and the Question of Freedom«, in: *Australian Journal of Politics and History*, 68 (2022), H. 3, S. 376–393.

4 Lutz Budraß, »Arbeitskräfte können aus der reichlich vorhandenen jüdischen Bevölkerung gewonnen werden.« Das Heinkel-Werk in Budzyn 1942–1944«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte / Economic History Yearbook*, 45 (2004), H. 1, S. 41–64; Thomas Irmer, »Zwangsarbeit für die deutsche Elektroindustrie im besetzten Polen. Die »Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft« (AEG) und das Kabelwerk Krakau 1941–1944«, in: Andreas Heusler, Mark Spoerer, Helmuth Trischler (Hrsg.), *Rüstung, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit im »Dritten Reich«*, München 2010, S. 87–105; Karl Heinz Roth, Jan-Peter Abraham, *Reemtsma auf der Krim. Tabakproduktion und Zwangsarbeit unter der deutschen Besatzungsherrschaft 1941–1944*, Hamburg 2011.

5 Vgl. in dieser Hinsicht zum an das Reich angeschlossenen Auschwitz: Sybille Steinbacher, »Musterstadt« Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien, München 2000, S. 205–252.

6 Josephine Ulbricht, »Einführung – der Rüstungskonzern HASAG«, in: Anne Friebe, Josephine Ulbricht (Hrsg.), *Zwangsarbeit beim Rüstungskonzern*

des Zweiten Weltkriegs war die HASAG das größte Unternehmen in Sachsen.<sup>7</sup> Neben Munition und Sprengkörpern wurde die »Panzerfaust« zu ihrem Kernprodukt.

Nach dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 ergriff die Firmenleitung umgehend die Chance zur weiteren Expansion. Noch vor der Gründung des Generalgouvernements übertrug die Wehrmacht im Oktober 1939 der HASAG die kommissarische Führung von Rüstungsfabriken in Kielce und Skarżysko-Kamienna. Im Herbst 1940 kam die bereits erwähnte Eisenhütte Rakow in Tschenstochau hinzu. Die eigens für die Produktion im Generalgouvernement gegründete Hugo Schneider Eisen- und Metallwerke GmbH erwarb diese Fabriken im Frühjahr 1943 zum günstigen Preis von insgesamt 16,5 Millionen Złoty. Bald dehnte sich der Konzern in Tschenstochau noch weiter aus: Im Juli 1943 kaufte die HASAG dort den beschlagnahmten französischen Textilbetrieb Peltzer (Pelcery) und führte ihn als »Apparatebau« weiter; im Herbst 1943 übernahm sie das Werk Warta und im Sommer 1944, als die Produktion aus Kielce verlagert werden musste, auch die unweit gelegene Fabrik Czeŝochowianka. Mit mehr als 26.700 Beschäftigten, darunter tausenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, hatte die HASAG im Frühjahr 1944 die größte Belegschaft aller kriegswichtigen Betriebe im Distrikt Radom.<sup>8</sup>

### Unternehmenskultur und Besatzungsherrschaft

Die HASAG vertrat den Anspruch, sich nicht nur als mächtiger Wirtschaftsfaktor und Rüstungsschmiede des Distrikts Radom, sondern auch als gesellschaftlicher Akteur im Geflecht der NS-Besatzungsinstitutionen zu etablieren. Schon im Reichsgebiet wollte die Firma mit ihrer nationalsozialistischen Unternehmenskultur mehr sein als lediglich Produktionsstätte und Arbeitsplatz. Die »Betriebsgemeinschaft« der HASAG sollte in den Werken gebildet, »erzogen«, aber auch unterhalten werden. Dafür wurden »Gefolgschaftshäuser« errichtet und regelmäßig Veranstaltungen organisiert. Sah man sich in Deutschland im Dienst an der »Heimatfront«, so verstand die Firmenleitung den Einsatz im Generalgouvernement als Gelegenheit, ihren Beitrag zur »Germanisierung« zu leisten. Anlässe wie das Anblasen des Hochofens in Tschenstochau oder die Eröffnung

.....  
*HASAG. Der Werksstandort Leipzig im Nationalsozialismus und seine Nachgeschichte*, Leipzig 2023, S. 9–26.

7 Michael C. Schneider, »Sächsische Unternehmen in der Aufrüstungs- und Kriegswirtschaft«, in: Mike Schmeitzner, Clemens Vollnhals, Francesca Weil (Hrsg.), *Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949*, Göttingen 2016, S. 83–98, hier: S. 93.

8 Martin Clemens Winter, »Die HASAG im Generalgouvernement: Ein firmeneigenes Lagersystem inmitten des Holocaust«, in: Friebe, Ulbricht (Hrsg.), *Zwangsarbeit*, S. 27–46, hier: S. 28.



**Jan Kreutz**  
**Erich von dem Bach-Zelewski**  
**Karrieren der Gewalt zwischen**  
**Kaiserreich und Bundesrepublik**

Studien zur Geschichte und Wirkung des Holocaust (Hg. von Sybille Steinbacher, i. A. des Fritz Bauer Instituts), Bd. 13  
 569 S., 3 z. T. farb. Abb., geb., Schutzumschlag  
 46,00 € (D); 47,30 € (A)  
 ISBN 978-3-8353-5842-3

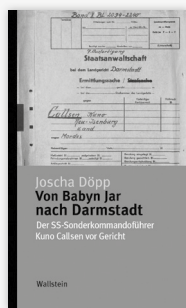
**Die erste Monografie über einen der Hauptverantwortlichen für den Holocaust hinter der Ostfront im Sommer 1941.**



**Marco De Paolis, Paolo Pezzino**  
**Die schwierige Justiz**  
**Die Prozesse wegen deutscher**  
**Kriegsverbrechen in Italien 1943–2013**

Aus dem Italienischen von Walter Kögler  
 Deutsche Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg (Hg. von Sybille Steinbacher, i. A. des Fritz Bauer Instituts), Bd. 2  
 154 S., 3 Abb., geb., Schutzumschlag  
 28,00 € (D); 28,80 € (A)  
 ISBN 978-3-8353-5918-5

**Die Verbrechen an der italienischen Zivilbevölkerung während der deutschen Besatzung 1943–1945 blieben jahrzehntelang ungesühnt. Was waren die Gründe?**



**Joscha Döpp**  
**Von Babyn Jar nach Darmstadt**  
**Der SS-Sonderkommandoführer**  
**Kuno Callsen vor Gericht**

Kleine Reihe zur Geschichte und Wirkung des Holocaust (Hg. von Sybille Steinbacher, i. A. des Fritz Bauer Instituts), Bd. 5  
 2. Aufl., 167 S., 2 Abb., Klappenbroschur  
 18,00 € (D); 18,50 € (A)  
 ISBN 978-3-8353-5718-1

**Fritz Bauers letztes großes Strafverfahren: die in der Ukraine begangenen Verbrechen des Sonderkommandos 4a vor Gericht.**

www.wallstein-verlag.de

des dortigen »Gemeinschaftshauses« boten Gelegenheiten, sich mit einflussreichen Gästen aus der Regierung des Generalgouvernements, Wehrmacht, Rüstungsinspektion oder lokalen Verwaltung zu umgeben. Um diese Netzwerke aufzubauen und zu festigen, flog Generaldirektor Budin eigens aus Leipzig ein. In der Werkzeitschrift wurde resümiert, »dass die Hasag mit allen Mitteln bestrebt ist, uns die Fremde zur Heimat zu machen«.<sup>9</sup>

Kultur- und Sportveranstaltungen dienten der HASAG dazu, die eigene Relevanz zu unterstreichen, sich als »Kulturpionier« zu gerieren und zugleich die Belegschaft fernab der Heimat bei Laune zu halten. So wurden an allen drei Standorten im Generalgouvernement Werkskapellen gegründet, die »den Schaffenden in den Werkpausen Freude und künstlerische Genüsse vermitteln« sollten und auch öffentlich auftraten.<sup>10</sup> Im Jahr 1940 stiftete die HASAG einen eigenen Hugo-Schneider-Pokal für die beste Fußballmannschaft des Distrikts Radom.<sup>11</sup> Auf dem Werkssportplatz in Skarżysko-Kamienna, wo die Betriebssportgemeinschaft der HASAG ihre Heimspiele absolvierte, waren regelmäßig Mannschaften aus dem Besatzungsapparat zu Gast.<sup>12</sup> Dabei gingen sportliches Kräfteressen, Netzwerk- und Imagepflege miteinander einher. Als im Dezember 1940 die SS- und Polizeisportgemeinschaft Warschau gegen die HASAG-Elf gewann, veröffentlichte die Zeitung ein Mannschaftsfoto der Sieger.<sup>13</sup> Darauf posieren die SS-Männer und Polizisten aus Warschau vor der Tribüne des Stadions mit dem HASAG-Logo. Das Spiel hatten sie in Trikots mit dem Wappen der Ordnungspolizei absolviert – einer zentralen Täterorganisation des Holocaust. Damit steht das Foto sinnbildlich für die Einbindung des Leipziger Unternehmens in die deutsche Terrorherrschaft, zu der neben Raub, Gewalt und Massenmord auch die scheinbare Normalität des Fußball-Spielbetriebs an den Wochenenden gehörte. Auffällig ist, dass die HASAG auf dieser Ebene offenbar als einziges Privatunternehmen auf Augenhöhe mit Mannschaften aus Polizei, SS, Wehrmacht und anderen quasistaatlichen Akteuren wie der »Ostbahn« oder der Post agierte.<sup>14</sup>

Mit solchem Engagement gewann die HASAG an Renommee. Ein von ihr veranstalteter Wettkampf wurde in der Presse als mustergültiges »Beispiel eines deutschen Sportfestes im GG« gelobt – mit Flaggenhissung, »Eintopfessen im Gemeinschaftshaus der

9 O.A., »Einweihung des Gemeinschaftshauses in Tschenschow«, in: *Unsere Hasag*, 4 (1941), H. 3, S. 27 f.

10 O.A., »Werkkapellen im Wettstreit«, in: *Warschauer Zeitung*, 18.6.1944, S. 6.

11 O.A., »Luftwaffe Radom oder Hasag?«, in: *Warschauer Zeitung*, 3./4.11.1940, S. 19.

12 O.A., »Krakauer Polizisten zum zweiten Mal in Kamienna« in: *Warschauer Zeitung*, 5.12.1940, S. 10.

13 O.A., »Kielce führend in den Ausscheidungsspielen«, in: *Warschauer Zeitung*, 18.12.1940, S. 13.

14 Lediglich die SG [Reichswerke] Hermann Göring Starachowice wird als Betriebssportgemeinschaft eines Rüstungswerks ab und zu in der Sportberichterstattung erwähnt.

Hasag-Kamienna« und musikalischer Begleitung der Werkskapelle.<sup>15</sup> Zum 50. Geburtstag gratulierte die *Warschauer Zeitung* Generaldirektor Budin öffentlich als »einem Wehrwirtschaftsführer nationalsozialistischer Prägung«, dessen Unternehmen »im Generalgouvernement [...] in vorderster Reihe« stehe.<sup>16</sup>

Zur Unterstützung des deutschen Eroberungskriegs gehörte für die HASAG nicht nur die Versorgung von Wehrmacht und SS mit Millionen von Patronen und Granaten, sondern auch der anpackende Einsatz hinter der Front, der in der Betriebspropaganda öffentlichkeitswirksam herausgestellt wurde. In Skarżysko-Kamienna nahm sich die Belegschaft der Pflege deutscher Soldatengräber an<sup>17</sup> und betreute Verwundete im dortigen Reservelazarett.<sup>18</sup> Der Wehrmacht wurde nach einem Zugangsglück bei der Versorgung verletzter Soldaten geholfen, und als an Weihnachten 1942 ein Transport von 800 »volksdeutschen« Umsiedlern spontan gepflegt werden musste, sprang die HASAG demonstrativ ein – »in stetem uneigennützigem Einsatz für Partei und Wehrmacht in Deutschlands größter Zeit«.<sup>19</sup> So konnte das Unternehmen das pragmatische Funktionieren seiner aufopferungsvollen »Betriebsgemeinschaft« bekunden und die Einbindung der Firma in das nationalsozialistische Eroberungs- und Siedlungsprojekt unter Beweis stellen.

Im Umfeld ihrer Werke schuf die HASAG Strukturen, um sich gesellschaftlich zu profilieren. Dazu gehörten das nach eigenen Angaben »bedeutendste betriebsgebundene Berufserziehungswerk im ganzen Generalgouvernement« in Skarżysko-Kamienna<sup>20</sup> und ein dort als »Hasag-Stiftung« errichtetes Krankenhaus. Dieses wurde im August 1943 feierlich eröffnet, und pünktlich zum anschließenden »Kameradschaftsabend« erhielt der Betrieb vom Distriktsgouverneur die »Anerkennung als Vorstufe zum Kriegsmusterbetrieb«.<sup>21</sup> Für diesen Erfolg hatte die HASAG jüdische Zwangsarbeiter auf der Baustelle ausgebeutet und zunächst eine Attrappe errichtet, wie ein beteiligter Arbeiter später eingestand: »Nach der Besichtigung des nur »ausstellungshalber« zusammengestellten Krankenhauses, in welchem nichts betriebsfähig [...] war, wurde alles wieder weggenommen und der eigentliche Bau begann.«<sup>22</sup>

15 O.A., »Beispiel eines deutschen Sportfestes im GG«, in: *Warschauer Zeitung*, 29.7.1942, S. 8.

16 O.A., »Generaldirektor Budin 50 Jahre alt«, in: *Warschauer Zeitung*, 4.12.1942, S. 9.

17 O.A., »Reichsappell der schaffenden Jugend«, in: *Unsere Hasag*, 3 (1940), H. 2, S. 13 f.

18 O.A., »Auch draußen im Osten betreuen Hasag-Männer und -Frauen unsere verwundeten Soldaten«, in: *Unsere Hasag*, 4 (1941), H. 3, S. 27 f.

19 O.A., »Werk Skarżysko-Kamienna«, in: *Unsere Hasag*, 6 (1943), H. 3/4, S. 17.

20 *Unsere Hasag*, 6 (1943), H. 1/2, S. 25.

21 Bundesarchiv (BArch), RW 23/17, Bl. 170, Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Radom, Eintrag vom 27.8.1943.

22 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsHStA), 11378 Landesbehörde der Volkspolizei, Nr. 428, Bl. 74 f., Kreiskriminalpolizeiabteilung Leipzig, Vernehmung von Karl Otto Stave, 6.1.1949.



**Bernhard Strebel**  
**Gewalt im KZ und eine**  
**humanitäre Rettungsaktion**  
**Das Außenlager Watenstedt,**  
**der Lagerkomplex Neuengamme**  
**und die Aktion Weiße Busse**

ca. 656 S., ca. 67 z. T. farb. Abb., geb., Schutzumschlag  
 ca. 48,00 € (D); ca. 49,60 € (A)  
 ISBN 978-3-8353-5939-0



**Renata Laqueur**  
**Tagebuch aus Bergen-Belsen**  
**März 1944 – April 1945**

Hg. von Saskia Goldschmidt. Aus dem Niederländischen von Gerd Busse  
 Bergen-Belsen – Berichte und Zeugnisse, Bd. 12  
 348 S., 21 Abb., geb., Schutzumschlag  
 ca. 20,00 € (D); ca. 20,60 € (A)  
 ISBN 978-3-8353-5831-7



**Inszenierung, Schnappschuss,**  
**Dokumentation**  
**Fotografien aus dem**  
**Lagerkomplex Flossenbürg**

Hg. von Julius Scharnetzky, Jörg Skriebeleit  
 im Auftrag des Zentrums Erinnerungskultur der Universität Regensburg und der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg  
 264 S., 408 farb. Abb., Pappband  
 28,00 € (D); 28,80 € (A)  
 ISBN 978-3-8353-3616-2



**Geschichtspolitische Umbrüche**  
**im postsozialistischen Europa**  
**Erinnerungen auf die**  
**Erinnerungskultur**

Heftverantwortliche: Axel Drecoll und Oliver von Wrochem  
 Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung, Heft 6  
 211 S., 50 z. T. farb. Abb., brosch.  
 22,00 € (D); 22,70 € (A)  
 ISBN 978-3-8353-5914-7

www.wallstein-verlag.de

## Imperium der Zwangsarbeit

Die Expansion ins Generalgouvernement war für die HASAG die Voraussetzung, um während des Kriegs zu einem der größten Profiteure von NS-Zwangsarbeit zu werden. Das Unternehmen griff auf alle Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern zurück: zivile Arbeiterinnen und Arbeiter, Kriegsgefangene, »Arbeitsjuden«, Strafgefangene und schließlich KZ-Häftlinge – sie alle mussten an verschiedenen Standorten der Firma schuften.<sup>23</sup> Die HASAG-Werke im Distrikt Radom dienten schon frühzeitig als Arbeitskräftereservoir für die Fabriken im »Altreich«.<sup>24</sup> Daraus ergaben sich erhebliche Vorteile: Andere Leipziger Rüstungsbetriebe waren zunächst von der nicht im Einklang mit dem Kriegsvölkerrecht stehenden Zuteilung von Kriegsgefangenen durch die Wehrmacht abhängig, um ihren Bedarf an Arbeitskräften zu decken.<sup>25</sup> Die HASAG dagegen hatte im Generalgouvernement früh Zugriff auf zivile polnische Arbeiterinnen und Arbeiter, deren »innerbetrieblichem« Einsatz in der deutschen Kriegsindustrie die Genfer Konventionen nicht im Wege standen. Anfang Mai 1940, als in Leipzig 5.600 fehlende Arbeitskräfte verzeichnet wurden, wartete die HASAG bereits auf einen »Transport der genehmigten 3.000 Polen und zwar 1.800 für Leipzig und 1.200 für Altenburg«.<sup>26</sup> Im April 1941 wurden aus den Betrieben in Skarżysko-Kamienna und Kielce sowie durch weitere Werbeaktionen etwa 2.000 Polinnen und Polen in die Werke im Reich verbracht. Die Rüstungsinspektion im Generalgouvernement war begeistert und lobte die HASAG als Vorreiterin der »freie[n] Anwerbung«.<sup>27</sup> Doch der Mangel konnte damit nicht lange kompensiert werden, und so plante Generaldirektor Budin ein Jahr darauf eine Wiederholung. Da sich nicht genügend »Freiwillige« meldeten, wollte er diesmal »2.000 Arbeiter, unter ihnen 800 Frauen, einfach aus dem Betrieb verhaften und nach Deutschland bringen«. Damit stieß er jedoch auf heftigen Widerstand beim Leiter des Hauptamts Arbeit, Max Frauendorfer, und nicht zuletzt bei Generalgouverneur Hans Frank. Dieser drohte gar, »Budin gegebenenfalls wegen Sabotage der Arbeit des

23 Anne Friebe, »Zivile Zwangsarbeiter:innen und Kriegsgefangene bei der HASAG in Leipzig«, in: Friebe, Ulbricht, *Zwangsarbeit*, S. 47–66; Martin Schellenberg, »Die »Schnellaktion Panzerfaust«. Häftlinge in den Außenlagern des KZ Buchenwald bei der Leipziger Rüstungsfirma HASAG«, in: *Dachauer Hefte*, 21 (2005), S. 237–271.

24 Zur Arbeitskräftepolitik im Distrikt Radom vgl. Robert Seidel, *Deutsche Besatzungspolitik in Polen. Der Distrikt Radom 1939–1945*, Paderborn u.a. 2006, S. 100–156.

25 BArch, RW 21-36/3, Bl. 61, Kommando des Rüstungsbereichs Leipzig, Rückblick über die rüstungswirtschaftliche Entwicklung für die Zeit vom 1.4. bis 30.6.1940, Rüstungskommando Leipzig: Kriegstagebuch vom 1.4.–30.6.1940.

26 Ebd., Bl. 16, Rüstungskommando Leipzig: Kriegstagebuch vom 1.4.–30.6.1940, Eintrag vom 4.5.1940.

27 BArch, RW 23/8, Bl. 119, Rüstungsinspektion im Generalgouvernement, Lagebericht April 1941, 14.5.1941.

Generalgouvernements ausweisen zu lassen«.<sup>28</sup> In einer wütenden Rede vor Parteigenossen bezeichnete er Budin als einen »diese[r] Unternehmertypen«, mit deren »Unsinn« man sich befassen müsse.<sup>29</sup> Hier zeigen sich die Konfliktlinien mit anderen Akteuren, die aus einem zu selbstbewussten Auftreten der HASAG resultieren konnten. Zugleich wird deutlich, dass nicht nur die Arbeitsbehörden zunehmend auf Zwang setzten,<sup>30</sup> sondern auch Privatunternehmen wie die HASAG die Methoden der Rekrutierung radikalisierten. Trotz dieser Auseinandersetzung wurden mindestens 800 weitere Arbeitskräfte aus Kamienna zur Arbeit nach Deutschland verpflichtet.<sup>31</sup>

Auf einem anderen Gebiet arbeitete die HASAG eng mit den Behörden vor Ort zusammen. Da es für diese immer schwerer wurde, »Freiwillige« für den Einsatz im Reichsgebiet zu rekrutieren, griffen sie auf eine Täuschung zurück: Ab Herbst 1941 richtete die Arbeitsverwaltung sogenannte Informationsbüros ein.<sup>32</sup> Diese erschienen, wie die Rüstungsinspektion festhielt, »äußerlich als rein private Werbebüros einzelner Firmen aus dem Reich«, waren »aber in Wahrheit Außenstellen des zuständigen Arbeitsamtes«.<sup>33</sup> Im ukrainischen Lwiw (Lemberg), das ab dem 1. August 1941 zum Generalgouvernement gehörte, betrieb die HASAG ein solches Informationsbüro im Stadtzentrum. Ein Angehöriger der Firma gab später zu Protokoll, er sei für drei Wochen nach Lemberg delegiert worden, habe in einer ehemaligen Ladenfläche das Büro eingerichtet und Plakate der HASAG in die Schaufenster gehängt.<sup>34</sup> Auf Informationszetteln hieß es auf Ukrainisch und Polnisch, man suche »Arbeitswillige, talentierte und gesunde Männer, Frauen und Mädchen« für »leichtere Arbeiten in unseren HASAG-Werkstätten in Mitteldeutschland«. In Aussicht gestellt wurde »eine saubere Wohnung, ausreichend Verpflegung in unseren Gemeinschaftsräumen« sowie eine angemessene Bezahlung.<sup>35</sup> Zwischen Mai und Juni 1942 wurden im Lemberger

28 BArch, R 52-II/190, Bl. 17, Tagebuch des Generalgouverneurs Dr. Hans Frank über Aufgaben und Tätigkeit der Regierung des Generalgouvernements, Bd. 17, Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Dr. Frauendorfer, 17.3.1942 (beide Zitate).

29 Ebd., Bl. 27, Arbeitstagung der Distriktstandortführer und der Anwalter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP im Königssaal der Burg zu Krakau, 18.3.1942.

30 Seidel, *Deutsche Besatzungspolitik in Polen*, S. 142–157.

31 BArch, R 52-II/190, Bl. 66, Tagebuch des Generalgouverneurs Dr. Hans Frank über Aufgaben und Tätigkeit der Regierung des Generalgouvernements, Bd. 17, Besprechung mit Kapitän zur See a.D. Gartzke in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Boepple, 27.3.1942.

32 Karsten Linne, »Arbeiterrekrutierung in Ostgalizien 1941 bis 1944: Zwischen Freiwilligkeit und Menschenjagden«, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, 62 (2014), H. 1, S. 61–88, hier: S. 69 ff.

33 BArch, RW 23/5, Bl. 69, Geschichte der Rülm im GG (1.7.1940 bis 31.12.1941).

34 United States Holocaust Memorial Museum (USHMM), RG-15.291M, Reel 37, Bl. 81–85, MO Kielce, Vernehmung von Jerzy Adryanowicz, 21.2.1966.

35 Biblioteka Jagiellońska [Jagiellonische Bibliothek], 749040 III 23, Informationszettel »HASAG – Ogłoszenie« [HASAG – Bekanntmachung], Mai 1942.



Links: Werkschutz und zivile HASAG-Angehörige vor dem Eingang des »Warta«-Werkes in Częstochowa/Tschenstochau, 1943–1945. In der Mitte im Anzug vermutlich Werkschutzleiter Fritz Bartenschlager. Foto: Bundesarchiv, BArch, MfS, AOP 791/62, Bd. 1



Unten: Baracken des Zwangsarbeitslagers im HASAG-Werk »Pelcery« in Częstochowa/Tschenstochau nach der Befreiung, vermutlich Frühjahr 1945. Foto: USHMM, ID: Collections 2014.514.1

»Informationsbüro« etwa 800 ukrainische, polnische sowie »volksdeutsche« Männer und Frauen angeworben. Die meisten von ihnen wurden offiziell für die HASAG in Leipzig rekrutiert – tatsächlich kamen viele jedoch zu anderen Firmen.<sup>36</sup> Das unterstreicht, dass die HASAG in Lemberg für die Arbeitsverwaltung tätig wurde und deren immer radikaleres Ausgreifen nach »Menschenmaterial« für das Deutsche Reich auf diese Weise unterstützte.

Zugleich gewann die HASAG damit zahlreiche Arbeitskräfte für den eigenen Bedarf. Diese wurden jedoch nicht nur für die Werke im Reichsgebiet angeworben. Einige in Lemberg rekrutierte Ukrainer fanden sich kurz darauf in den HASAG-Werken in Skarżysko-Kamienna wieder und wurden dem Werkschutz zugeteilt, der für die Bewachung der betriebseigenen »Judenlager« zuständig war.<sup>37</sup>

### Die HASAG und der Holocaust

Damit gerät ein weiteres Feld der Besatzungsherrschaft in den Blick, auf dem der Leipziger Rüstungskonzern wie kaum ein zweiter agierte. Im Frühjahr 1942 waren mit dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel und dem SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt neue Akteure im Rennen um die Arbeitskräfte auf den Plan getreten. Zeitgleich begann mit den ersten Transporten in das Mordlager Belzec die »Aktion Reinhardt«, die systematische Ermordung der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement. Diese Gemengelage veranlasste die Konzernleitung dazu, Tatsachen zu schaffen: Um den Arbeitskräftemangel und die vermeintliche Unzuverlässigkeit der nichtjüdischen Polinnen und Polen zu kompensieren, errichtete die HASAG im Frühjahr 1942 in Skarżysko-Kamienna das erste von einem privaten Konzern betriebene »Zwangsarbeitslager für Juden« im Generalgouvernement.<sup>38</sup> In den Aufzeichnungen des Untergrundarchivs des Warschauer Ghettos wurde Mitte Juli 1942 notiert, dass bereits 3.800 Juden aus verschiedenen Ortschaften in das Lager in Skarżysko-Kamienna verschleppt worden seien, wo eine hohe Sterblichkeit herrsche.<sup>39</sup> In Kielce und Częstochowa griff die Firma zunächst auf Jüdinnen und Juden zurück, die nach den Deportationen in die Mordstätten in sogenannten Restghettos verblieben waren.<sup>40</sup> Ab November 1942 unterhielt der

Konzern in Kielce ein eigenes Lager für etwa 500 Jüdinnen und Juden. Im Juni 1943 arbeiteten bereits drei Viertel aller jüdischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter des Distrikts Radom, mehr als 13.000 Menschen, in Werken der HASAG.<sup>41</sup>

Während der »Aktionen« in Częstochowa brachte die HASAG »ihre« jüdischen Zwangsarbeitskräfte vorübergehend auf dem dortigen Firmengelände unter; nach der endgültigen Liquidierung des Ghettos im Sommer 1943 errichtete sie ein eigenes Lager für mehrere tausend Menschen. Es gelang der HASAG im Juli 1943 sogar, mehr als 2.000 Häftlinge im KZ Majdanek auszusuchen und nach Skarżysko-Kamienna zu bringen. Wahrscheinlich wurden dafür Bestechungsgelder gezahlt, denn dieser Transport ist nicht aktenkundig dokumentiert. Wenige Monate später folgten auf »offiziellem Wege« etwa 2.500 Männer, Frauen und Kinder aus dem Zwangsarbeitslager für Juden in Płaszów, die ebenfalls nach Skarżysko-Kamienna sowie nach Kielce und Tschenstochau überstellt wurden.

In den HASAG-Lagern, insbesondere im berüchtigten Werk C in Skarżysko-Kamienna, herrschten katastrophale Arbeits- und Lebensverhältnisse. Hunger, Krankheiten, unzureichende Kleidung und kaum vorhandene sanitäre Einrichtungen führten mit der gesundheitsschädlichen Zwangsarbeit an giftigen Chemikalien und der brutalen Behandlung durch die Deutschen zu enorm hohen Todeszahlen unter den Gefangenen. Hinzu kamen regelmäßige Selektionen durch den Werkschutz und andere Firmenangehörige, nach denen die als nicht mehr arbeitsfähig erachteten Gefangenen bei Massenexekutionen erschossen wurden. Schätzungen zufolge starben mehrere zehntausend Jüdinnen und Juden in den HASAG-Lagern und -Werken. Damit wurde der Leipziger Konzern selbst zu einem Vollstrecker des Holocausts.<sup>42</sup>

Die deutsche Angestellten- und Arbeitnehmerschaft der Firma profitierte auf vielfältige Weise und auch außerhalb der Werke von ihrer Rolle als Besatzer. Betriebsleiter ließen Jüdinnen und Juden in ihrem Privatbereich für sich arbeiten,<sup>43</sup> Vorarbeiter bereicherten sich an Möbeln der aus den Ghettos Deportierten. Ein Überlebender sagte nach dem Krieg aus: »Nachdem die Aktion im grossen Ghetto von Czenstochow beendet war, wurde ich mit noch 15 anderen Juden ausgewählt, um Möbel in den Wohnungen der Juden zu suchen, die für die Arbeitsleiter des Hassag Lagers [sic!] bestimmt waren.«<sup>44</sup> Bei Erpressungen und Durchsuchungen wurden den Gefangenen die letzten Wertgegenstände und Gelder geraubt. Ein großer Teil davon

floss in die Taschen der Betriebsangehörigen – und kam bald auch in Leipzig an.<sup>45</sup> Der Rest wurde »ordnungsgemäß« an die SS abgeführt, womit die HASAG auch offiziell einen Beitrag zur Ausplünderung des Generalgouvernements durch die Deutschen leistete.<sup>46</sup>

### Kooperation beim Terror

Der Werkschutz der HASAG war im Distrikt Radom eine firmeneigene Täterorganisation des Judenmords. Zu ihr gehörten mehrere hundert Männer; neben den Deutschen in Führungspositionen bestanden die Wachmannschaften aus zahlreichen Ukrainern und sogenannten Volksdeutschen. Sie galten als Hilfspolizisten, blieben jedoch privatrechtlich Angestellte des Unternehmens.<sup>47</sup> Auch die 1944 erfolgte Unterstellung unter die SS- und Polizeigerichtsbarkeit berührte ausdrücklich nicht das »persönliche Arbeits- bzw. Dienstverhältnis der Werkschutzangehörigen zu ihrem Betriebsführer«.<sup>48</sup> Mit dieser Scharnierfunktion zwischen Firma und Staat, zwischen betrieblichen und polizeilichen Interessen und damit letztlich zwischen Ausbeutung und Ermordung zehntausender Jüdinnen und Juden repräsentiert der Werkschutz der HASAG die extremste Facette des Verhältnisses von Unternehmen und Besatzungsmacht.

Neben den Gewalttaten in den Lagern – Überlebende berichteten von exzessiven Prügelstrafen, von Vergewaltigungen, Raub und Mord – kooperierte der Werkschutz mit anderen NS-Organisationen und agierte zum Teil außerhalb der Werke. So war er beteiligt, als die Schutzpolizei im März 1943 mehr als hundert Angehörige der »jüdischen Intelligenz« auf dem jüdischen Friedhof von Tschenstochow erschoss.<sup>49</sup> Um Arbeitskräfte in die HASAG-Werke zu holen, fuhren Werkschutzangehörige aus Skarżysko-Kamienna in die Ghettos der Umgebung und drohten den angesichts der laufenden Deportationen verängstigten Jüdinnen und Juden, dass Zwangsarbeit ihre einzige Überlebenschance sei. Wenn sich dennoch nicht genügend »Freiwillige« meldeten, wurden sie mit Gewalt in die Lager

36 Vgl. zahlreiche Unterlagen der Arbeitsverwaltung Lemberg in Arolsen Archives, ITS Digital Archive, 7.2.1.3 Staatliches Archiv der Oblast Lwiw.

37 USHMM, RG-15.291M, Reel 36, Bl. 954–964, MO Kielce, Aussage von Teodor Sawczak, 8.6.1965.

38 Felicia Karay, *Death Comes in Yellow. Skarżysko-Kamienna Slave Labor Camp*, Amsterdam 1996, S. 29–33.

39 Żydowski Instytut Historyczny [Jüdisches Historisches Institut], *Dokumenty z Archiwum Ringelbluma [Dokumente aus dem Ringelblum-Archiv]*, ARG I 1003, NN., W[arszawa], 15.7.1942.

40 Winter, »Die HASAG im Generalgouvernement«, S. 32.

41 Karay, *Death Comes in Yellow*, S. 54.

42 Ebd., S. 32–43.

43 BArch, B 162/27440, Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Frankfurt/Main, Vernehmung von Liesbeth Felz, 25.5.1972, Bl. 283 ff.; SächsHStA, 11378 Landesbehörde der Volkspolizei, Nr. 430, Bl. 90 f., Kriminalamt Leipzig, Vernehmung von Willi Seidel, 25.9.1947.

44 BArch, B 162/5074, Bl. 242–245, hier: Bl. 243, Israelische Polizei, Aussage von Salman Willinger, 22.2.1960.

45 SächsHStA, 11378 Landesbehörde der Volkspolizei, Nr. 427, Bl. 160, Vernehmung von Martha Lehmann, KKPA Leipzig, 14.4.1949.

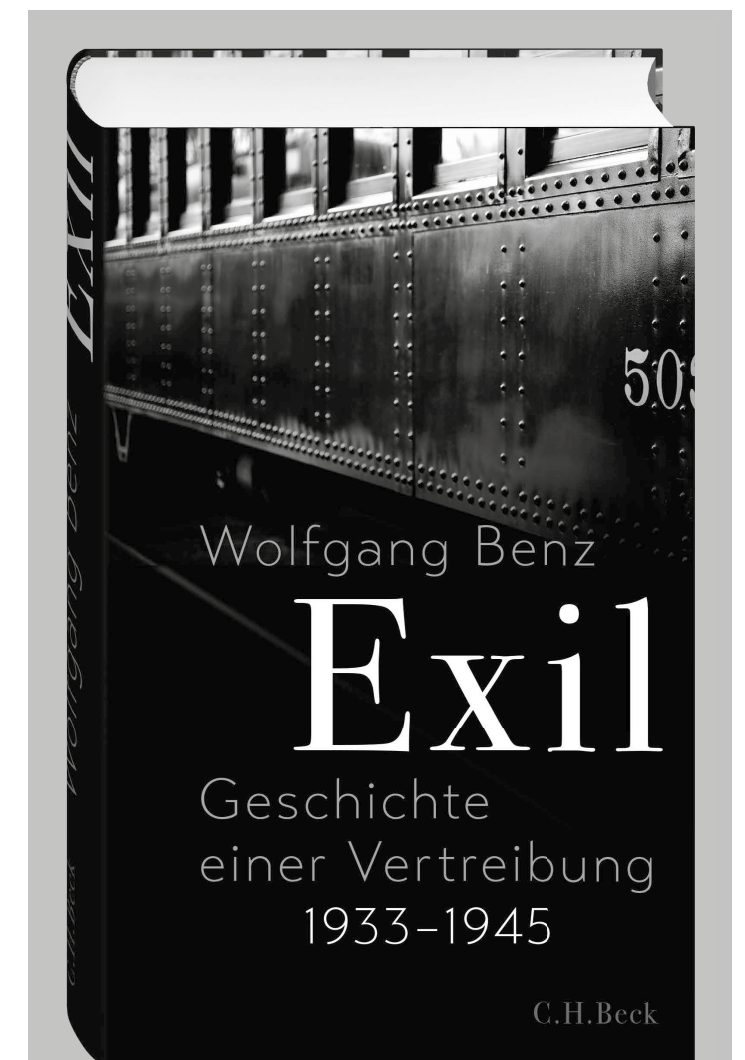
46 Zwischen Mai und Dezember 1943 überwies der Werkschutz der HASAG offiziell mindestens 23.000 Zloty (umgerechnet mehr als 10.000 Reichsmark) an den SS- und Polizeiführer Radom. USHMM, RG-15.232, Sygn. 233/97, SS- und Polizeiführer im Distrikt Radom, Konto: Beschaffung, Eingang 1. Juli 1943 – 30. Sept. 1943.

47 BArch, R 3/4015, Bl. 26–29, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, Merkblatt. Anleitung für die Aufstellung und Durchführung eines Werkschutzes, o.D.

48 BArch, NS 7/6, Bl. 17, Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Augsburg, Betrifft: Unterstellung des Werkschutzes unter die SS- und Polizeigerichtsbarkeit, 29.11.1944.

49 Holocaust Museum Los Angeles, RG-01.04.08, Esther Przeworski Pratt, Recollection of the annihilation of Jewish Intelligentsia in Częstochowa, o.D.

Anzeige



407 S. | 60 Abb. | Geb. | € 36,- | ISBN 978-3-406-82933-8

»Benz' neues Buch ist eine umfassende Studie über Beweggründe und Zielorte, über Hoffnungen in Palästina und Kindertransporte in letzter Minute, über Literatur im Exil und die schwierige Heimkehr nach dem Krieg in ein Deutschland, in denen die Geflohenen alles andere als willkommen waren.« *Bernd Noack, Nürnberger Nachrichten*

»Er lässt dabei Berühmtheiten wie Thomas Mann zu Wort kommen, gibt aber auch Menschen eine Stimme, deren Schicksal bisher kaum Aufmerksamkeit fand.« *Focus*

C.H. BECK  
WWW.CHBECK.DE

gebracht.<sup>50</sup> Eines der wenigen dazu überlieferten Dokumente zeigt die Zusammenarbeit mit dem Besatzungsapparat: Das HASAG-Lohnbüro wies im November 1942 einige Mitarbeiter an, in Absprache mit dem Stab des SS- und Polizeiführers (SSPF) Radom, Herbert Böttcher,<sup>51</sup> in Ortschaften des Distrikts zum »Juden holen« zu fahren. Die örtliche Gendarmerie sollte vorher informiert werden.<sup>52</sup>

Bei der Verfolgung von nichtjüdischen polnischen Arbeitern führte der Werkschutz Hausdurchsuchungen durch und ermordete Zivilisten.<sup>53</sup> Mitunter konnten dabei jedoch Konflikte entstehen: Im April 1943 unternahm der HASAG-Werkschutz gemeinsam mit einem Sicherungsbataillon der Wehrmacht eine Razzia in der »Arbeiter-Kolonie« in Skarżysko-Kamienna, bei der drei versteckte Juden sowie ein nichtjüdischer Pole erschossen wurden. Da die Firma lediglich die Gestapo in Radom, aber nicht die örtliche Gendarmerie informiert hatte, handelte sie sich eine Beschwerde ein.<sup>54</sup>

Die HASAG machte das Werksgelände in Skarżysko-Kamienna nicht nur für den betriebseigenen Werkschutz zum Tatort. Vielmehr war das Areal Teil einer regelrechten Landschaft des Terrors: Im zehn Kilometer entfernten Bliżyn wurde 1942 zunächst ein Lager für sowjetische Kriegsgefangene errichtet; 1943 befand sich an gleicher Stelle ein Zwangsarbeitslager für Juden, das später als Außenlager des KZ Majdanek geführt wurde.<sup>55</sup> In einem ehemaligen Schulgebäude unmittelbar neben dem HASAG-Werk hatte die Gestapo eine Haftanstalt eingerichtet, wo Angehörige des polnischen Widerstands festgehalten und gefoltert wurden. Mehrere tausend Menschen sollen von dort aus in umliegende Wälder sowie zum HASAG-Werk gebracht und dort ermordet worden sein.<sup>56</sup> Bei Repressionen gegen die polnische Zivilbevölkerung wurde das Firmengelände als Sammelstelle für die verhafteten Männer eines nahe gelegenen Dorfs genutzt.<sup>57</sup> Ein jüdischer Zwangsarbeiter der HASAG berichtete später,

er habe in der Umgebung des Werks zehntausende Tote begraben müssen, neben ermordeten Juden auch sowjetische Kriegsgefangene und polnische Zivilisten. Der Werkschutz sei an diesen Massenmorden beteiligt gewesen; die Opfer hätten sich nackt auf die Leichen der zuvor Erschossenen legen müssen.<sup>58</sup>

Im Frühjahr 1944 wurde das HASAG-Werk in Skarżysko-Kamienna schließlich zum regionalen Zentrum der »Aktion 1005«, der systematischen Exhumierung und Verbrennung hunderttausender von den Deutschen ermordeter Opfer. Als Kommandozentrale fungierte erneut die nahe gelegene Schule, und in Werkshallen der HASAG waren Angehörige des aus jüdischen Zwangsarbeitern bestehenden »Sonderkommandos« untergebracht.<sup>59</sup> Von Strohmatten verborgen mussten sie zehntausende Leichen in der Umgebung der Rüstungsfabrik verbrennen. Die Insassen des »Judenlagers« der HASAG sahen wochenlang die beißenden Rauchsäulen über dem Werk stehen.<sup>60</sup> Einige Zeugen berichteten zudem von Gaswagen, mit denen weitere Opfer aus Haftanstalten und Lagern durch das Werk zu den Gruben gefahren und ermordet wurden.<sup>61</sup>

#### Fazit

Kaum waren die Scheiterhaufen erloschen, eröffnete die HASAG im Juni 1944 bei ihrem Werk in Skarżysko-Kamienna »in schöner Waldlage« die laut Presse »wohl schönste Betriebsgemeinschaftsanlage im Generalgouvernement« mit Sprungbrett, Liegewiesen und Gemeinschaftshaus.<sup>62</sup> In dieser frappierenden Parallelität von Vernichtung und Vergemeinschaftung bündeln sich noch einmal der Zusammenhang von betriebsgemeinschaftlicher Inklusion und tödlicher Exklusion sowie das Agieren des Leipziger Rüstungsbetriebs als Teil der deutschen Besatzungsherrschaft. Auf verschiedenen Ebenen – von Sport und Kultur bis zu Ausbeutung, Terror und Massenmord – war die HASAG ein eigenständiger und zugleich eng in die Okkupationsstrukturen eingebundener Akteur. Im Mikrokosmos des Generalgouvernements hatte sich die Firma zu einem Knoten des Besatzungsnetzwerks gemacht. Als unverzichtbarer

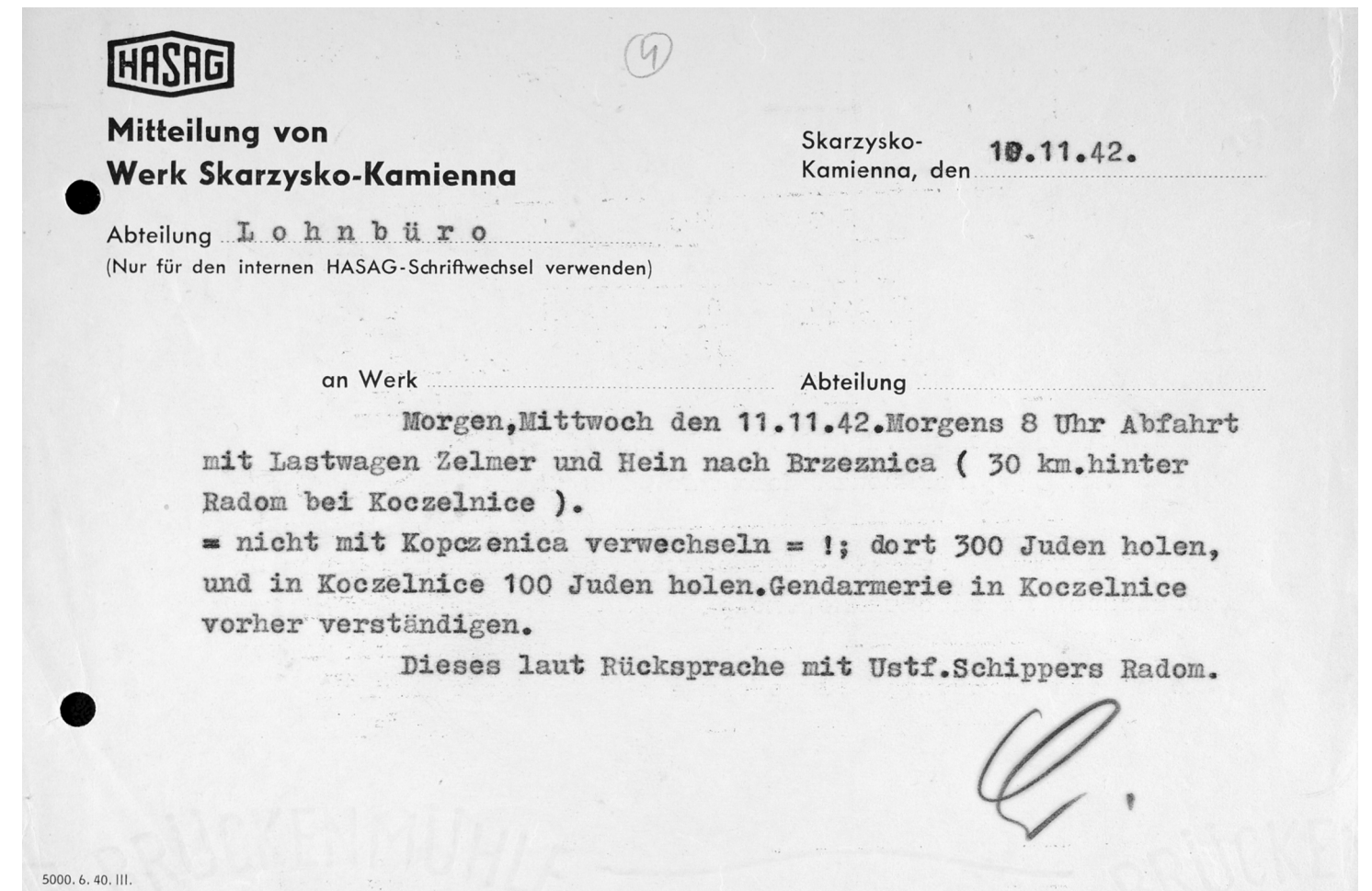
58 BArch, B 162/19588, Bl. 170–175, Aussage von Moszek Gotlib, Bezirkskommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen in Kielce, 27.2.1979 (Übersetzung aus dem Polnischen).

59 Andrej Angrick, »Aktion 1005«. Spuren beseitigung von NS-Massenverbrechen 1942–1945. Eine »geheime Reichssache« im Spannungsfeld von Kriegswende und Propaganda, Göttingen 2018, 2 Bde., Bd. 2, S. 861–864.

60 Mordechai Strigler, *Schicksale. Ein früher Zeitzeugenbericht über die Opfer der Shoah*, Springe 2024, S. 309–329.

61 BArch, B 162/19588, Bl. 179–183, Aussage von Henryk Szwed, Bezirkskommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen in Kielce, 27.2.1979 (Übersetzung aus dem Polnischen).

62 O.A., »1 Sekunde unter Weltrekord. Stelldichein bekannter Sportler in Skarżysko«, in: *Warschauer Zeitung*, 12.6.1944, S. 4.



Anweisung des HASAG-Lohnbüros in Skarżysko-Kamienna, 10.11.1942  
Foto: Yad Vashem, O.6/428

Munitionslieferant hatte sie parallel zur »Aktion Reinhardt« Zugriff auf jüdische Zwangsarbeitskräfte; zugleich waren zahlreiche Firmenangehörige Mitwisser, Profiteure, Unterstützer und Täter des Holocaust sowie anderer Besatzungsverbrechen. Das Betriebsgelände diente ihnen neben der Waffenproduktion als Ort der Erholung und Zerstreuung; es war aber auch ein Tatort von Zwangsarbeit, Massenverbrechen und deren versuchter Vertuschung.

Doch während die deutsche Gefolgschaft die neue Sportanlage in Betrieb nahm, hörten die Gefangenen im nahe gelegenen »Judenlager« bereits die Geräusche der sich nähernden Front.<sup>63</sup>

63 Strigler, *Schicksale*, S. 463 ff., 486 ff.

# Agrarausbeutung und antisemitische Ausschaltung

## Hansestädtische Handelsfirmen im Generalgouvernement 1939–1945

Von Felix Matheis

Als die Regierung des Generalgouvernements am 21. Januar 1940 in Krakau zu einer Beratung zusammentrat, herrschte äußerst schlechte Stimmung.<sup>1</sup> Unter dem

Vorsitz des Generalgouverneurs Hans Frank stand vor allem die wirtschaftliche Lage auf der Tagesordnung, dringend war zu klären, wie Preisobergrenzen für Nahrungsmittel durchgesetzt werden könnten. »Wir müssen mit der Preisregelung für die Lebensmittel sofort herauskommen; sonst schwimmt uns alles weg. Wir brauchen endlich eine feste Unterlage; sonst ist die Katastrophe unvermeidlich.«<sup>2</sup> Die Riege von Nationalsozialisten, die seit Oktober 1939 über die vormalig zentralpolnischen Gebiete herrschte,<sup>3</sup> zerbrach sich über gravierende Probleme den Kopf: akuter Warenmangel und galoppierende Inflation, wofür eine unbotmäßige polnisch-jüdische Bevölkerung verantwortlich gemacht wurde, die sich weigerte, die wirtschaftspolitischen Regulierungen der neuen Machthaber zu akzeptieren. Frank sah die Machtgrundlage der deutschen Besatzer offenkundig wegen der problematischen Marktverhältnisse hochgradig gefährdet. Es mussten unbedingt Gegenmaßnahmen her, um die Hegemonie der Deutschen in diesem Teil Mitteleuropas zu sichern.

**Dr. Felix Matheis** ist Historiker und als Fachreferent für den Hamburger Senat tätig.  
Veröffentlichung: »Hanseaten im Osteinsatz«. *Hamburger und Bremer Handelsfirmen im Generalgouvernement 1939–1945*, Göttingen 2024.



Foto: privat

Die Dringlichkeit der Diskussion weist auf einen wesentlichen, erinnerungskulturell jedoch vernachlässigten Aspekt der NS-Besatzungsherrschaft in Polen hin: die Ausbeutung und ökonomische Inwertsetzung der polnischen Gebiete, die die Besatzer parallel zur Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung betrieben. Dieser Aufsatz soll am Beispiel des Generalgouvernements zeigen, dass diese beiden Handlungsfelder – Inwertsetzung und antisemitische Existenzvernichtungspolitik – aus Sicht der Besatzer seit 1940 miteinander in einem Zielkonflikt standen.<sup>4</sup> Dieser konnte jedoch gelöst werden, indem man deutsche Überseehandelsfirmen, vor allem aus Hamburg und Bremen, in die Besatzungswirtschaft integrierte. Folgende Fragen werden behandelt: Wie kam es zu diesem sogenannten Osteinsatz der Handelsunternehmer? Welche Rolle spielten sie im Rahmen der Besatzungswirtschaft und Planungen der Besatzungsverwaltung? War die Tätigkeit der Firmen für die Unternehmer wie für die Besatzungsverwaltung erfolgreich und profitabel?

### Zielkonflikt zwischen Inwertsetzung und antisemitischer Ausschaltung

Noch kurz vor der Krisensitzung am 21. Januar 1940 hatten Frank und seine Besatzungsbeamten Anlass zur Freude gehabt, denn ihr Herrschaftsbereich war durch einen Politikwechsel des NS-Regimes aufgewertet worden. Das Generalgouvernement war nach der deutsch-sowjetischen Aufteilung Polens im September 1939 als Restobjekt übriggeblieben, das teilweise schon durch die Kämpfe stark zerstört war. In den ersten Monaten plünderten die Deutschen das Gebiet vor allem aus und demontierten Produktionsanlagen. Eine längerfristige wirtschaftspolitische Planung für das strukturschwache Agrargebiet, in dem es kaum Schwerindustrie und Rohstoffe gab, existierte bei den zuständigen NS-Behörden zunächst nicht. Für Hitler und seine Volkstumspraktiker, die die weitaus interessanteren annektierten westpolnischen Gebiete »germanisieren« wollten, sollte es höchstens als Abschiebungsterritorium für die unerwünschte polnische und jüdische Bevölkerung dienen.<sup>5</sup>

Der Politikwechsel bestand nun darin, das Generalgouvernement wirtschaftlich längerfristig auszunutzen zu wollen. Erstens sollte eine Million polnische Arbeitskräfte für den Einsatz im Reich

herangezogen werden. Zweitens wollten die Besatzer verbliebene Industriebetriebe für deutsche Rüstungszwecke wieder in Gang setzen. Drittens, und dies war für die Ernährungswirtschaft besonders wichtig, sollte die polnische Agrarproduktion intensiviert und ausgebeutet werden. Die Ernährungsfrage spielte für die NS-Machthaber eine besonders große Rolle, da sie Hungerrevolten unter der deutschen Zivilbevölkerung fürchteten, die bereits im Ersten Weltkrieg das deutsche Kaiserreich destabilisiert hatten.<sup>6</sup> Der neue kurzfristige Fluchtpunkt war zunächst der angestrebte Feldzug gegen Frankreich, für den die Wehrmacht noch nachrüsten musste.<sup>7</sup> Dennoch sollte diese Praxis der Inwertsetzung dauerhaft äußerst wirkmächtig werden. Für die Besatzer war das Generalgouvernement ein »Hilfsgebiet des Deutschen Reiches«. Es gehe nicht »in erster Linie« darum, so ein Besatzungsbeamter, »Gebiet und Bevölkerung zu eigenem Gedeihen zu führen, sondern beide sind ohne andere Rücksichten dem deutschen Volke dienstbar zu machen und zu erhalten.«<sup>8</sup>

Zu den Folgen dieser Politik zählte die Agrarausbeutung. Um die Wehrmacht, die deutschen Besatzungsorgane und – nachrangig – die polnische Arbeitsbevölkerung mit Nahrung zu versorgen, mussten die Lebensmittel systematisch erfasst und verteilt werden. Die neuen Herrscher setzten die Einheimischen dadurch einem rücksichtslosen Hungerregime aus. Die Kalorienzuteilungen waren nach rassistischen Kriterien und Nützlichkeitsbewertungen abgestuft. Reichsdeutsche wurden voll verpflegt, sogenannte Volksdeutsche sowie die Angehörigen der ukrainischen Minderheit erhielten jeweils bedeutend weniger, aber immer noch mehr als ethnische christliche Polen. Deren Rationen waren davon abhängig, ob die entsprechende Person für die Deutschen arbeitete oder nicht, lagen aber in beiden Fällen weit unter der für ein gesundes Leben notwendigen Tagesmenge von 2.400 Kalorien für eine erwachsene Person. Für Juden waren offiziell nur 184 Kalorien pro Kopf und pro Tag vorgesehen.<sup>9</sup>

Parallel dazu betrieben die Deutschen seit den ersten Besatzungstagen eine antisemitische Existenzvernichtungspolitik gegen die zahlreichen jüdischen Gewerbetreibenden. In der Tat waren Jüdinnen und Juden in Polen, gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung, weit überdurchschnittlich in Handwerk und

1 Der vorliegende Aufsatz fasst einige Teilergebnisse der Dissertation des Autors zusammen, vgl. Felix Matheis, *Hanseaten im »Osteinsatz«. Hamburger und Bremer Handelsfirmen im Generalgouvernement 1939–1945*, Göttingen 2024.  
2 Werner Präg, Wolfgang Jacobmeyer (Hrsg.), *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945*, Stuttgart 1975, S. 99, Besprechung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Preisgestaltung und Währung, 21.1.1940.  
3 S. zum Generalgouvernement grundlegend Gerhard Eisenblätter, *Grundlinien der Politik des Reichs gegenüber dem Generalgouvernement 1939–1945*, Frankfurt am Main 1969; Martin Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945*, Stuttgart 1961, S. 68–84; Martin Winstone, *The Dark Heart of Hitler's Europe. Nazi Rule in Poland under the General Government*, London 2015; Czesław Madajczyk, *Polityka III Rzeszy w okupowany Polsce* [Die Politik des Dritten Reichs im besetzten Polen], 2 Bde., Warschau 1970, bes. S. 83–206, 339–347, 453–463, 560–595.

4 S. z.B. Ingo Loose, *Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945*, München 2007, S. 340; Stephan Lehnstaedt, »Das Generalgouvernement als Mobilisierungsreserve. Anspruch und Realität nationalsozialistischer Ausbeutungspläne«, in: Oliver Werner (Hrsg.), *Mobilisierung im Nationalsozialismus. Institutionen und Regionen in der Kriegswirtschaft*, Paderborn 2012, S. 237–252, hier: S. 239 f.  
5 Broszat, *Polenpolitik*, S. 9–25; Eisenblätter, *Grundlinien*, S. 14–58.

6 Z.B. Anselm Meyer, »Herbert Backe – Hungerplaner und Ernährungsdiktator. Die deutsche Raubwirtschaft im Zweiten Weltkrieg«, in: *Einsicht. Bulletin des Fritz Bauer Instituts*, (2022), S. 6–15, hier: S. 7.  
7 Eisenblätter, *Grundlinien*, S. 116–122; Madajczyk, *Polityka III Rzeszy* [Die Politik des Dritten Reichs], Bd. 1, S. 511–514.  
8 Zitiert nach Loose, *Kredite*, S. 80.  
9 Madajczyk, *Polityka III Rzeszy* [Die Politik des Dritten Reichs], Bd. 2, S. 62–80, 225 ff.; Czesław Łuczak, *Polska i Polacy w drugiej wojnie światowej* [Polen und die Polen während des Zweiten Weltkriegs], Poznań 1993, S. 535–542; Jerzy Kochanowski, »Black Market in the General Gouvernement 1939–1945: Survival Strategy or (Un)Official Economy?«, in: Tatjana Tönsmeier, Peter Haslinger, Agnes Laba (Hrsg.), *Coping with Hunger and Shortage under German Occupation in World War II*, London 2018, S. 27–47, hier: S. 29 f.

Handel tätig. Dies war das Resultat jahrhundertelanger antijüdischer beruflicher Diskriminierungen, die Juden und Jüdinnen in (oft prekäre) ökonomische Vermittlerrollen verwiesen. Vor allem im wenig profitablen Klein- und Kleinsthandel waren jüdische Geschäftsleute aktiv, insgesamt schätzungsweise 200.000 Personen. Im nationalsozialistischen Jargon galt die polnische Wirtschaft als »verjudet«, und in der antisemitischen Logik der Besatzer verstand sich die Ausschaltung der jüdischen Kaufleute trotz unerwünschter Begleiterscheinungen von selbst.<sup>10</sup>

Die jüdischen Gewerbetreibenden litten massiv unter dieser Existenzvernichtungspolitik, die die Deutschen im Spätsommer und Herbst 1939 zunächst noch unsystematisch betrieben, die sie seit Januar 1940 jedoch systematisierten und scheinlegal per Verordnungen verallgemeinerten. Unzählige Plünderungen, Räubereien, willkürlich auferlegte Kontributionszahlungen, Enteignungen und schikanöse Anordnungen ruinierten die jüdischen Geschäftsinhaberinnen und -inhaber. Damit brach auch die bisherige Handelsbranche weitgehend zusammen.<sup>11</sup> Hinzu kamen die massiven Zerstörungen in Städten wie Warschau, die große wirtschaftliche Schäden hinterließen, die allgemeine Ausplünderung der polnischen Wirtschaft sowie der massenhafte Aufkauf von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern durch Wehrmachtssoldaten. Die Folge waren ein akuter Warenmangel und eine horrende Inflation, unter der die polnische Bevölkerung zu leiden hatte.<sup>12</sup> Die Existenzvernichtungspolitik gegen die jüdischen Handeltreibenden musste daher letztlich verlangsamt werden. Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei, hatte bereits kurz nach dem Einmarsch ganz pragmatisch festgestellt, es sei unvermeidlich, »zunächst da und dort Handelsjuden zurückzulassen«.<sup>13</sup>

Die Besatzungsregierung nahm den krisenhaften Zustand der Wirtschaft in dem Moment wahr, in dem sie das Gebiet wirtschaftlich ausnutzen wollte. Auf die Inflation, die Frank so erschrocken zur Kenntnis nahm, reagierte Krakau zunächst mit Preisfestsetzungen – einem allgemeinen Prinzip der NS-Wirtschaftslenkung<sup>14</sup>

– und brutaler Repression gegen alle, die die niedrig bemessenen Preise auf dem sehr schnell florierenden Schwarzmarkt umgingen.<sup>15</sup> Frank und seine Führung suchten die Schuldigen in »jüdischen Wucherern«, die öffentlich hingerichtet seien.<sup>16</sup> Man musste jedoch weitere Maßnahmen ergreifen. Um die Ernährungswirtschaft zu kontrollieren, gründete die Besatzungsregierung die Landwirtschaftliche Zentralstelle. Dies war ein Großkonzern in Staatsbesitz, der den gesamten Handel mit Agrargütern im Generalgouvernement monopolisierte. An seine Erfassungsstellen, die vormals polnischen Genossenschaften, hatten die polnischen Bäuerinnen und Bauern nun ihre Güter zu den niedrig festgesetzten Preisen zu verkaufen.<sup>17</sup> Nahrungsmittel konnten so erfasst werden, allerdings mussten auch andere Konsumgüter ins Generalgouvernement gelangen, an denen es ebenfalls mangelte.

### Hansestädtische Handelsfirmen ziehen ins Generalgouvernement

Der Krieg hatte dazu geführt, dass sich die Interessen hanseatischer Wirtschaftskreise mit denjenigen der Krakauer Besatzungsverwaltung seit dem Frühjahr 1940 trafen.<sup>18</sup> Die deutsche Überseewirtschaft und damit vor allem die Seehandelsbetriebe in den beiden Hansestädten Hamburg und Bremen sahen sich seit Kriegsbeginn nämlich ebenfalls in der Krise. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen hatte Großbritannien eine Seeblockade gegen Deutschland verhängt und zudem zahlreiche Filialen deutscher Handelsfirmen in Übersee konfisziert. Diese waren davon empfindlich getroffen worden und suchten nun händeringend nach Kompensation. Unter der Führung ihrer Handelskammern hatte die hanseatische Wirtschaft bereits in den Jahren zuvor von Hitlers Territorialexpansionen zu profitieren versucht. Seit Oktober 1939 weckte das besetzte Polen in Hamburg und Bremen Begehrlichkeiten. Die annektierten westpolnischen Gebiete erwiesen sich dabei schnell als enttäuschend, da Heinrich Himmler und die dortigen Gauleiter vormals polnische Betriebe an umzusiedelnde »Volksdeutsche« übergeben wollten.

10 Z.B. Peter Heinz Seraphim, *Die Wirtschaftsstruktur des Generalgouvernements*, Krakau 1941, S. 86 f.

11 S. ausführlich Matheis, *Hanseaten*, S. 114–118, 124–127. Zur antisemitischen Verdrängungspolitik s. z.B. auch Ingo Loose, »Die Enteignung der Juden im besetzten Polen 1939–1945«, in: Katharina Stengel (Hrsg.), *Vor der Vernichtung. Die staatliche Enteignung der Juden im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 2007, S. 283–307.

12 Loose, *Kredite*, S. 340; Lehnstaedt, »Mobilisierungsreserve«, S. 239 f.

13 Karol Marian Pospieszański, *Documenta occupationis VI: Hitlerowskie »prawo okupacyjne w Polsce. Część II: Generalna Gubernia. Wybór dokumentów i próba syntezy* [Documenta occupationis VI: Das NS-Besatzungsrecht in Polen. Teil II: Generalgouvernement. Eine Auswahl von Dokumenten und ein Versuch einer Synthese], Poznań 1958, S. 535, Dok. 1: Schnellbrief Reinhard Heydrichs, 21.9.1939.

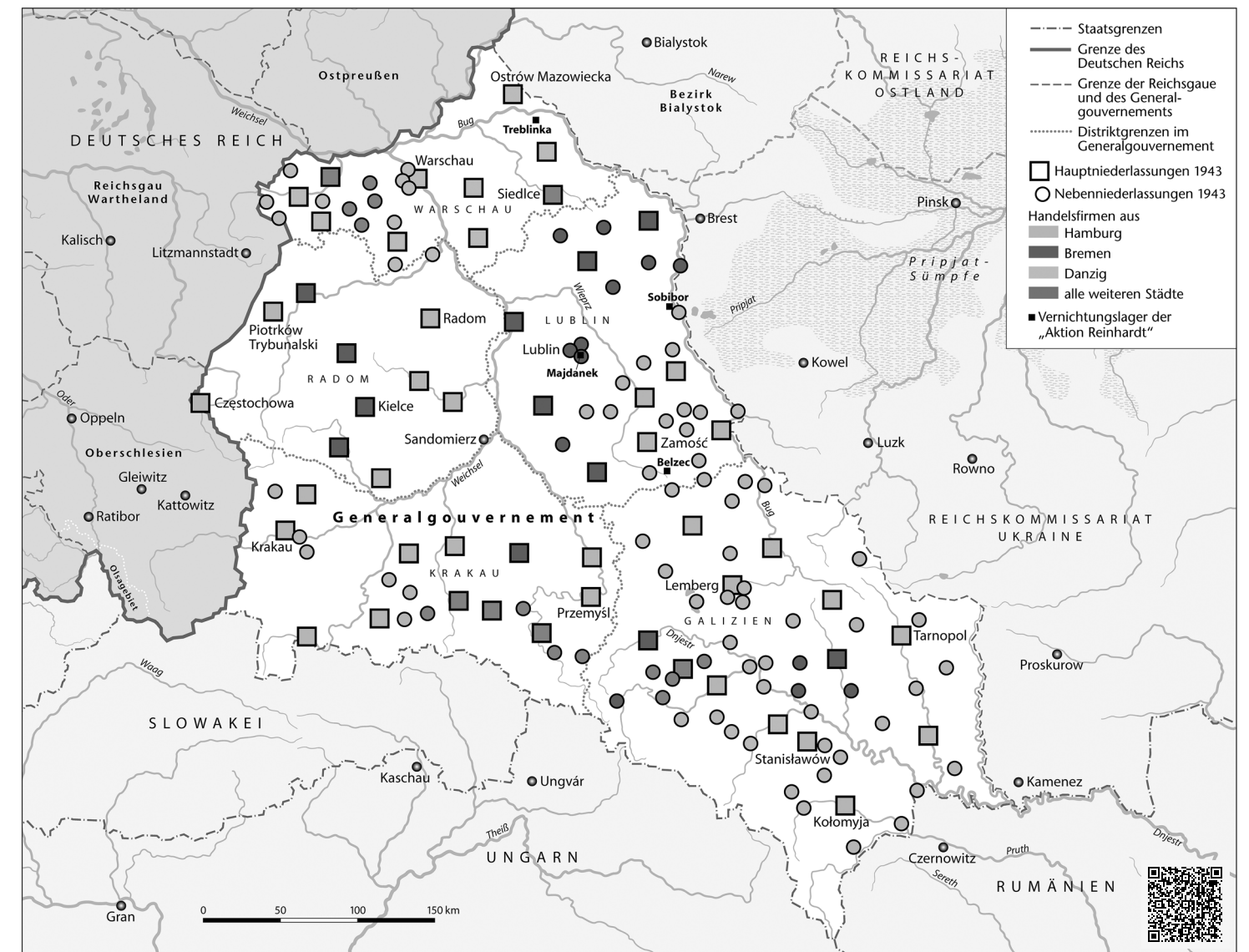
14 Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944*, Hamburg 2018, S. 360–367.

15 Z.B. Regierung des Generalgouvernements, »Zweite Durchführungsvorschrift vom 23. November 1939 über die Ernährungs- und Landwirtschaft im Generalgouvernement. Vom 19. Januar 1940«, in: *Verordnungsblatt des Generalgouvernements für die besetzten polnischen Gebiete (1940), Teil II*, S. 10–19; s. auch Madajczyk, *Polityka III Rzeszy* [Die Politik des Dritten Reichs], Bd. 2, S. 596.

16 Prag, Jacobmeyer, *Diensttagebuch*, S. 91 f., Besprechung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Preisgestaltung und Währung, 21.1.1940.

17 Czesław Szczepańczyk, »Centralny Urząd Rolniczy – Landwirtschaftliche Zentralstelle«, in: *Zeszyty Majdanka*, 7 (1973), S. 121–158; Czesław Rajca, *Walka o chleb 1939–1944. Eksploatacja rolnictwa w Generalnym Gubernatorstwie* [Der Kampf ums Brot 1939–1944. Die Ausbeutung der Landwirtschaft im Generalgouvernement], Lublin 1991, S. 41, 48.

18 S. zum Folgenden ausführlich Matheis, *Hanseaten*, S. 73–111, 139–190.



Übersichtskarte der Niederlassungen der Kriegsgroßhandelsfirmen im Generalgouvernement. Sie macht die flächendeckende räumliche Verteilung der Niederlassungen deutlich und die dominierende Rolle der Hamburger und Bremer Firmenstandorte. Eine farbige Version der Karte, die die Zuordnung zum Herkunftsort der Handelsfirmen erleichtert, finden Sie über den QR-Code unten rechts, oder unter: <https://tinyurl.com/Karte-Generalgouvernement>. Karte: Peter Palm (Berlin)

Ein Bremer Kaufmann und Lobbyist erkannte jedoch im Januar 1940 die Chancen, die im wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel im Generalgouvernement zu liegen schienen: Die Besatzungsbehörden wollten dort ein neues Handelssystem aufbauen. Er vermittelte zu diesem Zweck eine Kooperation zwischen der Besatzungsverwaltung in Krakau und der Hamburger und Bremer Handelskammer, um Betriebe deutscher Überseefirmen im Generalgouvernement anzusiedeln. Daraufhin errichteten im Sommerhalbjahr 1940 zahlreiche Handelsunternehmen in den Landkreisen des Gebiets

Niederlassungen, die als Kreisgroßhandelsfirmen bezeichnet wurden. Die meisten dieser Unternehmen stammten aus Hamburg und Bremen, einige weitere aus Danzig, Berlin und anderen deutschen Städten. Fast alle waren bis 1939 in außereuropäischen Ländern beziehungsweise kolonialen Territorien in Lateinamerika, Afrika und Asien aktiv gewesen. Wesentlich unterstützt wurden sie von Walter Emmerich, einem Hamburger Ökonomen und Interessenvertreter, der seit Juni 1940 als Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft der Regierung des Generalgouvernements tätig war.

## »Prämien« für die Agrarausbeutung

Die Kreisgroßhandelsfirmen sollten eine Doppelfunktion in der Besatzungswirtschaft des Generalgouvernements erfüllen. Die eine Aufgabe war ihre Teilhabe am Agrarausbeutungssystem.<sup>19</sup> Die Besatzungsbehörde musste die Landbevölkerung dazu bewegen, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse an die Deutschen abzugeben. Sie verpflichtete die polnischen Landwirtinnen und Landwirte, einen Großteil ihrer Feldfrüchte und ihres Viehs zu den niedrigen, offiziell festgelegten Preisen an die Landwirtschaftliche Zentralstelle zu verkaufen.<sup>20</sup> Die vorgeschriebenen Ablieferungskontingente waren hoch und belasteten die Landbevölkerung schwer, die vielfach prekär auf kleinen Parzellen wirtschaftete.<sup>21</sup> Unter diesen Bedingungen war die Agrarbevölkerung wenig geneigt, den deutschen Forderungen nachzukommen. Sie verkaufte ihre Produkte lieber auf dem viel rentableren Schwarzmarkt, der wegen der deutschen Hungerpolitik für die polnische Bevölkerung überlebenswichtig war.<sup>22</sup> Die Besatzungsorgane reagierten hierauf repressiv. In einem Bericht der Distriktsverwaltung Warschau hieß es etwa: »Zur Erzwingung der festgesetzten Lieferungskontingente bleibt nur ein Ausweg: Zwang unter Einsatz der verfügbaren Polizeikräfte, einschließlich der Totenkopfverbände.«<sup>23</sup>

Um den brutalen Zwang mit positiven Anreizen zu ergänzen, setzte Krakau seit Sommer 1940 auf die Vergabe von »Prämien«:<sup>24</sup> Wenn Bäuerinnen und Bauern ihr Getreide bei einer Erfassungsstelle abliefern, erhielten sie den Gegenwert nach dem amtlichen Preis in Złoty und als Ablieferungsbeleg einen »Prämienschein«. Dieser berechnete dazu, bestimmte nichtagrarisches Konsumwaren einzukaufen, je nachdem, was abgeliefert worden war, und in einer bestimmten wertmäßigen Relation hierzu. Wer Getreide abgab, durfte beispielsweise Textilien im Wert von 20 Prozent des Auszahlungs Betrags als »Prämien« einkaufen und Spirituosen, Tabak und Petroleum

19 S. zu den zahlreichen Quellen des gut dokumentierten Agrarausbeutungssystems Matheis, *Hanseaten*, S. 191–227.

20 Madajczyk, *Polityka III Rzeszy* [Die Politik des Dritten Reichs], Bd. 2, S. 90; Rajca, *Walka o chleb* [Der Kampf ums Brot], S. 43–45; Markus Roth, *Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen. Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte*, Göttingen 2009, S. 153 f.

21 Madajczyk, *Polityka III Rzeszy* [Die Politik des Dritten Reichs], Bd. 2, S. 90; Pospieszalski, *Hitlerowski »prawo« okupacyjne* [NS-Besatzungsrecht], S. 353–356, Dok. 21: Bericht über die wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Generalgouvernement, ca. 4. Quartal 1940.

22 Łuczak, *Polska i Polacy* [Polen und die Polen], S. 274 f.; Roth, *Herrenmenschen*, S. 154.

23 Werner Röhr, *Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939–1945)*, Köln 1989, S. 168, Dok. 67: Aus dem Monatsbericht März des Distrikts Warschau vom 15. April 1940.

24 Karl Naumann, »Ziele und Aufgaben der Ernährungs- und Landwirtschaft im Generalgouvernement«, in: Josef Bühler (Hrsg.), *Das Generalgouvernement. Seine Verwaltung und seine Wirtschaft*, Krakau 1943, S. 126.

für weitere fünf Prozent.<sup>25</sup> Für alle anderen Güter waren ebenfalls bestimmte Waren zu beziehen, für Vieh etwa Lederwaren und Schuhe.<sup>26</sup> Auf diese Weise wollte die Besatzungsregierung erstens sicherstellen, dass die Güter zu den Erfassungsstellen gelangten und nicht auf den Schwarzmarkt, und zweitens, dass die Bevölkerung ihre Bedarfsartikel zu legalen Preisen in amtlich legitimierten Geschäften einkaufte.<sup>27</sup> Außerdem sollte dieses System jüdische Handeltreibende ersetzen. Die *Rheinisch-Westfälische Zeitung* schrieb dazu: »Das Geld des Juden bietet den polnischen Bauern keinen Anreiz mehr, da er mit Geld allein seinen Bedarf an gewerblichen Waren ja doch nicht decken kann.«<sup>28</sup> Besonders wichtig waren Textilien, da sie als »Prämie« für Korn vorgesehen waren, und Brotgetreide besaß wiederum fundamentale ernährungswirtschaftliche Bedeutung. Textilien heranzuschaffen war in der Logik des Prämiensystems also eine Voraussetzung, die Versorgung mit Brot zu garantieren.

Das Geschäft mit den meisten Prämien erklärte man zum Monopol der vor allem hamburgischen und bremischen Kreisgroßhandelsfirmen, die mit ihren neuen Groß- und Einzelhandelsfilialen die entsprechenden Waren verkaufen sollten. Die Radomer Handelskammer stellte fest: »[E]ine besondere Stellung [nehmen] die in den einzelnen Kreisen eingesetzten deutschen Großhandelsfirmen ein.«<sup>29</sup> Ihr Arbeitsschwerpunkt lag also auf dem flachen Land beziehungsweise den kleineren Kreisstädten, wo sie ihre Kaufhäuser errichteten, die Namen trugen wie »Kaufhaus Hamburg«, »Kaufhaus Hansa« und so weiter.<sup>30</sup>

Kurz gesagt: Das Prämiensystem war ein wesentliches Strukturmerkmal des Agrarausbeutungssystems im Generalgouvernement. Sein Rückgrat bildeten die Kreisgroßhandelsfirmen, die Prämienwaren heranzuschaffen und zu verkaufen hatten.<sup>31</sup> Sie sollten industrielle Fertigwaren in den Markt des Gebiets pumpen, um so die Zirkulation der landwirtschaftlichen Waren anzuregen, und zwar innerhalb der legalen, von den Besatzern kontrollierten ökonomischen Sphäre. Zwar regulierte auch der Reichsnährstand die Preisverhältnisse des

25 Walter Emmerich, »Die Wirtschaft des Generalgouvernements«, in: *Danziger Wirtschaftszeitung*, 22 (1942), H. 11, S. 244–248, hier: S. 27.

26 Z.B. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (IfZArch), Dd 056.013, S. 35, Zeitungsausschnitt, »Landwirtschaftlicher Aufbau im Generalgouvernement«, in: *Rheinisch-Westfälische Zeitung*, 3.10.1941.

27 Naumann, »Ziele«, S. 113–130.

28 IfZArch, Dd 056.013, S. 35, Zeitungsausschnitt, »Landwirtschaftlicher Aufbau im Generalgouvernement«, in: *Rheinisch-Westfälische Zeitung*, 3.10.1941.

29 O.A., »Die Struktur des Großhandels im Distrikt Radom«, in: *Mitteilungsblatt der Industrie- und Handelskammer für den Distrikt Radom*, 2 (1941), H. 2, S. 46.

30 S. Matheis, *Hanseaten*, S. 255 f.

31 S. auch Madajczyk, *Polityka III Rzeszy* [Die Politik des Dritten Reichs], Bd. 1, S. 566; Karsten Linne, »Deutsche Afrikafirmen im »Osteinsatz««, in: 1999, 16 (2001), H. 1, S. 49–90; Götz Aly, Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Frankfurt am Main 2013 (zuerst 1991), S. 219.

Agrarmarkts im Deutschen Reich auf autoritäre Weise und sah eine umfassende Andienungs- und Lieferungspflicht für die Erzeuger vor.<sup>32</sup> Doch machten im Generalgouvernement die Hungerpolitik, die extrem gewalttätige Durchsetzung der Marktordnung und das rassistisch legitimierte, große Machtgefälle zwischen Besatzern und Einheimischen einen wichtigen Unterschied zur Ernährungswirtschaft in Deutschland aus. Das beschriebene Ausbeutungssystem kann als eine nationalsozialistische Variante von erzwungenem Handel betrachtet werden, der in verschiedenen kolonialen Kontexten historische Vorläufer besaß. Zeitlich und geografisch am nächsten lag beispielsweise das Kolonialprojekt »Ober Ost« im östlichen Europa, das die Deutschen während des Ersten Weltkriegs zu errichten versucht hatten und das den Einheimischen ebenfalls ein agrarisches Zwangsverkaufssystem oktroyiert hatte. Weiter zurück lag wiederum etwa die britische Politik, bengalische Bauern zur Produktion von Opium zu zwingen, das diese dann an die Briten zu niedrigen Preisen zu verkaufen hatten.<sup>33</sup>

Bereits im ersten Jahr erwies sich das Prämiensystem sowohl für die beteiligten Firmen als auch aus Sicht der Besatzungsverwaltung im Generalgouvernement als ausreichend effizient, wenn es auch keineswegs reibungslos lief.<sup>34</sup> Beispiele zeigen, dass die neuen Niederlassungen in der polnischen Provinz, wo die Überseefirmen vorher niemals tätig gewesen waren, innerhalb kurzer Zeit schwarze Zahlen schrieben.<sup>35</sup> Rolf Brettschneider, Geschäftsführer der Hamburger Firma G. L. Gaiser, erwartete in einem Geschäftsbericht zu seinen neuen Niederlassungen in Chełm und Hrubieszów einen Umsatz von drei Millionen Reichsmark für 1940. »Die Umsätze sind in ständigem Steigen begriffen«, frohlockte er. Brettschneider, dessen Firma bislang in Nigeria tätig gewesen war, stellte sich mental schnell auf das neue Betätigungsgelände ein und integrierte es in seine traditionelle Ausrichtung: »Diese Neueinrichtung kann auch durchaus nicht als eine vorübergehende Kriegerscheinung gewertet werden. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass dieses Geschäft [...] auch für später eine kommende Ausgleichsmöglichkeit für die Unkosten des hiesigen Betriebs [des Hamburger Stammhauses, F.M.] einerseits und eine Schulungsstätte für den afrikanischen Nachwuchs andererseits bilden wird.«<sup>36</sup>

32 Gustavo Corni, Horst Gies, *Brot – Butter – Kanon. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers*, Berlin 1997, S. 335–353.

33 Vejas Gabriel Liulevicius, *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2002 (amerikanische Erstveröffentlichung 2000), S. 89 f.; Heide Gerstenberger, *Markt und Gewalt. Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus*, Münster 2017, S. 124 f.

34 S. ausführlich Matheis, *Hanseaten*, S. 200–227.

35 Z.B. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BAArch), R 2/13201, S. 272 f., Schreiben Deutsche Kamerun-Gesellschaft an Reichskreditgesellschaft, 24.5.1941; ebd., R 2/13251, S. 270, Schreiben Reichskreditgesellschaft an Reichswirtschaftsministerium (betr. die Bremer Firma Overbeck & Co.), 7.5.1941.

36 BArch, R 2/13208, S. 332 f., Geschäftsbericht G. L. Gaiser, 28.11.1940, Zitate

Anzeige

## Der Sound des Krieges von der Antike bis in die Gegenwart



2025 · 370 Seiten · € 49,- · ISBN 978-3-593-52117-6

Krieg und Konflikt · Band 28

Verfügbar im Open Access

Die Beiträge dieses Bands nehmen erstmals den Sound des Krieges, die Belliphonie, in den Blick – im historischen Längsschnitt von der Antike bis in die Gegenwart. Sie fragen danach, wie und warum sich der Sound des Krieges im Laufe der Geschichte wandelte und wie er wahrgenommen, gedeutet und erinnert wurde. Mit dem Begriff »Sound« bezeichnen sie alle akustischen Phänomene wertungs- und kontextoffen, angelehnt an eine in den »Sound Studies« etablierte Begrifflichkeit.



**campus**  
Frankfurt · New York

Wie effektiv das von den Kreisgroßhandelsfirmen getragene Prämiensystem aus Sicht der Besatzungsverwaltung war, zeigt bereits die Tatsache, dass man es nach dem Angriff auf die Sowjetunion 1941 auch auf Ostgalizien übertrug, ein Territorium, um das Generalgouvernement erweitert wurde. Auch hier kamen Hamburger und Bremer Firmen zum Zuge, worum sich die heimischen Handelskammern intensiv kümmerten. Das Generalgouvernement hatte sich damit als Betätigungsfeld für die hansestädtischen Unternehmer bewährt. Daher gerieten nun die besetzten sowjetischen Gebiete besonders in den Blick. Seit 1941 engagierten sich über 200 Hamburger und Bremer Firmen aus Handel, Industrie und Spedition auch dort.<sup>37</sup>

Für die Agrarausbeutung des Generalgouvernements blieb der Handel mit den »Prämien« essenziell, gleichzeitig jedoch beruhte er auf prekärer Basis: Die Rüstungswirtschaft hatte Vorrang vor der Konsumindustrie, die jedoch die »Prämien« herstellte.<sup>38</sup> Eine interne Äußerung Walter Emmerichs zeigt dies exemplarisch: »Das in den vergangenen Jahren entwickelte Prämienscheinsystem [...] hat für die kommende Ernteerfassungssaktion derart an Bedeutung gewonnen, dass von seinem reibungslosen Funktionieren mehr noch als bisher das Gelingen der Aktion und damit die Durchführung einer entscheidenden Kriegsaufgabe abhängt.«<sup>39</sup> Das illustriert die Bedeutung der Unternehmen, die die »Prämien« mit ihren Lieferketten herbeiholten, nicht nur innerhalb des Generalgouvernements, sondern auch aus anderen besetzten Ländern Europas. So schrieben etwa die Firmen Overbeck & Co. und Corssen & Co.: »Unsere Stammhäuser benutzen ihre vielen Vorkriegsverbindungen, sowie alle anderen sich bietenden Gelegenheiten, um Ware heranzuschaffen.«<sup>40</sup>

### Hansestädtische Überseefirmen als Ersatz für ausgeschaltete jüdische Geschäftsleute

Die zweite Aufgabe der Doppelrolle der Hamburger und Bremer Handelsfirmen bestand in ihrem Beitrag zur wirtschaftlichen Existenzvernichtung der jüdischen Gewerbetreibenden. Kopf der Planungen war Walter Emmerich, dessen Ziel es war, die polnische Gesellschaft radikal nach antisemitischen und rassistischen

Grundsätzen umzustrukturieren. Bereits wenige Wochen nach seiner Amtseinführung erläuterte er Hans Frank sein Konzept für eine »gedeihliche wirtschaftliche Tätigkeit«:<sup>41</sup> »Zunächst müsse im jüdischen Sektor eine bedeutende Rationalisierung Platz greifen. Anstelle der vielen Kleinexistenzen müssten lebensfähige Mittelexistenzen geschaffen werden. Durch die Zusammenpressung des jüdischen Sektors ergebe sich dann für den polnischen Sektor die Möglichkeit des Nachrückens [...]. Durch das Nachrücken der Polen würden die Schlüsselstellungen frei, in die dann die Deutschen einrücken müssten.«<sup>42</sup>

Nach Emmerichs Vorstellung sollte also die Enteignung der zahlreichen kleinen Betriebe in jüdischem Besitz einer »Rationalisierung« gleichkommen. Die Pauperisierung der jüdischen Kleinunternehmerinnen und -unternehmer stellte für den Wirtschaftswissenschaftler einen volkswirtschaftlich »irrationalen« Zustand dar, den es zu beenden galt. Als »Rationalisierung« verstand Emmerich eine flächendeckende Kapitalkonzentration auf Kosten der ungefähr 1,4 Millionen Jüdinnen und Juden, die 1940 im Generalgouvernement lebten. Für sie sah er kein Existenzrecht mehr vor, die Klassenverhältnisse sollten sich nach rassistischen Kriterien ändern. Deutsche in »Schlüsselstellungen« sollten als Oberschicht an der Spitze stehen, darunter eine nichtjüdische polnische Mittel- und Unterschicht in deutschen Diensten. Die Jüdinnen und Juden sollten vollständig »verschwinden«, ihre Vertreibung, später Ermordung, planten die Besatzer parallel.<sup>43</sup> Emmerich beabsichtigte, die »Geschäfte in vertrauenswürdige Hand zu bringen«, und zwar in die der zahlreichen Firmen aus Hamburg und Bremen im Agrarausbeutungssystem: »Aus diesem Grunde seien auch aus dem Reich Großhandels- und Ausfuhrfirmen hinzugezogen worden, die sich im Zuge der Ernteerfassungssaktion durchaus bewährt hätten.«<sup>44</sup>

Es ging Emmerich nicht darum, dass die hansestädtischen Firmen bestehende Unternehmen aus jüdischem Besitz »arisieren«, also zu sehr niedrigen Preisen aufkauften.<sup>45</sup> In den Quellen findet sich kein Fall, in dem eine Kreisgroßhandelsfirma eine bereits existierende Firma in Polen übernommen hätte, auch wenn die Kaufleute anfänglich eine nicht näher quantifizierbare Menge konfiszierter Warenbestände aus jüdischem Besitz für ihr Prämiengeschäft erhielten.<sup>46</sup>

ebd. Zur kolonialistischen und antisemitischen (Selbst-)Wahrnehmung der betreffenden Unternehmer s. ausführlich Matheis, *Hanseaten*, S. 260–270.

37 Staatsarchiv Hamburg, 621-1/72, Nr. 1405, Bd. 19, Mitgliederrundschreiben Industrie- und Handelskammer Hamburg, i. Anh. »Hamburgs Mitarbeit an den Aufgaben der Wirtschaft in den besetzten russischen Gebieten«, 14.12.1942; Staatsarchiv Bremen (StAB), 4, 35/1, Nr. 1153, Aufstellung von Bremer Firmen im »Osteinsatz«, o.D. [ca. 1943]; s. ausführlich Matheis, *Hanseaten*, S. 269–307.

38 Madajczyk, *Polityka III Rzeszy* [Die Politik des Dritten Reichs], Bd. 1, S. 580.

39 Instytut Pamięci Narodowej [Institut für Nationales Gedenken], GK 94/VI/106, Rundschreiben Emmerichs an Gouverneure, Kreis- und Stadthauptleute, 29.7.1942.

40 StAB, 9, V/B 110, Tätigkeitsbericht Overbeck & Co., 20.5.1944.

41 S. auch Aly, Heim, *Vordenker*, S. 208 f.

42 Präg, Jacobmeyer (Hrsg.), *Diensttagebuch*, S. 244 f., Besprechungen, 27.6.1940.

43 Zur Judenverfolgung und zum Holocaust im Generalgouvernement grundlegend z.B. Dariusz Libionka, *Zagłada Żydów w Generalnym Gubernatorstwie. Zarys problematyki* [Die Vernichtung der Juden im Generalgouvernement. Problemumriss], Lublin 2017; Stephan Lehnstaedt, *Der Kern des Holocaust. Bełżec, Sobibór, Treblinka und die Aktion Reinhardt*, München 2017.

44 IfZArch, Fb 105/9, S. 2190, Abteilungsleitersitzung, 31.10.1940.

45 Vgl. Benno Nietzel, »Die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Juden 1933–1945. Ein Literatur- und Forschungsbericht«, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 49 (2009), S. 561–614, hier: S. 585.

46 Matheis, *Hanseaten*, S. 204 ff.



Walter Emmerich (1895–1967), Präsident des Hauptamts Wirtschaft im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete  
Foto: gemeinfrei



Kaufhaus Hansa in Busko, undatiert (ca. 1940–1944)  
Foto: Privatsammlung Heike Schulz

Übernahmen der Klein- oder Kleinstbetriebe hätten sich für die Großhandelsfirmen nicht gelohnt. Die substitutive Funktion der Hansestädter bestand vielmehr darin, die allgemeine Liquidation der jüdischen Gewerbetätigkeit zu ermöglichen. Die Kreisgroßhändler bildeten die ökonomische Ersatzorganisation, die nötig war, um die Wirtschaft für deutsche Belange auszunutzen und gleichzeitig den »jüdischen« Handel vernichten zu können.<sup>47</sup> Die Hamburger und Bremer Kaufleute halfen auf diese Weise, den Zielkonflikt zwischen Judenverfolgung und Ausbeutung weitgehend zu überbrücken und die jeweiligen Zielsetzungen voranzutreiben.

47 S. z.B. auch Aly, Heim, *Vordenker*, S. 216–221.

### Profite und optimierte Ausbeutung: »Firmeneinsatz« als Erfolg für die Besatzer

In den Jahren 1942/43 erreichte die Tätigkeit der deutschen Kaufleute im Generalgouvernement, bei denen es sich überwiegend um Hanseaten handelte, ein bemerkenswertes Ausmaß. »So überzieht ein dichtes Netz von Kreisgroßhandelsfirmen mit zusammen etwa 160 Haupt- und Nebenniederlassungen das Generalgouvernement«, hieß es in Fachzeitschriften.<sup>48</sup> Der »Einsatz« dieser Firmen bildete

48 Z.B. o.A., »Der deutsche Großhandel im Generalgouvernement. Arbeitsgemeinschaft der Kreisgroßhändler«, in: *Die Ostwirtschaft*, 32 (1943), H. 3, S. 39 f. Von den Mutterfirmen der Kreisgroßhändler stammten elf aus

insgesamt einen Erfolg aus Sicht der Besatzer. Fragmentarisch überlieferte Bilanzen und Geschäftsberichte deuten darauf hin, dass die meisten Unternehmen zwischen 1940 und 1944 von Jahr zu Jahr ihre Umsätze und Gewinne steigerten.<sup>49</sup> Der Geschäftsführer von Overbeck & Co. stellte 1944 fest: »Zusammenfassend können wir sagen, dass wir froh sind, den Aufgabenkreis hier im GG gefunden zu haben [...]. Mancher neidet uns vielleicht den finanziellen Erfolg und denkt nicht daran, dass wir die Arbeit mit großen Risiken auf uns genommen haben.«<sup>50</sup>

Obwohl Inflation und Schwarzmarkt für die Besatzungsverwaltung ein Dauerproblem blieben, trug das Prämiensystem trotz aller Widersprüche zu einer weitgehend funktionierenden Agrarausbeutung bei. Hermann Göring, Chef der Vierjahresplanbehörde, und Herbert Backe, Staatssekretär im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, erlegten dem Generalgouvernement im Verlauf des Kriegs immer horrende Ablieferungsquoten auf. Sie steigerten ihre Forderungen von circa einer Million Tonnen Getreide in der Erntesaison 1941/42 auf 1,6 Millionen Tonnen Getreide in der Saison 1943/44. Die Besatzer trieben die Quoten brutal ein. Seit 1942 drohte die Todesstrafe für vermeintlich »böswilliges« Nichtabliefern während des sogenannten Ernteausnahmestands. Zudem beschleunigten sie den Massenmord an der jüdischen Bevölkerung. Mit dem System von Zuckerbrot und Peitsche konnten die tatsächlichen Eintreibungsquoten von Jahr zu Jahr gesteigert werden, sodass die Ernte von 1943/44 zu fast 94 Prozent eingezogen wurde. Durch Hungerpolitik und Massenmord trug das Generalgouvernement erheblich zur deutschen Nahrungsmittelversorgung bei.<sup>51</sup> Im Jahr 1942 hatte es dem Kieler Weltwirtschaftsinstitut zufolge allein 51 Prozent aller Roggenimporte, 66 Prozent der Hafer-, 28 Prozent der Gersten- und außerdem 52 Prozent der Kartoffellieferungen ins Deutsche Reich geleistet. Im Jahr 1943 stammten sogar 96 Prozent des Roggens von dort.<sup>52</sup>

Diese Ausbeutungserfolge rechnete die Besatzungsverwaltung den eingesetzten Überseefirmen hoch an. Walter Emmerich bescheinigte ihnen bereits 1942 öffentlich, Wesentliches geleistet zu haben. »Diese Einsatzfirmen [...] haben sich, wie heute festgestellt werden

kann, in ihrer großen Mehrheit ausgezeichnet bewährt. Sie sind eine zuverlässige Institution für besonders verantwortliche Aufgaben gewesen, wie z.B. die Ernteerfassungsaktion, und haben [...] durch die Errichtung anständiger Kaufhäuser in völlig verlutete Landnester ein Stück deutscher Ordnung und Sauberkeit hineingetragen.«<sup>53</sup> Dass die NS-Führung das Prämiensystem positiv bewertete, zeigte sich in ihrem Vorhaben, es 1944 auch in Serbien, Italien und Rumänien einzuführen.<sup>54</sup> Mit dem Vorrücken der Roten Armee flüchteten die »Einsatzfirmen« aus dem Generalgouvernement. Ihnen entstandene Verluste wurden anschließend jedoch noch als »Kriegsschäden« oder in manchen Fällen, Jahrzehnte später, sogar über den Lastenausgleich für Vertriebene in der Bundesrepublik teilweise kompensiert.<sup>55</sup>

### Fazit

Die Regierung des Generalgouvernements sah sich im Frühjahr 1940 mit einem Konflikt in ihren Zielsetzungen konfrontiert, den sie zu überbrücken hatte. Die wirtschaftspolitische Inwertsetzung des eroberten Gebiets widersprach zunächst der antisemitischen Existenzvernichtungspolitik, insbesondere der Ausschaltung der zahlreichen jüdischen Handeltreibenden. Zusammen mit den vorangegangenen Plünderungen und Demontagen verschärfte die antijüdische Politik die Inflation und den Warenmangel, der einer Nutzbarmachung des Generalgouvernements im Weg stand. Die nun folgende Kooperation mit hansestädtischen Überseefirmen basierte auf einer Interessenskonvergenz zwischen der Besatzungsverwaltung und der spezifisch hamburgisch-bremischen Branche: Die »blockierten« Handelsfirmen erhielten eine unternehmerische Betätigungsmöglichkeit, und die Besatzungsverwaltung konnte sie als Ersatz für den bis dahin »jüdischen« Handel in ihr Agrarausbeutungssystem einschalten. Obwohl die Wirtschaft des besetzten Territoriums krisenhaft blieb, erwies sich diese Kooperation als gewinnbringend für die deutschen Akteure. Die Unternehmer konnten den Wegfall des Überseegegeschäfts profitabel überbrücken, während man die Exploitation auf Basis einer rücksichtslosen Hungerpolitik sowie die »Arisierung« vorantreiben konnte, die sich als Vorstufe in der eskalativen Dynamik hin zum Massenmord an den Jüdinnen und Juden erweisen sollte. Die hansestädtischen Firmen wurden als privatwirtschaftliche Akteure zu Stakeholdern nationalsozialistischer Politikziele im besetzten Polen, von denen sie profitierten und die sie mit ermöglichten.

.....

Bremen und 17 aus Hamburg, vgl. Matheis, *Hanseaten*, Tab. 11, S. 395–399. Ferner waren 17 weitere hamburgische Unternehmen außerhalb des Kreisgroßhandels als sog. Fachgroßhandelsfirmen im Generalgouvernement tätig, sodass zwischen 1940 und 1944 insgesamt 51 hansestädtische Unternehmen in dem Territorium aktiv waren, vgl. ebd., Tab. 3, S. 319 f.

49 S. z.B. BArch, R 52-VI/20, Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Kreisgroßhändler im Generalgouvernement an Regierung des Generalgouvernements, 29.10.1943.

50 StAB, 9, V/B 110, Tätigkeitsbericht Overbeck & Co., 20.5.1944.

51 S. ausführlich Matheis, *Hanseaten*, S. 333–345; s. auch Meyer, »Backe«, S. 14 f.

52 Hans-Erich Volkmann, »Landwirtschaft und Ernährung in Hitlers Europa«, in: Bernhard Chiari (Hrsg.), *Ökonomie und Expansion. Grundzüge der NS-Wirtschaftspolitik*, München 2003, S. 365–442, hier: S. 408.

.....

53 Emmerich, »Wirtschaft des Generalgouvernements«, S. 246.

54 BArch, R 26-IV/20, S. 10, Aktenvermerk, 26.7.1944; ebd., R 26-IV/20, S. 8, Aktenvermerk, o.D. [ca. August 1944]; ebd., R 26-IV/20, S. 3, Aktenvermerk, 25.8.1944.

55 Matheis, *Hanseaten*, S. 345–352, 379 ff.

# Bauen für den NS-Staat

## Die Tätigkeit der Porr AG in den besetzten Gebieten

Von Christian Rabl



**Dr. Christian Rabl** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Mauthausen und Koordinator an der KZ-Gedenkstätte Melk. Er forscht schwerpunktmäßig zu Nationalsozialismus, Konzentrationslagern, Zwangsarbeit und Erinnerungskultur. Veröffentlichungen (Auswahl): (mit Bertrand Perz), *KZ Melk und Projekt »Quarz«*. *Geschichte und Gedenken*, Wien 2025; *Mauthausen vor Gericht. Nachkriegsprozesse im internationalen Vergleich*, Wien 2019; *Am Strang. Die österreichischen Angeklagten in den Dachauer Mauthausen-Prozessen*, Wien 2018.

Foto: privat

Die Allgemeine Baugesellschaft A. Porr AG zählt zu den ältesten Aktiengesellschaften Österreichs. Ihre Gründung geht auf das Jahr 1869 zurück.<sup>1</sup> Im Laufe seiner Entwick-

lung zu einem der größten Baukonzerne Österreichs erwies sich das Unternehmen als fortschrittlich und überaus anpassungsfähig – nicht zuletzt auch an die neuen politischen Gegebenheiten nach dem »Anschluss« Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938.<sup>2</sup> Die Porr AG hatte ab Anfang des 20. Jahrhunderts durch strategische Fusionierungen und Eingliederung verschiedener Zulieferbetriebe (darunter etwa ein Säge- und ein Ziegelwerk sowie mehrere Steinmetzbetriebe) einen hohen Grad an Eigenständigkeit bei der Umsetzung komplexer Bauprojekte.<sup>3</sup> In personeller Hinsicht war das Unternehmen ab Anfang des 20. Jahrhunderts in den Leitungspositionen mit zahlreichen innovativen Technikern und Unternehmensentwicklern besetzt, was dazu führte, dass die Porr AG sowohl während der Habsburgermonarchie als auch in der Ersten Republik und in der Zeit des austrofaschistischen Regimes mit renommierten Großbauprojekten betraut wurde, wie etwa der Errichtung des Palais Ephrussi in Wien, dem Bau der Großglockner-Hochalpenstraße oder

.....

1 Zur Geschichte der Porr AG ab ihrer Gründung vgl. Herbert Matis, Dieter Stiefel, »Mit der vereinigten Kraft des Capitals, des Credits und der Technik ...« *Die Geschichte des österreichischen Bauwesens am Beispiel der Allgemeinen Baugesellschaft – A. Porr Aktiengesellschaft*, 2 Bde., Wien u.a. 1994.

2 Der vorliegende Text basiert auf den Ergebnissen eines von der Porr AG initiierten Forschungsprojekts unter der Leitung von Prof. Dr. Oliver Rathkolb, Prof. Dr. Bertrand Perz (beide Universität Wien) und Prof. Dr. Sybille Steinbacher (Fritz Bauer Institut, Frankfurt am Main). Der Autor war einer von mehreren wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Projekts. Vgl. Oliver Rathkolb, Bertrand Perz, Sybille Steinbacher (Hrsg.), *Die Porr AG und ihre Tochterunternehmen in der NS-Zeit*, Berlin 2025.

3 Vgl. Oliver Rathkolb, »Historischer Überblick«, in: Rathkolb, Perz, Steinbacher (Hrsg.), *Porr AG*, S. 18–29, hier: S. 20.

den Pfahlfundierungen<sup>4</sup> für den berühmten Wiener Karl-Marx-Hof. Im Jahr 1937 wies die Porr AG einen Jahresumsatz von 7,5 Millionen Schilling aus und beschäftigte 124 Angestellte und 730 Arbeiter, hinzu kamen drei Millionen Schilling Jahresumsatz der 1927 gegründeten Porr-Tochter Allgemeine Straßenbau AG (kurz Allbau), die Ende 1937 insgesamt 27 Angestellte und 550 Arbeiter auf ihren Lohnlisten führte.<sup>5</sup> Der Porr-Konzern zählte damit zu dieser Zeit neben der Universale-Redlich & Berger Bau AG zwar zu den größten Bauunternehmen Österreichs, war jedoch in Relation zu den damaligen großen deutschen Baufirmen eher eine kleine Firma.<sup>6</sup>

#### Auf Linie gebracht: »Säuberung« und »Arisierung« in der Porr AG

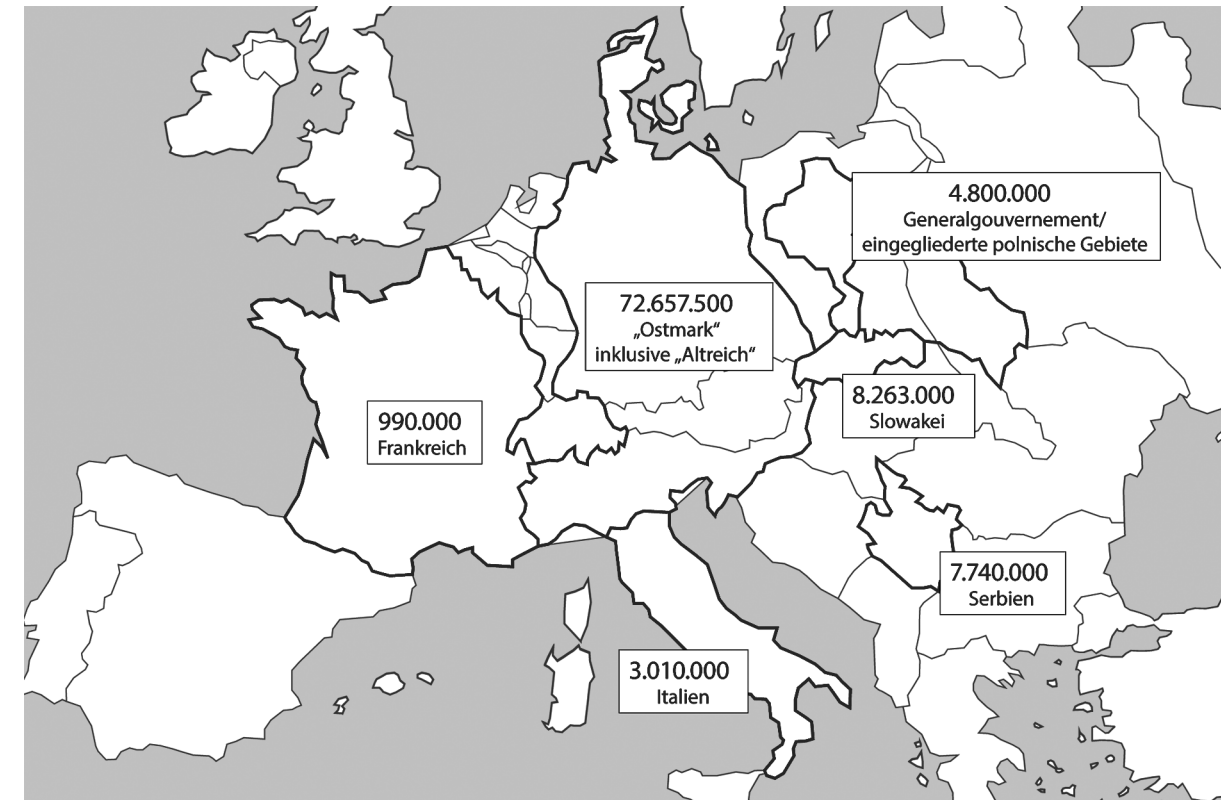
Nach dem »Anschluss« Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 war die Unternehmensführung darum bemüht, den Konzern möglichst rasch an die neuen politischen Gegebenheiten anzupassen. Nur wenige Tage nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Wien und noch vor dem offiziellen Inkrafttreten der »Nürnberger Rassegesetze« in der »Ostmark«, wie Österreich vom NS-Regime im nunmehr »Großdeutschen Reich« genannt wurde, entledigte sich der Verwaltungsrat seiner jüdischen und politisch nicht mehr genehmen Mitglieder<sup>7</sup> und entließ zudem acht »nichtarische« Mitarbeiter aus dem Unternehmen. Der Verwaltungsrat (nach der Umstellung auf deutsches Aktienrecht: der Vorstand und der Aufsichtsrat) wurde sukzessive durch NSDAP-Parteigänger beziehungsweise Vertrauensleute von Ernst August von Hannover ersetzt, dessen Oberste Verwaltung des Gesamthauses Hannover-Braunschweig-Lüneburg die Unternehmensanteile der beiden größten jüdischen Porr-Aktionäre,

Ottokar Stern und Siegfried Josef Pick, überwiegend übernahm und so mit fast 43 Prozent den Großteil der Porr-Aktien besaß.<sup>8</sup> Als neuer »starker Mann« an der Spitze des Porr-Vorstands ging der aus Kärnten stammende Bauingenieur Max Tazoll hervor, der durch seine langjährige leitende Tätigkeit für den Frankfurter Baukonzern Wayss & Freytag (nach dessen Konkurs 1932 für die österreichische Wayss & Freytag und Meinong GmbH) in der Baubranche bestens vernetzt war. Gleichzeitig verfügte Tazoll als Mitglied der NSDAP und des Deutschen Klubs, des Zentrums der deutschnationalen Bewegung in Österreich, wie auch als schlagender Burschenschafter der Bruna Sudetia über hervorragende Kontakte ins nationalsozialistische Lager.<sup>9</sup>

Im Rahmen der Vorstandssitzung am 29. September 1938 im Porr-Haus in der Wiener Operngasse, an der zum ersten und einzigen Mal auch der neue Hauptaktionär Ernst August von Hannover persönlich teilnahm, konnte Betriebsleiter und Vorstandsvorsitzender Max Tazoll stolz verkünden, dass sich die Porr AG nunmehr offiziell ein »arisches Unternehmen« nennen dürfe.

#### Zur Relation der Bauprojekte in der »Ostmark« und in den besetzten Gebieten

Das im Rahmen der von Hermann Göring geleiteten Vierjahresplanbehörde für die »Ostmark« vorgesehene Aufbauprogramm samt staatlichen Unterstützungen erlaubte es der Porr AG schon ab der zweiten Hälfte 1938, die in Relation zum »Altreich« bestehenden strukturellen Defizite der österreichischen Baubranche – insbesondere Personalmangel, mangelhafte Ausstattung mit Geräten und Baumaschinen sowie schlechte Kapitalausstattung – rasch aufzuholen. Der Porr AG gelang es – nicht zuletzt dank der »Säuberung« des Unternehmens –, zahlreiche hochdotierte und langfristige Großbauprojekte in der »Ostmark« an Land zu ziehen, darunter etwa die umfangreiche Erweiterung der Böhlerwerke in Waidhofen/Ybbs und Kapfenberg sowie ein Neubau für Böhler in St. Marein im Müürztal, der Neubau des Dampfkraftwerks Timelkam, der Ausbau der Zellstoffwerke Lenzing AG sowie zwei Großbauprojekte im Auftrag der IG Farben in Linz und Moosbierbaum. Im Rahmen des großangelegten Reichsautobahnbaus wurde die Porr zudem mit der Umsetzung eines komplexen Talübergangs bei Heiligenkreuz betraut. Der Porr AG kamen insbesondere in der »Ostmark« teilweise bereits bestehende Geschäftsbeziehungen aus der Vorkriegszeit zugute, mit der IG Farben AG Leverkusen kam aber auch eine reichsdeutsche Firma neu ins Kundenportfolio hinzu, die sich – neben Böhler AG und Organisation Todt (OT) – zum drittgrößten Umsatzbringer der Porr



Bauleistungen der Porr und der Allbau nach Ländern in Reichsmark, 1939–1944  
Quelle: Vorstandsberichte Allbau, 1940–1945. PA, Mappen 57, 59, 61, 64 und 67 sowie Berichte des Porr-Vorstands 1939 bis 1945. PA, Mappe Porr 38–45, Nr. 3; eigene Berechnungen des Autors  
Karte: be.public Corporate & Financial Communications, Wien



Zwangsarbeiter im Steinbruch in Bor (Serbien), undatiert. Foto: Yad Vashem album number FA57/25, archival signature 106

4 Bereits 1904 erhielt der Baudirektor der Porr AG, Ottokar Stern, das Patent auf Betonblechrohrpfähle, welches in den Folgejahren sukzessive verbessert wurde. Die Pfähle wurden in den Boden gerammt, was sowohl eine Beschleunigung der Bauarbeiten mit sich brachte als auch zu einer Verdichtung des Bodens führte und die Tragfähigkeit der Konstruktion erhöhte. Vgl. Matis, Stiefel, *Kraft des Kapitals*, Bd. 1, S. 299–302.  
5 Vgl. Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (ÖStA/AdR), ZNsZ RK Materie, 2218-0, Bd. 1, Statistische Angaben der wichtigsten Baufirmen Österreichs aus dem Jahre 1937, Beilage 2, 20.7.1938.  
6 Vgl. Bertrand Perz, »Die Porr AG als Teil der Bauwirtschaft auf österreichischem Gebiet zwischen 1938 und 1945«, in: Rathkolb, Perz, Steinbacher (Hrsg.), *Porr AG*, S. 334–369, hier: S. 335 ff.  
7 Der langjährige Porr-Präsident Ernst Christian Mosing schied aufgrund der jüdischen Herkunft seiner Ehefrau aus dem Verwaltungsrat aus, die beiden jüdischen Verwaltungsratsmitglieder und Hauptaktionäre, Ottokar Stern und Siegfried Pick, wurden ebenfalls aus dem Unternehmen gedrängt, zudem auch Sterns Schwiegersohn Werner Salvisberg und der dem austrofaschistischen Regime zuzuordnende Martin Kink. Vgl. Christian Rabl, »Die Porr AG: Unternehmensgeschichte und Geschäftspolitik 1938–1945«, in: Rathkolb, Perz, Steinbacher (Hrsg.), *Porr AG*, S. 30–82, hier: S. 31–36.

8 Vgl. Oliver Rathkolb, »Profit um jeden Preis: Vermögensentzug in der Porr AG nach 1938«, in: Rathkolb, Perz, Steinbacher (Hrsg.), *Porr AG*, S. 314–333.  
9 Vgl. Rabl, »Die Porr AG: Unternehmensgeschichte«, S. 31 f.

entwickelte. Dafür verantwortlich waren neben den schon erwähnten großen Chemiefabrik-Bauvorhaben in Linz und Moosbierbaum zwei Bauprojekte in Auschwitz-Monowitz und Parchwitz. Insgesamt erwirtschaftete die Porr AG zwischen 1940 und 1944 satte 12,3 Millionen Reichsmark bei Bauprojekten der IG Farben.<sup>10</sup> Dies entsprach 12,4 Prozent ihres Umsatzes in diesem Zeitraum.

Nur wenige Wochen nach dem deutschen Überfall auf Polen war der Porr-Vorstand dazu übergegangen, sich ganz gezielt jenen Institutionen zuzuwenden, die unter den nun herrschenden Bedingungen des Kriegs für die Vergabe lukrativer neuer Projekte als relevant erachtet wurden. Im Rahmen einer Vorstandssitzung am 4. November 1939 wurden die Baubüros Speer, Todt und Krauch<sup>11</sup> sowie die Hermann-Göring-Werke (HGW) in Linz<sup>12</sup> namentlich genannt.<sup>13</sup> Zudem unternahm Porr-Vorstandsmitglied Andreas Hutarew noch im Spätherbst 1939 eine »Studienreise« nach Krakau, um im Raum Ostschlesien und Galizien mögliche neue Betätigungsfelder für die Porr AG auszuloten. Das Vorhaben war jedoch vorerst nur mäßig erfolgreich. Abgesehen von der kurzzeitigen Entsendung eines Bautrupps zur Straßenreparatur in das Generalgouvernement, die auf ausdrücklichen Wunsch von Generalinspekteur Todt erfolgt war,<sup>14</sup> blieben Bauprojekte außerhalb der »Ostmark« in der Gesamtbilanz der Porr AG zunächst nur ein unbedeutender Faktor. Dies zeigt sich auch an der Entwicklung der Jahresbauleistungen des Unternehmens.

In den Jahren 1940 und 1941 erwirtschaftete die Porr allein auf dem Gebiet der »Ostmark« Jahresumsätze von 17,4 beziehungsweise 18,1 Millionen Reichsmark, während die restlichen Bauprojekte – in den besetzten Gebieten sowie in der Slowakei, wo die Porr eine Dependance eröffnet hatte<sup>15</sup> – noch mit weniger als einer halben Million Reichsmark zu Buche standen. Aufgrund der kriegsbedingten Einstellung einiger Bauprojekte, etwa des Reichsautobahnbaus, 1942 musste

.....

10 Vgl. ebd., S. 67.

11 Die drei genannten Männer stehen kraft ihrer Funktionen stellvertretend für drei entscheidende Sparten des Bauwesens im NS-Staat: Architekt Albert Speer fungierte u.a. als Generalbauinspektor und Reichsminister für Bewaffnung und Munition; Bauingenieur Fritz Todt war bis zu seinem Unfalltod bei einem Flugzeugabsturz als Generalinspektor für das Straßenwesen im Amt und ab 1940 Reichsminister für Bewaffnung und Munition; der Chemiker Carl Albert Krauch hatte das Amt des Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung im Vierjahresplan inne und war überdies Vorstandsmitglied der IG Farben.

12 Die Porr AG kam zwar beim Bauvorhaben der HGW in Linz nicht zum Zuge, erhielt aber Großaufträge des Konzerns in Leoben-Donawitz (Steiermark) und in Podbrezova (Slowakei). Die HGW waren mit ca. fünf Millionen Reichsmark fünftgrößter Umsatzbringer der Porr in der NS-Zeit. Vgl. Rabl, »Die Porr AG: Unternehmensgeschichte«, S. 65.

13 Vgl. Porr-Archiv, Jahresbericht des Vorstands an den Aufsichtsrat, 4.11.1939.

14 Vgl. Maria Czaputowicz-Głowacka, »Die Aktivitäten der Porr AG in den polnischen Gebieten unter deutscher Besatzung«, in: Rathkolb, Perz, Steinbacher (Hrsg.), *Porr AG*, S. 82–127, hier: S. 85 f.

15 Vgl. Pavel Szobi, »Die Porr AG in der Slowakei«, in: Rathkolb, Perz, Steinbacher (Hrsg.), *Porr AG*, S. 178–198.

die Porr AG eine kleine Delle in der Umsatzentwicklung hinnehmen, machte in diesem Jahr aber erstmals einen durchaus signifikanten Teil ihres Jahresumsatzes außerhalb der »Ostmark«. Ab 1943 stiegen die Umsätze auf insgesamt rund 20 Millionen Reichsmark. Zudem glichen sich erstmals die in und außerhalb der »Ostmark« erwirtschafteten Umsätze etwas an und waren 1944 schließlich mit jeweils rund zwölf Millionen Reichsmark an Bauleistung annähernd gleich hoch.<sup>16</sup>

Etwas anders gestaltete sich die Geschäftsentwicklung der auf den Straßenbau spezialisierten Porr-Tochter Allbau, die schon 1941 fast doppelt so viel Umsatz außerhalb der »Ostmark« erwirtschaftete wie innerhalb. Diese abweichende Entwicklung hängt hauptsächlich mit dem kriegsbedingten vollständigen Stopp des Reichsautobahnbaus in der »Ostmark« zusammen, während die OT gleichzeitig in den besetzten Gebieten neue Infrastrukturprojekte lancierte. Ab 1942 war die Allbau daher hauptsächlich in Serbien und teilweise auch in Mazedonien tätig, wo sie im Auftrag der OT am Bau mehrerer Streckenabschnitte der Fernstraßen-Route I (Belgrad–Niš–Skopje–Thessaloniki) und Fernstraßen-Route II (Belgrad–Niš–Porot–Sofia) beteiligt war.<sup>17</sup>

Aber auch die Porr AG selbst war zwischen 1941 und 1944 an einer Vielzahl von Bauprojekten in den vom NS-Regime besetzten beziehungsweise kontrollierten Gebieten beteiligt, wenn auch in den meisten Fällen auf – von der Bauleistung her – eher überschaubarem Niveau. So war das Unternehmen beispielsweise von 1942 bis 1943 bei Royan (Frankreich) in den Bau eines Teilabschnitts des Atlantikwalls involviert (990.000 Reichsmark); eine Arbeitsgemeinschaft von Allbau und Porr war 1942 kurzzeitig in der Ukraine bei Kremenschug mit der Errichtung einer Straße und dem Ausbau eines Steinbruchs beauftragt (300.000 Reichsmark).<sup>18</sup> Bei der Porr setzte man, so ist den Vorstandsprotokollen mehrfach zu entnehmen, große (finanzielle) Hoffnungen in all die genannten Projekte. Jedoch erfüllten sich die Erwartungen nicht einmal annähernd, was vor allem mit dem aus Sicht des NS-Regimes ungünstigen Kriegsverlauf in Zusammenhang stand.

Einige Projekte außerhalb der »Ostmark« erwiesen sich jedoch sehr wohl als lukrativ und – aufgrund ihrer hohen Komplexität – auch als durchaus prestigeträchtig für das Unternehmen. Dazu zählten etwa Pfahlfundamentierungen für die Errichtung des Buna-Werks Auschwitz-Monowitz im Auftrag der IG Farben AG,<sup>19</sup> der Eisen-

.....

16 Für die letzten Kriegsmonate im Jahr 1945 liegen keine gesicherten Umsatzzahlen vor.

17 Vgl. Mišo Kapetanović, »Die Rolle der Porr AG und der Allbau in der Organisation Todt in Jugoslawien«, in: Rathkolb, Perz, Steinbacher (Hrsg.), *Porr AG*, S. 128–177, hier: S. 139 ff.

18 Vgl. Rabl, »Die Porr AG: Unternehmensgeschichte«, S. 46 f.

19 Vgl. Fritz Bauer Institut (Hrsg.), *Die I.G. Farben und das Konzentrationslager Buna-Monowitz. Wirtschaft und Politik im Nationalsozialismus*, 3. Aufl., Frankfurt am Main 2023; [https://www.fritz-bauer-institut.de/fileadmin/editorial/download/ausstellungen/Katalog\\_Buna-Monowitz.pdf](https://www.fritz-bauer-institut.de/fileadmin/editorial/download/ausstellungen/Katalog_Buna-Monowitz.pdf) (1.7.2025).

bahnbau im Auftrag der OT-Einsatzgruppe Südost im serbischen Bor sowie ebenfalls im Auftrag der OT die Errichtung einzelner – nicht näher genannter – Bauabschnitte der »Alpenvorlandstellung« in Norditalien, wo die Porr zudem auch zeitweise die Bauleitung, Führung und Überwachung von rund 20 italienischen Baufirmen mit etwa 5.000 Arbeitskräften (circa drei Millionen Reichsmark) übernahm.<sup>20</sup>

Auf die beiden größten Bauprojekte der Porr AG in den besetzten Gebieten – in Auschwitz-Monowitz und in Bor, wo sie zivile Zwangsarbeitskräfte sowie im Falle von Monowitz auch KZ-Häftlinge einsetzte – soll im Folgenden etwas detaillierter eingegangen werden.

### Porr-Expresspfähle für das Buna-Werk in Monowitz

Die Porr AG verfügte über besondere technische Expertise für anspruchsvolle Fundamentierungsprojekte durch eine spezielle Expresspfahltechnologie, die sich beim Bau von Gebäuden unter schwierigen geologischen Gegebenheiten wiederholt bewährt hatte. Das Patent an dieser Technologie hielt mit der Wiener Pfahl- und Betongesellschaft GesmbH eine Tochtergesellschaft der Porr AG. Sie produzierte einerseits die nötigen Rammgeräte, um die Pfähle in die Erde zu bringen, und erwirtschaftete andererseits über die Vergabe von Lizenzen an externe Baufirmen gute Erträge. Im Jahr 1941 entschied sich der Porr-Vorstand, in diesem vielversprechenden Geschäftsfeld verstärkt tätig werden zu wollen, und wies daher seine Tochterfirma an, eine entsprechende Werbeoffensive zu lancieren, »da Pfahlgründungen derzeit noch gut bezahlt werden«.<sup>21</sup>

Im gleichen Jahr erhielt die Porr den Auftrag, bei der Errichtung des Fundaments für das von der IG Farbenindustrie AG in Monowitz geplante Buna-Werk zur Produktion synthetischen Kautschuks mitzuwirken. Die Beauftragung der Porr ging auf eine Empfehlung des deutschen Technikers Oskar Muy zurück. Da sich vor Baubeginn gezeigt hatte, dass die geologischen Gegebenheiten am geplanten Standort schwierig waren und ein Grundwasservorkommen in rund zehn Meter Tiefe es überhaupt fraglich erscheinen ließ, ob

.....

20 Aufgrund der lückenhaften Quellenlage können über die Bautätigkeit der Porr AG in Norditalien keine detaillierteren Aussagen getroffen werden. Soweit anhand der im Porr-Archiv erhaltenen Unterlagen ersichtlich ist, bestand die Bauaufsicht nur für kurze Zeit, da es ab dem Sommer 1944 bei der italienischen Belagschaft zu zahlreichen Fällen von Arbeitsflucht kam. Zudem hatte die Porr aufgrund der zunehmenden Kampfhandlungen in der letzten Kriegsphase erhebliche Material- und Geräteverluste zu beklagen. Vgl. Christian Rabl, »Die Porr AG und ihre Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen 1938–1945«, in: Rathkolb, Perz, Steinbacher (Hrsg.), *Porr AG*, S. 198–261, hier: S. 221 f.

21 Porr-Archiv, Halbjahresbericht des Vorstands an den Aufsichtsrat, 30.6.1941, S. 13.

ein stabiles Fundament für die riesige Fabrikanlage machbar wäre, empfahl Muy dem Bauherrn IG Farben die Anwendung der Expresspfahltechnologie.<sup>22</sup>

Einem Aktenvermerk der Porr AG zu einer Besprechung zum »Bauvorhaben Pfahlfundierung für die Werksanlage Auschwitz der I.G. Farben-Industrie Aktiengesellschaft, Ludwigshafen«, an der unter anderem Porr-Baurat Max Tazoll, der Direktor der Wiener Pfahl- und Betongesellschaft, Ignaz Zeissl, sowie Bauunternehmer Hanns Krötz teilnahmen, sind die konkreten Pläne für das Bauvorhaben zu entnehmen. Zur Errichtung des Buna-Werks wurden insgesamt 20.000 Pfähle mit einer Länge von jeweils zwölf Metern benötigt, um eine ausreichende Fundierung der Werksanlagen zu garantieren.<sup>23</sup> An der Umsetzung waren alle genannten Baufirmen in unterschiedlichem Ausmaß beteiligt und in den Folgejahren bis zur Fertigstellung 1944 in unterschiedlichen Konstellationen tätig. Die Porr AG und Hanns Krötz bildeten zeitweise ein Konsortium, für einzelne Bauabschnitte erhielten Porr und Krötz aber auch als Subunternehmer Aufträge von Muy & Pitroff. Abgesehen von der ebenfalls beteiligten Mast Beton- und Tiefbau, die in Monowitz mit sogenannten Frankipfählen ihre eigene Pfahlfundamentierungstechnologie einsetzte, waren alle beauftragten Firmen Lizenznehmer der Porr-Tochter Wiener Pfahl- und Betongesellschaft.<sup>24</sup>

Aufgrund der fragmentarischen Quellenlage ist es leider nicht möglich, ein vollständiges Bild der Aktivitäten der Porr im Bereich Auschwitz-Monowitz zu zeichnen, daher ist weiterhin offen, inwieweit sie etwa auch direkt mit dem Konzentrationslager in einer Geschäftsbeziehung stand. Ein einzelner Hinweis deutet jedenfalls darauf hin, dass die Porr AG von der Zentralbauleitung der Waffen-SS und Polizei in Auschwitz mit Bauarbeiten beauftragt wurde. Aufgrund des Zeitpunkts der Beauftragung erscheint es naheliegend, dass die Porr mit dem Ausbau des Bunkernetzes oder mit der Errichtung zusätzlicher Wasserbecken zur Brandbekämpfung im Falle von Luftangriffen betraut gewesen sein könnte. Dass die von der Porr durchgeführten Arbeiten jedoch in Summe nur mit rund 1.000 Reichsmark zu Buche standen, deutet auf ein sehr kleines Ausmaß hin.<sup>25</sup> Doch dessen ungeachtet profitierte die Porr auch im Zuge ihrer Tätigkeit in Monowitz in erheblichem Ausmaß von ziviler sowie von Häftlingszwangsarbeit. Aus den – leider nur teilweise erhaltenen – Wochenberichten zum Bauvorhaben ist das Ausmaß des Arbeitseinsatzes ersichtlich: »Im IG Farben-Werk Auschwitz setzte sie [die Porr AG, C.R.] in den 33 Monaten ihrer Tätigkeit Zivil- und Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen ein, deren Zahl am Höhepunkt

.....

22 Vgl. Czaputowicz-Głowacka, »Aktivitäten«, S. 90.

23 Vgl. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Universität Wien, Nachlass Kanfer, Aktenvermerk, 27.4.1941.

24 Vgl. ebd., S. 97.

25 Vgl. ebd., S. 93.

bei 389 Personen lag. Überdies nutzte die Firma auf ihrer Baustelle wenigstens neun Monate lang die Arbeitskraft von – zeitweilig bis zu 45 – KZ-Häftlingen, die aus einem von der IG Farben unweit der Fabrik errichteten Außenlager des Lagers Auschwitz III Monowitz kamen.«<sup>26</sup>

Bei den Rammarbeiten für das Buna-Werk herrschte großer Zeitdruck. Die Porr hatte sich dazu verpflichtet, wöchentlich 50 Pfähle in den Boden zu rammen. Pro Ramme waren jeweils ein ziviler Meister und vier Zwangsarbeitskräfte eingesetzt. In der intensivsten Phase der Bauarbeiten waren bis zu sechs Rammen gleichzeitig im Einsatz und es wurden wöchentlich bis zu 146 Pfähle in den Boden gebracht.<sup>27</sup>

Bis zur Fertigstellung des Werks im Mai 1944 setzte die Porr AG insgesamt 5.100 Pfähle um und trug somit ganz wesentlich zur Errichtung des Buna-Werks bei, das aufgrund der intensiven Zusammenarbeit zwischen der SS und den Managern der IG Farben-Werke das Modell für viele andere Rüstungsunternehmen bei der Ausbeutung der Arbeitskraft von Konzentrationslagerhäftlingen wurde. Das Bauprojekt stand bei Porr letztlich mit einem Gesamtumsatz von rund 3,6 Millionen Reichsmark in der Bilanz.<sup>28</sup>

### Eine Schmalspurbahn zur Ausbeutung der Kupfermine Bor

Insbesondere die Allbau war ab 1942 im Auftrag der OT-Einsatzgruppe Südost an verschiedenen Orten an der Errichtung von Teilabschnitten des hochrangigen Verkehrsnetzes in Serbien (beispielsweise in Niš, Jagodina, Kragujevac oder Užice) und im heutigen Nordmazedonien (beispielsweise in Gevgelija und Skopje) beteiligt. Das weitaus größte Bauprojekt der Porr AG für die OT in Serbien setzte das Unternehmen aber 1943 und 1944 unter der Leitung des erfahrenen Porr-Bauingenieurs Wilhelm Feßler um, der dazu eigens im April 1943 von der Großbaustelle für die Böhlerwerke im steirischen Kapfenberg auf den Balkan versetzt wurde und in der Nachkriegszeit noch viele Jahrzehnte in leitender Position für die Porr AG tätig war.<sup>29</sup> Das Bahnbauprojekt im Umfeld des Kupferbergwerks Bor entwickelte sich mit fast acht Millionen Reichsmark Gesamtumsatz zum mit Abstand größten Einzelbauprojekt der Porr während der NS-Zeit.<sup>30</sup> Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Jugoslawien war das Bergwerk unter deutsche Verwaltung gelangt und sollte zur Rohstoffversorgung der NS-Rüstungsproduktion umfassend reorganisiert

26 Ebd., S. 116.  
 27 Vgl. ebd., S. 96.  
 28 Vgl. ebd., S. 97.  
 29 Vgl. Porr-Archiv, Chronik der OT-Einheit Porr – Feldpost-Nr. 45093, 1942–1944, verfasst von Wilhelm Fessler, Juli 1972, S. 1.  
 30 Vgl. Rabl, »Die Porr AG: Unternehmensgeschichte«, S. 46.

werden, um seine Fördermenge ganz erheblich zu steigern. Hatte der monatliche Kupferabbau zuvor rund 1.500 bis 2.000 Tonnen monatlich betragen, so lautete nun das ambitionierte Ziel, den jährlichen Abbau auf bis zu 40.000 Tonnen nahezu zu verdoppeln.<sup>31</sup> Teil dieses Plans war der Bau einer neuen Schmalspur-Eisenbahnstrecke, die von Bor bis zum Donau-Ufer bei Kostolac führen sollte, um bei den künftigen Kupfertransporten in die Industriezentren des Deutschen Reichs die Stromschnellen des Eisernen Tors zu umgehen und Zeit zu sparen. Die Porr AG wurde im Rahmen dieses riesigen Bauprojekts mit der Errichtung eines 42 Kilometer langen Teilabschnitts der neuen Schmalspurbahn beauftragt, der aufgrund der geologischen Gegebenheiten besonders anspruchsvoll war und unter anderem zwei Tunnel mit 100 beziehungsweise 400 Metern Länge beinhaltete.

Der Umfang des Gesamtprojekts rund um das Bergwerk in Bor war enorm. Bis zu 40.000 Zwangsarbeitskräfte mussten daran mitwirken, was die Etablierung eines eigenen Systems von mehr als 30 Lagern zur Folge hatte, in denen meist extrem schlechte Lebensbedingungen vorherrschten. Die Herkunft und der Status dieser Zwangsarbeitskräfte waren überaus vielfältig. Es fanden sich darunter italienische Militärinternierte (ab Herbst 1943) und mehrere tausend ungarische Juden (ab 1944), aber auch politische Gefangene aus Serbien sowie zivile Arbeitskräfte aus vielen anderen vom NS-Regime besetzten Ländern. Darüber hinaus wurde auch die örtliche Bevölkerung der Arbeitspflicht unterworfen.<sup>32</sup> Der Umsetzungsdruck für die zivilen Baufirmen war hoch, doch die Zuweisung von Arbeitskräften durch die OT hielt zunächst nicht mit dem gewünschten Bautempo Schritt. Im Herbst 1943 beklagte der Porr-Vorstand im Zuge einer seiner Sitzungen, dass die OT zu wenige Arbeitskräfte für das Bauvorhaben zur Verfügung stelle, weshalb der Zeitplan nicht eingehalten werden könne. Mit dem momentanen Arbeiterstand von 1.200 Mann sei die Fertigstellung des Bauabschnitts erst Ende 1945 möglich, so die Kalkulation der Porr.<sup>33</sup> Das Unternehmen forderte daher eine rasche Aufstockung auf zumindest 2.000 Mann, die schließlich Ende Oktober auch erfolgte: Zu diesem Zeitpunkt erreichten mehrere Transporte mit italienischen Militärinternierten die Großbaustelle bei Bor, von denen auch der Porr AG eine beachtliche Zahl zugewiesen wurde. Der Porr-Vorstand gab in seinen Protokollen für das Jahr 1944 an, bis zu 1.950 italienische Militärinternierte als Arbeitskräfte zu nutzen sowie ab Juli 1944 zusätzlich bis zu 1.900 ungarische Juden.<sup>34</sup>

Noch im Jahr 1959 blickte die Porr AG in einer Denkschrift zum 90. Unternehmensjubiläum mit Stolz und ohne jedwede Selbstkritik

31 Vgl. Kapetanović, »Die Rolle der Porr AG«, S. 150 f.  
 32 Vgl. ebd., S. 154 f.  
 33 Vgl. Porr-Archiv, Quartalsbericht des Vorstands an den Aufsichtsrat, 30.9.1943, S. 4.  
 34 Vgl. ebd., Vorstandsberichte vom Mai und Juli 1944 sowie Januar 1945.

auf das Projekt in Serbien zurück: »Der bedeutendste davon war der Bau einer zirka 50 km langen Schmalspurbahn in Bor in Südserbien, wo in unwirtlichster Gegend, mit unzureichenden Mitteln und vor allem mit nicht nur arbeitsunkundigen, sondern auch feindlich eingestellten Arbeitskräften eine Leistung vollbracht wurde, die, wenn sie infolge des Kriegsende[s] auch nicht vollendet werden konnte, doch die Grundlage für die spätere Herstellung dieser Bahnlinie durch den jugoslawischen Staat bildete und von diesem Gesichtspunkt aus eine positive Leistung mitten im Kriegsgebiet und im Kriegsgeschehen darstellt.«<sup>35</sup>

Diese Worte drücken Geringschätzung gegenüber jenen tausenden zwangsverpflichteten Arbeitskräften aus, von deren Arbeit die Porr AG ganz erheblich profitiert hatte. Einer dieser jüdischen Zwangsarbeiter war der aus Budapest stammende Abraham Endre Schwartz, der im Mai 1944 in das Zwangsarbeitslager mit dem Namen »Innsbruck« im Raum Bor deportiert wurde. Das aus mehreren umzäunten Holzbaracken bestehende Lager wies KZ-ähnliche Strukturen auf. Schwartz gab an, dass die Kleidung der Zwangsarbeiter auf Brust und Rücken mit »Judensternen« gekennzeichnet war, in den kleinen Stuben der Baracken hätten sich bis zu 40 Mann gedrängt. Täglich um fünf Uhr wurden die Zwangsarbeiter geweckt und mussten zum Appell antreten, ehe sie um sechs Uhr früh die rund fünf Kilometer bis zur Arbeitsstelle getrieben wurden. Seinen täglichen Arbeitsalltag schilderte Schwartz so: »Wir hatten anstrengende Erdarbeiten zu verrichten, der Boden war für die anzubringenden Eisenbahngleise zu bearbeiten. Die Arbeit durfte keine Sekunde unterbrochen werden, weil unsere Wächter sofort auf denjenigen losgingen und insbesondere die Deutschen schwer den Betreffenden geschlagen haben.«<sup>36</sup> Laut Schwartz dauerte ein Arbeitstag bis zu 14 Stunden, und die tägliche Nahrungsration bestand lediglich aus einem Stück Brot und ein wenig Dörrgemüse. Die Zwangsarbeiter erhielten weder adäquate Kleidung noch Schutzausrüstung und auch keinerlei Bezahlung.

In Anbetracht dieser Leidensgeschichte forderte Schwartz, der nach Kriegsende nach Israel ausgewandert war, Anfang der 1960er Jahre mit Unterstützung des Israelischen Verbands ehemaliger Nazizwangsarbeiter Baustelle Bor von seinen vormaligen Arbeitgebern in Bor – Porr AG sowie Rella & Co. – zunächst eine Schadenersatzzahlung in Höhe von fünf Millionen Schilling. Da sich jedoch beide Firmen weigerten, die Forderung anzuerkennen oder sich zu vergleichen, reichte Schwartz 1964 Klage ein. Die Porr AG argumentierte vor dem Handelsgericht Wien, sie habe mit den Arbeitskräften in Bor keinerlei Verträge abgeschlossen. Weder habe das Unternehmen die Arbeitskräfte entlohnt oder gepflegt noch seien diese dem Unternehmen disziplinarisch unterstellt gewesen. Die Porr habe lediglich der OT bekanntzugeben gehabt, welche Arbeiter sie

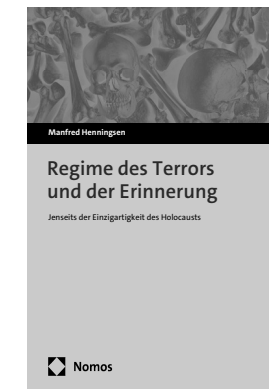
35 Ebd., Chronik der Porr AG, verfasst von Heinrich König, Wien 1959, S. 38.  
 36 Ebd., Eidesstattliche Erklärung Abraham Endre Schwartz, 5.3.1963.

Anzeige



## Verstehen, Erinnern, Forschen

### Studien zum Nationalsozialismus



Manfred Henningsen  
**Regime des Terrors und der Erinnerung**  
 Jenseits der Einzigartigkeit des Holocausts  
 2025, 269 S., brosch., 69,- €  
 ISBN 978-3-7560-0900-8  
 E-Book 978-3-7489-1646-8

Manfred Henningsen zeigt, wie selbstverständlich es geworden ist, Terrorregime der jüngeren Geschichte nicht als Holocausts anzuerkennen. Er vergleicht die Erinnerungen an verschiedene Makroverbrechen durch Regime und kommt zu dem Schluss, dass der Holocaust nicht einzigartig ist.



Kristian Geßner  
**Rudolf Bultmann zwischen Kollaboration und Widerstand**  
 Eine Untersuchung seines Wirkens im Kontext des Dritten Reiches  
 2024, 547 S., geb., 129,- €  
 ISBN 978-3-7560-2225-0  
 E-Book 978-3-7489-4877-3  
 (Historische Grundlagen der Moderne, Bd. 26)

Nomos  
 eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de  
 Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



für ihr Arbeitskommando benötige und welche Arbeiten diese zu verrichten hätten. Die Porr AG wies sogar den Vorwurf von Schwartz zurück, sie habe von dessen Zwangsarbeit profitiert. Der folgende Rechtsstreit zog sich, soweit den fragmentarischen Aktenteilen im Porr-Archiv zu entnehmen ist, zumindest bis in die frühen 1970er Jahre hin. Der Ausgang des Verfahrens ist jedoch unbekannt, da die betreffenden Gerichtsakten vom Handelsgericht Wien bereits skartiert, also ausgeschieden und vernichtet worden sind.<sup>37</sup>

Die auszehrende Zwangsarbeit endete für Abraham Endre Schwartz und tausende seiner Kameraden im Spätherbst 1944, als aufgrund anhaltender Partisanentätigkeit in Serbien schließlich sämtliche OT-Gruppen vom Balkan zurückgezogen wurden. Damit wurden auch die Bauarbeiten der Porr AG eingestellt, und die OT-Einsatzgruppe wurde in weiterer Folge zum Südostwallbau beordert, darunter auch das Personal der Porr AG.

### Die Porr AG als Profiteurin von Zwangsarbeit – ein Überblick

Die erfolgreiche Tätigkeit der Porr AG im Zeitraum 1939 bis 1944 spiegelt sich in anwachsenden Umsatzzahlen wider. Diese Steigerungen fußten spätestens ab 1941 auf dem massenhaften Einsatz von zivilen Zwangsarbeitskräften, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen – sowohl innerhalb der »Ostmark« als auch in den besetzten Gebieten. Angesichts fehlender Personalunterlagen im Porr-Archiv kann keine lückenlose Darstellung zum Einsatz von Zwangsarbeitskräften erfolgen. Es finden sich aber vereinzelt Hinweise, die einen Einblick ermöglichen.<sup>38</sup> Fest steht, dass die Zahl der Stammarbeiter im Porr-Konzern ab Frühjahr 1943 – aufgrund von Einziehungen zur Wehrmacht – bei unter 800 Personen stagnierte, während die Zahl der Arbeitskräfte dennoch sukzessive anstieg. Im vierten Quartal 1943 bestand die Arbeiterschaft der Porr zu 90 Prozent aus ausländischen Arbeitskräften und Kriegsgefangenen (insgesamt fast 5.800 Personen).<sup>39</sup>

In der »Ostmark« setzte die Porr AG bereits ab 1940 auf ihrem Materiallagerplatz in Wien über 80 jüdische Zwangsarbeiter ein. Dabei handelte es sich um Jüdinnen und Juden, die nach der »Arisierung« ihres Besitzes und der Vertreibung aus ihren Wohnungen und Häusern von den NS-Behörden gezwungen wurden, im Wiener

37 Vgl. Rabl, »Die Porr AG und ihre Zwangsarbeiter«, S. 248 f.

38 Im Zuge des Forschungsprojekts zur Unternehmensgeschichte der Porr AG in der NS-Zeit konnte der Autor mit Hilfe von Akten der österreichischen Krankenkassen und des Österreichischen Versöhnungsfonds sowie verschiedener Meldekartenbestände eine Personal-Datenbank erstellen, in der mehr als 3.100 zivile ausländische Arbeitskräfte der Porr AG aus 18 verschiedenen Ländern erfasst sind, die in der »Ostmark« für das Unternehmen tätig waren. Vgl. Rabl, »Die Porr AG und ihre Zwangsarbeiter«, S. 209–238.

39 Vgl. ebd., S. 202.

1. und 2. Bezirk auf beengtem Raum in Sammelwohnungen zu leben.<sup>40</sup> Über ihr Schicksal ist wenig bekannt, da die überwiegende Mehrzahl von ihnen ab 1941/42 aus Wien deportiert und im Zuge der Shoah ermordet wurde.<sup>41</sup>

In erheblich höherem Maße setzte die Porr AG auf zivile Zwangsarbeitskräfte und Kriegsgefangene. Größere Gruppen von Kriegsgefangenen waren bei den Arbeiten an einer Talüberführung bei Heiligenkreuz für die geplante Reichsautobahn im Einsatz, auch bei einem Steinbruch für den Reichsautobahnbau in Kärnten im Maltatal bei Gmünd ist die Ausbeutung von sowjetischen Kriegsgefangenen nachweisbar. Noch heute erinnert dort ein Gedenkstein an beim Arbeitseinsatz verstorbene Rotarmisten. Mit rund 1.000 Mann besonders umfangreich war der Einsatz von britischen Kriegsgefangenen für die Errichtung eines riesigen neuen Stahlgusswerks durch die Porr AG in St. Marein im Mürztal in der Steiermark ab 1943.<sup>42</sup>

Im Laufe der Jahre stieg aber auch die Zahl ziviler ausländischer Arbeitskräfte in Diensten der Porr AG stark an. Die größte Gruppe ziviler ausländischer Arbeitskräfte rekrutierte die Porr AG in Bulgarien, gefolgt von Männern aus dem Protektorat Böhmen und Mähren sowie aus der Slowakei, Frankreich, Italien, Kroatien und Ungarn. In der Behandlung dieser Arbeitskräfte – je nach Herkunft und Zeitpunkt – zeigen sich im Wesentlichen jene hierarchischen und rassistischen Muster des nationalsozialistischen Systems, die in den letzten Jahrzehnten bereits in zahlreichen Studien zur zivilen Zwangsarbeit beschrieben wurden.<sup>43</sup>

In der letzten Phase des Zweiten Weltkriegs, die geprägt war von teils hektischen Rückverlagerungen ins Deutsche Reich, der Errichtung von Bunkerbauten und oft riesig dimensionierten Projekten zur Verlagerung von Rüstungsproduktionsstätten unter Tage, wurde die Porr AG auch in der »Ostmark« mit Bauprojekten im KZ-Umfeld betraut. Zunächst war sie ab Mitte 1944 für einige Wochen beim Mauthausen-Außenlager Ebensee tätig und danach in die Errichtung des riesigen Stollenbauprojekts »Bergkristall«

40 Vgl. Dieter J. Hecht, Eleonore Lappin-Eppel, Michaela Raggam-Blesch (Hrsg.), *Topographie der Shoah. Gedächtnisorte des zerstörten jüdischen Wien*, Wien 2007.

41 Vgl. Rabl, »Die Porr AG und ihre Zwangsarbeiter«, S. 245 f.

42 Vgl. Christian Rabl, »Die Bautätigkeit der Porr AG in Kapfenberg und St. Marein«, in: Rathkolb, Perz, Steinbacher (Hrsg.), *Porr AG*, S. 262–313.

43 Exemplarisch zu nennen wären etwa die Studien zur ausländischen Zwangsarbeit von Ulrich Herbert, Mark Spoerer, Bertrand Perz und Florian Freund sowie Dieter Pohl und Tanja Sebta. Vgl. Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1985; Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Dritten Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart 2001; ders., Florian Freund, Bertrand Perz, *Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945*, Wien 2004; Dieter Pohl, Tanja Sebta (Hrsg.), *Zwangsarbeit in Hitlers Europa. Besatzung, Arbeit, Folgen*, Berlin 2013.

für die Messerschmitt-Flugzeugproduktion bei St. Georgen an der Gusen (Konzentrationslager Gusen II) involviert. An beiden KZ-Standorten, an denen jeweils große reichsdeutsche Bauunternehmen federführend tätig waren,<sup>44</sup> setzte auch die Porr AG systematisch KZ-Häftlinge sowie zivile Zwangsarbeiter ein.

### Fazit

Die Geschäftstätigkeit der Porr AG und ihrer Tochterfirmen während der Jahre des NS-Regimes war für das Unternehmen eine nahezu ungebrochene Erfolgsgeschichte. Nur wenige Tage nach dem »Anschluss« wurden die jüdischen Miteigentümer aus dem Unternehmen gedrängt, durch die »Arisierung« großer Aktienpakete durch Ernst August von Hannover wurde die Porr zum »arischen« Unternehmen transformiert und konnte infolgedessen eine Reihe hoch dotierter Bauprojekte übernehmen. Der Schwerpunkt der Bautätigkeit lag zunächst in der »Ostmark« und dort hauptsächlich auf groß dimensionierten, komplexen Tief- und Hochbauten im (kriegswichtigen) Industriebereich sowie auf dem Straßenbau. Erst ab 1942 fokussierte sich das Unternehmen aufgrund des sich ändernden Kriegsverlaufs, verbunden mit der Einstellung »nicht kriegswichtiger« Bauprojekte, verstärkt auf die besetzten Gebiete. Die OT und die IG Farben waren hier die größten Auftraggeber. Die Umsatzentwicklung von rund 17,5 Millionen Reichsmark 1940 auf fast 24 Millionen Reichsmark 1944 zeigt die enorme Expansion des Unternehmens, der gleichzeitig ab 1942 eine Stagnation der Stammebelegschaft gegenüberstand. Die Folge war der massenhafte Einsatz von zivilen (Zwangs-) Arbeitskräften, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen (sowohl im Mauthausen-Komplex als auch im Umfeld des KZ Auschwitz) sowie ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern (hauptsächlich in Serbien), die unter meist extrem schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen zu leiden hatten und von denen nur ein ganz kleiner Teil jemals entschädigt wurde.

Die Unternehmensentwicklung der Porr AG in der NS-Zeit kann als durchaus typisch für die österreichischen Bauunternehmen angesehen werden.<sup>45</sup> Nach dem »Anschluss« konnten die strukturellen Defizite – nicht zuletzt durch staatliche Steuerung – rasch aufgeholt werden. In weiterer Folge partizipierten viele österreichische Bauunternehmen sowohl in der »Ostmark« als auch in den besetzten Gebieten an den riesigen Bauprogrammen des NS-Regimes. Zwar

44 Dazu zählten etwa Grün & Bilfinger, Alfred Kunz & Co., Mayreder, Kraus & Co., Wayss & Freytag oder auch Dyckerhoff & Widmann. Die genannten Firmennamen – wie auch die Porr AG – wiederholt in projektbezogenen Arbeitsgemeinschaften zusammen. Vgl. Perz, »Die Porr AG als Teil der Bauwirtschaft«, S. 358.

45 Vgl. ebd., S. 362 f.

konnten die enormen Bauvolumina nur unter umfangreicher Einbeziehung der großen reichsdeutschen Baufirmen umgesetzt werden, doch sowohl der Porr als auch vielen anderen österreichischen Baufirmen gelang es, mit Hilfe strategischer Arbeitsgemeinschaften ebenfalls zu reüssieren.

Was die weitere Unternehmenstätigkeit der Porr AG nach Kriegsende anbelangt, so ist zu beobachten, dass der Kern der leitenden Angestellten aus der NS-Zeit weiterhin im Konzern verblieb. Die großen Zerstörungen nach den letzten Kriegshandlungen mussten behoben werden, gleichzeitig fielen die großen deutschen Baufirmen als Konkurrenten auf dem österreichischen Bausektor weg. Hinzu kam der strukturelle Modernisierungsschub der NS-Zeit, der es der Porr AG und anderen österreichischen Bauunternehmen ermöglichte, rasch wieder erfolgreich und gewinnbringend zu arbeiten. Zudem blieben viele in der NS-Zeit geknüpfte Partnerschaften nach Kriegsende aufrecht, und begonnene Bauprojekte konnten fortgesetzt werden.

Der massenhafte Einsatz von zivilen Zwangsarbeitskräften, Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und Menschen jüdischer Herkunft, welcher der Porr AG ihre erfolgreiche Tätigkeit in der NS-Zeit erst ermöglicht hatte, blieb für das Unternehmen ohne Konsequenzen.

Anzeige

**Geschichte  
Literatur  
Politik  
Jüdisches Leben**

REISEN  
Historisch-Literarisch-Aktuell

Polen Estland  
Litauen Lettland  
Triest Slowenien  
Albanien Bosnien  
Serbien Bulgarien  
Rumänien Republik Moldau  
Nordmazedonien Thessaloniki  
Armenien Aserbaidschan  
Georgien Usbekistan  
Kirgistan New York

Katalog kostenlos:  
Ex Oriente Lux Reisen  
Kleine Auguststraße 5  
10119 | Berlin  
Tel: 0049 30 62 90 82 05  
www.eol-reisen.de  
info@eol-reisen.de

Blick auf Belgrad und das  
Denkmal für das KZ Sajmište



## Tonbänder als historische Quellen

### *NSG-Prozesse und frühe Interviews*

Prozesse gegen NS-Täter werden meist beschrieben und erforscht anhand der schriftlichen Quellen, die die Justiz produziert, etwa Vernehmungsprotokolle aus den Ermittlungen, Anklageschriften, Protokolle der Hauptverhandlung und schriftliche Urteilsbegründungen; gelegentlich werden Presseartikel oder Berichte einzelner Beteiligten hinzugezogen. Die Justizdokumente sind zweifellos eine wichtige Grundlage, aber sie können keinen genauen Eindruck vom Geschehen vor Gericht oder von den Erzählungen der Zeuginnen und Zeugen vermitteln. Die Protokolle der Hauptverhandlung etwa sind meist auf einige Fakten, Formalien und gelegentlich knappe Zusammenfassungen reduziert, ein lebendiges Bild der komplexen und affektreichen Kommunikationssituation in den Gerichtssälen kann so nicht entstehen. Hier bieten die Tonbandmitschnitte der Zeugenaussagen eine wichtige Ergänzung, teils auch ein Korrektiv: Sie sind die einzige Quelle, die es erlaubt, sowohl den Wortlaut der Zeugenberichte und die sprachliche Interaktion der Beteiligten nachzuvollziehen, als auch einen Eindruck zu bekommen von den Spannungen, die das Zusammentreffen von Tätern, Opfern und Juristen hervorgerufen musste. Die Tonbandmitschnitte aus dem ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess, die in den 1990er Jahren wiederentdeckt, vom Fritz Bauer Institut transkribiert und veröffentlicht und auch in Film- und Hörfunkproduktionen verwendet wurden, haben viel zur Bekanntheit dieses Verfahrens beigetragen. Dass hier Zeuginnen und Zeugen aus zahlreichen Ländern die Schrecken des Lagers mit ihren Berichten in den Frankfurter Gerichtssaal und die deutsche Öffentlichkeit trugen, blieb keine bloße Feststellung, sondern ließ sich nachhören.

Die menschliche Stimme und das gesprochene Wort teilen mehr und andere Informationen mit als Schriftstücke. Man hört, wie Zeuginnen und Zeugen nach Worten suchen für Geschehnisse, die noch kaum in der Sprache angekommen waren. Die Stimmen der Beteiligten können Anspannung, Unsicherheit, Wut oder Angst signalisieren. Die Sprechgeschwindigkeit, die Pausen, die Flüssigkeit der Rede und der Interaktion zwischen den Beteiligten verraten viel über die Stimmung im Gerichtssaal, auch wenn sich manches nicht ohne Weiteres deuten lässt. Die Tonbandaufzeichnungen bieten kein vollständiges und authentisches Abbild der Aussagen der

Überlebenden, aber man kommt dem Gesagten näher als mittels Transkripten oder Protokollen. Zudem werden hier Personen hörbar, die in anderen Kontexten nicht gesprochen und auch nie über ihre Erfahrungen geschrieben haben. Das gilt nicht nur für die Aussagen in NS-Prozessen, sondern auch für die hier ebenfalls vorgestellten Interviews, die David Boder 1946 mit überwiegend jüdischen Überlebenden in Europa geführt hat und die als Tondokumente überliefert sind – eine der frühesten Quellen, die die Stimmen der Überlebenden festgehalten haben.

Die hier versammelten Beiträge, die sich mit unterschiedlichen Aspekten der auditiven Quellen befassen, können als Plädoyer gelesen werden, die vielfältigen Möglichkeiten dieser Quellen zu nutzen. Sie gehen auf den von Dr. Sara Berger, Dr. Katharina Stengel (beide Fritz Bauer Institut) und Prof. Dr. Peter Davies (University of Edinburgh) organisierten Workshop »Der Holocaust auf Tonband« zurück, der am 7. Dezember 2023 am Fritz Bauer Institut stattfand. Die Genannten waren auch an der Konzeption und redaktionellen Betreuung dieses Themenschwerpunkts beteiligt.

Sara Berger führt in die Nutzung der Tonbänder als Quellen der historischen Forschung und Bildungsarbeit ein. Sie gibt Nutzerinnen und Nutzern einen praktischen Leitfaden für die Quellenanalyse an die Hand und diskutiert anhand dreier Zeugenaussagen aus den 1970er Jahren den Mehrwert der Tonbandaufzeichnungen gegenüber den Schriftdokumenten. Peter Davies befasst sich mit den Konsektivdolmetscherinnen und -dolmetschern und ihrer Rolle im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess, ein Thema, das ohne die Tonbandmitschnitte kaum zu bearbeiten wäre. Er versteht den Frankfurter Gerichtssaal als einen multilingualen Ort, an dem über die gesprochenen Sprachen Identitäten verhandelt und Machtverhältnisse hergestellt wurden. Dabei blickt er nicht ohne Skepsis auf den Eindruck von Unmittelbarkeit und Authentizität, den die Tondokumente vom Prozessgeschehen vermitteln. Axel Doßmann schreibt über die auf Tondraht-Spulen überlieferten Interviews, die David Boder 1945/46 mit überwiegend jüdischen Displaced Persons machte. Auf vielfältige Weise drückten sie das Erlebte, ihre Trauer und Verzweiflung, aber auch ihre erfolgreiche Selbstbehauptung oder ihre Zukunftspläne aus. Doßmann plädiert für eine aufmerksame Rekonstruktion der (technischen) Überlieferungsgeschichte, für die Kontextualisierung der einzelnen Interviews und für ihre Deutung, insgesamt also dafür, dass die Quellenkritik vor diesen wichtigen Zeugnissen des Holocaust nicht haltmachen darf.

Links: David P. Boder präsentiert seinen *Magnetic Wire Recorder*, Model 50. Im Sommer 1946 hat er damit DP-Interviews aufgezeichnet, bis 1957 auch seine mündlichen Übersetzungen fixiert.  
Foto: Robert Donohue, um 1953, Privatsammlung Yair Aharanowitz

# Tonbandaufzeichnungen aus west- und ostdeutschen NSG-Prozessen

## *Bestände, Herausforderungen als historische Quellen und Relevanz für die Forschung*

Von Sara Berger

Tonbandaufzeichnungen aus Prozessen zur Aufarbeitung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen (NSG) in Deutschland sind wichtige, jedoch bislang nur wenig genutzte

auditive Quellen. Sie können in vielfältiger Hinsicht als Quellen für historische, kultur- oder literaturwissenschaftliche und psychologische Studien zur Erforschung der NS-Gewaltverbrechen und zum unterschiedlichen Umgang der beiden deutschen Staaten mit der NS-Vergangenheit nach 1945 genutzt werden. Die auf Band überlieferten Aussagen von Tätern, Opfern und (un)beteiligten Dritten können zudem als besondere Form der Zeitzeugenschaft facettenreich in der historisch-politischen Bildungsarbeit, in Ausstellungen, Theaterstücken, Dokumentarfilmen oder Hörspielen eingesetzt werden.

Zu Recht wurden 2017 die einzigartigen Tonbänder des Frankfurter Auschwitz-Prozesses (1963–1965) zum UNESCO-Weltdokumentenerbe erklärt und online zur Verfügung gestellt.<sup>1</sup> Darüber hinaus ist noch umfangreiches weiteres Tonmaterial vorhanden, das trotz des Potenzials dieser Quellen bisher nur marginale Beachtung gefunden hat.<sup>2</sup>

In diesem Beitrag wird zunächst der Materialreichtum der überlieferten Tonaufnahmen aus west- und ostdeutschen NSG-Prozessen in staatlichen Archiven herausgestellt. Anschließend soll ausgeführt werden, welche archivarisches Herausforderungen sich Nutzern

<sup>1</sup> <https://www.auschwitz-prozess.de/> (24.6.2025).

<sup>2</sup> Vgl. Peter Davies, *Interpreting at the First Frankfurt Auschwitz Trial. How is a Witness Heard?*, London 2025; Sybille Steinbacher, Katharina Rauschenberger (Hrsg.), *Der Auschwitz-Prozess auf Tonband. Akteure, Zwischentöne, Überlieferung*, Göttingen 2020; Freia Anders, Hauke-Hendrik Kutscher, Katrin Stoll (Hrsg.), *Bialystok in Bielefeld. Nationalsozialistische Verbrechen vor dem Landgericht Bielefeld. 1958 bis 1967*, Bielefeld 2003; Werner Renz, »Tonbandmitschnitte von NS-Prozessen als historische Quelle«, in: Jürgen Finger, Sven Keller, Andreas Wirsching (Hrsg.), *Vom Recht zur Geschichte. Akten aus NS-Prozessen als Quellen der Zeitgeschichte*, Göttingen 2009, S. 142–153.

und Nutzerinnen der Tonbänder bezüglich der Zugänglichkeit dieser Quellen zurzeit stellen. Ein praktischer Handlungsleitfaden soll kurz in die (wissenschaftliche) Arbeit mit dieser diffizilen Quellenart, insbesondere die notwendige, aber zeitintensive Transkription, einführen. Nicht zuletzt wird anhand der Aussagen von zwei Sobibor-Überlebenden exemplarisch gezeigt, inwiefern die Tonbandaufzeichnungen durch die wortgetreue Wiedergabe der Dialoge im Gerichtssaal gegenüber den in vielerlei Hinsicht defizitären standardisierten Schriftprotokollen einen deutlichen Mehrwert bieten.

### Zur Überlieferung von Tonbandaufnahmen in deutschen Archiven

Im Jahr 1964 erklärte der Bundesgerichtshof die Aufzeichnung von Zeugenvernehmungen auf Tonband bei Zustimmung der Prozessbeteiligten für zulässig. Seitdem wurden in der Bundesrepublik Deutschland auch in NSG-Prozessen, insbesondere bei längeren Ver-

sie beginnen mitten in Vernehmungen oder brechen vorzeitig ab. In einigen Fällen gibt es nur sehr kurze Aufnahmen, die dennoch – gerade für die Bildungsarbeit – von Relevanz sind: So ist etwa im Ulmer Einsatzgruppen-Prozess aus dem Jahr 1958<sup>4</sup> nur das Urteil überliefert, während aus dem wichtigen Sobibor-Verfahren von 1965/66 eine 72-minütige Aufnahme existiert. Bei 14 westdeutschen Verfahren bieten die Tonbänder dagegen mit jeweils mehr als 40 Stunden Laufzeit eine gute Quellenbasis für wissenschaftliche Studien. Darunter sind neben den umfangreichen Aufnahmen des Frankfurter Auschwitz-Prozesses jene des Darmstädter Kielce-Prozesses, des Düsseldorfer Majdanek-Prozesses und des Iwano Frankiwsk-(Stanislaw)-Prozesses in Münster.

Aus der DDR sind Tonbandaufnahmen aus 48 Hauptverhandlungen überliefert, die im Schnitt 24 Stunden lang sind. Die Verfahren dauerten nur wenige Tage; zumeist wurden wenige oder keine Zeugen in der Hauptverhandlung gehört.

Die vorliegenden Tonbänder aus beiden deutschen Staaten stammen aus Verfahren zu unterschiedlichen Verbrechenskomplexen: zur

	Tonbandüberlieferungen:	Hauptverhandlungen:	Ermittlungsverfahren:
<b>DDR:</b>	82 Verfahren	48 (Länge: 7 ½ – 78 Stunden)	34 (Länge: ½ – 78 Stunden)
<b>Bundesrepublik:</b>	30 Verfahren	21 (Länge: 1 – 602 Stunden)	9 (Länge: ⅔ – 16 Stunden)

fahren, Tonbänder angefertigt. Sie dienen dem Gericht zu Erinnerungs- und Dokumentationszwecken und wurden in der Regel nach dem Ende der Beweisaufnahme wieder gelöscht oder überspielt. Anders als im Auschwitz-Prozess, in dem die Aufbewahrung der Tonbänder ausdrücklich beschlossen wurde, sind die Mitschnitte aus den meisten westdeutschen Verfahren nur durch Zufall überliefert.

In der DDR wurden Strafverfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen, aber auch gegen Oppositionelle und wegen Spionage, häufig aufgezeichnet und die Tonbänder vielfach archiviert.<sup>3</sup>

Eine 2019 vom Fritz Bauer Institut durchgeführte Bestandsaufnahme ergab, dass in deutschen staatlichen Archiven Tonaufnahmen aus mindestens 69 ost- und westdeutschen Hauptverhandlungen sowie aus 43 Ermittlungsverfahren im Vorfeld von Prozessen vorliegen (siehe Tabelle). Es ist zu vermuten, dass künftig noch weitere Tonbänder aus Justizbehörden in Archive überführt werden.

Aus der Bundesrepublik Deutschland sind Tonmitschnitte aus mindestens 21 Hauptverhandlungen überliefert. Häufig liegen Tonbänder allerdings nur von einzelnen Verhandlungstagen vor, oder

Ermordung der Juden, zu den Todesurteilen am Volksgerichtshof, zur Tötung von nichtjüdischen Polen, zum Massenmord und zu Einzeltötungen in den Lagern bis hin zu den Morden im Kontext der »Euthanasie«.

Die Aufzeichnungen aus westdeutschen Prozessen betreffen die Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz, Sobibor und Majdanek,<sup>5</sup> Sachsenhausen, Buchenwald und Gusen.<sup>6</sup> Weitere Ton-

<sup>4</sup> Landesarchiv Baden-Württemberg, Ludwigsburg, Einsatzgruppenprozess vor LG Ulm (Urteil: 29.8.1958): 6 Stunden.

<sup>5</sup> Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW), ca. 430 Stunden Tonbänder aus Auschwitz-Prozess vor LG Frankfurt (Urteil: 20.8.1965); ca. 47 Stunden Tonbänder aus Sobibor-Prozess vor LG Frankfurt (Urteil: 8.7.1977); Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Westfalen, Münster (LA NRW M), 72 Minuten Tonbänder aus Sobibor-Prozess vor LG Hagen (Urteil: 10.12.1966); 199 Stunden Tonbänder aus Sobibor-Prozess (Urteil: 4.10.1985); LA NRW, Abt. Rheinland, Duisburg (LA NRW D), 602 Stunden Tonbänder aus Majdanek-Prozess vor LG Düsseldorf (Urteil: 30.6.1981).

<sup>6</sup> LA NRW D, 99 Tonbänder aus Sachsenhausen-Prozess vor LG Köln (Urteil: 20.4.1970); 35 Tonbänder aus Sachsenhausen-Prozess (Urteil: 28.5.1965); LA NRW M, ca. 43 Stunden aus Gusen-Prozess vor LG Hagen (Urteil: 29.10.1968); Niedersächsisches Landesarchiv (NLA), Standort Stade, 9 Stunden Tonbänder aus Buchenwald-Prozess vor LG Stade (Urteil: 25.1.1972).

<sup>3</sup> Jens Niederhut, »Stimmen der Diktatur. Tonaufnahmen von politischen Prozessen im Stasi-Unterlagen-Archiv«, in: *Zeithistorische Forschungen*, 15 (2018), H. 1, S. 128–142.

bänder existieren aus Prozessen zur Judenverfolgung in Ungarn,<sup>7</sup> in den Niederlanden,<sup>8</sup> in Polen und Osteuropa, etwa im Generalgouvernement in den Distrikten Radom,<sup>9</sup> Galizien<sup>10</sup> und Krakau,<sup>11</sup> im Regierungsbezirk Bialystok<sup>12</sup> und im Reichskommissariat Ukraine.<sup>13</sup> Die Prozesse fanden in den Jahren 1958 bis 1992 vor den Landgerichten Bielefeld, Bochum, Darmstadt, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hagen, Köln, Münster, Stade, Stuttgart und Ulm statt.

Aus der DDR sind Tonbandaufnahmen aus Verfahren der Jahre 1960 bis 1989 gegen Angehörige folgender Einheiten überliefert: der Sicherheitspolizei verschiedener Städte in Deutschland, Polen und Lettland, der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei B, C und D sowie der (Reserve-)Polizeibataillone 31, 82, 304 und 310. Hinzu kommen die Prozesse gegen das Personal der Lager Auschwitz, Lichtenburg und Buchenwald und des Gestapogefängnisses »Kleine Festung Theresienstadt«. Weitere Aufnahmen betreffen Verfahren zur Volksdeutschen Mittelstelle, zu einem T4-Gutachter und zum SS-Lazarett, zur (Feld-)Gendarmerie und zur Geheimen Feldpolizei, zu Volks- und Sondergerichtshöfen, zum Reichsinnenministerium und zur Steyr-Daimler-Puch AG. Darunter sind auch die bekannten Verfahren gegen den Lagerarzt von Auschwitz, Horst Fischer, gegen einen der Verantwortlichen des Massakers von Oradour-sur-Glane und gegen Josef Blösche, der wegen zahlreicher Morde im Ghetto Warschau zum Tode verurteilt wurde. Auch von den in Abwesenheit der Angeklagten erfolgten Prozessen gegen die westdeutschen Politiker Theodor Oberländer und Hans Globke sind Tonbänder vorhanden.

Die Prozesse wurden geführt vor dem Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR in Berlin (Ost), vor dem Stadtgericht Groß-Berlin, vor den Bezirksgerichten Cottbus, Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder), Halle, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Leipzig, Magdeburg, Meiningen, Neubrandenburg, Potsdam, Rostock, Schwerin und

7 HHStAW, 8 Stunden Tonbänder aus Prozess gegen Krumej und Hunsche vor LG Frankfurt (Urteil: 13.7.1962).

8 LA NRW M, ca. 72 Stunden Tonbänder aus Delfzijl-Prozess vor LG Hagen (Urteil: 22.2.1980).

9 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD), ca. 489 Stunden Tonbänder aus Kielce-Prozess vor LG Darmstadt (Urteil: 22.7.1971); 98 Stunden Tonbänder aus Tomaszów Mazowiecki-Prozess vor LG Darmstadt (Urteil: 7.12.1972).

10 LA NRW M, 520 Stunden Tonbänder aus Iwano Frankiwsk-(Stanislau)-Prozess vor LG Münster (Urteil: 6.5.1968); HStAD, 7 Tondateien aus Kolomyja-(Kolomea)-Prozess vor LG Darmstadt (Urteil: 30.11.1970).

11 LA NRW M: 74 Tonbänder aus Nowy Sącz-(Neu-Sandez)-Prozess vor LG Bochum (Urteil: 22.7.1966); Staatsarchiv Ludwigsburg, 2 Audiokassetten mit Tonbändern aus Prozess zu Zwangsarbeitslagern in Rozwadów und Przemyśl vor LG Stuttgart (Urteil: 18.5.1992).

12 LA NRW, Abt. Ostwestfalen-Lippe, Detmold, 38 Tonbänder aus Bialystok-Prozess vor LG Bielefeld (Urteil: 14.4.1967).

13 NLA, Standort Stade, ca. 54 Stunden Tonbänder aus Sdolbuniw-Prozess vor LG Stade (Urteil: 9.6.1967); HStAD, 1 Audiodatei aus Christiansen-Prozess vor LG Darmstadt (Urteil: 18.4.1969).

Suhl. Die Tonbänder sowie die schriftlichen Unterlagen können im Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv in Berlin angehört beziehungsweise eingesehen werden.<sup>14</sup>

#### Archivarische Herausforderungen der Bereitstellung der Tonbänder als historische Quelle

Für eine zielgerichtete und umfassende Nutzung der archivierten Tonbänder für Forschung, Bildung und Kultur sind drei Voraussetzungen notwendig. Erstens ist eine Digitalisierung beziehungsweise Umwandlung in MP3- oder WAV-Formate unabdingbar. Diese wurde beim größten Teil der Tonbänder in den letzten Jahren von den Archiven vorgenommen. Zweitens sollten die Tonbänder inhaltlich verzeichnet sein; zumindest die Verhandlungstage und die vernommenen Personen sollten kenntlich sein. Dies ist wegen der notwendigen umfangreichen Erschließungsarbeiten zurzeit nur bei einem Teil der archivierten Tonbänder der Fall. Ohne Einzelverzeichnung ist ein Zugriff beispielsweise auf Aussagen einzelner Zeuginnen und Zeugen oder Angeklagter nur mit großem Aufwand möglich. Die Tonbänder müssen dann zunächst mit Hilfe der schriftlichen Protokolle den Verhandlungstagen zugeordnet werden, was je nach Überlieferungszustand der Tonbänder sehr umständlich sein kann und eine langwierige Vorbereitung impliziert.

Für die Nutzung der Tonbänder als historische Quelle ist es drittens wichtig, dass sie nicht nur im Lesesaal der Archive angehört werden können, da für die Auswertung dieser auditiven Quellenform ein relativ hoher Zeitaufwand zu erwarten ist. Dies gilt umso mehr, wenn weder ein Verzeichnis noch eine Transkription vorliegt. Daher sollten Tonbandkopien zur Nutzung außerhalb der Archive angeboten werden, um Nutzerinnen und Nutzern eine zielgerichtete und flexible Analyse zu ermöglichen. Anzustreben ist die Bereitstellung der Tonbänder über Online-Datenbanken für registrierte Nutzer mit einem berechtigten wissenschaftlichen oder publizistischen Interesse. Langfristig ist für eine Nutzbarmachung für die Forschung sowie die Gedenk- und Bildungsarbeit zudem eine Online-Veröffentlichung (zumindest von Ausschnitten) – etwa vergleichbar mit den Tonbändern des Auschwitz-Prozesses – zu wünschen.

Diese für Forschung und Bildungsarbeit dringende Zugänglichmachung der Tonbänder wird bei den staatlichen Archiven unterschiedlich gehandhabt. Während etwa die Hessischen Landesarchive die Nutzung der Tonaufnahmen ohne Einschränkungen ermöglichen und Kopien unter Einhaltung der üblichen Rechts- und Schutzfristen

14 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv, Berlin, MfS HA IX. Urteile publiziert in *DDR-Justiz und NS-Verbrechen*, Bd. I–III, Nr. 1001–1023, 1027–1031, 1033 ff., 1038, 1040, 1042 f., 1046, 1049 ff., 1057, 1060 f., 1068, 1071, 1079 f., 1082, 1087; vgl. <https://junsv.nl/ostdeutsche-gerichtsentscheidungen> (24.6.2025).



Oben links: Der Sobibor-Überlebende Jakob Biskubicz, circa 1944  
Foto: Ghetto Fighters' House, Lochem haGeta'ot, Israel

Rechts: Der Sobibor-Überlebende Dov Freiberg, circa 1944  
Foto: Ghetto Fighters' House, Lochem haGeta'ot, Israel

Unten links: Der Angehörige des Lagerpersonals von Sobibor, SS-Unterscharführer Hubert Gomerski, während eines Dienstauftritts nach Berlin und Potsdam, 1943  
Foto: United States Holocaust Memorial Museum, Washington

unkompliziert zur Verfügung stellen, wird die Nutzung der Tonbänder bei den nordrhein-westfälischen Landesarchiven durch die hohen Kosten der Gebührenordnung erschwert.

Aufwendig ist die Nutzung auch beim Stasi-Unterlagen-Archiv, in dem Duplikate der Tonbänder von nichtöffentlichen Verfahren gemäß Stasi-Unterlagen-Gesetz erst geprüft und anonymisiert werden, um auszuschließen, dass persönliche Schutzfristen unbeteiligter Dritter tangiert sind. Eine einfache Nutzungsvereinbarung zum Schutz dieser für die Forschung häufig irrelevanten personenbezogenen Informationen könnte hier die Recherche erleichtern.

Zumindest der Unsicherheit in der Gesetzeslage, ob die zu prozessualen Zwecken angefertigten Aufzeichnungen für wissenschaftliche oder historische Bildungszwecke genutzt werden können, wurde 2017 ein Ende bereitet, als das Gerichtsverfassungsgesetz um Paragraph 169, Absatz 2 erweitert wurde, in dem es – nach einer weiteren Anpassung 2024 – heißt: »Tonaufnahmen oder Ton- und Filmaufnahmen der Verhandlung einschließlich der Verkündung der Urteile und Beschlüsse können zu wissenschaftlichen und historischen Zwecken von dem Gericht zugelassen werden, wenn es sich um ein Verfahren von herausragender zeitgeschichtlicher Bedeutung handelt.«<sup>15</sup>

### Ein praktischer Handlungsleitfaden für die Quellenanalyse

Sichtung und Auswertung der Tonbänder sind ein arbeitsintensiver Prozess. Bei der Nutzung der Tonbänder ist es erstens hilfreich, sich im Vorfeld über die Methodik und inhaltliche Fragestellung klar zu sein, um die Audiodokumente zielgerichtet analysieren zu können. Zugleich ist jedoch ein hohes Maß an Flexibilität und Offenheit vonnöten, um die Fragestellung nach Bedarf anpassen zu können. Methodische Anleihen können hier beispielsweise bei der Sound History,<sup>16</sup> in der interdisziplinären Forschung zu Emotionen,<sup>17</sup> zur Zeitzeugenschaft und Oral History,<sup>18</sup> zur Aussagepsycholo-

gie<sup>19</sup> und zu nationalsozialistischen Tätern gemacht werden.<sup>20</sup> Forschende sollten zudem über Hintergrundwissen zum historischen Kontext der jeweils in den Verfahren behandelten NS-Verbrechen sowie zu den Grundlagen der juristischen Aufarbeitung verfügen.

Zweitens sind bei der Analyse der Tonbänder auch die schriftlichen Protokolle und Urteile sowie weitere Aufzeichnungen, etwa zur Bewertung der »Glaubwürdigkeit« von Zeugen, hinzuzuziehen. Diese können helfen, die Sprecher zu identifizieren, den in den Mitschnitten nicht überlieferten Kontext zu rekonstruieren und die Dynamik zwischen den Prozessbeteiligten zu verstehen.

Drittens ist es notwendig, den Inhalt – zumindest relevanter Stellen – zu transkribieren, um eine überschaubare schriftliche Materialbasis zu schaffen, die für die Analyse der Tonbänder unabdingbar ist. Transkriptionen liegen bislang allerdings nur für den Auschwitz-Prozess vor; ihre Anfertigung ist jedoch eine besonders zeitintensive Tätigkeit und daher bei der Planung von Forschungsprojekten als Zeit- und Kostenfaktor mitzuberechnen.

Transkriptionen können dank moderner Technik mit Transkriptionsprogrammen erstellt werden und müssen daher nicht mehr komplett händisch erfolgen. Auch wenn dabei erhebliche Zeit eingespart werden kann, besteht weiterhin die Notwendigkeit, die Texte aufwendig nachzubearbeiten: Zum einen sind den durchnummerierten Sprechern die Namen der Prozessbeteiligten zuzuordnen, und zwar nicht nur der Zeugen und des Vorsitzenden Richters, sondern auch der Beisitzenden Richter, Staatsanwälte, Verteidiger, gegebenenfalls der Nebenklagevertreter, Gutachter, Protokollführenden und Schöffen.

Zum anderen ist das Transkript von den vielfachen Fehlinterpretationen zu befreien, wie etwa Falschbezeichnungen von Namen oder Orten. Die Fehlerquote steigt deutlich, wenn die gesprochene Sprache vom Standarddeutsch abweicht, etwa bei Zeugen, die Deutsch nicht als Muttersprache nutzen, wenn Fremdsprachen gebraucht werden und Sprechende gleichzeitig reden, weiter vom Mikrophon entfernt sitzen oder die Aufnahmequalität insgesamt schlecht ist. Zudem gerät die Künstliche Intelligenz bei der Verwendung unterschiedlicher Sprachen, wie es in den NSG-Prozessen häufiger vorkommt, bisher noch deutlich an ihre Grenzen.

Nicht zuletzt sind in das Transkript neben dem genauen Wortlaut gegebenenfalls auch nonverbale Handlungen und Merkmale wie etwa Gefühlsäußerungen, Änderungen der Sprechlautstärke und besondere Wortbetonungen aufzunehmen, um Rückschlüsse auf die

15 Gesetz über die Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren – EMöGG vom 8.10.2017, veröffentlicht in: *Bundesgesetzblatt*, 2017, Teil I, Nr. 68, Gesetz zur Fortentwicklung des Völkerstrafrechts vom 30.07.2024, veröffentlicht in: *Bundesgesetzblatt*, 2024, Teil I, Nr. 255.

16 Z.B. Gerhard Paul, Ralph Schock (Hrsg.), *Sound des Jahrhunderts. Geräusche, Töne, Stimmen 1889 bis heute*, Bonn 2013. Vgl. *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, (2025), Nr. 9/10 mit einem Schwerpunkt »Tondokumente und Audioeditionen«.

17 Z.B. Hermann Kappelhoff u.a. (Hrsg.), *Emotionen. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart 2019.

18 Z.B. Dagi Knellessen, Ralf Possekel (Hrsg.), *Zeugnisformen. Berichte, künstlerische Werke und Erzählungen von NS-Verfolgten*, Berlin 2015; Michael Elm, Gottfried Köbber (Hrsg.), *Zeugenschaft des Holocaust. Zwischen Trauma, Tradierung und Ermittlung*, Frankfurt am Main 2007.

19 Z.B. Friedrich Arntzen, *Psychologie der Zeugenaussage: System der Glaubhaftigkeitsmerkmale*, 5. Aufl., München 2011.

20 Z.B. Klaus-Michael Mallmann, Gerhard Paul (Hrsg.), *Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien*, Darmstadt 2004; Gerhard Paul, »Die Täter der Shoah im Spiegel der Forschung«, in: Ders. (Hrsg.), *Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?*, Göttingen 2002, S. 13–90.

Dynamiken, die Stimmung und die Atmosphäre des Prozessgeschehens insgesamt ziehen zu können.

Es empfiehlt sich, die Transkripte zu vereinheitlichen und hierfür Anleihen bei den Regelsystemen, die für die Gesprächsanalyse entwickelt wurden, zu machen. Je nach Bedarf können diese sehr umständlich ausfallen, wie etwa das komplexe »GAT 2«, das Gesprächsanalytische Transkriptionssystem 2,<sup>21</sup> oder aber einfacher und für historische Studien praktikabler sein wie die semantisch-inhaltlichen Transkriptionsregeln von Dresing und Pehl, die jeweils entsprechend der eigenen Fragestellung erweitert beziehungsweise angepasst werden können.<sup>22</sup>

### Zum Mehrwert von Tonbandaufzeichnungen gegenüber Schriftprotokollen: Beispiele aus dem Sobibor-Wiederaufnahmeverfahren gegen Hubert Gomerski

Torsten Schäfer führt in seiner textanalytischen Studie eine lange – schriftlich überlieferte – Zeugenaussage zur Rekonstruktion der NS-Verbrechen in Pinsk an und kommentiert diese folgendermaßen: »Ohne Atempause reihte die Zeugin in dieser Passage ein entsetzliches Verbrechen nach dem anderen komprimiert aneinander. Alles Gesagte bezog sich auf das mörderische Kerngeschehen, es wurde von ihr auf kein Randgeschehen eingegangen, keine Information ist irrelevant.«<sup>23</sup> Dieser Kommentar resultiert aus einer fälschlichen Gleichsetzung von Schriftprotokollen und dem tatsächlich vor Gericht Ausgesagten und zeigt beispielhaft, wie schwierig es für die Leserin und den Leser der Protokolle ist, Rückschlüsse auf die tatsächliche Gesprächssituation im Gerichtssaal zu ziehen. Nur mit Hilfe von Tonbandaufnahmen ließe sich klären, ob die Zeugin tatsächlich atemlos, komprimiert und scheinbar Belangloses auslassend berichtete oder ob in der zitierten Passage die Ergebnisse eines längeren Dialogs zwischen dem oder den Vernehmenden und der Zeugin zusammengefasst wurden. Zur Schärfung eines Bewusstseins dafür, dass in den schriftlichen Protokollen nicht nur Hinweise auf wesentliche Aspekte wie Stimmungen oder Gefühlsäußerungen fehlen, sondern Äußerungen von Zeugen auch inhaltlich verfremdet, verfälscht, auf vermeintlich Wesentliches reduziert und interpretiert

21 Margret Selting u.a., »Gesprächsanalytisches Transkriptionssystem 2 (GAT 2)«, in: *Gesprächsforschung. Online-Zeitschrift zur verbalen Interaktion*, 10 (2009), S. 353–402.

22 Thorsten Dresing, Thorsten Pehl, *Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende*, 8. Aufl., Marburg 2018.

23 Torsten Schäfer, »Jedenfalls habe ich auch mitgeschossen«. *Das NSG-Verfahren gegen Johann Josef Kuhr und andere ehemalige Angehörige des Polizei-Bataillons 306, der Polizeireiterabteilung 2 und der SD-Dienststelle von Pinsk beim Landgericht Frankfurt am Main 1962–1973. Eine textanalytische Fallstudie zur Mentalitätsgeschichte*, Hamburg 2007, S. 349.

Anzeige

„Niemand hat Auschwitz so gesehen.“  
Die vollständige Rekonstruktion der Lager Auschwitz, Birkenau, Monowitz

## KL AUSCHWITZ 1940-1945

Herausgeber: Peter Siebers und Serge Klarsfeld/FFDJF

- BAND I: STAMMLAGER/MAIN CAMP (D/GB)
- BAND II: BIRKENAU/MONOWITZ (D/GB)

Das Gesamtwerk von Peter Siebers

Eine beispiellose zweisprachige Neuerscheinung eröffnet Wissenschaftlern wie Laien eine im wahrsten Sinne neue Sicht auf die höllische Tötungsmaschinerie der Nationalsozialisten. Im 80. Jahr der Befreiung der Auschwitz-Häftlinge liegt damit ein herausragendes Werk vor, das zum Verstehen der nationalsozialistischen Vernichtungsstrategie wesentlich beitragen wird.

Was macht dieses Werk so essenziell und unverzichtbar? Peter Siebers hat eine in mehrfacher Hinsicht schwer wiegende Forschungsarbeit vorgelegt, die die „Schlüsselstelle des deutschen Völkermords an den Juden“ 2) und anderen Verfolgten so anschaulich macht wie kaum ein Buch zuvor. Denn Siebers hat die drei zusammengehörigen Lager von Auschwitz, Birkenau und Monowitz vermessen und maßstabsgetreu visualisiert, in jeder Bauphase zwischen 1940 und 1945: alle Geländestrukturen wurden erfasst, jedes Gebäude per Innen- und Außenansicht, die Gleisanlagen, Rampen, jedes Tor, jede Baracke, Zelle, alle Krematorien und sämtliche weiteren „Funktionsbereiche“.

„Möge dieses Buch auch dem Leser eine Inspiration geben, den **Tatort Auschwitz** zu besichtigen“.

Ein **Opus Magnum** der wissenschaftlichen Dokumentationen über das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz.



Erhältlich unter <https://www.echo-verlagsagentur.de/shop/>

werden, erscheint ein Vergleich der schriftlichen Aufzeichnungen mit den Tonbändern hilfreich.

Als Beispiel sei hier auf die Aussagen im Wiederaufnahmeverfahren gegen Hubert Gomerski, einen besonders gewalttätigen SS-Mann des Vernichtungslagers Sobibor, zurückgegriffen. Die Tonbandaufzeichnungen dieses Verfahrens stehen im Zentrum eines von der Alfred Landecker Foundation finanzierten Projekts am Fritz Bauer Institut zu den west- und ostdeutschen Prozessen zu Sobibor und zu den Deportationen aus dem besetzten Polen in die Lager der »Aktion Reinhardt«, in dem der Fokus auf die Narrative des in den Gerichtssälen Verhandelten, die Interaktionen im Gerichtssaal, die Gefühlsausdrücke der Prozessbeteiligten und die Atmosphäre der Verfahren gelegt wird.

In der Hauptverhandlung vor dem Landgericht Frankfurt wurde am 4. Juli 1974 der israelische Sobibor-Überlebende Dov Freiberg vernommen. Freiberg war mit 15 Jahren im Mai 1942 aus Krasnystaw nach Sobibor deportiert worden. Seine Vernehmung wurde von der Urkundsbeamtin J.-W. Wanschura protokolliert, welche die für die Verhandlung wichtigsten Inhalte – nicht aber alle von Dov Freiberg geschilderten Details – in standardisiertem Deutsch zusammenfasste, wie etwa in folgendem Ausschnitt:

»Wenn Leute von der Rampe kamen, kamen sie ins Lager II. Dann war ein Bretterzaun, wo sich die Leute ausgezogen haben. Oberscharführer Michel hat die Leute begrüßt. Sie mussten sich ausziehen – zum Entlausen. Gold und Wertsachen kamen in eine Kasse. Er sagte, dass die Männer arbeiten würden und Frauen nicht. Es wurde applaudiert. Dann gingen Leute durch den Weg zur Gaskammer. Oft haben sie vorher Essen bekommen – Kaffee und Brot. Oft bekamen sie eine Postkarte, die sie nach Hause schreiben konnten, dass alles in Ordnung sei. Oft waren die Leute nach 2–3 Stunden tot. Das waren die Transporte, die aus Holland, Belgien, Frankreich kamen. Wenn polnische Juden kamen, die wussten aber was los war. Manche wollten nicht tun, was die SS-Leute sagten. Diese Leute wurden geschlagen, es wurde geschossen.«<sup>24</sup>

Auch durch den fehlenden Hinweis auf die jeweiligen Fragen erscheint die Sequenz hier wie ein sachlich formulierter Monolog. Tatsächlich entsteht das »Zeugnis vor Gericht« aber durch das kooperative Handeln mehrerer Akteure in einer regelgebundenen Frage-Antwort-Struktur.<sup>25</sup> Dieses Interaktionsgefüge lässt sich aus

24 HHStAW, Abt. 461, Nr. 36346/32, Bl. 929–948, hier: Bl. 932 f.

25 Peter Davies, »»Neutrale« Instanz – Quelle der Wissensproduktion – Interpretationen. Bemerkungen zur Rolle der Dolmetscher im Gericht«, in: Steinbacher, Rauschenberger (Hrsg.), *Der Auschwitz-Prozess auf Tonband*, S. 35–61, hier: S. 45 f.

Schriftprotokollen in der Regel nicht mehr rekonstruieren. Ebenso wenig geht aus diesen hervor, in welcher Sprache der Zeuge überhaupt aussagte. Auf den im Protokoll angegebenen Frankfurter Hebräisch-Dolmetscher Gabriel Miller griff Dov Freiberg nur sehr sporadisch zurück.

Die Tonbandaufzeichnung der Aussage<sup>26</sup> verdeutlicht, dass der Vorsitzende Richter Volker Schneider ursprünglich die Absicht hatte, Fragen nach der Beschaffenheit einzelner Lagerbereiche – wie hier Lager III mit den Gaskammern und Massengräbern – zu stellen, und dass Freiberg von dem Frageskript abwich, um den gesamten Vernichtungsvorgang zu schildern:

»*Vorsitzender Schneider*: Und das Lager III, was war denn das für ein Lager? War das also?

*Zeuge Freiberg*: So werde ich schildern die ganze Prozess. Die Leute, wenn sie gekommen haben, hat man sie runtergenommen von den äh/

*Übersetzer Miller*: Waggonen.

*Zeuge Freiberg*: von die Waggonen. Und sie in einen gewissen Platz. Haben sie die Männerpersonen und Frauen, Kinderpersonen gescheit, wenn kommen sie in Lager II, das war ein Platz, ein vermachter Platz, mit Hölzern ganz vermacht.

*Vorsitzender Schneider*: Wie war das? Eingezündet?

*Zeuge Freiberg*: Ja. Dort haben die Leute sich ausgezogen.

*Vorsitzender Schneider*: Mhm [nachdenkend]. War das auch, darf ich mal zwischenfragen, war das also auch ein STACHELDRAHT,<sup>27</sup> mit dem das eingezäunt war, oder war das ein Bretterzaun, oder?

*Zeuge Freiberg*: Das war wie Holz, Holz.

*Übersetzer Miller*: Bretterzaun

*Vorsitzender Schneider*: Bretterzaun.

*Zeuge Freiberg*: Das war mit Türen.

*Vorsitzender Schneider*: Mhm [nachdenkend].

*Zeuge Freiberg*: Und dort in vielen Fällen, bei Transporten aus Österreich, Deutschland, Holland. Die Leute, die haben nichts gewusst, was passiert hier. Hat der Oberscharführer Michel.

*Vorsitzender Schneider*: Mhm [nachdenkend].

*Zeuge Freiberg*: Hat gesprochen zu den Leute. Und der hat sie gesagt, dass sie, begrüßt und gesagt, dass sie heute noch müssen sich ausziehen, dann zur Entlausung, Geld und Gold für die Kasse abgeben, das war ein »Kassa« geschrieben, ein Platz beim Ausgang zum Lager III. Und der hat gesagt dann danach, da kommen sie zur Ukraine. Und einmal, das hab ich auch gehört, wie er sagte: »Männer werden arbeiten, Frauen werden nicht

26 HHStAW, Abt. 461/41124, Tonband 4b, 01:46:25–01:50:45.

27 Besonders hervorgehobene Worte werden hier großgeschrieben. Unv. heißt unverständlich.

arbeiten, werden eine Wirtschaft haben.« Und vielmals haben die Leute noch Bravo geklatscht.

*Vorsitzender Schneider*: Was haben die Leute?

*Übersetzer Miller*: Applaudiert. Applaudiert.

*Vorsitzender Schneider*: Beifall geklatscht?<sup>28</sup>

*Zeuge Freiberg*: Vielmals waren FRAGEN. Ist das Wasser warm oder kalt? So die Leute da gehen durch den Weg zu den Gaskammern. Aber das war, wenn die Transporte kommen von Ausländern, von Holland und Frankreich, Österreich. Vielmals haben sie auch Essen bekommen, Kaffee und Brot mit was. Und vielmals haben sie noch gegeben Karten, zu nach Hause zu schreiben. Dass sie gut angekommen und alles geht in Ordnung. Aber so in so einem Prozess geht's ganz schnell. Ich denk, dass von den Bahnhof bis die Leute töten, das kann vielleicht nehmen zwei Stunde oder drei Stunden, vielmals zwei, drei Transporte ein Tag. Aber bei die polnische Juden? Die weißen schon, was passiert. Dann kommt es, wenn die Leute kommen schon in den Waggonen, kommen schon viel zerklafft [unv.]. Vielmals in den Waggonen waren schon viel Tote. Die Leute wollten nicht tun, was, was die SS-Leute sagen. Es war große Geschrei und so weiter und DIESE Fällen alle SS-Leute sind, sind dabei, mit Maschinengewehren, mit handlichen Gewehren und was dann alles geht, mit SCHLAGEN und SCHIEßEN, das schnell, dass das geht. Das ist im Allgemeinen der Fall.«

Wie schwierig es für die Protokollierenden war, teilweise unzusammenhängende Erinnerungsfragmente zu einem für sie logischen Ganzen zusammenzufügen, zeigt exemplarisch auch die Zeugenaussage des aus dem polnischen Hrubieszów stammenden Sobibor-Überlebenden Jakob Biskubicz am 22. Februar 1974. Wie Freiberg gehörte er als 15-Jähriger in Sobibor zu den Ersten, die aus den Transporten zum Aufbau dauerhafter Häftlingskommandos ausgewählt wurden.

Das Gericht hatte sichtlich Probleme, dem zunächst in deutscher Sprache aussagenden israelischen Zeugen zu folgen. Beispielhaft sei hier eine Sequenz angeführt, in der Biskubicz vom Vorsitzenden Richter Volker Schneider gebeten wurde, die Täter von Sobibor zu charakterisieren:<sup>29</sup>

»*Vorsitzender Schneider*: Gut, können Sie die irgendwie besonders BEZEICHNEN? Waren die sehr LAUT oder haben die viel GESCHLAGEN oder was haben die? [...]

28 Auch andere Sobibor-Überlebende gaben an, dass westeuropäische Deportierte der verschleiernenden Ansprache Glauben schenkten und applaudierten. Bei den polnischen Juden, zu denen Informationen über den Massenmord durchgedrungen waren, griff das Lagerpersonal hingegen häufiger auf rohe Gewalt statt Täuschung zurück.

29 HHStAW, Abt. 461, Nr. 41120, Teil 3a, 00:41:20–00:43:14.

*Übersetzer Miller*: [... Übersetzung ins Hebräische]

*Zeuge Biskubicz*: Ja. Das erste halbes Jahr war VIEL schlimm. Das erste halbe Jahr Sobibor war VIEL schlimm. Weil es waren NOCH NICHT KEINE Arbeiter stabil. Alle Tag hat man aus überlassen von Transport, 50 Leute, vielleicht mehr. Die sollten alles SAUBERMACHEN und wurden dann im dritten Lager totge/totgeschlagen. Nachher wenn man angefangen hat überlassen, hingeworfen und wir sollten ARBEITEN. Das Mal da war zum Beispiel FRENZEL, der war der Chef von Bahnhofskommando, und WAGNER, der war verantwortlich für GEPÄCK, und andere und MÜLLER für GEPÄCK. Und Wagner HOCH überall, ist da rumgelaufen, das kann man das nicht sagen. Wenn Wagner ist einmal durch und er hat gesehen, man ruht sich aus, hat er bloß gesagt, ich komme GLEICH HELFEN und wenn er kommt zurück, dann hat er bloß von der Weiteren uns angeschaut.«

Die Urkundsbeamtin Schmidt versuchte, im Protokoll die wesentlichen Elemente der Aussage zu erfassen und sich dabei auch an grammatikalische Eigenheiten von Biskubicz anzulehnen:

»Im ersten halben Jahr war Sobibor viel schlimm. Immer hat man Leute ausgesucht und dann im Lager III totgeschlagen. Frenzel hatte das Bahnhofskommando, Wagner das Gepäck, Müller das Gepäck. Wenn Wagner einmal durchging und sah, dass man sich ausruht, dann sagte er ›Ich komme gleich helfen.«<sup>30</sup>

Wegen der Verständnisschwierigkeiten wurde Jakob Biskubicz wiederholt gebeten, auf Hebräisch auszusagen, doch er griff immer wieder auf die deutsche Sprache zurück. Die Vernehmungsatmosphäre war spürbar gereizt; der Vorsitzende Richter, die Staatsanwälte und die Verteidiger stritten, wie der Zeuge besser zu vernehmen sei. Bei den für den Tathergang relevanten Momenten ging der Richter schließlich dazu über, die Aussage für das Protokoll in eigenen Worten zusammenzufassen:<sup>31</sup>

»*Vorsitzender Schneider*: WIE hat er denn das gemacht, das Umbringen?

*Zeuge Biskubicz*: Er hat GESCHOSSEN. [Stimme bricht, perplex]

*Vorsitzender Schneider*: MIT WAS? Mit der PISTOLE? Von VORNE? Vom RÜCKEN?

*Zeuge Biskubicz*: Es waren SO VIELE FÄLLE [langgezogen]. Ich kann das nicht nach dreißig Jahren sagen, ob der von vorne

30 Ebd., Nr. 36346/27, Bl. 321–337, hier: Bl. 332.

31 Ebd., Nr. 41120, Teil 3a, 01:29:13–01:33:58.

oder ob der weiter stand, das kann ich nicht sagen. [unv.] Das kann man das nicht sagen.

*Staatsanwalt Hans-Hermann Eckert:* Herr Vorsitzender, ich beantrage, diesen Vorfall, die Äußerungen hierzu wörtlich zu protokollieren.

*Vorsitzender Schneider:* Wollen Sie zu dem Antrag Stellung nehmen, Herr Rechtsanwalt? Dann nehmen Sie bitte auch auf die Frage/ DEN GANZEN VORHALT oder NUR, wie er ihn eingebracht hat?

*Staatsanwalt Eckert:* Seitens seiner Äußerung zu diesem Vorfall. *Vorsitzender Schneider:* Auf die Frage zu der Ankunft eines in Anführungszeichen starken Mannes erklärte der Zeuge Doppelpunkt Einmal kam ein dicker Mann.

*Staatsanwalt Gerhard Pfeifer:* Über einen dicken Mann hat der Zeuge nicht gesprochen.

*Zeuge Biskubicz:* Einen starken.

*Vorsitzender Schneider:* Zuerst hat er auch von einem dicken Mann gesprochen, mal so, mal so.

*Verteidiger Dieter Schweizer:* Das Wort DICK habe ich lediglich aus dem Munde des Vorsitzenden gehört.

*Vorsitzender Schneider:* Dann also starken Mann, hat aber, da er es so beschrieben hat. Ein STARKER Mann. Gomerski hat ihn vor sich hergetrieben in Richtung des Galgens. Dieser Galgen bestand aus einem senkrechten Pfosten, über den ein kürzerer Balken waagrecht gelegt war, an dessen Ende ein Strick war. Auf den, jetzt Absatz neue Zeile, auf den Vorhalt des Vorsitzenden, ob es sich dabei nicht nur um die Hebelstange eines Brunnens handele, da einige Zeugen angegeben hätten, im Lager befände sich oder hätte sich überhaupt kein Galgen befunden, sondern nur Brunnen, bei denen man mittels einer Stange und eines Strickes das Wasser heraufholte, erklärte der Zeuge Doppelpunkt NEIN, nein. Der Brunnen war weiter weg. Es handelte sich NICHT um eine Brunnenstange, sondern um einen Galgen. Als der Gomerski mit dem starken Mann in der Nähe des Galgens war, hat er ihn umgebracht. Neue Zeile. Auf Vorhalt des Vorsitzenden WIE oder Frage des Vorsitzenden besser, wie. Er hat ihn mit der Pistole erschossen. Ob von vorne oder hinten, weiß ich heute nach 30 Jahren nicht mehr. Dann lesen Sie das bitte mal vor. Und Herr Dolmetscher, wenn Sie das dann anschließend für ihn übersetzen würden.«<sup>32</sup>

Aus dem schriftlichen Protokoll geht der komplexe Entstehungszusammenhang des schriftlichen Zeugnisses nicht hervor. Es findet sich hierin nur der Hinweis, dass Staatsanwalt Eckert die wörtliche

32 Ebd., 01:28:31–01:33:58.

Protokollierung beantragt habe; zudem wechselt das Protokoll an dieser Stelle die Erzählperspektive von der ersten zur dritten Person.<sup>33</sup>

### Fazit: Plädoyer für eine interdisziplinäre Zusammenarbeit bei der Erfassung, Transkription und Zurverfügungstellung der Tonbänder

Auch bei der Aussage von Angeklagten und Täter-Zeugen hat das schriftliche Protokoll deutliche Defizite gegenüber den Tonaufnahmen: Minutenlange Dialoge wurden in wenigen Zeilen zusammengefasst, mit anderen Worten gedeutet und sogar fehlerhaft wiedergegeben; wesentliche Argumentationslinien und Informationen wurden stillschweigend weggelassen.

Wie der hier kurz skizzierte Mehrwert deutlich macht, erweisen sich die Tonbänder als eine ergiebige Quelle für innovative historische, (kriminal)psychologische, kultur- und literaturwissenschaftliche oder auch linguistische Zugänge zum historischen Geschehen, insbesondere zum Holocaust und zu den Konzentrationslagern, aber auch zu anderen Gewaltverbrechen. Sie ermöglichen neue Perspektiven auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit allgemein und die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen speziell. In der Denk- und Bildungsarbeit können die neuen, direkten Zugänge zu Zeitzeugen und Zeitzeuginnen des Holocaust das Geschehen auf lebendige und erlebbare Weise wiedergeben.

Um eine breite Nutzung dieser Quellen zu ermöglichen, erscheint eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Archiven, Historikern, Übersetzern, Linguisten und Informatikern bei der Erschließung und Transkription fruchtbar. Für diese personalintensiven Aufgaben sind hohe Drittmittel unerlässlich. Erstrebenswertes Ziel ist eine möglichst breite Zurverfügungstellung, mindestens in Form einer Verzeichnung aller vorhandenen Tonbänder, bestenfalls in Form der transkribierten Aussagen und der Online-Veröffentlichung dieser wichtigen Quellenform.

33 Ebd., Nr. 36346/27, Bl. 321–337, hier: Bl. 336.

## Konsequetivdolmetschen beim ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess *Schwierigkeiten der Kommunikation über genozidale Gewalt*

Von Peter Davies



**Prof. Peter Davies** ist Professor of Modern German Studies an der University of Edinburgh. Veröffentlichungen (Auswahl): *Interpreting at the First Frankfurt Auschwitz Trial: How is a Witness Heard?*, London 2025; (mit Hannah Holtschneider, Sheila E. Jelen, Christoph Thonfeld), *Olga Lengyel, Auschwitz Survivor: Interdisciplinary Explorations*, London 2025; *Witness between Languages: The Translation of Holocaust Testimonies in Context*, Rochester/New York 2018.

Foto: privat

Im Frühjahr 1965 konnten die Leserinnen und Leser von *Christ und Welt* und der *Frankfurter Neuen Presse* über dramatische Ereignisse am Ende der Zeugenaussage von

George Preston beim ersten Auschwitz-Prozess in Frankfurt am Main lesen. Preston, 1914 als Grisha Prishkulnik im heutigen Rivne geboren, überlebte Auschwitz und zog in die USA. Wie viele andere Überlebende auch unternahm er die Reise nach Frankfurt, um vor Gericht auszusagen, das NS-Unrecht öffentlich anzuprangern und das Leid sowie den Widerstand der Häftlinge vor einem deutschen Publikum zu thematisieren. Vom Vorsitzenden Richter Hans Hofmeyer aufgefordert aufzustehen, um den Angeklagten Emil Bednarek zu identifizieren, sei Preston auf Bednarek zugegangen und habe angefangen zu brüllen: »Du fettes Schwein!«<sup>1</sup> Die groteske Komik dieser Schilderung und das Gefühl der amüsierten Befriedigung über diesen sehr bescheidenen Racheakt eines Opfers an seinem Peiniger, das sich bei mir als Leser einschleicht, sollen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in den Berichten weit weniger um den Inhalt der von Preston geschilderten Erlebnisse geht als um das Theatralische des Augenblicks.

Aber was sagte er wirklich? Wenn wir uns die Aufnahme von Prestons Zeugnis anhören, finden wir zwar den Augenblick, in dem Preston Bednarek anbrüllt, recht schnell, aber die Worte »du fettes Schwein« fehlen; weder in Prestons englischer Rede noch in der Übersetzung des Dolmetschers Franz Schuh sind sie gefallen.<sup>2</sup> Preston schreit zwar, dass Bednarek seit seiner Zeit im Lager dick geworden sei, nennt ihn aber nicht Schwein. Dass beide Berichte die Worte »fettes Schwein« kolportieren, ist bemerkenswert, lässt

1 »Auschwitz: Finale«, in: *Christ und Welt*, 14.5.1965; »Entlastungszeugen werfen Bednarek mehrere Morde vor«, in: *Frankfurter Neue Presse*, 5.3.1965.

2 Zeugenaussage George Preston, 140. Verhandlungstag 04.03.1965: <https://www.auschwitz-prozess.de/zeugenaussagen/Preston-George/> (4.12.2024).

aber vermuten, dass sich die anwesenden Reporter im Nachhinein zusammensetzten und den dramatischen Vorfall zu rekonstruieren versuchten. Anhand der Tonbandaufnahme bekommen wir einen authentischeren (wenn auch leicht enttäuschenden) Einblick in das Geschehen vor Gericht.

Die Tonaufnahmen des Prozesses scheinen uns also einen direkten Zugang zum Geschehen im Gerichtssaal zu gestatten, der es uns ermöglicht, die Aussagen vor Gericht mit den kolportierten Kommentaren zu vergleichen und Letztere zu korrigieren. Die authentischen Stimmen der Zeuginnen und Zeugen werden so aus der Vergessenheit gerettet und stehen uns zur Verfügung. Die Idee, mit den Tonaufnahmen einen authentischen Einblick in die mündliche Verhandlung zu bekommen, muss jedoch kritisch betrachtet werden.

Woraus entsteht der Eindruck der Unmittelbarkeit beim Anhören der Tonquellen? Es lohnt sich, dem kurz nachzugehen, bevor wir uns näher mit den Quellen selbst beschäftigen: Wie strukturieren diese Quellen unser Hörerlebnis? Das konkrete Geschehen im Gerichtssaal – wenigstens so wie es von den Teilnehmenden und Zuschauenden direkt erlebt wurde – ist uns unerreichbar. Das linguistische und räumliche Verhalten der Teilnehmenden wird von den üblichen Regeln des Verfahrens strukturiert, aber auch von Verhaltensweisen, die durch die Verkabelung des Gerichtssaals bestimmt sind, etwa der Notwendigkeit, nach einem Wink des Vorsitzenden Richters zwischen Mikrofonen zu schalten, was einen erheblichen Einfluss auf das *turn taking*-Verhalten ausübt.<sup>3</sup>

Die Aufnahmen von den Zeugenaussagen sind durch das späte Ein- oder das frühe Ausschalten häufig unvollständig, es fehlen Dinge, die für einen Zuhörer, dem an der Entfaltung der Kommunikation in voller Länge liegt, wesentlich sind, doch für die Urteilsfindung des Gerichts irrelevant oder nachgeordnet.

Man vermisst den visuellen Faktor der Gestik, Mimik oder des Austauschs von Blicken, der für die Kommunikation bedeutend ist und wichtige Sinnelemente trägt. Ganz abgesehen von dem offensichtlichsten Unterschied, dass wir nichts von dem sehen können, was passiert, ist unser akustisches Erlebnis ein ganz anderes. Die Stimmen sind für uns alle elektrisch und mittlerweile auch digital vermittelt und deshalb verfremdet, im Gerichtssaal jedoch war das akustische Erlebnis geprägt von dem schnellen Wechsel zwischen dem direkten Hören der Stimmen von Sprechenden, die in der Nähe waren, und der unterschiedlichen Wahrnehmung anderer Stimmen, die durch die elektrische Verstärkung vermittelt wurden.

3 Johannes Beermann-Schön, »Archiv und Zufall: Entstehung und Überlieferung der Tonbandmitschnitte von Zeugenaussagen«, in: Sybille Steinbacher, Katharina Rauschenberger (Hrsg.), *Der Auschwitz-Prozess auf Tonband: Akteure, Zwischentöne, Überlieferung*, Göttingen 2020, S. 87–108, hier: S. 97.

Beim Anhören der Tonbandaufnahmen erleben wir das Geschehen aus der Position des jeweils aufnehmenden Mikrofons: Wir werden sozusagen durch den Raum geschaltet, und unser Stand- beziehungsweise Hörpunkt wird jeweils von dem Vorsitzenden Richter bestimmt. Unsere Perspektive ist deshalb eine für die Teilnehmenden unmögliche. Trotzdem konstruiert unser Gehirn beim Zuhören aus unterschiedlichen Merkmalen der Stimmen – etwa Lautstärke, Intensität, Emotionalität, Lauter- und Leiserwerden – und aus anderen Geräuscheignissen – etwa Klopfen, Schritten oder Scharren mit den Füßen, Rascheln von Papier, Husten – ein räumliches Erlebnis und ein dynamisches Bild von den Sprechenden und Zuhörenden und deren Interaktionen.

Was für uns etwa auf dem Tonband im Vordergrund steht, kann für die Teilnehmenden nur ein Neben- oder Hintergrundgeräusch gewesen sein und umgekehrt. Da wir Dinge verpassen, die für die Anwesenden klar sind, und keinen Zugang zu der Fülle und Unmittelbarkeit der Interaktionen im Gerichtssaal haben, tendieren wir dazu, die akustischen Zeichen, die uns erreichen, zu überinterpretieren. Aber als mit Vorwissen ausgestattete Forschende und wegen der Möglichkeit des wiederholten Anhörens und Lesens der Transkription nehmen wir auch Dinge wahr, die den Anwesenden entgangen sein dürften, und können genau beobachten, wie unter diesen komplexen Bedingungen ein Zeugnis entsteht.

Welche Erkenntnisse können wir also aus diesen Tonaufnahmen gewinnen? Kehren wir zu Prestons Ausbruch zurück. Nachdem der Vorsitzende Richter Hans Hofmeyer ihn aufgefordert hat, wieder Platz zu nehmen, entschuldigt sich Preston für seine Worte, und die Aussage ist bald darauf beendet. Der Ausbruch des Zeugen unterbricht die ritualisierte Ordnung der Befragung und bedroht nicht nur den Angeklagten, sondern auch die Autorität des Richters, der eingreifen muss, um die Ordnung wiederherzustellen. Preston stellt eine Reihe von Konventionen in Frage, die bestimmen, welche Arten von Rede im Gerichtssaal erlaubt sind, und seine Entschuldigung scheint (zumindest dem Tonfall nach zu urteilen) nur eine Formalität zu sein, damit das Gericht seine Arbeit fortsetzen und die interaktionale Ordnung wiederherstellen kann.

Dieser dramatische Moment verursacht Probleme für eine andere Person im Saal: Franz Schuh, den Deutsch-Englisch-Dolmetscher. Preston hat einen Moment des Übergangs zwischen verschiedenen Kommunikationsmodi – von der formalen Struktur von Frage und Antwort, bei der alle sitzen, zu einem Ritual der Identifizierung, bei dem der Zeuge aufsteht und auf die Angeklagten zugeht – für seine Zwecke genutzt. Der Dolmetscher spielt in jedem dieser Modi eine unterschiedliche Rolle, aber Prestons Improvisation führt in eine Situation, für die es keine festen Verhaltensmuster gibt. Schuh verliert die Konzentration, dolmetscht nur kleine Fetzen des Gesagten und scheint an einer Stelle zu lachen. Dieses »Lachen« ist natürlich meine Interpretation des Tonfalls seiner Stimme in diesem Augenblick: Die Gefahr, dass ich ihm eine Absicht oder

Reaktion zuschreibe, weil ich mich auf einer menschlichen Ebene mit ihm identifiziere und sein Dilemma nachvollziehen kann, ist gegeben. Es ist schwer, Absichten oder Gefühle im Augenblick des Sprechens zu rekonstruieren, ohne der Gefahr zu verfallen, aus dem Gefühl heraus Intonation, Pausen, Lautstärke und andere Merkmale identifikatorisch zu interpretieren, was hieße, die Tonaufnahmen als Quelle für einen unproblematisch unmittelbaren Zugang zum sprechenden Menschen zu nehmen.

Beim wiederholten Zuhören stellen wir fest, dass es sich hier um kein wildes, unkontrolliertes Schimpfen handelt, sondern um kurze, präzise eingesetzte Phrasen, getrennt durch ziemlich lange Pausen. Preston wartet darauf, dass seine Sätze übersetzt werden, damit sie von allen verstanden werden und ihre volle Wirkung entfalten können. Preston verliert keineswegs die Kontrolle: Er weiß, was er tut, und nutzt den Wechsel des kommunikativen Rahmens, um seine eigenen Ziele mit Sinn für Dramatik zu verfolgen. So trägt die Anwesenheit des Dolmetschers zur Strukturierung der Kommunikation bei, auch wenn er nicht arbeiten kann. Franz Schuh ist ein direkter Teilnehmer, der die Interaktion beeinflusst, aber ihm fehlt die Autorität, selbst die Ordnung wiederherzustellen, wenn die Dinge aus dem Ruder laufen: Dies kann nur durch das Eingreifen des Richters geschehen.

Auf der Aufnahme des Vorfalles hören wir Preston im Hintergrund, in einiger Entfernung vom Mikrophon, das auf dem Zeugen steht, während wir Schuhs Schwierigkeiten aus der Nähe verfolgen können. Die Art und Weise, wie die Quelle in diesem Moment der Verwirrung strukturiert ist, lenkt die Aufmerksamkeit weg vom Zeugen und seinem Ausbruch und hin zum Dolmetscher. Wir nehmen ihn in einer Weise wahr, wie es das Publikum im Gerichtssaal vielleicht nicht tat, da es sich vermutlich auf das konzentrierte, was Preston gerade schrie. Die Quelle verschafft uns also Zugang zu Aspekten der Zeugenaussage, die normalerweise außer Acht gelassen werden – die zwar hörbar sind, aber nicht wirklich gehört werden –, nämlich zur entscheidenden Rolle des Dolmetschers, der die Zeugenaussage nicht nur verständlich macht oder vermittelt, sondern der durch seine Anwesenheit auch Struktur, Rhythmus, Dauer und Ausdruck der Erzählung mit bestimmt.

Jenseits der historischen und juristischen Fragen, die die Tonbandaufnahmen aufwerfen, sind sie reiche Quellen für linguistische Verhaltensweisen, zwischenmenschliche Interaktionen, Konflikte und Strategien der Kommunikation und Selbstbehauptung in dieser besonders komplexen, emotionsgeladenen und von ungleichen Machtverhältnissen geprägten Situation. Es geht mir bei meiner Forschung zum Dolmetschen im Auschwitz-Prozess nicht konkret darum, ob »gut« oder »schlecht« übersetzt wird. Für mich macht die Besonderheit dieser Quellen aus, dass sie es uns über viele Stunden hinweg und unter Beteiligung vieler Personen mit unterschiedlichen Sprachen, Sprechweisen und Persönlichkeiten erlauben, das

Entstehen von Zeugnissen unter den Bedingungen des konsekutiven Dolmetschens zu verfolgen.<sup>4</sup>

Es gibt 430 Stunden Tonbandaufnahmen aus dem ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess, eine überwältigende Masse an Sprache, Stimmen, Interaktionen, Ereignissen.<sup>5</sup> Und von den 211 Überlebenden, die in der Hauptverhandlung aussagten, sind die Stimmen von 181 auf Tonband überliefert. Von diesen 181 haben circa 100 entweder durchgehend oder teilweise mit einem Dolmetscher oder einer Dolmetscherin gearbeitet. Von ihnen sprach ungefähr die Hälfte Polnisch, andere sprachen Tschechisch, Slowakisch, Russisch, Jiddisch, Rumänisch, Ungarisch, Holländisch, Französisch oder Englisch. Genaue Zahlen sind schwer zu bestimmen, da viele nichtdeutsche Überlebende entweder sehr gut Deutsch sprachen oder genug, so dass sie Teile ihrer Aussage auf Deutsch formulieren konnten. Viele davon, vor allem die vielsprachigen jüdischen Überlebenden, bedienten sich wechselnder Hybridformen aus mehreren Sprachen oder legten den kreativen Sprachgebrauch migrantischer Menschen an den Tag.<sup>6</sup>

Soweit festgestellt werden konnte, hatten nur zwei Personen, die im Hauptverfahren dolmetschten, einen jüdischen Hintergrund und gehörten deshalb selbst zu einer Opfergruppe des Nationalsozialismus: Hilde Firtel, eine Musikerin aus Wien, die schon in den 1930er Jahren zum Katholizismus konvertierte und den Nationalsozialismus zuerst in Italien und dann in Großbritannien überlebte und die nur einmal als Dolmetscherin aus dem Englischen auftrat, und Moritz Grünblatt, der zwischen Jiddisch und Deutsch dolmetschte.

Der Frankfurter Gerichtssaal ist ein multilingualer Ort innerhalb der westdeutschen Gesellschaft der frühen Nachkriegszeit, nicht nur wegen der Vielsprachigkeit der Überlebenden: Hier hört man zwei- oder mehrsprachige Vertriebene und ehemalige sogenannte Volksdeutsche aus Mittel- und Osteuropa für tschechisch-, slowakisch-, rumänisch-, polnisch- und ungarischsprechende Menschen dolmetschen. Mindestens einer der insgesamt 16 Dolmetscher ist ein ehemaliger sudetendeutscher Nationalsozialist, ein anderer ist als Anwalt und NSDAP-Mitglied in der deutschen Militärverwaltung im besetzten Frankreich beschäftigt gewesen.

Einige der Anwälte haben scheinbar einen ähnlichen Hintergrund als Vertriebene oder Emigranten aus dem Osten und können die Aussagen in den Originalsprachen verfolgen. Russisch versteht

4 Vgl. Peter Davies, *Interpreting at the First Frankfurt Auschwitz Trial: How is a Witness Heard?*, London 2025.

5 Werner Renz, »Tonbandmitschnitte von NS-Prozessen als historische Quelle«, in: Jürgen Finger, Sven Keller, Andreas Wirsching (Hrsg.), *Vom Recht zur Geschichte: Akten aus NS-Prozessen als Quellen der Zeitgeschichte*, Göttingen 2009, S. 142–166.

6 Zur Vielfalt der Überlebenden, die in Frankfurt aussagten, s. Katharina Stengel, *Die Überlebenden vor Gericht: Auschwitz-Häftlinge als Zeugen in NS-Prozessen (1950–1976)*, Göttingen 2022.

offensichtlich der eine oder andere von ihnen auch; das gilt beispielsweise für den DDR-Staranwalt Friedrich Karl Kaul. Man hört das Englisch und Französisch von Menschen, die – vielleicht nach der Kriegsgefangenschaft – bei den westlichen Alliierten Arbeit gefunden haben. Darüber hinaus sitzen im Publikum auch Menschen, die die verschiedenen Sprachen verstehen und sich sogar gelegentlich einmischen.

Die Arbeit der Dolmetscherinnen und Dolmetscher wird in Ermangelung belastbarer institutionalisierter Kontrollmechanismen von vielen Seiten informell, aber scharf kontrolliert. Es gibt keinen Fall vor diesem Gericht, bei dem aus einer Sprache gedolmetscht wird, die von niemandem sonst verstanden wird, und zwischen den verschiedenen hier gesprochenen Sprachen, Dialekten und Hybridformen werden Identitäten verhandelt, die über den konkreten Fall Auschwitz hinaus auf eine lange Geschichte von Sprachkontakt, Vielsprachigkeit, Migration, Nationalismus und Kolonisierung verweisen. Das Dolmetschen besteht hier nicht darin, zwischen zwei einander völlig fremden Welten zu vermitteln, sondern mitten in einem komplexen, emotional geladenen Gefüge von Identitäten, unterschiedlichen Interessen und ungleichen Machtverhältnissen zu versuchen, eine Kommunikation zu organisieren, die die Erfordernisse des Gerichts erfüllt.

Wir haben es im Auschwitz-Prozess mit konsekutivem Dolmetschen zu tun: Im Idealfall macht die sprechende Person kürzere oder längere Ausführungen und übergibt an die dolmetschende Person, die dann genau und treu übersetzt und anschließend entweder zurück- oder weitergibt. Natürlich geht es in den wenigsten Fällen so sauber zu. Ethische Konflikte entstehen beim Dolmetschen häufig aus der Spannung zwischen den Erwartungen des Gerichts und den komplexen Bedürfnissen der Überlebenden.

Im Gegensatz zum Simultandolmetschen, bei dem über Kopfhörer entweder die Stimme des Sprechers oder die Stimme der dolmetschenden Person übertragen wird, kann beim Konsekutivdolmetschen beides erlebt und die zwischenmenschliche Interaktion intensiv wahrgenommen werden. Auch wer eine Sprache gar nicht versteht, kann sich auf die außerlinguistischen Kommunikationsmittel, wie Gesten, Pausen, Zögern oder Intonation, konzentrieren und diese mit ihrer Darstellung durch den Dolmetscher vergleichen. Alle im Raum anwesenden Personen sind deshalb beteiligt, und Stimme und Körper aller Beteiligten in Beziehung zueinander können intensiv wahrgenommen werden. Genau diese Tatsache macht den Hauptunterschied zu den verdolmetschten Aussagen bei den Nürnberger oder Tokioter Nachkriegsprozessen, zum Eichmann-Prozess und zu vielen anderen großen internationalen Völkermordtribunalen aus, in denen *simultan* gedolmetscht wurde und wird.<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Zum Simultandolmetschen s. Francesca Gaiba, *The Origins of Simultaneous Interpreting: The Nuremberg Trial*, Ottawa 1998; Martina Behr, Maïke Corpataux,

Das macht den Wert dieser Tonaufnahmen aus: Wir erleben Augenblick für Augenblick, wie aus einem Überlebenden ein Zeuge gemacht wird und wie ein Zeugnis unter Konflikten oder komplexen Strategien der Selbstbehauptung, Machtausübung oder Kooperation entsteht. Welche ethischen Entscheidungen sind dabei nötig, und welche Konsequenzen hat es für die Überlebenden, einem anderen Menschen die eigene Stimme anzuvertrauen? In einer Situation der extremen Machtungleichheit stehen die Dolmetscher vor komplexen – und häufig unlösbaren – Dilemmata, bei denen ihr berufliches Selbstverständnis und Ethos mit ihrer Haltung gegenüber den Überlebenden in Konflikt geraten können.

### Der Zeuge Simon Gotland

Ich stelle hier eine Quelle vor, die an sich nicht repräsentativ ist; bei der Vielzahl von verdolmetschten Aussagen und Dolmetschern sind Verallgemeinerungen allerdings ohnehin kaum möglich. Das von mir gewählte recht extreme Beispiel der Aussage des jüdischen Überlebenden Simon Gotland am 27. Juli 1964 ermöglicht es, bestimmte Aspekte der Interaktion zwischen dem Zeugen, der Dolmetscherin und dem Richter zu veranschaulichen.<sup>8</sup> Simon Gotland wurde im Dezember 1898 in Warschau geboren und emigrierte 1929 nach Frankreich, wo er erst 1947 die französische Staatsbürgerschaft erhielt. Er wurde am 7. August 1941 von der Gestapo verhaftet und im Juli 1942 über Drancy nach Auschwitz deportiert. Für einige Wochen wurde er einem der Sonderkommandos in Birkenau zugeteilt, konnte aber der Massentötung dieser Gruppe entgehen, da er in andere Zwangsarbeitskommandos versetzt wurde. Ab Ende 1942 wurde er in verschiedenen Arbeitskommandos zwischen Buna-Monowitz und dem Stammlager eingesetzt, bevor er schließlich im April 1944 für die Arbeit im »Kanada-Kommando« ausgewählt wurde, das die Besitztümer der in Birkenau ankommenden Juden sortierte. Im Oktober 1944 wurde er in den Lagerkomplex Kaufering in Bayern verlegt, der im April 1945 von der US-Armee befreit wurde. Danach kehrte er nach Frankreich zurück und hielt über die französischen Überlebendenverbände Kontakt zu anderen

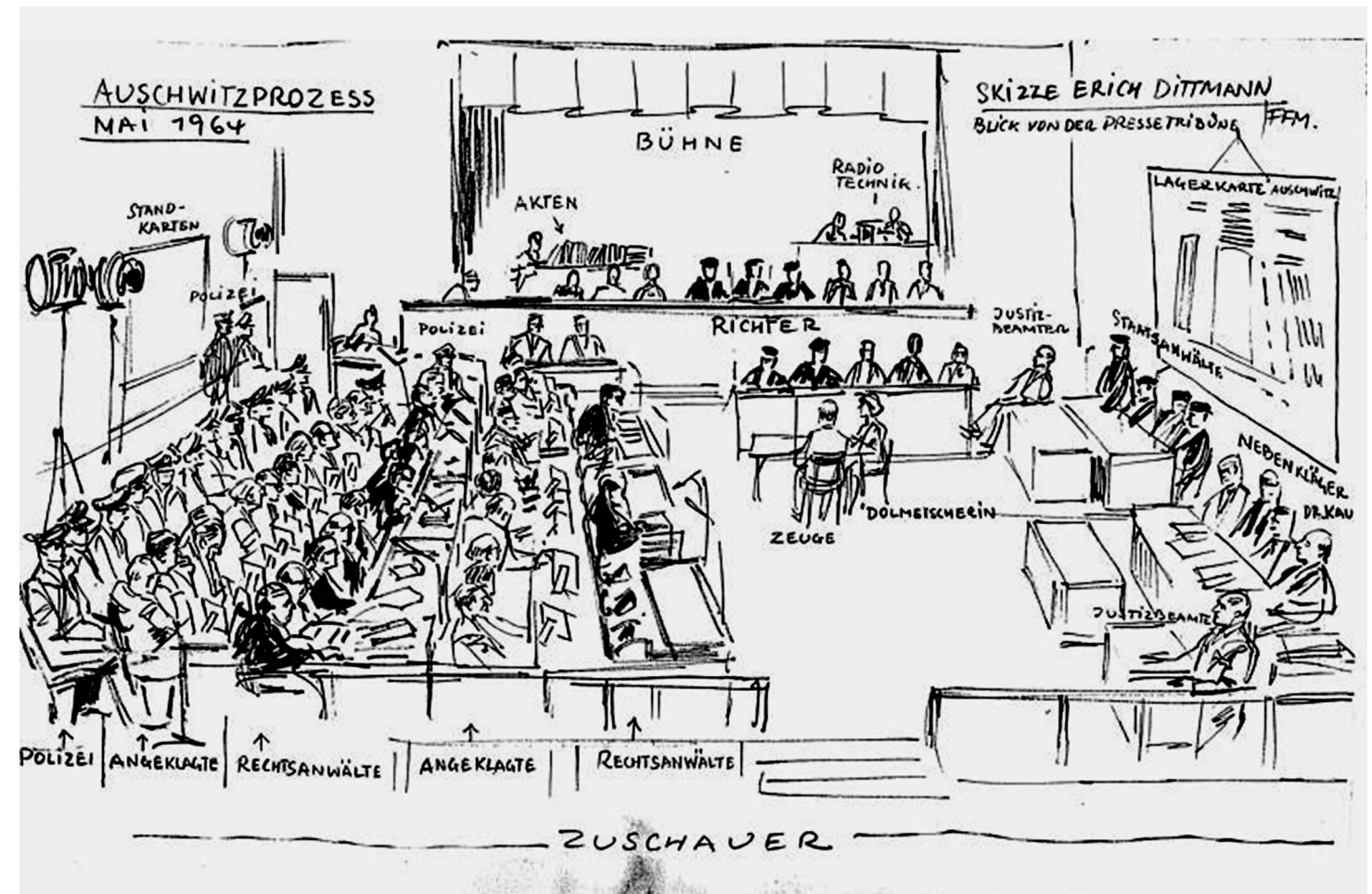
*Die Nürnberger Prozesse: Zur Bedeutung der Dolmetscher für die Prozesse und der Prozesse für die Dolmetscher*, Frankfurt am Main 2004; Kayoko Takeda, *Interpreting the Tokyo War Crimes Trial: A Sociopolitical Analysis*, Ottawa 2010; Katrin Rumprecht, »Die Nürnberger Prozesse und ihre Bedeutung für die Entwicklung des modernen Konferenzdolmetschens«, in: Hartwig Kalverkämper, Larisa Schippel (Hrsg.), *Simultandolmetschen in Erstbewährung: Der Nürnberger Prozess 1945*, Berlin 2014, S. 151–336; Ellen Elias-Bursac, *Translating Evidence and Interpreting Testimony at a War Crimes Tribunal: Working in a Tug-of-War*, Basingstoke 2015.

<sup>8</sup> Zeugenaussage Simon Gotland, 70. Verhandlungstag 27.07.1964: <https://www.auschwitz-prozess.de/zeugenaussagen/Gotland-Simon/> (4.12.2024). Im Folgenden wird für jedes Zitat aus Gotlands Aussage die Zeit in Minuten angegeben.



Oben: Wera Kapkajew im Gespräch mit dem Zeugen Andrej Pogoschew aus der Ukraine. Kapkajew hat seine Vernehmung am 104. Verhandlungstag, dem 23.10.1964, übersetzt. Vermutlich ist an diesem Tag auch das Foto gemacht worden. Foto: Schindler-Foto-Report

Unten: Gerichtssaal im Haus Gallus, Zeichnung des Gerichtszeichners Erich Dittmann. Foto: Werner Dittmann



ehemaligen Häftlingen. Seine Aussage im Prozess konzentrierte sich auf zwei Aspekte seiner Einsätze, die für die Anklage am wichtigsten waren: auf das Ausheben von Massengräbern durch das Sonderkommando und die Selektion der ankommenden Häftlinge auf der Rampe in Birkenau.

Gotlands Aussage vor Gericht wurde zeitgenössisch häufiger kommentiert als viele andere, nicht wegen des Inhalts oder der Nützlichkeit als Quelle, sondern als ein Beispiel für die angebliche Verwirrung oder traumatisierte Rede der Überlebenden: Ein Kommentar aus der *Frankfurter Neuen Presse* am Folgetag spricht beispielsweise von einer »Sprache, die niemand versteht«. <sup>9</sup> Der Auschwitz-Überlebende und Publizist Hermann Langbein notiert seine Frustration über das »Sprachgemisch von Polnisch, Französisch und Jiddisch«, das Gotlands Zeugnis unbrauchbar mache. <sup>10</sup> In seiner Studie zum Frankfurter Prozess bezeichnet der Historiker Devin Pendas Gotlands Aussage als »terrible spectacle«, »a chaotic mix of the broken French he had picked up since his post-war emigration mingled with his childhood Polish and a bit of Yiddish«, was dazu geführt habe, dass er sich kaum verständlich machen können: eine Vorstellung von Holocaust-Zeugenschaft als traumatisiertem Taster nach etwas, was sprachlich nicht artikuliert werden kann. <sup>11</sup>

Linguistisch gesehen sind diese Kommentare höchst problematisch. Es gibt keine »gebrochene Sprache« – das ist ein abwertender Begriff für den komplexen und kreativen Sprachgebrauch migrantischer Menschen –, und Sprache ist nie chaotisch. Gotlands Sprache ist hybrid: Er gibt Einblicke in den Sprachgebrauch sowohl der Häftlinge als auch der vielsprachigen Solidargemeinschaft der Überlebenden im Nachkriegsfrankreich. Soziolinguistisch gesehen ist Gotlands Sprache charakteristisch für den Sprachgebrauch vieler migrantischer Menschen, die in einer Situation linguistischer Vielfalt am Rande einer oft feindlichen Dominanzkultur die linguistischen Aufgaben kollaborativ, unter Menschen, denen sie vertrauen, bewältigen. Genauso wie ihr Wissen über das Lager ist die Sprache der Überlebenden häufig von kollektiven, solidarischen Praktiken geprägt.

Aus der Sicht eines Gerichts ist es aber unerlässlich, dass der Zeuge sich klar in *einer* Sprache ausdrückt, die die Dolmetscherin direkt in die Sprache des Gerichts übersetzen kann. Sprachen werden als völlig voneinander getrennte Kommunikationswelten dargestellt, und der Zeuge wird auf eine von ihnen festgelegt. Außerdem entsteht in den Kommentaren (?) der Eindruck, dass Gotland ein verwirrter, sprachlich inkompetenter Sprecher und »schlechter« Zeuge

sei und nicht ein Individuum mit einzigartigen Erfahrungen, einer aufschlussreichen linguistischen Biografie und einer bemerkenswerten Art, sich auszudrücken. Seine hybride Sprechweise wird eher als Zeichen eines sprachlichen Defizits denn als Ausdruck seiner komplexen Biografie gelesen: Er hatte Auschwitz in einer Vielzahl von Sprachen und sprachlichen Mischformen erlebt und seitdem seine Erfahrungen in anderen Sprachen reflektiert und mit anderen Überlebenden geteilt. Wir wissen etwa, dass sich Gotland nach dem Krieg für die Interessen Überlebender in Frankreich einsetzte, er bemühte sich um die Übersetzung ihrer Zeugnisse und schaltete weitere Überlebende ein, wenn linguistische Probleme zu lösen waren: Beispiele für praktische, solidarische Arbeit. <sup>12</sup>

In Gotlands Sprache wird nicht immer klar zwischen Französisch, Jiddisch, Polnisch und Deutsch unterschieden, aber vor Gericht müssen diese voneinander getrennt werden. Eine als Einheit verstandene Nationalsprache ist nicht unbedingt eine sinnvolle Kommunikationsform, weder für die Erfahrung von Auschwitz noch für die Erfahrungen des Zeugen davor und danach: Sprachen und Kulturen haben schließlich keine »natürlichen Grenzen«, Grenzen werden durch Machtinteressen gezogen. Die Vorstellung von völlig getrennten Sprachen, deren Grenzen von Dolmetschern überwacht werden, ist ein Konstrukt der Machtverhältnisse im Gerichtssaal.

Vor diesem Hintergrund kann darüber nachgedacht werden, inwiefern Gotlands Sprechweise Einblicke in die Sprache der Häftlinge im Allgemeinen gibt und was es bedeutet, im Gerichtssaal als defizitärer Sprecher der nationalen Standardsprachen und nicht als ausdrucksvoller Sprecher der Sprache der Häftlinge zu gelten. Gotland verfügt im wahrsten Sinne des Wortes über keine Sprache, die dem Gericht angemessen ist; oder vielleicht besser gesagt, das Gericht verfügt über keine linguistischen Strategien, die Gotlands Sprache angemessen wären.

Die Befragung wird vom Vorsitzenden Richter Hans Hofmeyer geleitet und Gotlands Aussage von zwei Dolmetschern unterstützt: zuerst dem Französisch-Dolmetscher Wilhelm Schneider-Ludorff und danach der Polnisch-Dolmetscherin Wera Kapkajew. Obwohl Schneider-Ludorff die Fragen des Richters ins Französische dolmetscht, ist es klar, dass Gotland sie auch auf Deutsch versteht, und er besteht darauf, auf Deutsch zu antworten (»Ich will Deutsch sprechen«). Er weicht mitunter auf andere Themen aus, die ihm wichtiger sind als die vom Richter angesprochenen.

Nach zwölf Minuten wird allerdings klar, dass Schneider-Ludorffs Arbeit den besonderen sprachlichen Bedürfnissen Gotlands nicht gerecht wird, und Gotland bittet stattdessen um einen

Polnisch-Dolmetscher. Nach einer Pause wird die Befragung mit der Dolmetscherin Wera Kapkajew fortgesetzt. Das funktioniert zunächst besser, Gotland kann klarer auf die Fragen zu den Massengräbern antworten. Er nimmt auch die Befragung durch das Gericht hin und versucht nicht mehr, auf andere Themen auszuweichen. Mit anderen Worten, er akzeptiert zunächst die Machtstruktur und unterwirft sich der Disziplin.

Von nun an ist es Kapkajew, die bestrebt ist, dass Gotland bei der polnischen Sprache bleibt, indem sie den Satz »Niech pan mówić po polsku« (Sprechen Sie doch Polnisch) ungeduldig wiederholt, sobald er beginnt, ins Jiddische, Deutsche oder Französische zu wechseln. So sorgt sie dafür, dass der Richter den Zeugen nicht mehr direkt für seinen Sprachgebrauch maßregeln muss, sondern übernimmt diese Disziplinararbeit selbst.

Gleichzeitig nimmt die Dolmetscherin Gotland in Schutz, wenn die Verteidigung abwertende Äußerungen über seine Sprache, insbesondere deren jiddische Elemente, fallen lässt. Kapkajew beharrt darauf, dass sie ihn vollkommen versteht, und sichert dadurch ihren Status als unersetzliche linguistische Expertin vor Gericht: »Aber dadurch, dass er vorher Deutsch gesprochen hat, kommt er noch nicht so richtig in die Sprache hinein. Ich kann ihn aber vollkommen verstehen« (Min. 19). Indem sie ihm hilft und ihn unterstützt, bestätigt sie allerdings das Machtgefälle im Gerichtssaal: Seine Sprache ist das Problem, und sie bringt die Lösung.

In dem Moment, in dem er die Aufmerksamkeit auf sein Wissen über die Experimente an weiblichen Gefangenen lenken will, nimmt seine Sprache einen hohen Grad an Hybridität an: »kaygeniber di =eh= frauenblock =eh= tseyen di experionsen vos zey hobn gemokht« (gegenüber dem =eh= Frauenblock =eh= zehn die Experimente, die sie gemacht haben, Min. 23). Die Form seiner Aussage deutet darauf hin, dass er dieses Wissen bei seinen Zuhörern voraussetzt; vielleicht will er so seinen Versuch, gegen den Fluss der Befragung das Thema zu wechseln, abmildern. Das Wort »experionsen« suggeriert eine Mischung aus Französisch (»expérience« für »Experiment«) und Deutsch oder Jiddisch.

Kurz darauf versucht Gotland, das Thema erneut aufzugreifen: »Block zehn to było g dzie =eh= to zrobili experiensy avec des gens avec des kobiety« (Block zehn, das war, wo =eh= sie Experimente an den Menschen an den Frauen machten). Diese Aussage wechselt zwischen Deutsch, Französisch und Polnisch mit einer weiteren Mischform für »Experimente«, dieses Mal mit einer polnischen Pluralendung an dem französischen Wort. Diese dynamische Mischung der vier Sprachen Gotlands in wenigen Sätzen ist bemerkenswert und schwierig zu interpretieren. Angesichts der Präsenz des Französischen scheint es wahrscheinlich, dass wir hier einen Einblick in die Art bekommen, wie er über seine Erfahrungen nach der Befreiung gesprochen hatte. In diesem Augenblick versucht er, die Befragung auf ein für ihn wichtiges Gebiet zu lenken, wobei er nicht in der Lage ist, die von ihm geforderte künstliche Einsprachigkeit

9 »Die Sprache, die niemand versteht«, in: *Frankfurter Neue Presse*, 28.7.1964.

10 Hermann Langbein, *Der Auschwitz-Prozess: Eine Dokumentation*, 2 Bde., hier: Bd. 1, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1995 (zuerst 1965), S. 80.

11 Devin Owen Pendas, *The Frankfurt Auschwitz Trial, 1963–1965: Genocide, History, and the Limits of the Law*, Cambridge 2006, S. 169 und 162.

12 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 461, Nr. 37656/02, Bl. 14.611, Brief Simon Gotland an Richter Heinz Düx, 20.2.1963; ebd., Nr. 37638/87, Bl. 16.497–16.501, Aussage Simon Gotland in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris, 30.5.1963.

## Monumenta Germaniae Historica Studien zur Geschichte der Mittelalterforschung

1: Arno Mentzel-Reuters, Martina Hartmann,  
Martin Baumeister (Hg.)

### Das Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichtskunde 1935 bis 1945 – ein „Kriegsbeitrag der Geisteswissenschaften?“

Beiträge des Symposiums am 28. und 29. November 2019 in Rom

2021. XII, 250 Seiten, 36 Abb., gb  
170x240 mm  
ISBN 978-3-447-11631-2  
©E-Book: ISBN 978-3-447-39142-9

je € 58,- (D)

2: Martina Hartmann, Annette Marquard-Mois,  
Maximilian Becker (Hg.)

### Zwischen Vaterlandsliebe und Ausgrenzung

Die jüdischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der  
Monumenta Germaniae Historica

2023. XXVI, 560 Seiten, 26 Abb., gb  
170x240 mm  
ISBN 978-3-447-11975-7  
©E-Book: ISBN 978-3-447-39367-6

je € 98,- (D)

3: Martina Hartmann,  
Annette Marquard-Mois,  
Maximilian Becker (Hg.)

### Menschen und Strukturen – Annäherungen an eine MGH-Geschichte 1919 bis 1959

Beiträge der Tagung im Oktober 2023  
in der Akademie  
für Politische Bildung Tutzing

2024. XIV, 282 Seiten, 23 Abb., gb  
170x240 mm  
ISBN 978-3-447-12288-7  
©E-Book: ISBN 978-3-447-39631-8

je € 68,- (D)



Die Beiträge des Bandes *Menschen und Strukturen* dokumentieren die politischen Verstrickungen von Persönlichkeiten der deutschen Mittelalterforschung, die auch maßgeblich die inhaltliche und organisatorische Ausrichtung der MGH im 20. Jahrhundert prägten. Sie widerlegen damit das bis in die Gegenwart weitergetragene Narrativ einer unpolitischen Forschungseinrichtung.

VERLAG PUBLISHERS  
HARRASSOWITZ  
www.harrassowitz-verlag.de • verlag@harrassowitz.de

aufrechtzuerhalten. In diesem Fall muss die Dolmetscherin das Kunststück vollbringen, seine Aussage in der Übersetzung einsprachig zu formulieren, was bedeutet, dass das Zeugnis auf den – sehr unklaren – Inhalt reduziert wird.

Gotlands Erregung wird deutlich, als er die Selektion beschreibt, die ihn nach »Kanada« in Birkenau brachte. Ob dies auf den emotionalen Druck der Erinnerung zurückzuführen ist oder auf ein Gefühl der Frustration, weil Richter Hofmeyer über seine Aussage über den Frauenblock hinweggeht, ist nicht klar. Kapkajew bemüht sich um eine kohärente Übersetzung, aber es entsteht hier eine echte Spannung zwischen Gotlands dringlicher, komprimierter Rede und Kapkajews erweiterten, syntaktisch glatteren Versionen. Gotland beginnt hier, seinen eigenen Sprachgebrauch zu »korrigieren«, indem er die Disziplinarmaßnahmen vorwegnimmt und unaufgefordert vom Jiddischen ins Polnische wechselt: »i m'hot gemokht + iz nas zrobili Kanada-Kommanda« (Min. 24).

Gotland besteht darauf, dem Gericht von einer Frau zu erzählen, die er kennt und die als kleines Kind eine Selektion überlebte, weil SS-Lagerarzt Josef Mengele sie und ihre Mutter herausholte und wegführte. Diese Geschichte, eine Geschichte des Überlebens, ist ihm so wichtig, dass er den Fluss der Fragen unterbricht und bei Kapkajew um Unterstützung bittet: »Proszę pani, niech pani powie to ...« (Bitte erzählen Sie das, Min. 44). Er sieht sie hier eindeutig als Verbündete, als seine engste Gesprächspartnerin und als eine Person, die sowohl die Distanz zwischen ihm und dem Gericht überbrücken als auch jeden potenziellen Konflikt abmildern wird: Er investiert sein Vertrauen in sie beim Versuch, den Verlauf der Befragung zu unterbrechen.

Richter Hofmeyer lässt diese Geschichte unkommentiert und geht zu Themen über, die für das Gericht von Bedeutung sind, indem er Gotland auffordert, die Angeklagten namentlich zu identifizieren. Gotland zögert: Es ist sehr auffällig, dass er nur dann über einzelne SS-Männer spricht, wenn er von Hofmeyer direkt dazu aufgefordert wird, während er bereit ist, das Gericht herauszufordern, um über einzelne Opfer zu sprechen.

Hofmeyer konzentriert sich bei seiner Befragung auf Stefan Baretzki und fragt Gotland, wie gut er den Angeklagten kannte. Der Zeuge antwortet: »Ja go znam jak moje serce. Bo ja jego widzialem codziennie« (Ich kenne ihn wie mein Herz. Weil ich ihn jeden Tag gesehen habe, Min. 46). Gotland wartet nicht auf die Übersetzung der Frage, bevor er antwortet, was erneut auf seine Bereitschaft hinweist, die Disziplin der Befragung herauszufordern, wenn er etwas ihm persönlich Wichtiges sagen will. Seine Antwort, er kenne ihn so gut wie sein eigenes Herz, ist erschütternd, zeugt sie doch von einem intimen, verkörperten Wissen über die Auswirkungen von Macht und Gewalt. Hier überwindet Gotland seine Scheu, über die SS zu sprechen: Es ist, als ob er sich nun, da das Gericht darauf besteht, dazu entschlossen habe, sich mit dem Thema direkt zu konfrontieren, dabei aber seine eigenen Bedingungen zu stellen.

Seine Antworten auf die Fragen zu Baretzki's Taten geben einen Eindruck davon, wie die Häftlinge untereinander über ihn sprachen, führen aber zu Frustration, weil sie keine brauchbaren Beweise liefern. Hier hat sich die Rolle von Kapkajew wieder von der einer Verbündeten zu der einer Vollstreckerin der Disziplin verschoben (Min. 49):

*Hofmeyer:* Nun =eh= wie ist er denn auf die Rampe gekommen? Ist er da mit dem Fahrrad gekommen oder zu Fuß?

*Gotland:* Er komme er komme

*Kapkajew:* Niech pan słucha [Hören Sie doch]

*Gotland:* On przyszedł jak tiger [Er kam wie ein Tiger]

*Gotland:* (unverständlich) przyszedł [Er kam]

*Kapkajew:* Niech pan słucha pytanie! Jak on przychodził przyjeżdżał na rampę? Rowerem czy na piechotę? [Hören Sie doch die Frage! Wie kam er, gelaufen oder gefahren, auf die Rampe? Mit dem Fahrrad oder zu Fuß?]

*Gotland:* Nie ... piechotą widzialem [Nein ... ich sah [ihn] zu Fuß]

*Kapkajew:* Er ging zu Fuß, wie ich gesehen habe, wie ein Tiger.

Dieses Beispiel zeigt einen Machtkampf auf der Mikroebene der Interaktion. Simon Gotland ignoriert hier die Fragen, die ihm gestellt werden, und spricht über das, was er will, so wie er will: Er versteht die deutsche Frage und springt mit einer Antwort ein, bevor die Dolmetscherin arbeiten kann, was bei ihr Frustration auslöst, die sich hier in ihrem Tonfall widerspiegelt. Er interpretiert die Frage des Richters – wie Baretzki an die Rampe gekommen sei – kreativ falsch, indem er uns eine Beschreibung aus der Perspektive der Opfer gibt und uns zeigt, wie sie über ihn gesprochen haben. Es ist bezeichnend, dass er hier das jiddische Wort »tiger« beziehungsweise das deutsche »Tiger« und nicht das polnische »tygrys« verwendet. Für das Gericht ist die Frage, ob Baretzki zu Fuß oder mit dem Fahrrad kam, wichtig, um ihn zu identifizieren, aber für Gotland ist das irrelevant. Sein Versuch, die Frage als Mittel zu benutzen, um seine Aussage gegen Baretzki aus der Perspektive der Opfer voranzutreiben, endet aber damit, dass er die Autorität akzeptieren muss. Erst dann kann Kapkajew seine Worte über den Tiger übersetzen, wobei sie den Bezug des Worts »widzialem« (ich sah) leicht ändert, um die Subjektivität seiner Perspektive hervorzuheben.

Die Dolmetscherin übernimmt also die Verantwortung, Gotlands Aussage zu unterstützen, indem sie sie in die vom Gericht geforderte Form umformuliert, was Kontrolle und Disziplin erfordert. Die unterstützende Rolle der Dolmetscherin ist also immer zweiseitig, und die Frage, wem oder was gegenüber sie verantwortlich ist und wo ihre Loyalität liegt, wird von Augenblick zu Augenblick neu verhandelt. Ich denke, dass die ethische Absicht hinter der Haltung der Dolmetscherin klar ist: den Zeugen in einer stressvollen Situation in Schutz zu nehmen, aber auch die eigene Professionalität zu demonstrieren und sicherzustellen, dass die Schuld für ein

Missverständnis nicht ihr angelastet wird. Dieser Auszug zeigt, dass der Handlungsspielraum der Dolmetscherin hier zwar real, aber begrenzt ist, und es Momente gibt, in denen deutlich wird, dass sie als Teil des Gerichtsapparats agiert.

## Fazit

Dieses kurze, aber prägnante Beispiel sollte zeigen, wie reich diese bisher nur in Teilen erschlossenen Quellen sind, auch über ihre unbestreitbare Bedeutung als Fundus historischer Erkenntnisse hinaus. Der Erkenntnisgewinn, wenn man den Blick auf die Arbeit der Dolmetscherinnen und Dolmetscher lenkt, ist vielfältig: Inwiefern können Zeugen die Interaktion mit den Dolmetschern nutzen, um gehört zu werden oder eigene Ziele zu erreichen? Wie verstehen die

Dolmetscher ihre Rolle als handelnde Teilnehmende und welche ethischen Entscheidungen treffen sie, um die Zeugen vor Gericht zu repräsentieren?

Die damit einhergehenden Prozesse lassen sich auch aus der Sicht der Translationsgeschichte in den größeren Kontext der Geschichte des Dolmetschens bei den großen internationalen Genozidprozessen und -tribunalen einordnen. In der Wissenschaft zum Thema geht es meistens um Erfahrungen mit dem simultanen Dolmetschen. Doch wie erleben es Dolmetscherinnen und Dolmetscher, andere Prozessbeteiligte und vor allem Überlebende, unter den Bedingungen des konsekutiven Dolmetschens – bei dem die Schwierigkeiten der Kommunikation von allen Anwesenden wahrgenommen, wenn auch nicht völlig verstanden werden – über Erlebnisse genozidaler Gewalt zu verhandeln?

Anzeige



## Social Media Angebote des Fritz Bauer Instituts

<b>Website</b>	fritz-bauer-institut.de
<b>Facebook</b>	facebook.com/fritz.bauer.institut
<b>Bluesky</b>	fritzbauerinstitut.bsky.social
<b>Mastodon</b>	bildung.social/@fritzbauerinstitut
<b>YouTube</b>	youtube.com/fritzbauerinstitutfrankfurt

# Displaced Persons zuhören

## Quellenkritische Kommentare zur Überlieferung von Stimmen auf Tondraht

Von Axel Doßmann

Über die »Bedeutung der Stimmen der Zeitzeugen« und ihre »akustische Gestalt« ist in der Geschichtswissenschaft »erstaunlich wenig« nachgedacht worden, konstatierten

2015 zwei Sound Historians. Was sie vorschlugen, ist noch heute gute Devise: Zeitzeugen- und Oral-History-Interviews sind »als Tondokumente noch einmal neu zu entdecken«.<sup>1</sup>

Aktuell erhalten akustische Dokumente zur NS-Geschichte wieder mehr Aufmerksamkeit durch eine große, gewissermaßen auf ewig angelegte digitale Forschungsumgebung. Das Interviewportal Oral-History.Digital (OH.D) zum Beispiel ging 2023 online und wird an der Freien Universität Berlin auf- und ausgebaut. Bereits 49 Archive mit fast 4.000 Interviews aus 55 verschiedenen Institutionen sind dort versammelt (Stand August 2025), darunter viele Audio-Interviews, die erkennen lassen, wie Menschen den Nationalsozialismus erlebt und verarbeitet haben.<sup>2</sup> OH.D bietet die Chance, viel von dem Material zu hören, das bislang in der audiografischen Oral History über Jahrzehnte meist nur als Transkription nachzulesen war, in Form von wenigen Zitaten aus langen Interviews. Es gab erstaunlich wenig Kritik an dieser Praxis, die die akustischen Dimensionen von Tondokumenten geringschätzt.

Dieser Beitrag widmet sich Interviews, die der Psychologe David P. Boder im Sommer 1946 mit Displaced Persons (DPs) geführt hat.<sup>3</sup> Im Boom der Videointerview-Produktionen und durch

1 Daniel Morat, Thomas Blanck, »Geschichte hören. Zum quellenkritischen Umgang mit historischen Tondokumenten«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 66 (2015), H. 11/12, S. 703–726, hier: S. 716.  
2 Darunter befinden sich das umfangreiche Archiv »Deutsches Gedächtnis« der FernUniversität Hagen mit der Sammlung »Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet« (LUSIR), das Videointerviewarchiv »Zwangsarbeit 1939–1945«, die Audio-Video-Sammlungen der KZ-Gedenkstätten Flossenbürg und Buchenwald sowie die Hamburger »Werkstatt der Erinnerung«.  
3 Meine Darstellung speist sich vor allem aus der Kenntnis des umfangreichen Boder-Nachlasses im Archiv der UCLA (University of California, Los Angeles) so-

Digitalisierungsschübe für große Video-Sammlungen sind diese fast vergessenen Tondokumente in den 1990er Jahren überhaupt erst wieder hörbar gemacht worden und seit 2009 online unter »Voices of the Holocaust« zugänglich. Zu hören sind aufgezeichnete Stimmen von vielen Jungen, aber auch Alten, von Frauen und Männern, die politisch und weltanschaulich sehr verschieden orientiert waren: religiös, liberal und zionistisch, christlich und mennonitisch, sozialistisch, kommunistisch, antikommunistisch. Die Mehrzahl der Interviewten kam aus Mittel- und Osteuropa, andere stammten aus Frankreich oder Griechenland. Einige hatten erste oder neue Berufe erlernt, als Vorbereitung für ein ungewisses Leben »danach«. Ihre Anträge auf Immigration hatten sie längst gestellt, vor allem die jüdischen Überlebenden wollten den »Friedhof Europa« so bald wie möglich verlassen. Zionistische Gruppen suchten dafür auch illegale Wege zur Auswanderung nach »Eretz Israel«, andere strebten zu Verwandten weltweit. Im Folgenden werden Erkenntnischancen und quellenkritische Überlegungen diskutiert, die sich auch auf andere Tondokumente übertragen oder sich mit ihnen vergleichen lassen.

### Vom Wunder, die eigene Stimme zu hören

Wenn David P. Boder im Sommer 1946 sein Interviewprojekt vorstellen wollte, dann gesellte sich der Sozial- und Sprachpsychologe seiner eigenen Darstellung nach unter die DPs und unterhielt sich mit ihnen. »After the meal I would ask them to sing and, with their knowledge, I recorded the songs. When I played back, the wonder of hearing their own voices was boundless. Then I would explain my project and ask for volunteers.«<sup>4</sup> Auf entwaffnend einfache Weise demonstrierte der 59-jährige Professor aus Chicago, dass er nicht nur Gehör schenken, sondern mit haarfeinem Tondraht und einem *wire recorder* auch Stimmen speichern und weitertragen konnte. Er zeichnete Lieder und Geschichten wortwörtlich auf und fixierte mit ihnen artikulierte Emotionen. Im Playback-Modus konnte Boder bereits vor Ort neue Gefühle evozieren.

Viele seiner Interviewpartnerinnen und -partner gewann Boder auch durch Empfehlung von US-amerikanischen und jüdischen Hilfsorganisationen oder durch direkte Vorgespräche. Hinter dem Trick mit dem Gesangs-Playback stand indes auch genuines Interesse: Boder war nicht allein auf gesprochene Sprache fixiert.

wie aus Alan Rosen, *The Wonder of Their Voices. The 1946 Holocaust Interviews of David Boder*, Oxford 2010, und Daniel Schuch, *Transformationen der Zeugenschaft. Von David P. Boders frühen Audio-Interviews zur Wiederbefragung als Holocaust Testimony*, Göttingen 2021.  
4 David P. Boder, *I Did Not Interview the Dead*, Urbana/Illinois 1949, S. XII. Vgl. die deutsche Übersetzung David P. Boder, *Die Toten habe ich nicht befragt*, hrsg. von Julia Faisst, Alan Rosen, Werner Sollors, Heidelberg 2011.

Im orthodox-jüdischen DP Camp Hénonville nördlich von Paris, in Genf oder in München bewies er ethnologischen Sinn und Reporterqualitäten und speicherte mit den Karbondraht-Spulen auch Gesang.<sup>5</sup>

Das vielfältige Potenzial des elektromagnetischen Aufzeichnungsverfahrens traf 1946 auf Bedürfnisse von Displaced Persons, sich Gehör und Anerkennung zu verschaffen. Boder als Psychologen und jüdischen (Ost-)Europäer wiederum drängte es, ihre Erinnerungserzählungen detailgenau und dauerhaft zu dokumentieren, bevor ihr Gedächtnis schwächer würde. 37 Jahre zuvor war er selbst geflohen und hatte eine neue Heimat suchen müssen. Er war 1886 im russischen Zarenreich geboren worden, hatte in Leipzig und Petersburg studiert, war 1919 aus dem Bürgerkriegsland geflohen, hatte in Gefängnissen Mexikos gearbeitet, bis er 1926 in die USA einwanderte. Dort promovierte er und fand 1927 als Professor für Psychologie in Chicago Arbeit und Anerkennung. Als Boder im Frühjahr 1945 die schrecklichen Fotos von den befreiten Konzentrationslagern in den Zeitungen sah, nahm er vor allem die Stummheit dieser visuellen Dokumentationen wahr. Was sollte an diesen Fotografien anonymen Opfer begreifbar werden? Die Erfahrungsdimensionen der Opfer, ihr Handeln in der Verfolgung, auch ihr Widerstand, ihre Reaktionen auf den Tod von engsten Vertrauten – all das ließ sich mit den *atrocity pictures* der Alliierten nicht einfangen. Boder plädierte dafür, nicht allein auf forensische und erzieherische Sichtbarmachung der Verbrechen zu setzen, sondern auf Hörbarmachung individueller Erfahrungen. Er wollte vor allem die entwurzelten Menschen befragen, interessierte sich aber auch für Täter und »Bystander«.

Die etablierte *pencil and paper*-Methode der journalistischen Reportage und der Ethnologie erschien ihm angesichts der Sprachenvielfalt unzeitgemäß.<sup>6</sup> Er nutzte eine technische Innovation, die sein junger Kollege, der Ingenieur und Erfinder Marvin Camras, 1943 als Flugschreiber für Bombenflugzeuge der US Navy entwickelt hatte: den *magnetic wire recorder*, »Model 50«. In Boders Perspektive war das Heeresgerät ideal für die exakte Aufzeichnung von thematisch fokussierten Lebensgeschichten.

Boder waren populäre Vorstellungen von den DPs als »Lumpenpack«, »Faulenzer« oder »Abschaum der Erde« vertraut – Menschenbilder und mediale Klischees, die in den USA dazu führten, dass Immigration stark von nationalökonomischen Erwägungen abhängig gemacht wurde. Angesichts des massenhaften,

5 S. auch Joseph Toltz, Anna Boucher, »Out of the Depths: Complexity, Subjectivity and Materiality in the Earliest Accounts of Holocaust Song-Making«, in: *East European Jewish Affairs*, 48 (2018), H. 3, S. 309–330.  
6 Es gab vor Ort nicht genügend Dolmetscher. Boder selbst sprach und verstand Jiddisch, Russisch, Lettisch, Deutsch, Englisch sowie Spanisch und Ladino. Weil er Polnisch und Französisch kaum beherrschte, orientierte er polnische und französische DPs in seinen Interviews meist auf Alternativen.

»noch nie dagewesenen Leids« müssten gerade auch Sozialwissenschaftler die Chance ergreifen, »mitfühlendes Verständnis« für die Opfer zu evozieren und »unablässige Unterstützung« zu gewährleisten.<sup>7</sup> Seine akustisch gesicherten »DP-Stories« sollten Empathie fördern und die strikte Einwanderungspolitik der USA liberalisieren helfen.

### »Wir haben genug Draht und genug Zeit«

Boders Überzeugungsarbeit in den USA war mühsam, doch ein gutes Jahr nach den ersten Projektideen reiste er Ende Juli 1946 mit dem Rekorder, Konvertern und 200 Spulen nach Mitteleuropa und führte in nur neun Wochen über 100 Interviews mit DPs. In Paris und Umgebung, in Genf, im norditalienischen Trarate sowie in München, Wiesbaden und Feldafing suchte er 90 jüdische DPs auf. In München interviewte er auch 18 nichtjüdische DPs: Viele von ihnen erzählten von stalinistischer Verfolgung; DPs aus den baltischen Ländern oder mennonitische DPs hatten die Nationalsozialisten oft als Befreier begrüßt.<sup>8</sup>

Die überlieferten Audioaufnahmen lassen bis heute die Gesprächsdynamiken nachvollziehen. Zuhörend gewinnt man eine Vorstellung von der emotional unterschiedlichen Verfassung der Interviewten und ihren politischen Hoffnungen und Ängsten. Zu hören sind auch die Fassungslosigkeit und Begriffsstutzigkeit, in die Boder als erster Zuhörer immer wieder geriet. Die DPs klagten und sie klagten an, hielten dabei die Ermordeten der eigenen Familie in besonderer Erinnerung. Das »unverdiente« Überleben weckte bei manchen auch Scham.

Eines seiner letzten Interviews führte David Boder zu Roscha-Schana mit Anna Kaletska. Sie trafen sich in einem Zimmer, das zur gerade erst wieder hergerichteten Synagoge von Wiesbaden gehörte. Über weite Teile des jiddisch geführten Interviews sprach die 34-Jährige unter Schluchzen, am Ende vergegenwärtigte sie den Neujahrstag: »Wo sind all die Meinen, die mit mir die Feiertage gefeiert haben? Gott sei Dank! Es sind [heute] Juden um mich, die mit mir diesen Feiertag verbringen. In Auschwitz gab

7 »[S]ympathetic understanding and dynamic assistance to a mass of humanity catastrophically submerged into a state of unprecedented suffering«. David P. Boder, »The Displaced People of Europe: Preliminary Notes on a Psychological and Anthropological Study«, in: *Illinois Tech Engineer*, (März 1947), S. 2–7, hier: S. 7. Vgl. auch David P. Boders Vorwort in: Ders., *I Did Not Interview the Dead*, S. XI–XIX.

8 Hinzu kamen ca. 20 Background-Gespräche sowie Aufnahmen von Gesängen und religiösen Feiern. Zur Münchner Interviewphase vgl. Axel Doßmann, »Zeugenschaft im Widerstreit – David P. Boders Interviews mit Displaced Persons in München 1946«, in: Anke Stephan, Felix Jeschke, Hannah Maischein (Hrsg.), *Osteuropäisches München. Displaced Persons und Geflüchtete in der Nachkriegszeit*, München 2025, S. 88–123.

es keine Feiertage. Aber meine eigenen Leute sind nicht mehr. Ich bin allein.«<sup>9</sup> Anna Kaletska hatte auch ihr eigenes Kind nicht retten können.

In anderen Interviews ist erwachende Lebensfreude wahrnehmbar, auch Vorfreude auf Geburten. Wieder andere DPs artikulierten Wut und Rachefantasien, forderten Gerechtigkeit und Strafverfolgung. Manche brachten auf sehr unterschiedliche Weise die schockierenden Stunden und Tage während ihrer Deportation in Viehwaggons zur Sprache.<sup>10</sup> Sie erzählten von ihrer Angst und Verzweiflung, von den perfiden Methoden, wie Nationalsozialisten systematisch das Menschliche in Menschen und alle bislang gültigen Werte zerstörten. Sie versuchten Worte zu finden für Gefühle moralischer und körperlicher Scham. Sie warfen ethische Fragen auf, die zeitgleich vor jüdischen »Ehrengerichten« verhandelt wurden.

Das Erzählen von sich selbst erschien manchen wertlos, sie wollten lieber über das Verallgemeinerbare sprechen. Boder indes beharrte auf Augenzeugenschaft und persönliche Ich-Erzählung. Etliche DPs reflektierten, dass es eigentlich keine Worte gebe für das Erlebte. Abraham Kimmelman, ein 20-jähriger polnischer Jude, versuchte Boder zu Beginn des Interviews zu verdeutlichen, dass sämtliche Erzählungen der DPs nicht mit der Wirklichkeit der Ghettos und Lager zu verwechseln seien: »Man kann niemals so viel erzählen und so die Sache herstellen, wie es in Wirklichkeit war.« Nach zwei Sekunden reagierte Boder mit einer Erklärung, die erkennen lässt, wie seine psychologische Interviewforschung nach einem Monat Feldforschung immer stärker von historisch-dokumentarischen Ansprüchen dominiert wurde. »Naja, sehen Sie, DARUM rede ich mit Vielen. Verstehen Sie, DARUM will ich, dass VIELE die Sache erzählen sollen, dann kann man von jedem ein bisschen, das GANZE BILD, ein Mosaik, zusammenstellen, sehen Sie? [...] Also erzählen Sie mir mit vielen Einzelheiten – brauchen sich nicht zu sputen, wir haben genug Draht und genug Zeit. Sehen Sie. Ich höre besser weniger Leute, die viel erzählen, denn viele Leute, die wenig erzählen. Also wo waren Sie, wenn der Krieg anfing und was hat Ihnen passiert? Und erzählen Sie mir, wo möglich, Tag für Tag, Woche für Woche, was vorgegangen ist.«<sup>11</sup> Nach dieser herzlichen Ermunterung zum freien Erzählen entwickelte sich über vier Stunden das längste Interview Boders.

9 David P. Boder interviewt Anna Kaletska am 26. September 1946 in Wiesbaden, <https://voices.library.iit.edu/interview/kaletskaA> Minute 00:55:55 (12.8.2025). Übersetzung nach Boder, *Die Toten habe ich nicht befragt*, S. 45 f.

10 Mit Boders Interviews dargestellt und interpretiert von Simone Gigliotti, *The Train Journey. Transit, Captivity, and Witnessing in the Holocaust*, New York 2009, bes. S. 138–178.

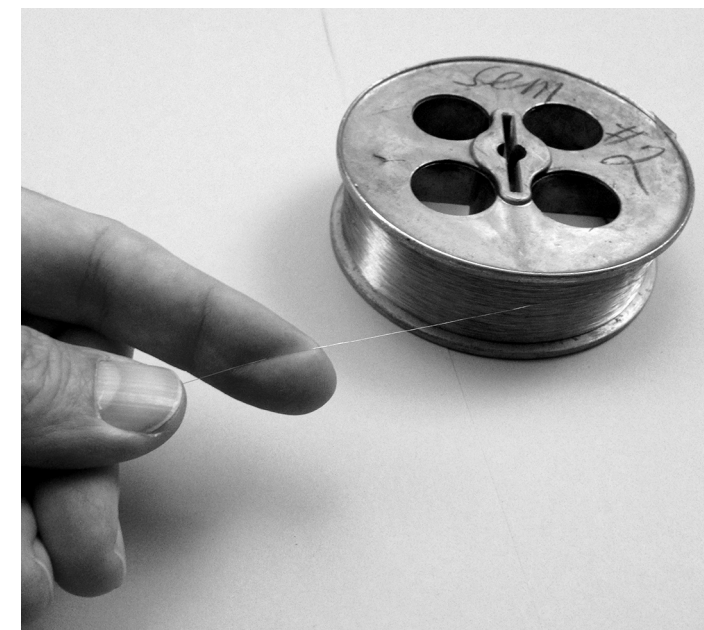
11 David P. Boder interviewt Abraham Kimmelman am 27. August 1946 in Genf, <https://voices.library.iit.edu/interview/kimmelmanA> Minute 00:02:16 ff. (12.8.2025).



Links: David P. Boder im Sommer 1946 während seiner Forschung in europäischen DP-Camps. Foto: Courtesy Bill Jarrico / Levien Family Trust

Unten links: Haarfeiner Tondraht auf eine Spule gewickelt, das war David P. Boders kostbarer Speicherplatz für circa 38 Minuten Interviewgeschehen oder Gesangsaufnahmen. Foto: Axel Doßmann, 2018 / Spezialsammlung der Charles E. Young Research Library an der University of California Los Angeles (UCLA)

Unten rechts: David P. Boder versorgte in den 1950er Jahren auch das Archiv von Yad Vashem in Jerusalem mit einem kompletten Satz der *Topical Autobiographies of Displaced People*. Foto: Axel Doßmann, 2016



Die Tondokumente sind auch hilfreich, Boders Aussagen quellenkritisch zu prüfen. Es ist unüberhörbar, dass Boder in etlichen Interviews gehetzt und auch mal ungeduldig agierte. Seine Zeit war eben doch knapp: Mal drängte ein nächster Interviewtermin, dann musste ein Zug erreicht werden, oder ein Taxi wartete bereits auf ihn. Der Feldforscher Boder war es, der sich oft »sputen« musste und dabei mit Bedauern Gelegenheiten für vertiefende Interviews verpasste. »Genug Draht« hatte er auch nicht, lange musste er streng haushalten mit den 200 Spulen, die er aus den USA mitgeschleppt hatte.

Die umfangreiche DP-Forschung setzte bislang vor allem auf schriftliche Überlieferung der Alliierten und der internationalen Hilfsorganisationen sowie auf die khurbn-Forschung. Mit Boders Interviews lässt sich konkreter hören, mit welchen Worten, Emotionen, Sprachen und Sprachwechseln ein Jahr nach der Befreiung versucht wurde, das Erlebte für andere vorstellbar zu machen. Im Alltag, unter sich, hatten die DPs gewiss bereits vorher erprobt, von ihren Erfahrungen zu berichten. Von Hilfsorganisationen wurden sie immer wieder aufgefordert, Fragebögen auszufüllen. Jüdische historische Kommissionen hatten seit 1944 europaweit dazu aufgerufen, Augenzeugenberichte zu verfassen. Auch sie befragten Überlebende und protokollierten ihre Antworten schriftlich.<sup>12</sup> Boder war also gewiss nicht der Erste, der Überlebende interviewte. Doch er allein dokumentierte ihre Stimmen auch akustisch und beließ seine Fragen und Reaktionen im Material. Max Weinreich, der berühmte Forschungsdirektor am New Yorker Yiddish Scientific Institute (YIVO) schrieb Boder 1947: »It was indeed a happy idea to go to the camps with a wire recorder and the only strange thing is that nobody else thought of doing that.«<sup>13</sup>

#### »Television haben wir noch nicht«

Als David P. Boder in Paris mit Irena Rosenwasser im August 1946 in sein Interview einstieg, wirkte sie etwas nervös. Das Tondokument lässt hören, dass die etwa 40-jährige ungarische Überlebende in der unvertrauten Situation mit dem Professor aus Chicago noch schüchtern reagierte. Sie richtete ihren Kopf offenbar nicht immer auf das Mikrofon aus, nickte lediglich, statt auf Rückfragen von Boder mit einem vernehmbaren »Ja« zu reagieren. Boder machte sie amüsiert darauf aufmerksam, dass sein Rekorder allein das akustisch

12 Vgl. exemplarisch die kommentierte Edition von Laura Jockusch (Hrsg.), *Khurbn-Forschung. Documents on Early Holocaust Research in Postwar Poland*, Göttingen 2021; außerdem dies., *Collect and Record! Jewish Holocaust Documentation in Early Postwar Europe*, Oxford 2012.

13 UCLA, Department of Special Collections, Charles E. Young Research Library, David Pablo Boder Papers, Box 1, Brief von Max Weinreich an David P. Boder, 7.8.1947.

Wahrnehmbare dokumentieren könne: »Ja. Sie müssen aber sprechen. Wenn Sie den Kopf bewegen .../ Television haben wir noch nicht, nicht wahr? [lacht]«.<sup>14</sup>

Im Jahr 1955, neun Jahre nach dem Interview mit Rosenwasser, nahm Boder den medienreflexiven Moment wieder auf und stellte seiner Übersetzung einen Kommentar voraus, mit dem er die Nachwelt selbstkritisch zum stets relevanten Problem der Sprachwahl informierte: »The interviewee is from Hungary and her native tongue is Hungarian. German was her second language, as possibly was Yiddish. However, it is obvious that her German does not possess the fluency of a mother tongue. In addition, one must possibly consider the linguistic regression suffered during the concentration camp years. She frequently is in search for words which the interviewer felt compelled to supply. This accounts for the rather abundant ›Q-n‹ [= question] sentences.«<sup>15</sup>

Boders Erläuterungen zu den Hürden und Grenzen des sprachlich Vermittelbaren betonen, dass die Herausforderung der Adressierung bereits mit der Sprachwahl beginnt. In Ungarisch hätte Irena Rosenwasser einen Monolog halten müssen, für einen zugewandten Austausch war eine gemeinsame Sprache zu finden. Noch im Mai 1945 war es Boder sowohl »aus psychologischen als auch historischen Gründen« ein programmatisches Anliegen gewesen, die DPs »in ihrer eigenen Sprache« und »mit ihrer eigenen Stimme« aufzuzeichnen.<sup>16</sup> Den ursprünglichen Anspruch, in der frei gewählten Muttersprache erzählen zu lassen, hat er aus verschiedenen Gründen nicht konsequent befolgt. Das Interview mit Rosenwasser gewann allerdings auch im Deutschen an Dynamik. Es bietet nicht allein viele persönlich geschilderte, grausame Details, sondern macht konkret nachvollziehbar, wie sich DPs bereits 1946 bemühten, Erfahrungswissen aus Orten wie Auschwitz oder Bergen-Belsen anderen gegenüber begreifbar zu machen.

Die große Frage über all der gemeinsamen Anstrengung im Interview war: Wie kann überhaupt von diesen Erlebnissen und Widerfahrnissen erzählt werden? Was heißt es konkret, »to make a story«, wie der Psychologe und Interviewforscher Henry Greenspan das Kernmotiv jedes Erzählens genannt hat.<sup>17</sup> Es geht um die Mittelbarkeit von Erfahrung, um ein »Bezeugen einer dem Anderen

14 Vgl. David P. Boder interviewt Irena Rosenwasser am 22. August 1946 in Paris. <https://voices.library.iit.edu/interview/rosenwasser/> Minute 00:00:58 ff. (12.8.2025).

15 Mrs. Erere [sic] Rosenwasser, in: David P. Boder, *Topical Autobiographies of Displaced People. Recorded Verbatim in Displaced Persons Camps with a Psychological and Anthropological Analysis*, 16 Bde., hier: Bd. VII, Los Angeles/California [im Selbstverlag] 1955, S. 1.205–1.278, hier: S. 1.206.

16 UCLA, Department of Special Collections, Charles E. Young Research Library, David Pablo Boder Papers, Box 1, David P. Boder, Memorandum vom 1.5.1945.

17 Henry Greenspan, *On Listening to Holocaust Survivors. Beyond Testimony*, 2. Aufl., Saint Paul/Minnesota 2010.

gerade unzugänglichen Erfahrung«.<sup>18</sup> Auf welches Genre, auf welche Tropen und Konventionen des Erzählens dabei zurückgegriffen wird, muss untersucht werden: Ist es eine Anekdote oder eine Parabel, wird ein Narrativ formal als Tragödie, Melodram oder, wie seit den 1970er Jahren, als Komödie strukturiert?<sup>19</sup>

Und wie wurde befragt? Was blieb ungefragt? Mit welchen Erkenntnisinteressen, Leitfragekatalogen und Fragestrategien gingen diejenigen vor, die um Interviews baten? Wie genau hörten sie zu, was blieb ihnen unverständlich? Mit welcher Offenheit oder Skepsis, mit welchem Verdacht und welchem Zweifel, mit welcher Erwartung und welchem Rollenbild vom »Zeugen« gingen Interviewende vor? Will man begreifen, wie sich nach 1945 Wissen über die NS-Verfolgung etablierte, ist darum nicht allein zu rekonstruieren, »in welche Erinnerungskultur ein Zeitzeuge hineinspricht, sondern auch aus welchen Fragekulturen die Interviewer kommen«.<sup>20</sup>

#### Das Medium und die Message

Wer Interviewzeugnisse quellenkritisch reflektieren und für Sekundäranalysen erschließen möchte, ist mit komplexen, spezifisch adressierten Selbst- und Fremddarstellungen konfrontiert. Es sind dialogisch und dynamisch entstandene Momentaufnahmen, in denen sich ein Mensch einem anderen, (in der Regel) fremden Menschen öffnet, angestoßen durch jeweils zeitspezifische Fragen. Anders als Raum-Mikrofonie und die Tonbandgeräte im Gerichtssaal, die zum Beispiel beim ersten Auschwitz-Prozess in Frankfurt am Main akustisch »beobachten« sollten,<sup>21</sup> greift im Interview Aufzeichnungstechnik ins Geschehen ein. Vor dem Mikrofon Boders agierte eine DP zum Beispiel wie ein Radiomoderator; eine Überlebende glaubte, ihre Verwandten in den USA vor dem Mikro direkt wie am Telefon grüßen zu können; Funktionäre der DP-Welt und ein Rabbiner wechselten nach einer gewichtigen Frage in einen salbungsvollen Tonfall, als hätten sie ein großes Publikum vor sich sitzen. Anders als vielleicht im Gerichtssaal war die Aufzeichnungstechnik für die Beteiligten nur für kurze Phasen zu vergessen – die beiden

18 Sigrid Weigel, »Zeugnis und Zeugenschaft. Klage und Anklage. Zur Geste des Bezeugens in der Differenz von identity politics, juristischem und historiographischem Diskurs«, in: *Zeugnis und Zeugenschaft*, Berlin 2000, S. 111–135, hier: S. 116.

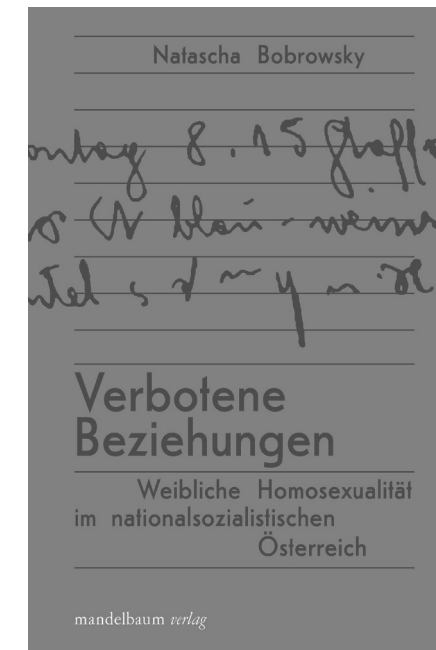
19 S. dazu Jan Taubitz, *Holocaust Oral History und das lange Ende der Zeitzugenschaft*, Göttingen 2016.

20 Franka Maubach, »Freie Erinnerung und mitlaufende Quellenkritik. Zur Ambivalenz der Interviewmethoden in der westdeutschen Oral History um 1980«, in: *BIOS*, 26 (2013), H. 1, S. 28–52, hier: S. 50.

21 Peter Davies, *Interpreting at the First Frankfurt Auschwitz Trial: How is a Witness Heard?*, London 2025, S. 102 f.

Anzeige

mandelbaum verlag



Natascha Bobrowsky

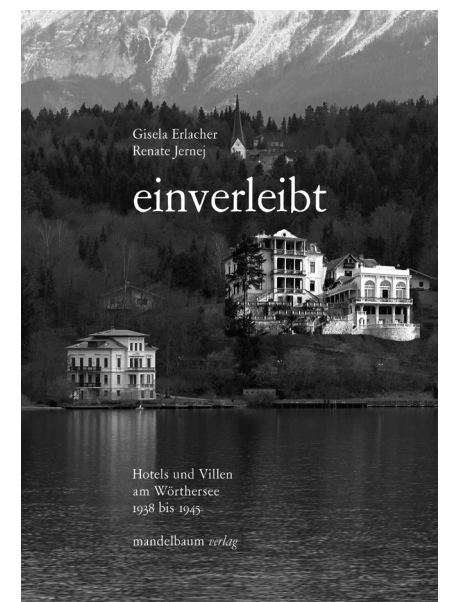
#### VERBOTENE BEZIEHUNGEN

Weibliche Homosexualität im nationalsozialistischen Österreich

232 Seiten  
Format 13,5x21 cm  
Abbildungen  
23 Euro

Gisela Erlacher,  
Renate Jernej  
**EINVERLEIBT**  
Hotels und Villen am  
Wörthersee 1938 – 1945

136 Seiten  
Format 17x24 cm  
mit großformatigen  
Fotomontagen  
24 Euro



www.mandelbaum.at

Drahtspulen des Rekorders bewegten sich hör- und sichtbar schnell, das Rot einer flackernden Kontrolllampe signalisierte ausreichende Lautstärke, spätestens nach 38 Minuten war die Drahtspule zu wechseln.

Nelly Bondy, eine 36-jährige Wiener Jüdin, die bis zu ihrer Deportation 1943 mit ihrem Mann und drei Kindern in Frankreich gelebt hatte, kam nach ihrer Genesung 1945 als DP wieder zurück nach Paris und arbeitete beim American Joint Distribution Committee (Joint). Sie war bereit, mit Boder in Englisch zu sprechen. Auf diese Weise hoffte der Sprachpsychologe das US-amerikanische Publikum später direkt erreichen zu können. Als sie auf ihre Ankunft in Birkenau zu sprechen kommt, unterbricht Boder sie, wohl um rechtzeitig genug für diese erwartbar wichtige Passage eine technisch gute Aufzeichnung sicherzustellen: »You can help me greatly if you now and then look. If it, the light here, lights up a bit /on the recorder/ ... Bundy: I see. Boder: ... that means you are speaking loud enough, you see. Bundy: Oh, I see. Yes. [...] Yes, I understand what you want. Boder: Yes. /Coughs/ See now, from the cough it went very well /the light/. All right? Bundy: Oh, I see now. Boder: Yes. Yes, you were ... eh ... Bundy: Yes, I just reflected. Ah ... I was ... I was think/ing/ over what we did there and, yes, the first thing we were searched and we were taken... They took away what we still had left from ... from handkerchiefs or some small things, and then we were all taken away all our things. All our clothing was taken away. Boder: Yes ... Bundy: Absolutely everything.«<sup>22</sup>

Boder hatte in den beengten Pariser Räumlichkeiten des Joint nur eine Abstellkammer für seine Interviews gefunden. Der Tondraht hat auch Autohupen, Klappern und Stimmen im Hintergrund überliefert. Boder vermerkte im Skript der Übersetzung, dass Leute »ohne Umstände hereinkamen, um sich das zu holen, was sie gerade brauchten«. Außerdem hatte er dort Probleme mit den Konvertern für den Ausgleich von Wechselstrom-Unterschieden. Am Ende des Interviews dankt er seiner Interviewpartnerin, die den roten Faden nicht verlor, und scherzt aufmunternd: »I think it was worthwhile to trouble here with electricity. I will have a bill for a broken lamp. Bundy: Oh, I'm sorry! Boder: But that was ... /laughing/ well, that's all right. We will charge it to research; and it was awfully good of you. I'm glad I have met you.«<sup>23</sup>

22 David P. Boder interviewt Nelly Bondy am 22. August 1946 in Paris, <https://voices.library.iit.edu/interview/bondyN> Minute 00:18:48 ff. (12.8.2025).

Mit Schrägstrichen im Transkript markierte Boder nonverbale Geräusche wie Lachen, Weinen oder Husten; zur besseren Lesbarkeit hat er auch Worte oder Silben in Schrägstriche gesetzt, die akustisch verschluckt und gar nicht artikuliert wurden. Als Sprachforscher war es Boder wichtig, wortwörtlich und genau zu dokumentieren.

23 Ebd., Minute 01:16:10 ff.

Boder hatte bald darauf den *wire recorder* ausgeschaltet. Doch seine Sympathie führte ihn offenbar zum Einfall, Nelly Bondy die »Frage nach den drei Wünschen« zu stellen. Das blieb zwar off the record, aber neun Jahre später war es Boder ein Anliegen, ihre Antworten im Reportage-Stil zu überliefern: »Her answers as I remember them were in substance thus: ›I want my children back. [...] I want an apartment.‹ She threw a glance at her apparently American cast-off dress and said, ›I want some clothes and furniture of my own.‹ And then glancing at a horrible scar on her left arm produced by most clumsy surgery for the removal of her tattoo, she added, ›I want some jewelry.‹ /July 28, 1955, D. P. B./.«<sup>24</sup>

Der sinngemäße, fast schon literarische Nachtrag zu Bondys stark artikulierten persönlichen Wünschen lässt auch Boders Empathievermögen und Leidenschaft erkennen. Vielleicht hatten Nelly Bondys Worte ihn bereits zu seiner Einleitung für die Buch-Edition von 1949 inspiriert, in der er über die drängendsten Bedürfnisse von Millionen DPs reflektiert: »What they want most is a return to their traditional patterns of individual and family life. They crave a return to privacy. They want their own kitchens. They want familiar, self-chosen clothes. They want the little things which give meaning to life and which are indispensable to human existence above the purely animal level.«<sup>25</sup>

Ein Interviewzeugnis ist immer auch ein Er-Zeugnis, verdankt sich mindestens zwei konkreten Menschen. Transkripte und Übersetzungen, Forschungstagebücher und spätere Ergänzungen sollten als wichtiger Kontext und als Teil des Deutungsprozesses begriffen werden. Bei aller Wertschätzung der akustischen Überlieferung, sie sollte aus medien- und erkenntnistheoretischen Gründen nicht als »authentisch« verabsolutiert beziehungsweise isoliert werden.

Akustisch überlieferte Interviews sind wie Briefe oder Tagebücher lediglich kurze Ausrisse aus der historischen Zeit, aufgezeichnet in spezifischen Räumen. Was wir heute hören, ist ja nicht der Mensch und seine Stimme selbst, sondern der Klang, der auf eine Gesprächssituation im Jahr 1946 verweist. »Akustische Daten lassen sich speichern, nicht aber Stimmen, deren Klang nur über eine Kluft zu uns drängt«, betont der Phänomenologe Bernhard Waldenfels.<sup>26</sup> Was wir heute aus dieser Ferne hören können, ist das vorläufige Ende einer meist intransparenten Kette von technischen sowie historisch-kulturell spezifischen Transformationen. Für Boders Projekt begannen sie 1946 mit der

24 Interview with Nelly Bundy [sic], in: Boder, *Topical Autobiographies*, Bd. IX, Los Angeles/California 1956, S. 1.500–1.580, hier: S. 1.580.

25 Boder, *I Did Not Interview the Dead*, S. XVII f.

26 Vgl. Bernhard Waldenfels, »Das Lautwerden der Stimme«, in: Doris Kolesch, Sybille Krämer (Hrsg.), *Stimme. Annäherung an ein Phänomen*, Frankfurt am Main 2006, S. 191–210, hier: S. 208 f.

Aufzeichnung und setzten sich seit 1947 durch Kopierverfahren bis zur digitalen Bearbeitung fort. In Gremien der Paul V. Galvin Library am Chicagoer Illinois Institute of Technology (IIT), die das Online-Archiv Voices of the Holocaust seit den späten 1990er Jahren kuratiert hat, wurde entschieden, mit welcher Software störendes Rauschen und andere Irritationen reduziert werden sollten. Mit digitalen Tools wurde (nicht immer überzeugend) versucht, unnatürlich klingende Sprechtempi auszugleichen. Was sollte als Kontext und historische Patina von Boders Interviewpraxis hörbar erhalten bleiben, was durfte für die Hörenden der Zukunft »kassiert« werden?<sup>27</sup> Wir hören den kuratierten Klang längst vergangener Stimmen.

Selbstverständlich ist auch die eigene, gegenüber Boder maßgeblich veränderte Hörposition zu reflektieren, analog zum »Sehepunkt«

27 Nach eigenen Recherchen in der Library of Congress sowie Ralph A. Pugh, »Who Shall Judge My Work? David P. Boder's 1946 interviews of Holocaust survivors«, in: *ARSC [Association for Record Sound Collections] Journal*, 45 (2014), H. 1, S. 39–47, hier: S. 45.

(Chladenius) aus der historischen Quellenkritik. Sehe- und Hörpunkte arbeiten stets mit an dem, was wir von Geschichte/n hören und begreifen und was (noch) überhört bleibt.

### Verlust von Stimme und Resonanz

Wie vor Gericht sind auch für Interviewzeugnisse alle Fragen der Übersetzung als deutende Eingriffe in der Analyse zu bedenken.<sup>28</sup> Der eigensinnige Boder hatte eine Methode entwickelt, die es ihm erlauben sollte, die »Stimmung und Gefühle des Erzählers« beim Übersetzen besonders gut im Bewusstsein zu halten. Er verzichtete auf eine Transkription und Übersetzung »im stillen Kämmerlein« zugunsten erneut akustisch aufgezeichneter Mündlichkeit. Er agierte gewissermaßen als Simultandolmetscher, wollte dabei auch

28 S. dazu neben Rosen, *Wonder*, auch Beate Müller, »Translating Trauma: David Boder's 1946 Interviews with Holocaust Survivors«, in: *Translation and Literature*, 23 (2014), H. 2 (Holocaust Testimony and Translation), S. 257–271.

Anzeige

# Make Aufklärung Great Again!

Jetzt die »Blätter« im Kombiabo bestellen und den Durchblick behalten:  
Print-Abo + unbegrenzter Online-Zugang + Buchprämie



[blaetter.de/kombiabo](https://blaetter.de/kombiabo)

Erscheinung 12.8.2025

8'25

Blätter für deutsche und internationale Politik

80 Jahre Hiroshima: Frieden oder Freiheit? Hans Joas

Iran: Waffenruhe und Repression Katajun Amirpur

Artenvielfalt vor dem Kollaps

Die klimapolitische Ignoranz der Regierung Merz von Nick Reimer

Das Überwachungsimperium

Wie sich die deutsche Polizei von Peter Thiel's Fantom-Software abhängig macht von Sascha Pörschendorfer

ungrammatisches Sprechen kongenial ins Amerikanische übertragen. »Mit zwei Peirce-Drahtaufnahmegeräten mit einer Start- und Stopp-taste hörte ich mir auf einem Gerät das Original Satz für Satz an und diktierte dann die englische Übersetzung auf das andere Gerät. Schreibkräfte transkribierten dann das Material von den übersetzten Aufzeichnungen.«<sup>29</sup> Weitere Kontrollgänge führten zu einer zweiten oder dritten Fassung.

So entstanden Typoskripte für 70 Interviews. Für diese Quellen-edition verzichtete Boder auf einen Verlag, denn es war 1948 bereits schwierig gewesen, für den Buchentwurf von *I Did Not Interview the Dead* einen Verlag zu finden. Selbst nachdem das um Boders Fallanalyse gekürzte Buch in der Fachwelt von Psychologen und Soziologen als innovativ gelobt worden war, führte kein Weg zu einer preiswerteren Paperback-Ausgabe. Subjektivität von Verfolgten, zumal in ungeschliffener Sprache, stieß in den USA auf Skepsis und Abwehr.

Doch Boder ließ sich nicht von seinem Plan abbringen, die umfassende Edition stellte er mit mimeografischen Kopierverfahren in Eigenregie und ohne Verlag her. Über 50 große Bibliotheken hat er mit diesem 3.000-seitigen Werk beschenkt, vor allem Bibliotheken in Nordamerika, aber auch in England, Israel und Australien erhielten die 16 Bände mit dem Titel *Topical Autobiographies of Displaced People*. Zusätzlich bot er Micro-Cards an, lesbar an speziellen Vergrößerungsgeräten. Elf Jahre nach der Aufzeichnung der Stimmen lag der größte Teil der Interviews damit als Übersetzung vor. Aus vielsprachigen Tondokumenten war ein Schriftwerk für ein englischsprachiges Publikum geworden, »kein leichter Lesestoff. Und dennoch gibt es immer noch düsterere Geschichten, denn die Toten habe ich nicht befragt.«<sup>30</sup>

Diese Übersetzungsarbeit und Boders Analysen wurden über neun Jahre durch das National Institute for Mental Health gefördert. Eine solche kontinuierliche staatliche Förderung und die Unterstützung, die Boder durch seine Kontakte in Wissenschaft, Medien und Politik erhielt, sind ohne Frage Ausdruck von gesellschaftlichem Interesse. Diese Aufmerksamkeit sollte jedoch nicht den Blick dafür verstellen, dass Boders frühe Dokumentation einer »beispiellosen Katastrophe« nur wenige zur Hand nahmen. Die 16 Bände »graue Literatur« blieben ohne Rezension und vernehmbare Resonanz. Signifikant ist zudem, dass die historische Forschung bis Mitte der 1990er Jahre auch gar nichts hören wollte. Die berührenden Stimmaufzeichnungen blieben über 50 Jahre ungehört und fast vergessen.

Galten mündliche Dokumente nach ihrer Verschriftlichung auf Papier als überflüssig? Die Vorstellung jedenfalls, dass der leibliche Sprachklang einfacher Menschen und ihr Ringen um Worte, dass

<sup>29</sup> Nach Boder, Einleitung, in: Ders., *Die Toten habe ich nicht befragt*, S. 11.  
<sup>30</sup> Ebd., S. 17.

das Schweigen, das Sprechen und die Sprache aus dem Mund von Überlebenden von Gesellschaftsverbrechen einen historischen Zeugniswert darstellen, diese Einsicht entstand nur sehr langsam und oft zu spät. Als Boder Ende der 1950er Jahre versuchte, Yad Vashem zu überzeugen, sein unvollendetes Projekt samt den Tonspulen auf wissenschaftlich solide Weise zu übernehmen und weiterzuführen, war auch das ohne Erfolg geblieben. Im Dezember 1961 starb Boder, die Originalspulen gelten seitdem als verschollen.<sup>31</sup>

Robuste Sicherheitskopien hatte er jedoch vertragsgemäß 1950 nach Washington, D.C., gesandt; sie gelangten in die Library of Congress. Dort war jedoch kein passendes Abspielgerät aufzutreiben. Die 16 Bände *Topical Autobiographies* lagen in den Regalen für die Drucksachen, die Tonspulen ohne Zuordnung aber in der Music and Sound Division der US-amerikanischen Nationalbibliothek. In der modernen, arbeitsteiligen Welt fanden Ton und Schrift nicht mehr zueinander; die Schriftfixiertheit der historischen Zunft machte taub.

#### Für die Kunst des Zuhörens

In den frühen 1990er Jahren gelang es John E. Howell, einem engagierten Toningenieur der Sound Division, schließlich doch noch, ein passendes *wire recorder*-Modell zu reparieren und die Interviews von 1946 wieder hörbar zu machen. Ende der 1990er Jahre war es Helen »Zippy« Tichauer, eine slowakische Jüdin und Auschwitz-Überlebende, die befreundete Historiker am US Holocaust Memorial Museum darum bat, ihr jene Interviews zu besorgen, die sie und ihr gerade verstorbener Ehemann 1946 im Camp Feldafing gegeben hatten. Ihr Beharren half, dass die ersten Kopien aus der Library of Congress in Form von Magnettonkassetten an das Holocaust Museum gelangten.<sup>32</sup>

Dort hat der Historiker Jürgen Matthäus Jahre später eine erhellende Detailkritik an Boders Übersetzung von Tichauers Interview geübt. Er plädierte vehement dafür, mehr Aufmerksamkeit für Übersetzungsfehler und die deutenden Transformationen zu entwickeln, die Tondokumente durch Edition, Transkription, Übersetzung und Arbeit am Kontext erfahren.<sup>33</sup> Das gilt freilich

<sup>31</sup> Für Rezeption und Boders Engagement vgl. Rosen, *Wonder*, S. 138–148, zu Israel S. 160–165.

<sup>32</sup> Zur Geschichte der Digitalisierungsprojekte s. Rosen, *Wonder*, S. 158–170, sowie Schuch, *Transformationen*, S. 214–227.

<sup>33</sup> Jürgen Matthäus, »Displacing Memory: The Transformations of an Early Interview«, in: Ders. (Hrsg.), *Approaching an Auschwitz Survivor. Holocaust Testimony and Its Transformations*, New York 2009, S. 47–72, die neue Übersetzung: S. 123–174. Ein eigenes, 2017/18 mit Studierenden realisiertes Projekt zur Transkription von zehn DP-Interviews bestätigt die Befunde von Matthäus, s. dazu Lisa Schank, Elisabeth Wermann, »Transkribieren als

für alle Tondokumente, die beforstet werden. Analysen sollten allerdings auch die Klanggestalt wertschätzen, das Hörbare nicht auf semantische »Information« reduzieren, sondern das Ungrammatische, die Lautstärke, das Sprechtempo, den Rhythmus und weitere paraverbale Äußerungen in die Interpretation einbeziehen. Inwiefern ist eine Aufnahmesituation von sozial, ethnisch, politisch und geschlechtsspezifisch determinierten Machtverhältnissen geprägt? Wie gelang es Zeuginnen und Zeugen, sich gegenüber Fragen in Interviews, aber auch vor Gericht selbst zu behaupten?

archäologische Arbeit. Ein Gespräch über das Hören und Begreifen, auf dem Boder-Blog Fragen an »Displaced Persons: 1946 und heute«:  
<https://www.dp-boder-1946.uni-jena.de/transkribieren-als-archaeologische-arbeit> (12.8.2025).

Wer die Ohren »spitzt«, empathisch und mit analytischer Distanz lauscht, wird Erkenntnisse gewinnen, die schriftliche Überlieferungen allein nicht erlauben. David P. Boder sah es bereits 1948 als »sehr wahrscheinlich« an, »dass wir mit der Zeit eine *Kunst des Zuhörens* authentischer Aufnahmen entwickeln und *neue Methoden zur Würdigung verbal wiedergegebener Erzählungen* finden werden.«<sup>34</sup> Er ist in manchen Aspekten auch unserer Zeit voraus.

<sup>34</sup> Meine Übersetzung und Hervorhebung von David P. Boder, »A Note on Wire Recordings«, in: Ders., *The D.P. Story. A series of tales of displaced persons – wire recorded, translated, interpreted*, MS 1948, S. 36, in: Yad Vashem, 0.36, Prof. David Boder, Testimony Collection; vgl. Julia Bernstein, »The Art of Testimony: David Boder and his Archive of Holocaust Survivors' Audio-Interviews«, in: *East European Jewish Affairs*, 48 (2018) H. 3, S. 354–371.

#### Anzeige

Einsicht 2024  
*Bulletin des  
Fritz Bauer Instituts*

**Fritz Bauer Institut**  
*Geschichte und Wirkung  
des Holocaust*

Hier könnte Ihre  
**Anzeige** stehen!

Formate und Preise		
Doppelseite	460 x 295 mm + Beschnitt	1.190,-
Umschlagseite U4	230 x 295 mm + Beschnitt	990,-
Ganzseitige Anzeige	230 x 295 mm + Beschnitt	750,-
1/2-seitige Anzeige vertikal	93 x 217 mm	450,-
1/2-seitige Anzeige horizontal	192 x 105,5 mm	450,-
1/4-seitige Anzeige vertikal	93 x 105,5 mm	310,-

**Auflage:** 4.200 Exemplare, Preise in Euro, zuzügl. gesetzl. MwSt.  
**Kontakt:** Tel.: 069.798 322-40, [anzeigen@fritz-bauer-institut.de](mailto:anzeigen@fritz-bauer-institut.de)

Fritz Bauer Institut  
*Geschichte und Wirkung  
des Holocaust*

Partisanenkampf  
*Widerstand und seine Bekämpfung  
im deutsch besetzten Ostmitteleuropa*

Der Holocaust im Comic  
*Ästhetik, Genre und Geschichtsvermittlung*

Aus dem Archiv des Fritz Bauer Instituts:  
Neuzugänge, Fundstücke, Erschließungen

## Achtung, Akte! Über den Umgang mit emotional belastenden Beständen im Archiv

Von Johannes Beermann-Schön

An dieser Stelle wird üblicherweise über bedeutende Neuzugänge berichtet, die das Archiv des Fritz Bauer Instituts erreicht haben, über ungewöhnliche Funde in seinen

Beständen oder laufende Erschließungsarbeiten. In dieser Ausgabe soll es jedoch um ein Thema gehen, dessen Bedeutung weit über den Frankfurter Lesesaal hinausreicht: den Umgang mit emotional belastenden Beständen im Archiv. Seit Kurzem erfährt dieses Thema auch in der deutschsprachigen Archivwissenschaft Beachtung, während es auf internationaler Ebene bereits seit längerer Zeit diskutiert wird.<sup>1</sup> So hat etwa das International Council on Archives – eine der wichtigsten zwischenstaatlichen Interessenvertretungen des Archivwesens – im Frühjahr 2023 eine weltweite Umfrage unter 1.138 Archivarinnen und Archivaren zum Thema »Trauma und Archiv« in Auftrag gegeben. Über zwei Drittel der Befragten gaben darin an, in ihrem bisherigen Berufsleben bereits mindestens einmal in Kontakt mit für sie emotional belastendem Archivgut gekommen zu sein. Deutschland zählte unter den Rückläufern dieser Umfrage zu den Top Ten.<sup>2</sup>

Als Leiter eines Archivs, das sich schwerpunktmäßig mit den Massenverbrechen der Nationalsozialisten und ihrer juristischen

**Johannes Beermann-Schön M.A., M.A.** ist Mitarbeiter am Fritz Bauer Institut, zuständig für den Bereich Archiv und Dokumentation. Veröffentlichungen (Auswahl): »Wer war Erich? Ein Essay über die Potenziale der Archivrecherche«, in: *Einsicht. Bulletin des Fritz Bauer Instituts*, 15 (2023), H. 24, S. 94–101; »Archiv und Zufall. Entstehung und Überlieferung der Tonbandmitschnitte von Zeugenaussagen«, in: Sybille Steinbacher, Katharina Rauschenberger (Hrsg.), *Der Auschwitz-Prozess auf Tonband. Akteure, Zwischentöne, Überlieferung*, Göttingen 2020, S. 87–107; (mit Ann-Kathrin Rahlwes), »Begleitete Archivrecherche. Den »schwierigen Dingen« auf der Spur«, in: Historisches Museum Frankfurt (Hrsg.), *Gekauft. Gemeldet. Geraubt? Vom Weg der Dinge ins Museum*, Frankfurt am Main 2019, S. 84–87.

Foto: Helmut Fricke

- 1 Zu den aktuellen deutschsprachigen Beiträgen vgl. Maria Bernauer, Timo Bollen, »Wenn die Aktenlast zu viel wird (Teil 1): Einführende Gedanken zu Trauma im Archiv«, in: *Arbeitskreis Offene Archive*, 2024, <https://archive20.hypotheses.org/13702> (30.4.2025); Magdalena Kleindienst, »Zum Umgang mit Strafprozessakten im Archiv am Beispiel des Falls Fritz Heinrich Angerstein. Ein Erfahrungsbericht«, in: *Archivnachrichten aus Hessen*, (2024), Nr. 2, S. 32–35; Tamara Kefer, »Trauma informed archival practice« in der Erschließung als Beispiel für die Anwendung eines personenzentrierten Ansatzes. Ein Literaturbericht«, in: *scrinum. Zeitschrift des Verbandes Österreichischer Archivarinnen und Archivare*, 78 (2024), S. 161–173.
- 2 Vgl. Nicola Laurent, Kirsten Wright, »Report: Understanding the International Landscape of Trauma and Archives«, in: *International Council on Archives*, 2023, <https://www.ica.org/resource/understanding-the-international-landscape-of-trauma-and-archives-report/> (29.4.2025).

Ahndung nach 1945 beschäftigt, habe auch ich täglich mit Archivalien zu tun, die menschliche Grausamkeiten dokumentieren. Dieser Kontakt hinterlässt Spuren – Gefühle wie Wut, Trauer und Hilflosigkeit, die sich mitunter auch nach Feierabend nur schwer abschütteln lassen. Es stellt sich daher die Frage, wie Archivarinnen und Archivare besser mit potenziell schwierigem Archivgut in ihren Magazinen umgehen und wie Archive so gestaltet werden können, dass sie zu sicheren Orten für alle werden, die dort arbeiten.<sup>3</sup>

Bislang gibt es – mit Ausnahme von Kanada und Australien – nur wenig Forschung zum Umgang mit emotional belastenden Beständen im Archiv. Um dieser Frage nachzugehen, wurde daher ein qualitativer Forschungsansatz gewählt: Mit sechs Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen deutschen Einrichtungen, die potenziell verstörendes Archivgut aufbewahren, wurden leitfadengestützte Experteninterviews geführt. Dabei wurden nicht nur Archivarinnen und Archivare aus Institutionen ausgewählt, die sich schwerpunktmäßig mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinandersetzen. Denn die Herausforderung des archivarisches Umgangs mit emotional belastenden Beständen kann sich grundsätzlich auch andernorts stellen.

Da Archive eine Welt dokumentieren, in der potenziell traumatisierende Ereignisse wie Gewalt, Krieg, Krankheit, Verbrechen, Flucht und Vertreibung oder individuelle Schicksalsschläge und Verluste allgegenwärtig sind, können dort konservierte Bestände emotional herausfordernd sein.<sup>4</sup> Zu denken wäre beispielsweise an die Staats- und Landesarchive, die Unterlagen zur staatlichen Repression in der ehemaligen DDR, zur Heimerziehung und Kinderverschickung oder auch zur kriminalpolizeilichen Ermittlungsarbeit verwahren. Oder an die Landeskirchenarchive, in denen sich Dokumente zum sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen in kirchlichen Einrichtungen finden lassen. Oder an die Hochschularchive, die psychiatrische Patientenakten von Universitätskliniken übernommen haben. Die Liste ließe sich problemlos fortsetzen.

Am Anfang der Auseinandersetzung mit potenziell verstörendem Archivgut stand die Frage, welche Archivalien von Archivarinnen und Archivaren überhaupt als emotional belastend wahrgenommen werden

und warum. Grundsätzlich lässt sich potenziell schwieriges Archivgut zunächst einmal dadurch charakterisieren, dass es in der Regel von Menschen an Menschen verübte Brutalitäten dokumentiert.<sup>5</sup> Aber das allein reicht nicht aus. Archivgut benötigt immer einen Rezipienten, um zu wirken. Wie der niederländische Archivtheoretiker Eric Ketelaar schreibt, müssen Archivalien »aktiviert« werden.<sup>6</sup> Der Rezipient – in diesem Fall die Archivarin oder der Archivar – muss mit ihnen in eine Interaktion treten, um überhaupt negativ berührt werden zu können.

Anhand der Experteninterviews konnten drei Faktoren ausgemacht werden, die auf eine solche Interaktion zwischen Archivalie und Rezipient einwirken und das Risiko einer emotionalen Verletzung erhöhen. Erstens die Umstände der Interaktion: Überraschende Begegnungen mit verstörendem Archivgut, Phasen von Stress oder die zeitliche Nähe zu Jubiläen oder Gedenktagen lassen eine emotionale Abgrenzung oftmals schwierig werden. Ein besonders heftiges Überraschungsmoment etwa musste ein Interviewpartner erleben: »Also, mir ist das mal passiert, das ist wirklich passiert, das denke ich mir nicht aus, dass mir morgens um 7 [Uhr] Knochenstaub aus einer Akte auf den Tisch geriebelt ist. In [einem Ort] sind Judenhäftlinge erschossen worden und da hat man Knochen in eine Papiertüte gepackt und dann in eine Akte. Und ich mache die Akte auf und mir bröselte da die Knochenasche entgegen.«<sup>7</sup> Unerwartete Funde wie dieser können leicht einen Schock auslösen. Selbst bei weitgehend resilienten Personen unterwandert hier die plötzliche Wucht der Bilder und Gefühle den eigenen kognitiven Schutzwall.<sup>8</sup> In der Folge kann ein solches Erlebnis dazu führen, dass die Betroffenen in der ständigen Befürchtung weiterarbeiten, wieder auf etwas ähnlich Schreckliches zu stoßen. Dies kann zu einer dauerhaften Belastung der Archivarinnen und Archivare und langfristig zu einem Gefühl der emotionalen Erschöpfung führen.<sup>9</sup>

Der zweite wichtige Faktor, der auf die Interaktion zwischen Archivalie und Rezipient einwirkt, ist der Inhalt des Archivguts. In der Regel wird insbesondere dasjenige Archivgut als emotional herausfordernd wahrgenommen, das in der Lage ist, in den Rezipienten eine Resonanz zu evozieren – sei es, weil es Assoziationen an die eigene Lebensgeschichte hervorruft, Erinnerungen weckt, die Identifikation

- 3 Die folgenden Überlegungen beruhen auf meiner Abschlussarbeit im berufs begleitenden Masterstudiengang Archivwissenschaft an der Fachhochschule Potsdam. Die Arbeit wurde von Prof. Dr. Susanne Freund und Kerstin Engelhardt betreut und Anfang 2023 erfolgreich verteidigt. Die Ergebnisse der Studie wurden auf dem 91. Deutschen Archivtag im Oktober 2024 in Suhl im Rahmen einer Fishbowl-Diskussion erstmals öffentlich präsentiert. Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um eine überarbeitete und erweiterte Version des Redemanuskripts. Zur Berichterstattung über die Fishbowl-Diskussion s. Christian George, »Umgang mit emotional belastenden Beständen. Gemeinsame Veranstaltung der Fachgruppen 7 und 8 auf dem Deutschen Archivtag 2024«, in: *Archiv. Theorie & Praxis*, 1 (2025), S. 94 f.
- 4 Vgl. Lynette Russell, »Affect in the Archive: Trauma, Grief, Delight and Texts. Some Personal Reflections«, in: *Archives and Manuscripts. The Journal of the Australian Society of Archivists*, 46 (2018), H. 2, S. 200–207.

- 5 Vgl. Henria Aton, Cheryl Regehr, Wendy Duff, Christa Sato, »Humans and Records are Entangled: Empathic Engagement and Emotional Response in Archivists«, in: *Archival Science. International Journal on Recorded Information*, (2022), S. 1–21, hier: S. 9 f.
- 6 Vgl. Eric Ketelaar, »Tacit Narratives: The Meanings of Archives«, in: *Archival Science. International Journal on Recorded Information*, 1 (2001), H. 2, S. 131–141, hier: S. 137.
- 7 Interview des Verfassers mit Interviewpartner 1, 18.5.2022, Z. 40–44.
- 8 Vgl. Ulrike Beckrath-Wilking u.a., *Traumafachberatung, Traumatherapie & Traumapädagogik. Ein Handbuch zur Psychotraumatologie im beratenden, therapeutischen & pädagogischen Kontext*, Paderborn 2013, S. 371.
- 9 Vgl. Michelle Caswell, Anne J. Gilliland, »Records and Their Imaginaries: Imagining the Impossible, Making Possible the Imagined«, in: *Archival Science. International Journal on Recorded Information*, 16 (2016), H. 1, S. 53–75, hier: S. 62.

mit tragischen Schicksalen erlaubt oder eigene Wertmaßstäbe und Weltbilder verletzt.<sup>10</sup> So berichtete etwa ein Interviewpartner von einem Schlüsselerlebnis, das er beim Betrachten einer Fotografie in einer Akte gehabt habe. Die Aufnahme zeigte ein 17-jähriges Mädchen, das versucht hatte, aus der DDR zu fliehen, und dabei ertrunken war. Der Interviewte musste sofort an seine eigene Tochter denken, die zu diesem Zeitpunkt im selben Alter war. Ein Gedanke, der ihn in der Folge über Wochen nicht losließ und konstant beschäftigte.<sup>11</sup>

Schließlich kann Archivgut drittens auch aufgrund seiner symbolischen Qualität von Rezipienten als emotional belastend wahrgenommen werden. Unabhängig von ihrem konkreten Inhalt weisen Archivalien etwa durch Spuren auf den Trägermedien, ihre Gestalt oder ihre schiere Masse auf ihren Entstehungskontext.<sup>12</sup> Ein anschauliches Beispiel hierfür ist ein Tagebuch im Archiv eines der Interviewten. Dessen Autor hatte 1939 vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten nach Brasilien fliehen müssen. Das Besondere an diesem Dokument ist, dass die Schrift an vielen Stellen verlaufen und die Seiten aufgequollen sind, weil der Verfasser beim Schreiben weinen musste. Der Interviewte schilderte seine Eindrücke, als er dieses Dokument zum ersten Mal in der Hand hielt, wie folgt: »[D]adurch, dass das auch noch Spuren zeigt von dem, was er gerade schreibt, hat man wirklich das Gefühl, dass man in so einer Zeitmaschine sitzt. Und für mich wird dann eine Distanz, eine zeitliche Distanz noch mal in besonderem Maße überbrückt. Ich habe täglich mit Originaldokumenten zu tun. Das ist für mich nicht mehr so das Besondere wie für andere Menschen, die das nicht täglich in der Hand haben, und das allein erreicht mich dann vielleicht nicht, dass ich emotional im Besonderen angesprochen werde. Aber bei diesem Tagebuch, da waren irgendwie diese Tränen. Das hat irgendwie was anderes ausgelöst.«<sup>13</sup>

Im Laufe der Interviews kristallisierte sich überraschenderweise schnell heraus, dass die Gattung des Archivguts für dessen Affektwirkung lediglich eine untergeordnete Rolle spielte. Schriftliche Zeugnisse traumatischer Ereignisse wurden von den Interviewpartnern durchweg als genauso belastend empfunden wie Fotos oder Videos. Zum Teil wurden sie von ihnen sogar als die größere emotionale Herausforderung bezeichnet, da man bei Texten schlecht wegsehen kann und die individuelle Vorstellungskraft des Rezipienten hier im Besonderen angesprochen wird.<sup>14</sup>

Die Gespräche ergaben, dass Begegnungen mit emotional belastenden Beständen tendenziell im gesamten Spektrum der archivarisches

Tätigkeit möglich sind. Dies fängt bei der Übernahme von Unterlagen an, wo Archivarinnen und Archivare erstmals mit für sie verstörenden Inhalten in Berührung kommen können, und reicht über die Erschließung und die Nutzerberatung bis hin zur Bildungs- und Vermittlungsarbeit. Wichtig ist, an dieser Stelle zu betonen, dass mit der Häufigkeit des Kontakts mit emotional belastenden Beständen auch das Risiko für Archivarinnen und Archivare steigt, selbst emotional verletzt zu werden.<sup>15</sup>

Die Begegnung mit emotional belastenden Beständen kann, wie aus der bisherigen archivwissenschaftlichen Forschung bekannt ist und auch anhand der hier zitierten Interviews deutlich wurde, Symptome einer sekundären Traumatisierung auslösen. Unter diesem Begriff versteht man in der Psychologie eine emotionale Verletzung, die Betroffene durch die regelmäßige Arbeit mit traumatisierten Menschen oder die dauerhafte Beschäftigung mit schriftlichen, auditiven oder visuellen Materialien, die traumatische Ereignisse dokumentieren, davontragen können. Die Betroffenen sind keine direkten Zeugen des ursprünglichen traumatischen Vorfalls, sondern erfahren von diesem aus zweiter Hand – also sekundär oder indirekt. Dennoch können sich aus dieser Begegnung heraus mentale und körperliche Symptome wie Schock, Atemnot, Sprachlosigkeit, Alpträume, emotionale Erschöpfung, permanente Traurigkeit und sozialer Rückzug entwickeln.<sup>16</sup> Die Folgen reichen bis hin zu Burn-out, Krankschreibungen und längeren Arbeitsausfällen.

Um hiermit zurechtzukommen, entwickelten die Befragten eine beträchtliche Anzahl persönlicher Bewältigungsstrategien. Diese reichten von der Sinnsuche im Umgang mit verstörendem Material bis hin zu Gesprächen mit Freunden, Kolleginnen und Kollegen oder Therapeuten. In keinem Fall jedoch berichteten sie von Unterstützung durch ihre Arbeitgeber. Und das, obwohl einige von ihnen explizit um Hilfe baten und ihre jeweiligen Vorgesetzten wussten, wie schwierig der Umgang mit bestimmten Archivbeständen werden würde. Die interviewten Kolleginnen und Kollegen fühlten sich daher zu Recht mit ihren Problemen alleingelassen. Hinsichtlich der Unterstützung durch Arbeitgeber sowie die archivarische Fachgemeinschaft lässt sich ein dringender Handlungsbedarf ausmachen.

Die Ergebnisse der Untersuchung lassen sich auch auf die Nutzerinnen und Nutzer in Archiven übertragen. Ebenso wie Archivarinnen und Archivare können diese im Lesesaal mit für sie potenziell schwierigem Archivgut konfrontiert werden. Allerdings gibt es einige wichtige Unterschiede, denn Nutzerinnen und Nutzer suchen sich die Themen, zu denen sie im Archiv recherchieren wollen, in der Regel

10 Vgl. Anne Klein, Yvon Lemay, »Les archives et l'émotion: Un atelier d'exploration et d'échanges«, in: *Archives. Association des archivistes du Québec*, 44 (2012), H. 2, S. 91–109, hier: S. 95.

11 Vgl. Interview des Verfassers mit Interviewpartner 1, 18.5.2022, Z. 46–49.

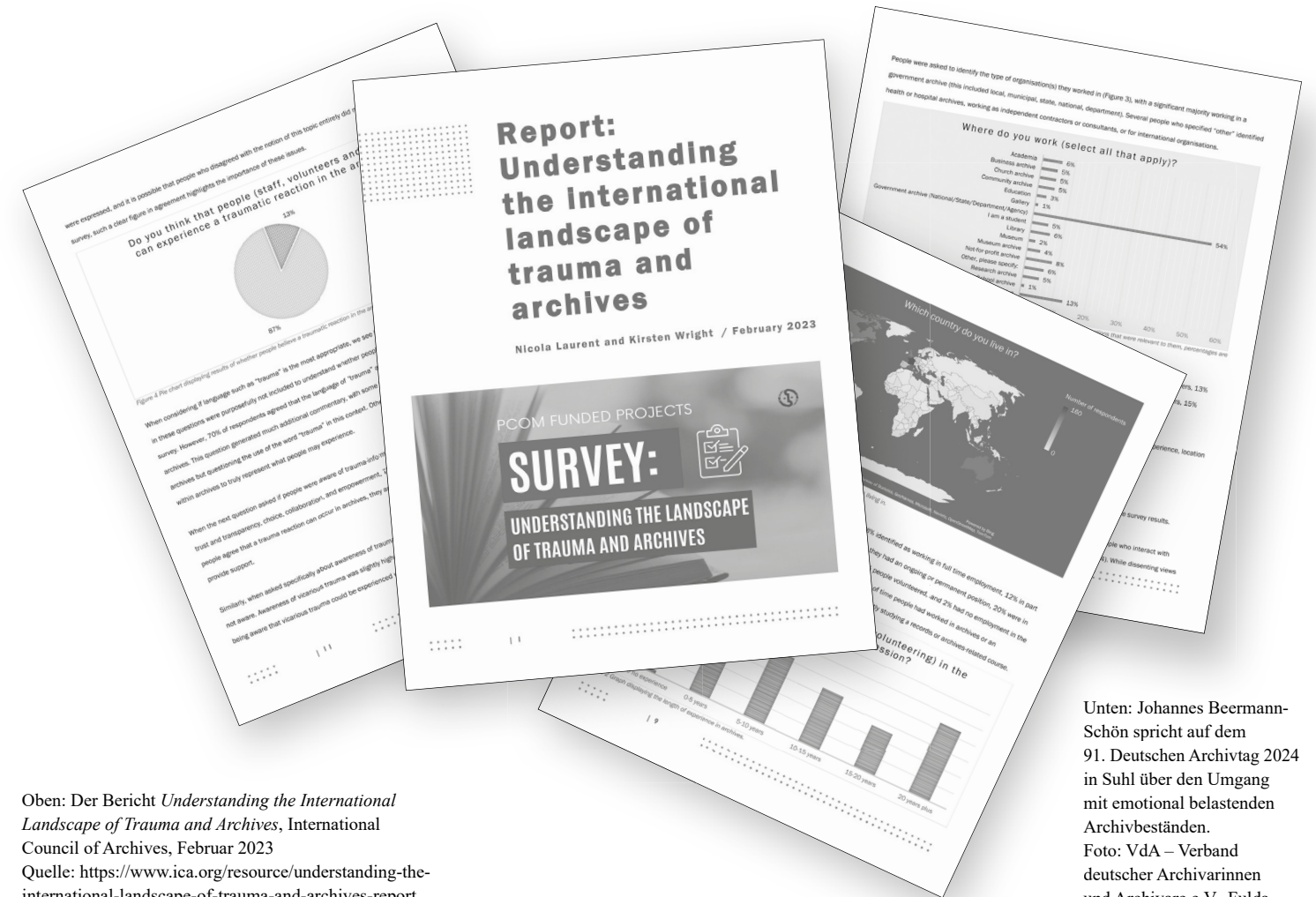
12 Vgl. hierzu James O'Toole, »The Symbolic Significance of Archives«, in: *The American Archivist*, 56 (1993), H. 2, S. 234–255.

13 Interview des Verfassers mit Interviewpartner 3, 8.6.2022, Z. 179–186.

14 Vgl. Interview des Verfassers mit Interviewpartner 5, 20.6.2022, Z. 172–184.

15 Vgl. Nicola Laurent, Kirsten Wright, »Safety, Collaboration, and Empowerment. Trauma-Informed Archival Practice«, in: *Archivaria. The Journal of the Association of Canadian Archivists*, (2021), H. 91, S. 38–73, hier: S. 42 ff.

16 Zum Phänomen der sekundären Traumatisierung vgl. ausführlicher Jürgen Lemke, *Sekundäre Traumatisierung. Klärung von Begriffen und Konzepten der Mittraumatisierung*, Kröning 2013.



Oben: Der Bericht *Understanding the International Landscape of Trauma and Archives*, International Council of Archives, Februar 2023  
Quelle: <https://www.ica.org/resource/understanding-the-international-landscape-of-trauma-and-archives-report>

Unten: Johannes Beermann-Schön spricht auf dem 91. Deutschen Archivtag 2024 in Suhl über den Umgang mit emotional belastenden Archivbeständen.  
Foto: VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., Fulda

aus und können sich innerlich darauf vorbereiten. Und sie haben es nicht tagtäglich mit emotional herausfordernden Archivalien zu tun. Dennoch ist es Aufgabe eines Archivs, Verantwortung auch für das Wohlergehen seiner Nutzerinnen und Nutzer zu übernehmen. Wie dies praktisch umgesetzt werden kann – ob eine bloße Sensibilisierung für die Thematik ausreicht oder zukünftig bestimmte Bestände und Findmittel mit Triggerwarnungen versehen werden sollten –, ist aktuell noch Gegenstand der archivwissenschaftlichen Debatte.<sup>17</sup>

17 Zur emotionalen Verantwortung von Archiven gegenüber ihren Nutzerinnen und Nutzern s. ausführlich Michelle Caswell, Marika Cifor, »From Human Rights to Feminist Ethics: Radical Empathy in the Archives«, in: *Archivaria. The Journal of the Association of Canadian Archivists*, (2016), H. 81, S. 23–43; zum Thema Triggerwarnung im Archiv s. den entsprechenden Exkurs bei Kefer, »Trauma informed archival practice«, S. 171 f.



## Antisemitische Propaganda



**Melanie Wager**

»Der Stürmer« und seine Leser.  
Ein analoges antisemitisches Netzwerk.  
Zur Geschichte und Propagandawirkung  
eines nationalsozialistischen Massen-  
mediums  
Berlin: Metropolis, 2023, 537 S., € 36,-

Die von Julius Streicher von 1923 bis 1945 herausgegebene Zeitschrift *Der Stürmer* dürfte die bekannteste NS-Publikation sein. Das ist paradox, handelte es sich doch um ein privates Blatt von Streicher, mit dem dieser nicht nur viel Geld verdiente, sondern auch die öffentliche Meinung im NS-Staat kräftig beeinflusste. Im Rückblick erscheint der *Stürmer* vielfach als die paradigmatische Form der antisemitischen Propaganda, gleichzeitig jedoch auch als so abseitig und unappetitlich pornografisch und brutal, dass man sich scheut, auf die Zeitschrift einen genaueren Blick zu werfen.

Melanie Wager stellt im ersten Teil der auf ihrer Dissertation beruhenden Publikation die Geschichte des *Stürmers* dar. Die ersten Nummern kreisten noch um Lokalpolitik, Streichers Gegner wurden mit antisemitischen Denunziationen beworfen. Schon bald jedoch strickte der Herausgeber die von ihm entwickelte Masche zu einem propagandistischen und ökonomischen Erfolgsrezept. Dabei halfen ihm eine Redaktion (»Schriftleitung«) und bis zu etwa 310 Verlagsangestellte Mitte der 1930er Jahre. Der bekannteste Mitarbeiter war Philipp Rupprecht, verantwortlich für einige Tausend antisemitischer Karikaturen, die er mit »Fips« zeichnete und die als unverwechselbares Charakteristikum der Hetzschrift zur Bildikonografie des Nationalsozialismus gehören. Das bedingt aber eine Akzentuierung in der Vorstellung des Antisemitismus, die dessen vulgäre Aspekte in den Vordergrund rückt und jene einer politischen Pseudorationalität, die die Reden von Hitler und anderen wie auch die zentralen NS-Publikationen prägte, wenig hervorscheinen lässt. Weniger bekannt ist wohl auch, dass die Karikaturen im *Völkischen Beobachter* durchaus nahe an jene des *Stürmers* heranreichten.

Durch einen ständigen Appell an niedere Instinkte verschob die *Stürmer*-Propaganda die sozialen und moralischen Standards und trug so erheblich zur Akzeptanz der NS-Judenpolitik bei. Im Konzert antisemitischer Medien der NS-Zeit hatte jede Publikation eine argumentative und zielgruppenspezifische Funktion. Wo der *Stürmer* starke Affekte provozierte, stellten andere Blätter den Antisemitismus als selbstverständlich im (pseudo-)rationalen alltäglichen Denken über Gesellschaft und Politik dar.

Wager zeichnet die Biografie Streichers nach, der den *Stürmer* auch zum persönlichen Goldesel machte. Nach 1933 war er, noch als Gauleiter, in einige »Arisierungen« verwickelt. Die Methode war ebenso effektiv wie perfide: Zunächst im *Stürmer* angeprangert und wirtschaftlich beschädigt, dann durch administrative Repressionen unter Druck gesetzt, verloren jüdische Eigentümer ihren Firmenbesitz. Lokale Unternehmer aus Streichers Netzwerk nahmen gerne die »Arisierungsgewinne« mit (S. 134 f.).

Wegen Korruption, Misshandlung von Häftlingen und einem anstößigen Lebenswandel wurde Streicher 1940 seiner Parteiämter enthoben, konnte aber weiter den *Stürmer* herausbringen.

Nach Kriegsende wurde er in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher angeklagt. Sein Verteidiger forderte einen Freispruch und behauptete, Streicher sei »der unbedeutende Herausgeber einer herzlich unbedeutenden Wochenschrift« (S. 321), worin ihm das Gericht nicht folgte. Streicher wurde 1946 gehängt.

Im zweiten Teil des Buchs beschreibt Wager die Interaktion des *Stürmers* mit seiner Leserschaft. Die umfangreiche Korrespondenz zwischen Lesern und Redaktion hatte eine wichtige Funktion, indem dem *Stürmer* Geschichten und Denunziationen zuflossen, die ansonsten nicht ins Blatt gefunden hätten. Es waren auch engagierte Leser, von denen die Initiative zur Aufstellung von »Stürmer-Kästen« ausging, in denen mehrheitlich Partei-Gliederungen, aber zu einem Viertel auch Privatleute ihre Lektüre und Gesinnung präsentierten. Eine Liste der Aufstellungsorte von über 2.100 »Stürmer-Kästen«, die Wager akribisch recherchiert hat, zeigt, wie ubiquitär die *Stürmer*-Propaganda war, buchstäblich ein Massenmedium der Zeit. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Wagers Liste bei weitem nicht alle dieser Orte erfasst. Nicht selten waren die »Stürmer-Kästen« umkämpft, und es gibt viele Hinweise, dass dort, wo der *Stürmer* gelesen wurde, antisemitische Stimmungen und Aktionen folgten. Wager spricht davon, dass der *Stürmer* eine »Selbstermächtigung der Leserschaft« forderte und förderte (S. 343).

In den Kriegsjahren näherte sich der *Stürmer* inhaltlich anderen NS-Publikationen an, rückte die politischen Aspekte des Antisemitismus stärker in den Vordergrund und betonte, was in Hitlers Reden, im *Völkischen Beobachter* und in vielen Publikationen die Tiefenstruktur darstellte: die Vorstellung eines politischen Kampfs um die Herrschaft in Deutschland, Europa und der Welt.

Wagers Verdikt, der *Stürmer* habe eine »systemunterstützende Rolle« (S. 155) innegehabt, ist etwas zu zurückhaltend. Streichers Blatt evozierte einen affektgeladenen Antisemitismus und trieb die Politik der Verfolgung aktiv an. Den Begriff »Netzwerk« auf die Leser-Blatt-Verbindung anzuwenden, ist verlockend. Da allerdings die Kommunikation nur zwischen Redaktion und der Leserschaft lief, und kaum unter den Leserinnen und Lesern, ist das Bild weniger überzeugend.

Wolfram Meyer zu Uptrup  
Berlin

## »Berufsverbrecher« als KZ-Häftlinge



**Andreas Kranebitter**

Die Konstruktion von Kriminellen.  
Die Inhaftierung von »Berufsverbrechern«  
im KZ Mauthausen  
Wien: new academic press, 2024, 448 S.,  
€ 29,90

Im Februar 2020 beschloss der Deutsche Bundestag, Menschen, die in der NS-Zeit als angebliche »Asoziale« und »Berufsverbrecher« in Konzentrationslager verschleppt worden waren, als Opfer des Nationalsozialismus anzuerkennen. Vier Jahre später folgte eine entsprechende Novelle des Opferfürsorgegesetzes in Österreich. Einen maßgeblichen Impuls für diese späten Entscheidungen hatte die Petition einer Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gegeben. Zwei Forscherinnen aus diesem Kreis hatten bereits 2016 Studien über »Berufsverbrecher« publiziert, die stigmatisierende Narrative über »grüne Kapos« und kriminelle KZ-Häftlinge in den Lagern Sachsenhausen und Ravensbrück hinterfragten und ein differenziertes Bild präsentierten.<sup>1</sup> Dies ist auch ein Anliegen des Bands von Andreas Kranebitter über die als »Berufsverbrecher« stigmatisierten männlichen Häftlinge im Konzentrationslager Mauthausen. Der Soziologe, der über viele Jahre an der KZ-Gedenkstätte Mauthausen tätig war und seit 2023 wissenschaftlicher Leiter des Dokumentationsarchivs Österreichischer Widerstand (DÖW) in Wien ist, war auch an der Initiative zur Anerkennung dieser Verfolgten beteiligt.

Jedes der zehn Kapitel der thematisch untergliederten Studie wird mit der Biografie eines Betroffenen anschaulich eingeleitet. Die Kapitel behandeln unter anderem Aspekte wie den Wandel vom Tat- zum Täterstrafrecht und die Praxis der kriminalpolizeilichen Vorbeugehaft. Kranebitter geht besonders auf die Akteursrolle der Betroffenen ein, die häufig aufgrund von Eigentumsdelikten vorbestraft waren, und greift hierbei vor allem auf Alf Lüttkes Konzept des Eigen-Sinns zurück. Dies erläutert er unter anderem am Beispiel der Strategie einzelner Häftlinge, die weitere Straftaten gestanden, um an die Justiz und damit in ein Gefängnis überstellt zu werden.

<sup>1</sup> Dagmar Lieske, *Unbequeme Opfer? »Berufsverbrecher« als Häftlinge im KZ Sachsenhausen*, Berlin 2016; Sylvia Köchl, »Das Bedürfnis nach gerechter Sühne«. Wege von »Berufsverbrecherinnen« in das Konzentrationslager Ravensbrück, Wien 2016.

Die Studie hinterfragt das Narrativ über gewalttätig und rücksichtslos agierende »grüne Kapos«. So war nur eine Minderheit der »Berufsverbrecher« zugleich Funktionshäftling. Auch zeigt der Autor im Vergleich von Häftlingsbiografien die Spannweite des Handelns von Funktionshäftlingen mit dem grünen Winkel, das von der Tötung anderer Häftlinge bis zu Widerstandshandlungen gegen die SS reichte, jedoch in seinen Spielräumen durch spezifische Zwänge der Häftlingsgesellschaft begrenzt war.

Kranebitter stellt die verbreitete Zuschreibung infrage, dass »Berufsverbrecher« von der SS privilegiert worden seien. Ihr Status innerhalb der Häftlingsgesellschaft sei demnach weniger auf ihre Häftlingskategorie zurückzuführen. Ausschlaggebend sei vielmehr das Senioritätsprinzip gewesen, dem zufolge Häftlinge mit einer längeren Haftdauer vielfach eine weniger rücksichtlose Behandlung vonseiten der SS und der Funktionshäftlinge erfuhren als neu eingewiesene Häftlinge, was diese oft als Privilegierung sämtlicher »Berufsverbrecher« wahrnahmen. Da in den ersten Monaten des Bestehens des Lagers ausschließlich »Berufsverbrecher« dorthin verschleppt wurden, gehörten später zahlreiche »alte« Häftlinge (S. 222) dieser Gruppe an.

Ausführlich geht die Arbeit auf breiter Quellengrundlage auf Biografien Betroffener ein. Neben Unterlagen der Arolsen Archives, der Sammlung und dem Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen sowie Berichten von ehemaligen KZ-Häftlingen anderer Häftlingsgruppen sind dies vor allem personenbezogene Fallakten sowohl der zeitgenössischen Strafjustiz als auch österreichischer Nachkriegsinstitutionen wie der Opferfürsorge und des KZ-Verbands. Die Betroffenenperspektive wird, wo immer möglich, rekonstruiert. In einem Themenfeld, in dem oft der Mangel an Ego-Dokumenten von Betroffenen beklagt und mit dem Fortdauern der gesellschaftlichen Stigmatisierung erklärt wurde, zeigt Kranebitter, dass sich solche Quellen durchaus vielfach ermitteln lassen. Historisch besonders interessant erscheinen hier einzelne überlieferte Zeitzeugenberichte von Überlebenden und Interviews mit deren Angehörigen.

Abschließend rekonstruiert Kranebitter die Situation von Überlebenden im Nachkriegsösterreich. Von Entschädigungsleistungen der Opferfürsorge waren sie von vornherein ausgeschlossen. Aus der Organisation der politischen KZ-Häftlinge, dem sogenannten KZ-Verband, wurden sie – unabhängig von ihren individuellen Handlungen im Lager – spätestens ab 1947 systematisch herausgedrängt. Der Autor fordert eine intensivere Beschäftigung der Forschung mit solchen Prozessen einer »zweiten Stigmatisierung« (S. 380) nach 1945. Andreas Kranebitter erweitert mit seiner glänzend recherchierten Studie den Forschungsstand deutlich.

Jens Kolata  
Fritz Bauer Institut

## Verfolgung und Stigmatisierung



**Frank Nonnenmacher (Hrsg.)**

*Die Nazis nannten sie »Asoziale« und »Berufsverbrecher«.*

*Verfolgungsgeschichten im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik*

Frankfurt am Main: Campus, 2024, 372 S., € 29,-

Sogenannte Asoziale und Berufsverbrecher wurden erst 75 Jahre nach Kriegsende offiziell von der Bundesregierung als Opfer des NS-Regimes anerkannt. Den Anstoß dazu gab Frank Nonnenmacher, selbst Angehöriger eines KZ-Häftlings mit dem »grünen Winkel«, der gemeinsam mit einigen weiteren einschlägig Forschenden eine Onlinepetition startete. Die Anerkennung kam zu spät für die Betroffenen, deren Lebenslauf auch nach dem Krieg von Stigmatisierung und Ausgrenzung gezeichnet war. Wichtig war dieser Beschluss aber für die Angehörigen der Opfer, deren Familien von dem Trauma jahrzehntelanger Verfolgung und Marginalisierung ebenfalls geprägt wurden.

Trotz des nun offiziellen Opferstatus ist die Verfolgung sogenannter Asozialer und Berufsverbrecher immer noch eine Randscheinung der Erinnerung an den Holocaust.

Frank Nonnenmacher gründete mit anderen Nachkommen 2023 den Verband für das Erinnern an die verleugneten Opfer des Nationalsozialismus – vevon. Nun legt er ein Buch vor, in dem 20 Autorinnen und Autoren, die meisten von ihnen Gründungsmitglieder des Verbands, über die Schicksale ihrer Vorfahren berichten, die im NS-Staat als »Asoziale« und »Berufsverbrecher« verfolgt wurden. Die Texte rücken individuelle Schicksale zum ersten Mal in gesammelter Form in das Bewusstsein eines breiteren Publikums. Durch die Perspektive der Nachkommen stellen die einzelnen Kapitel eine Intimität her, die das generationenübergreifende Trauma anschaulich macht.

Deutlich wird vor allem, dass die Opfer häufig durch extreme Armut in die Kleinkriminalität getrieben wurden. Johanna Römmler zum Beispiel wuchs mit zwölf Geschwistern auf. Nach ihrer achtjährigen Schulzeit erlernte sie keinen Beruf und arbeitete zunächst als Magd und Dienstmädchen. Im Jahr 1922, im Alter von 16 Jahren, wurde sie wegen Lebensmitteldiebstahl zum ersten Mal verhaftet. Ende der 1930er Jahre verdiente sie einen Teil ihres Lebensunterhalts als Prostituierte. Diese wiederholten Bagatelldelikte wurden ihr im NS-Staat zum Verhängnis. Nach einer dreijährigen Zuchthausstrafe wurde sie nicht entlassen, sondern als Vorbeugehäftling nach Auschwitz deportiert, wo sie 1944 ermordet wurde.

In der Erzählung André Glöckners über seine Großtante Johanna Römmler bleibt, wie in einem Großteil der Beiträge, das Zusammenspiel von individuellem Handeln (Agency) und sozialer Struktur, das aus soziologischer Sicht Bestandteil eines jeden Lebenslaufs ist, ausgespart. Variablen wie Kinderreichtum, Drogensucht und Stigmatisierung tragen dazu dabei, dass Menschen in die Kriminalität abrutschen. Jedoch trifft jeder Mensch täglich eigene Entscheidungen, die sein Leben beeinflussen. Diese Komplexität kommt nur in wenigen Beiträgen zur Sprache, beispielsweise in dem von Petra Wilferts, die ihren Großonkel als »Täter und Opfer« beschreibt. Im Mittelpunkt der Kapitel stehen ansonsten die Leidensgeschichten der Opfer und ihre Scham und Angst vor weiterer Stigmatisierung.

Bemerkenswert ist, dass der Sammelband auch den Stimmen der Nachkommen Platz einräumt. Die Vergangenheit belastete die nachfolgende Generation vor allem dann, wenn über die Verfolgung und Ermordung enger Verwandter geschwiegen wurde. Das Auslassen oder die Umdeutung von Ereignissen war ein bewusster Schutzmechanismus. Anders als politisch und rassistisch Verfolgte hatten »Asoziale« und »Berufsverbrecher« keinen Anspruch auf Entschädigung. Sie waren nach Ansicht der Nachkriegsbehörden zu Recht im Konzentrationslager gewesen.

Ein weiterer Beitrag verdeutlicht, wie gegenwärtig Perspektiven sind, die angeblich der Vergangenheit angehören. Alfons Ims, dessen Familienmitglieder als »asozial« abgestempelt und misshandelt wurden, zeigt, dass wir, ohne zu zögern, von »arbeitsscheuen Hartz IV-lern« oder »Wirtschaftsflüchtlingen« sprechen (S. 202). Die Kriminalisierung der Armut und mangelnde Empathie sind auch heute noch ein integraler Bestandteil des öffentlichen Diskurses.

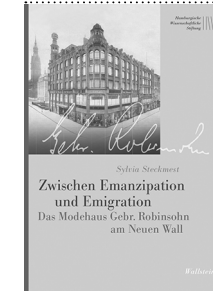
Eine historische Auseinandersetzung mit den komplexen rechtlichen Bedingungen des NS-Staats findet in Julia Höraths einleitendem Beitrag statt, der die Narrative kontextualisiert, die zum Teil widersprüchlichen Tendenzen der nationalsozialistischen Stellen darstellt und die Verfolgungsgeschichte der Betroffenen auf dem Stand der Forschung skizziert.

Trotz Höraths instruktiver Abhandlung handelt es sich bei diesem Sammelband nicht um eine historische Studie im klassischen Sinne. Subjektive Narrative sind der zentrale Bestandteil des Buchs. Eine reflektierte Auseinandersetzung mit Quellenmaterial findet dabei nur unzureichend statt, die Quellenkritik ist minimal und Angaben, die es anderen Forscherinnen und Forschern erlauben könnten, weiterzuforschen oder Details zu überprüfen, fehlen oft gänzlich.

Einen wissenschaftlichen Maßstab anzulegen, mag dem Ziel des Buchs vielleicht auch nicht gerecht werden. Es geht den Autorinnen und Autoren darum, das Schweigen zu brechen, gegen das Vergessen anzukämpfen und den öffentlichen Diskurs des Holocaustgedenkens zu erweitern.

Michaela Soyler  
*New York*

## Vom gewollten Niedergang eines Unternehmens



**Sylvia Steckmest**

*Zwischen Emanzipation und Emigration.*

*Das Modehaus Gebr. Robinsohn am*

*Neuen Wall*

Göttingen: Wallstein Verlag, 2024, 300 S., € 28,-

»Dieser Arisierungsvorgang war für mich der unsympathischste, was ich in meiner Praxis bisher erlebt habe« (S. 197). So äußerte sich nach dem Zweiten Weltkrieg Johann Krumm, einst Treuhänder für das Unternehmen Gebr. Robinsohn, und damit beschrieb er anschaulich, wie er den erzwungenen Verkauf dieses Betriebs während der NS-Zeit an eine »arische« Nachfolgefirma wahrgenommen hatte. Die Robinsohns waren eine jüdische Familie aus Niederschlesien. Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich Leo und Jacob Robinsohn als Gebr. Robinsohn mit dem Handel von Modewaren selbstständig gemacht, zunächst in Frankfurt am Main, dann aber vor allem in Hamburg. Ihre Geschichte erzählt Sylvia Steckmest in ihrem 2024 als siebter Band in der Schriftenreihe »Mäzene der Wissenschaft« der Hamburger Wissenschaftlichen Stiftung erschienenen Buch, das gut lesbar und reich bebildert ist. Steckmest hat selbst Modedesign in Hamburg studiert und beschäftigt sich intensiv mit der jüdischen Kultur Hamburgs, speziell mit jüdischen Familienunternehmen. Dementsprechend nähert sie sich auch der Firma Gebr. Robinsohn beziehungsweise ihrem Aufstieg und Niedergang an, indem sie, umsichtig und zahlreiche Zusatzinformationen mit berücksichtigend, chronologisch in zwei Teilen den Ursprüngen des Betriebs bis zu seiner Auflösung im Nationalsozialismus ebenso wie der Emigration der Robinsohns und deren Bemühungen um Entschädigung in der Nachkriegszeit nachgeht.

Ein von Juden geführtes Modehaus konnte in der Großstadt Hamburg unter dem antisemitischen Druck des NS-Regimes letztlich nicht bestehen, das kann Steckmest anhand der Gebr. Robinsohn nachzeichnen, zumal sich das aufwendig gestaltete und exzellent ausgestattete Hauptgeschäft an einer der schon damals bekanntesten Einkaufsstraßen Hamburgs befand, am Neuen Wall. Dort war bis 1912 auf den Grundstücken Neuer Wall 25–33/Schleusenbrücke 1 ein imposanter Häuserkomplex entstanden, für dessen einheitliches Erscheinungsbild der Architekt George Radel verantwortlich war und der mit großen Fensterfronten, Turm und Weltkugel sowie dem Schriftzug des Familiennamens aufwartete. Bei Gebr. Robinsohn arbeitete man effektiv und innovativ: Die Geschäftsführer teilten sich die administrativen Aufgaben, modisch orientierten sie sich an internationalen Trends und boten original Pariser Konfektion an, es gab verschiedene Abteilungen, insbesondere eine

große Auswahl an Hüten, es wurden zahlreiche Angestellte, Lieferanten, Fachverkäuferinnen, Dekorateurs sowie Heimmäharbeiterinnen beschäftigt, Modeschauen und Ausstellungen ausgerichtet. Man wandte sich zudem grundsätzlichen Fragen zu, wie der Optimierung von Personalwirtschaft, Werbetechnik, Öffnungszeiten oder Lichtverhältnissen, dem Umgang mit Konkurrenz und der Erfüllung von Ansprüchen der vor allem weiblichen Kundschaft. Außerdem gab Gebr. Robinsohn eine Modezeitschrift heraus, die erst *Robinsohns illustriertes Modeblatt und Frauenzeitschrift*, später *GeRo-Moden* hieß. Mit alledem setzten die Robinsohns progressive Standards für die Textilbranche.

Das Haus Robinsohn hatte die Krisen des Ersten Weltkriegs und die Jahre der Hyperinflation relativ unbeschadet überstanden und die Firmeninhaber konnten sich auch angesichts der Weltwirtschaftskrise teilweise behaupten und Liquidität bewahren, dank ihrer Anpassungsfähigkeit und Bereitschaft, verbleibende Mittel ausgesprochen präzise einzusetzen. Im Jahr 1932 wurde in einer »Zeit der Ruhe vor dem Sturm« (S. 150) noch das 40-jährige Bestehen des Unternehmens begangen, bevor dieses ab 1933 durch die wachsenden antisemitischen Verfolgungen im NS-Staat nachhaltigen wirtschaftlichen Schaden nahm. Es war dabei gerade Hans Robinsohn – er war 1933 für seinen Vater Leo Robinsohn in den Firmenvorstand nachgerückt –, der sich bis 1938 gegen die Geschäftsaufgabe wehrte, sogar aktiven Widerstand leistete und die Auswanderung ablehnte. Allerdings war es unvermeidlich, dass spätestens nach den Novemberpogromen die Firma Gebr. Robinsohn in den Besitz einer Berliner Käufergruppe übergang, die Familie ihre sämtlichen Immobilien veräußern und aus Deutschland fliehen musste. Ab 1950 wurden mehrere, überwiegend aus dem Ausland betriebene Rückerstattungs- und Entschädigungsverfahren im Fall der Robinsohns angestrengt. Der Gebäudekomplex am Neuen Wall, der einst das Modehaus Gebr. Robinsohn gebildet hatte, präsentierte sich durch Kriegszerstörungen, Wiederaufbauten und den Einzug neuer Ladengeschäfte in veränderter Form. Die Grundstücke konnten zwar zurückerworben werden, dennoch ließen sich die Robinsohns nicht erneut in Hamburg als Unternehmer nieder. Heute erinnert eine Gedenktafel an das ehemalige Geschäft der Familie.

Steckmest hat ein interessantes und solide recherchiertes Buch geschrieben, das den politisch gewollten Niedergang eines jüdischen Unternehmens in der NS-Zeit behandelt und die dahinterstehende Familiengeschichte damit geschickt verknüpft. Ihre Erkenntnisse können inzwischen ergänzt werden durch eine weitere illustrative Publikation, die neben Gebr. Robinsohn noch zwölf andere jüdische Geschäfte am Hamburger Neuen Wall untersucht.<sup>1</sup>

Mirjam Schnorr  
*Fritz Bauer Institut*

<sup>1</sup> Vgl. Cord Aschenbrenner, *Der Raub. Enteignung und Vertreibung der jüdischen Geschäftsleute am Neuen Wall in Hamburg*, Hamburg 2025.

## Standardwerk zu jüdischen Flüchtlingen in den Niederlanden



**Christine Kausch**

»Zuflucht auf Zeit«.

*Juden aus Deutschland in den Niederlanden 1933–1945*

Göttingen: Wallstein Verlag, 2024, 529 S., € 58,–

In ihrer Studie untersucht Christine Kausch die Situation der Jüdinnen und Juden, die nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 aus Deutschland in die Niederlande geflohen sind. Im Anschluss an die Forschung von Katja Happe liegt damit ein aktuelles Standardwerk vor: Die niederländische und englischsprachige Forschung wird präzise zusammengeführt, Bestände aus Archiven mit dem Fokus auf die Lage der Geflüchteten, zum Beispiel in den Flüchtlingslagern, werden ebenso wie Zeitungsartikel und Unterlagen von Hilfsorganisationen ausgewertet. Mit Hilfe von mehr als 300 Selbstzeugnissen und Ego-Dokumenten rückt Kausch die Sichtweise von Betroffenen in den Mittelpunkt. Methodisch verbindet sie einen alltagsgeschichtlichen Zugang mit Saul Friedländers Forderung nach einer »integrierten Geschichte«. Durch das Aufzeigen der politischen Rahmenbedingungen wird deutlich, dass die Handlungsmacht der Betroffenen nicht überschätzt werden darf.

Nach einem Überblick über die niederländische Flüchtlingspolitik und die Aufnahmebedingungen für Eingewanderte geht es um die Existenzsicherung durch Arbeit. Soziale Kategorien wie Alter, Geschlecht, Bildung und ökonomische Ungleichheit differenzieren den Einblick sowohl in die Mehrheitsgesellschaft als auch in die Hachscharah-Bewegung. Kausch führt acht Wirkfaktoren für individuelles Scheitern an, macht aber auch auf selbstermächtigende »Handlungsstrategien« aufmerksam. Anschließend zeigt sie die staatlichen Restriktionen gegen Flüchtlinge nach dem Novemberpogrom 1938 und die bald danach schon nachlassende Solidarität auf.

Mit der deutschen Besatzung änderte sich die Lage fundamental, offene Hilfe und Widerstand wurden nun gewaltsam geahndet und die Lage der circa 22.000 Geflüchteten spitzte sich zu. Zwischen dem 15. Juli 1942 und dem 13. September 1944 wurden nicht nur die Geflüchteten, sondern auch circa 75 Prozent der ungefähr 123.000 niederländischen Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager deportiert.

Es können zwei Erkenntnisse festgehalten werden: Erstens wird deutlich, wie sich der unsichere Aufenthalt und die ökonomische Marginalisierung (Kapitel 4) ab 1938 verschärften durch die

Einrichtung von Lagern für neu Zugewanderte (Kapitel 5). Diese wurden nun als sogenannte Illegale der Verantwortung des Justizministeriums und der Exekutive unterstellt. Ab 1940 konnte das deutsche Besatzungsregime reibungslos daran anknüpfen. Zweitens tritt das »niederländische Paradox« (S. 19) zu Tage, das der Historiker Dick de Mildt folgendermaßen benannt hat: Anne Frank wurde von Niederländern versteckt und von Niederländern verraten. In den Jahren 1933 und 1935 waren noch Tausende Menschen gegen den Antisemitismus und die Nürnberger Gesetze der Nationalsozialisten auf die Straße gegangen. Einige Jahre später machte der Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, Arthur Seyß-Inquart, den nichtjüdischen Niederländern das Angebot, als »arisch« eingestuft zu werden, vorausgesetzt, man leistete keinen Widerstand und äußerte sich nicht regierungskritisch. Die niederländischen Generalsekretäre, die regimetreuen Beamten der Kollaborationsregierung ebenso wie die Mitgliedschaften in der SS oder in faschistischen Parteien und auch die zahlreichen Denunziationen aus der Bevölkerung zeugen von einer hohen Kooperationsbereitschaft und sorgen bis heute für Aufarbeitungsbedarf in der niederländischen Gesellschaft.

Die Darstellung von Christine Kausch überzeugt durch ihre »dichte Beschreibung«, ausgehend von den Erfahrungen und Perspektiven jüdischer Geflüchteter. Diese Sichtbarmachung ist zweifellos das große Verdienst der Studie. Doch es gibt auch kritische Punkte anzumerken. Leider fehlen ein Personen-, Organisations- und Ortsverzeichnis oder eine Landkarte. Für Forschende wäre es hilfreich, Forschungsdesiderate übersichtlich zusammengefasst vorzufinden. Die Analyse hätte durch eine systematische Anwendung des Modells der »Versäulung« auf die Mehrheitsgesellschaft gewonnen. Zentrale Forschungshypothesen, zum Beispiel zur Rolle der Arbeitslager oder zum Verhältnis von niederländischen und immigrierten Jüdinnen und Juden, hätten übersichtlicher überprüft werden können. Mehr Anerkennung an zentraler Stelle für den jüdischen Widerstand wäre ebenfalls wünschenswert. Wie Kausch schreibt, verweigerten jüdische Immigrantinnen und Immigranten die Mitarbeit in Hilfsorganisationen, obwohl sie dadurch zumindest für eine Weile vor Verfolgung geschützt gewesen wären. Offensichtlich wollten sie kein Hilfesystem stützen innerhalb von Rahmenbedingungen, die sie als zutiefst unmenschlich erachteten. Manche waren sogar so mutig und konsequent wie der deutsche Jude Gerhard Badrian, der als Passfälscher den Widerstand aktiv unterstützte.

Anne Klein

Köln

## Überlebensstrategien in aussichtsloser Lage



**Walter Manoschek**

*Vernichtet.*

*Österreichische Juden und Jüdinnen in den Ghettos des Generalgouvernements 1941/1942*

Wien: Czernin Verlag, 2023, 279 S., € 28,–

Lange Zeit endete in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland und Österreich das

Interesse an dem Schicksal der deportierten Jüdinnen und Juden an der früheren Reichsgrenze, die Opfer galten als »im Osten verschollen«. Der Kalte Krieg schuf eine *black box*, die für die historische Entsorgung der eigenen Verstrickungen in die nationalsozialistischen Massenverbrechen in Ost(mittel)europa ideal geeignet war. Dies änderte sich erst seit der Jahrtausendwende, als verstärkt Forschungen und Gedenkbücher zu den »Westjuden« in den Ghettos im besetzten Polen erschienen.

Bezüglich der langen Liste von Deportationen unterschiedlichster Opfergruppen während der NS-Gewaltherrschaft in Europa verfolgen Forscherinnen und Forscher in der Regel zwei unterschiedliche Strategien, indem sie entweder die Zielorte und die dortigen Verbrechen in den Blick nehmen oder aber einzelne Verfolgengruppen bestimmter Herkunftsorte fokussieren. Österreich war in dieser Hinsicht lange Zeit ein Nachzügler, trotz der wichtigen Arbeiten von Historikern wie Bertrand Perz, Florian Freund und anderen.

In diesem Kontext ist nun das Buch des Politologen Walter Manoschek eine willkommene Bereicherung. Er geht einen Mittelweg, indem er die Deportationen österreichischer Jüdinnen und Juden in das Generalgouvernement beschreibt und sich vor dem Hintergrund der »Aktion Reinhardt« vor allem auf die Ghettos in Opole Lubelskie und Kielce konzentriert, was freilich auch der begrenzten Überlieferungslage geschuldet ist. Nur für wenige Ghettos der Region liegt eine verlässliche Forschung vor, eine Ausnahme bildet das Transitghetto Izbica mit der monumentalen Studie von Steffen Hänchen.<sup>1</sup>

Manoschek schließt damit gleich in mehrfacher Hinsicht eine wichtige Lücke: hinsichtlich der frühen großen Deportationen vor dem eigentlichen Auftakt im Herbst 1941; bezüglich der von ihm erstmals ausgewerteten Quellen der Betroffenen und Opfer, die er ausführlich zu Wort kommen lässt; und schließlich auch was den Charakter der Deportationen betrifft, der sich vom Frühjahr 1941

bis 1942 von einer Politik des Platzschaffens im Reich hin zu Transporten in die Vernichtung wandelte. Insgesamt wurden 1941/42 9.000 Jüdinnen und Juden in sechs Transporten aus Wien in das Generalgouvernement gebracht.

Manoschek beginnt mit einer Darstellung der Vorbereitungen in Wien. Der Schwerpunkt liegt jedoch auf dem Schicksal der aus dem vormaligen Österreich stammenden beziehungsweise von dort deportierten Jüdinnen und Juden im Generalgouvernement. Die von Manoschek aufgefundenen Berichte und Briefe der Deportierten geben ein eindrucksvolles Bild von den schwer erträglichen Lebensbedingungen, die die Menschen in den Ghettos vorfanden und mit denen sie sich irgendwie zu arrangieren versuchten. Die überlieferten Quellen an sich sind schon Ausweis der Überlebensstrategien, denn sie waren immer auch eine Bitte um die Zusendung von Geld, Kleidung und Lebensmitteln – wer keine Verwandten hatte, besaß von vornherein signifikant geringere Überlebenaussichten. Die Deportierten hatten dennoch so gut wie keine Chance, der Ermordung in den Vernichtungslagern zu entgehen. Die furchtbare Bilanz dieser Deportationen – es überlebte weniger als ein Prozent der 9.000 Deportierten – hätte daher besser bereits am Anfang deutlich gemacht werden sollen.

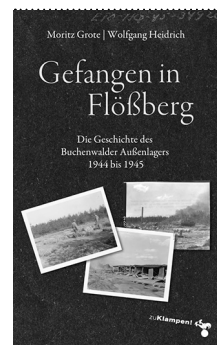
Allerdings muss trotz aller Vorzüge des Buchs leider auch auf gewichtige Unzulänglichkeiten hingewiesen werden. In den einführenden Kapiteln wurde – mutmaßlich wegen fehlender Sprachkenntnisse – die Forschung der letzten Jahre (vor allem die komplette polnischsprachige Holocaustforschung) nicht berücksichtigt, Hinweise auf jiddische Quellen fehlen völlig. Die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe (JSS) und der Judenräte überwiegend an Isaiah Trunks 1972 erschienener Darstellung *Judenrat* entlangzuschreiben, wird dem komplexen Thema nicht (mehr) gerecht. Dass etwa Michał Weichert zeitgenössisch allein zwei Bände über die Tätigkeit der von ihm geleiteten JSS publiziert hat und überdies auch die Delegaturen der JSS in den Ghettos im Archiv des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau mit zahlreichen Akten überliefert sind – davon findet sich in dem Band leider kein Wort. Hinzu kommt eine Reihe von Fehlern und Ungereimtheiten, etwa die Verwendung des Begriffs der *Judenpolizei* für den Jüdischen Ordnungsdienst in den Ghettos.

Manoscheks Buch reiht sich ungeachtet seiner Wichtigkeit damit ein in eine leider wachsende Zahl von Mikrostudien, denen es nicht oder nicht ausreichend gelingt, sich überzeugend in die Gesamtgeschichte der Shoah einzuordnen. Will man die Bedeutung und Rolle der österreichischen Deportationen in das Generalgouvernement im Kontext des Holocaust verstehen, bleibt dies leider weitgehend dem Bemühen beziehungsweise der Expertise der Leserinnen und Leser und in der Zukunft einer breiter aufgestellten Quellenrecherche überlassen.

Ingo Loose  
Berlin

<sup>1</sup> Steffen Hänchen, *Das Transitghetto Izbica im System des Holocaust*, Berlin 2018.

## Neue Mikro-Studie zu sächsischem KZ-Außenlager



**Moritz Grote, Wolfgang Heidrich**  
*Gefangen in Flößberg.*  
*Die Geschichte des Buchenwalder Außenlagers 1944 bis 1945*  
Springe: zu Klampen! Verlag, 2024,  
640 S., € 46,-

In Flößberg, einem Dorf 25 Kilometer südöstlich von Leipzig, errichtete die Hugo Schneider AG (HASAG) Ende 1944 eine neue Produktionsstätte und ein dazugehöriges KZ-Außenlager – das letzte von insgesamt sieben HASAG-Lagern in Sachsen und Thüringen. Von Dezember 1944 an waren hier überwiegend jüdische Gefangene aus mehreren europäischen Ländern zur Zwangsarbeit verpflichtet, deren Zahl auf bis zu 1.300 stieg. Sie gehörten zu den 18.000 KZ-Häftlingen, die ab der zweiten Jahreshälfte 1944 von der HASAG ausgebeutet wurden. Die Gefangenen in Flößberg waren vor allem beim Aufbau des Lagers und des Fabrikkomplexes eingesetzt. Mitte März 1945 begann hier die Produktion von Panzerfäusten. Am 13./14. April 1945 setzte die SS die Gefangenen im Rahmen der allgemeinen Räumungsmaßnahmen in Richtung Mauthausen in Marsch. Bis dahin waren 253 Gefangene in Flößberg gestorben.

Moritz Grote und Wolfgang Heidrich haben die Geschichte des Lagers Flößberg umfangreich erforscht. Ihrem gemeinsamen Buch liegen Recherchen in zahlreichen Archiven zugrunde; abgerundet wird es mit vielen interessanten Fotoquellen. Die Autoren beschäftigen sich mit allen Themen und Bereichen, die für die Erforschung lokaler KZ-Zwangsarbeit relevant sind: Sie zeigen die Geschichte des Unternehmens und dessen frühe Erfahrungen mit Zwangsarbeit, insbesondere die engen Verbindungen zur HASAG nach Polen, bis zur Errichtung des Lagers. Sie untersuchen die Verfolgungsgeschichten und -hintergründe der nach Flößberg Deportierten, die Existenzbedingungen im Lager und die Perspektiven der Gefangenen auf das Lager. Analysiert werden Struktur, Zusammensetzung und Agieren der Lagerführung und der Bewachungsmannschaften sowie das Verhalten der Firmenmitarbeitenden, vor allem des zu Bewachungszwecken eingesetzten Werkschutzes. Thema sind auch die Berührungspunkte mit der lokalen Bevölkerung und ihr Wissen über das Lager. Ausführlich erzählt werden die Hintergründe und der Verlauf der Lagerräumung sowie die Nachgeschichte, unter anderem anhand der Beschreibung des weiteren Lebenswegs von ehemaligen Gefangenen und von Tätern, die wie üblich nur punktuell juristisch

belangt wurden. Die nach Kriegsende entstandenen Gedenkorte, beispielsweise zwei mit Davidsternen markierte Friedhöfe, sind in den 1950er Jahren so umgestaltet worden, dass kein Verweis auf jüdische Opfer mehr sichtbar war. Die konkrete Geschichte des Lagers Flößberg verschwand unter dem allgemeinen, abstrahierenden Slogan »Den Toten zur Ehre, den Lebenden zur Mahnung«. Auch wenn Schulen und Massenorganisationen die Begräbnisstätten regelmäßig anlässlich von Jahrestagen besuchten, gab es keine Einladung, sich mit den Verbrechen, die in der Region stattgefunden hatten, anschaulich auseinanderzusetzen. Erst in den letzten Jahren der DDR begann die lokale Zivilgesellschaft mit einer historischen Erinnerungsarbeit, die im Rahmen der politischen Wende 1989 Aufwind erhielt. Im Jahr 2003 besuchte das erste Mal ein Überlebender, der in Australien lebende Stephen Casey, seinen ehemaligen Leidensort. Seit 2006 kümmert sich die Geschichtswerkstatt Flößberg e.V. um den Erhalt und die Weiterentwicklung der Begräbnisstätten, die stets von antisemitischen Schändungen bedroht sind. In den letzten Jahren sind etliche Bildungsangebote geschaffen worden, die weiterentwickelt werden sollen. Das Buch, für das die Autoren im November 2024 den Sächsischen Landespreis für Heimatforschung erhielten, wird hoffentlich bei diesen Bestrebungen hilfreich sein.

Aus diesem Grund ist es sehr schade, dass die Lesbarkeit des viel zu dick geratenen Bands stark beeinträchtigt ist. Das liegt zum einen an einer oft konfusen Struktur und Kapitelüberschriften, die nicht immer mit dem Inhalt korrespondieren, zum anderen an zahlreichen manierierten Formulierungen, Redundanzen und weitschweifigen Erläuterungen von Nebenthemen. Auch wenn ein kritischer Umgang mit Begriffen lobenswert ist, sollten Neuschöpfungen gut begründet sein. So sinnvoll es ist, zwischen den Bedingungen der Zwangsarbeit in Deutschland und im besetzten Polen zu differenzieren, so ist nichts gewonnen, wenn man beispielsweise zivile Zwangsarbeiter in Deutschland als »ausländische Zivilbeschäftigte« bezeichnet. Schmerzlich vermisst wird ein Personen- und Ortsregister. Warum die *open access* zugängliche Fachliteratur außerhalb des regulären Literaturverzeichnisses angeführt wurde, so dass diese Titel erst nach spezieller Suche gefunden werden, erschließt sich ebenfalls nicht.

Gerade angesichts der zunehmenden Unkenntnis über nationalsozialistische Verbrechen ist es wichtig, dass Bücher zur NS-Zwangsarbeit in ihren lokalen Kontexten nicht nur mit Preisen versehen und ins Bücherregal gestellt werden, sondern tatsächlich von einem breiten Publikum rezipiert werden. Vielleicht wäre es aus diesem Grund sinnvoll, über die Herausgabe einer gut lektorierten, gekürzten Fassung nachzudenken.

Andrea Rudorff  
*Fritz Bauer Institut*

## Wohnraum und Verfolgung



**Akim Jah, Christoph Kreuzmüller (Hrsg.)**  
*Zwangsräume. Antisemitische Wohnungspolitik in Berlin 1939–1945*  
Berlin: Metropol, 2024, 384 S., € 34,-

Während für andere Städte des Deutschen Reichs bereits Studien zur Verdrängung jüdischer Mieterinnen und Mieter aus ihrem Wohnraum vorliegen, war dieses Themenfeld für das nationalsozialistische Berlin bislang kaum erforscht. Mit der Publikation *Zwangsräume. Antisemitische Wohnungspolitik in Berlin 1939–1945* legen Akim Jah und Christoph Kreuzmüller eine sorgfältig edierte und quellenreiche Begleitpublikation zur gleichnamigen digitalen Ausstellung des Aktiven Museums vor. Der Band schließt nicht nur Forschungslücken, sondern eröffnet auch neue methodische Zugänge.

Im Zentrum stehen die antisemitische Wohnraumpolitik und die Einweisungen in sogenannte Judenhäuser und Zwangswohnungen. Der titelgebende Begriff »Zwangsräume« markiert eine begriffliche Distanz zur NS-Terminologie und rückt die Perspektive der Betroffenen in den Vordergrund.

Die Publikation gliedert sich in sechs Teile. Im ersten Abschnitt führen die Beiträge von Wolf Gruner und Johanna Kühne konzeptionell und empirisch in das Thema ein. Gruner beschreibt eindrucksvoll die schrittweise Transformation von Wohnungen als privaten Rückzugsorten zu Zwangsräumen, wobei er auch Ansätze des *spatial turn* integriert. Kühne präsentiert in ihrem Beitrag die zentralen Ergebnisse des Forschungsprojekts, das auf der Grundlage quantitativer Auswertungen die räumliche Struktur und Verteilung von 791 Häusern mit Zwangswohnungen analysiert. Der Beitrag beleuchtet zudem das Zusammenspiel von unterschiedlichen Verwaltungsinstanzen und verweist auf den Umstand, dass es in Berlin zu keiner vollständigen räumlichen Segregation kam – vielfach wohnten jüdische und nicht-jüdische Mieterinnen und Mieter weiterhin Tür an Tür.

Der zweite Abschnitt widmet sich den zentralen Institutionen der antisemitischen Wohnraumpolitik, darunter dem Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg (OFP), dem Generalbauinspektor Albert Speer (GBI), der Berliner Stadtverwaltung und der Gestapo. Dominic Strieder verdeutlicht in seinem Beitrag die entscheidende Scharnierfunktion des OFP beim behördlichen Zugriff auf Zwangsräume und der wirtschaftlichen Verwertung des enteigneten Vermögens. Demnach zählen die Akten der Vermögensverwertungsstelle zu den wichtigsten Quellen des Projekts. Magnus Brechtken wiederum verweist

auf die zentrale Rolle des GBI als Instrument zur systematischen Verdrängung jüdischer Mieterinnen und Mieter und hebt das enge Zusammenspiel von städtebaulichen Planungen und Verfolgungspolitik hervor. Christoph Kreuzmüller und Jakob Probst analysieren die Rolle der kommunalen Berliner Behörden bei der Durchsetzung und Organisation antisemitischer Wohnraumpolitik, die aktiv an der »Entbesitzung« jüdischen Eigentums mitwirkten. Akim Jah zeigt in seinem Beitrag die Verschränkungen zwischen dem System der Zwangswohnungen und der Deportation der jüdischen Bevölkerung durch die Gestapo. Ergänzt wird dieser Abschnitt durch weitere Beiträge, in denen auf die Zwangslage der Jüdischen Gemeinde und deren Personal eingegangen wird (Akim Jah, Jeanette Jakubowski).

Eine besondere Stärke des Bands liegt in der Verknüpfung struktureller Analysen mit mikrohistorischen Fallstudien, die im dritten Abschnitt im Mittelpunkt stehen. Anhand exemplarischer Biografien – etwa des Künstlers Arno Nadel, des Kaufmanns Ludwig Altenberg oder der Familien Jacoby/Rothholz – wird das Leben in Zwangswohnungen nachgezeichnet. Die Beiträge geben Einblick in soziale Spannungen, individuelle Handlungsspielräume und Formen des Widerstands. Hervorzuheben ist der Beitrag von Philipp Dinkelaker zur Nachkriegsrezeption des jüdischen Widerstandskämpfers Rudolf Schwersensky. Nach dem Krieg traten dessen langjährige Widerstandshandlungen in den Hintergrund, da eine kurzfristig erzwungene Kooperation mit den NS-Behörden in den Fokus rückte – während seine Zwangslage als Verfolgter weitgehend ausgeblendet blieb. Ausgehend von einem Gutachten zum Haus Ansbacher Straße 34 gelingt es Carolin Lange wiederum auf hervorragende Weise, die ideologisch motivierten Bestandsaufnahmen zu kontextualisieren und daraus Rückschlüsse auf die Lebenssituation der jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner zu ziehen.

Die weiteren Abschnitte widmen sich vergleichend der NS-Wohnpolitik in anderen Städten (Köln, Dresden, Wien) und bieten Einblicke in die Arbeit am Projekt. Besonders hervorzuheben ist die durch das Geographische Informationssystem GIS gestützte quantitative Analyse von Wohnsitzveränderungen von Henning Borggräfe, die zu den zentralen Forschungsergebnissen des Projekts zählt. Werkstattberichte und ein Epilog runden den Band ab, darunter ein Beitrag zur 3D-Rekonstruktion ausgewählter Häuser mit Zwangswohnungen.

Mit diesem Band wird nicht nur ein bislang wenig beachtetes Kapitel antisemitischer Verfolgung in Berlin systematisch aufgearbeitet, sondern zugleich ein überzeugendes Modell kollaborativer Geschichtsvermittlung vorgelegt. Einziger Kritikpunkt sind die teils erheblichen Redundanzen zwischen den Beiträgen. Insgesamt ist die methodisch innovative, quellenbasierte und multiperspektivisch angelegte Publikation gemeinsam mit der digitalen Ausstellung ein weiterer Meilenstein der Erforschung des nationalsozialistischen Alltags in Berlin.

Michaela Raggam-Blesch  
*München*

## Europa unter deutscher Besatzung



**Tatjana Tönsmeier**

*Unter deutscher Besatzung.  
Europa 1939–1945*

München: C.H.Beck, 2024, 650 S., € 38,–

Auf dem Höhepunkt der nationalsozialistischen Expansion befanden sich 230 Millionen Menschen unter deutscher Besatzung. Was bedeutete es für diese (nichtjüdischen und jüdischen) Menschen, darunter eine Vielzahl von Zivilistinnen und Zivilisten, teils jahrelang unter deutscher Okkupation zu leben? Dieser Frage geht Tatjana Tönsmeier in ihrem umfassenden Werk nach.

In vielen der überfallenen Länder dauerte die deutsche Besatzung länger als die militärischen Kampfhandlungen. Das »Besetzt-(gewesen-)Sein« sei in diesen Teilen Europas die »zentrale Kriegserfahrung« (S. 13) gewesen. Empirisch fundiert und vergleichend analysiert die Autorin die deutsche Besatzung als eine gesamteuropäische Erfahrung, ohne dabei besonders verfolgte Gruppen – neben Jüdinnen und Juden unter anderem Roma und Romnja, Sintj und Sintizze, psychisch Kranke – sowie Angehörige der Roten Armee in Kriegsgefangenschaft aus dem Blick zu verlieren. Auf der Grundlage von Tagebüchern, Briefen und persönlichen Aufzeichnungen aus mehr als 70 Archiven in 20 europäischen Ländern möchte Tönsmeier methodisch informiert und zugleich nahe am Erleben der Menschen eine »Alltagsgeschichte besetzter Gesellschaften« erzählen. Sie stellt die Erfahrungen und Selbstdeutungen der historischen Akteurinnen und Akteure sowie ihre Handlungsoptionen (Agency) unter Krieg, Besatzung und Verfolgung in den Mittelpunkt. Dabei berücksichtigt die Autorin, dass die antisemitische und rassistische Hierarchisierung der NS-Ideologie sich in unterschiedlichen Formen der Besatzungsherrschaft spiegelte. Diese Differenzierungen zeichnet Tönsmeier weniger entlang nationaler Grenzen, sondern entlang der Trennlinien zwischen Ost- und Westeuropa (und teils Nord- und Südeuropa) nach. Insbesondere der »Vernichtungskrieg« machte die Gewalt, das deutsche Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung, im östlichen Europa in einem anderen Ausmaß als in Westeuropa allgegenwärtig. Ein besonders hohes Maß an antisemitischer Gewalt fand sich auch in umstrittenen Grenzgebieten, die innerhalb kurzer Zeit von unterschiedlichen Seiten besetzt wurden.

Die Gliederung des Buchs folgt weder einer Chronologie noch Länderbeispielen, sondern fächert sich in verschiedene »Erfahrungsdimensionen« (S. 25 f.) auf. Tönsmeier nimmt ein breites Spektrum

an Themen in den Blick: den Moment der Invasion der Deutschen (»Sie kommen!«), die neu geschaffene Ordnungsstruktur (»Besetzte Gesellschaften«), die unterschiedlichen Besatzungsregime und ihren Einfluss auf bestehende soziale Dynamiken (»Besatzer und Besetzte«), die Mangel- und Hungerwirtschaft (»Vor dem Verzehr von Katzenfleisch wird gewarnt«), Wohnen und Vertreibung (»Die eigenen vier Wände«), Zwangsarbeit und Arbeitspflicht (»Arbeiten für den Feind«), die Bürokratie und die Einbindung lokaler Verwaltungen (»Papiere, Papiere, Papiere«), Kollaboration (die sie nicht so nennt) und Anpassung (»Dazugehören-Wollen«), Verfolgung und Vertreibung (»Ausgeschlossen-Werden«) sowie Widerstand (»Nein-Sagen«). Das Buch endet mit einer Ausführung zu »Gewalt – und die neue soziale Ordnung unter Besatzung«.

Tönsmeier thematisiert die geschlechtliche Arbeitsteilung in der Kriegs- und Besatzungssituation, nimmt die Rolle der sogenannten Volksdeutschen in den Fokus und blickt auf extrem rechte und nationalistische Gruppen in Europa. Diese teilten – trotz der teilweise bestehenden Konkurrenz – den Gedanken eines »neuen Europas« ohne Juden (S. 360) und gingen oft auch gegen Roma oder Minderheiten in ihrem jeweiligen nationalen Kontext vor, wie zum Beispiel die Organisation Ukrainischer Nationalisten. Die Autorin verweist auf die Zustimmung zu Antisemitismus und Antikommunismus in Teilen der besetzten Gesellschaften. Deutschland aber schuf den Rahmen für die entfesselte Gewalt und den massiven Antisemitismus, dessen Tradition dem NS-Regime vorausging, ebenso für den Raub an der jüdischen Bevölkerung in Europa durch den Staat und die lokale Bevölkerung, den Tönsmeier ausführlich darstellt. Sie schreibt über Frauen im Widerstand sowie über die Sichtbarkeit der Shoah. Zuschauen, betont Tönsmeier, war nicht neutral, sondern schloss aus, und das Ausgeschlossen-Werden betreffe »nicht nur die Ausgeschlossenen, sondern die gesamte Gesellschaft« (S. 445).

Über alle Kapitel hinweg betreibt die Autorin zusätzlich zur Quellenarbeit auch eine beachtliche Literatursynthese der historischen Forschung aus den untersuchten europäischen Ländern. Mit dem Ziel, »europäische Dimensionen von Besatzung aufzuzeigen« (S. 27), ergründet Tönsmeier Ähnlichkeiten sowie spezifische Unterschiede und integriert die Besatzungsgeschichte in eine europäische Geschichte, deren »dark heritage« (S. 27) sie sichtbar machen möchte. Alle, die sich mit diesen Themenbereichen beschäftigen, sollten dieses sehr gute Buch gelesen haben.

Veronika Duma  
*Frankfurt am Main*

## Institutionen der Täter vor Ort



**Christian Schmittwilken**

*Zentralen des Terrors.*

*Die Dienststellen der Kommandeure  
der Sicherheitspolizei und des SD im  
Reichskommissariat Ukraine*

Boston/Massachusetts, Berlin: De Gruyter,  
2024, 304 S., € 59,90

Christian Schmittwilken legt mit diesem Buch eine erste systematische Untersuchung der Dienststellen der Kommandeure der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdiensts (KdS) im Reichskommissariat Ukraine (RKU) vor. Ziel seiner 2021 an der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation vorgelegten und nun überarbeiteten Studie ist es, »die Forschungslücke zu den Kommandeuren der Sicherheitspolizei und des SD und den ihnen unterstehenden Dienst-, Außen- und Zweigstellen und ihrem Handeln zu schließen« (S. 3). Die ab Dezember 1941, also nach der ersten großen Mordwelle der Einsatzgruppen, eingerichteten KdS-Dienststellen fungierten als zentrales Instrument der »mörderischen und menschenverachtenden Besatzungspolitik« (S. 4). Das Reichssicherheitshauptamt in Berlin ernannte jeweils einen Kommandeur für die fünf Generalbezirke des RKU. Diese waren an der Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden, Roma, NKWD-Angehörigen, Partisaninnen und Partisanen sowie sowjetischen Kriegsgefangenen beteiligt. Sie betrieben Arbeitserziehungslager und halfen bei der Verschleppung der Zivilbevölkerung zur Zwangsarbeit. Die Angehörigen der KdS-Dienststellen wurden zu zentralen Akteuren der fortgeführten Massenerschießungen der jüdischen Bevölkerung.

Schmittwilken erweitert damit den Wissensstand zur NS-Besatzungsherrschaft im östlichen Europa sowohl in institutioneller als auch biografischer Hinsicht. Er zeigt detailliert, welche Strukturen für den Massenmord vor Ort geschaffen wurden und wie planmäßig die bisher kaum untersuchten Täter – auch in der »dritten Phase« des Massenmords – vorgingen. Die KdS-Dienststellen erscheinen als Schaltstellen, nicht als allmächtige Zentren. Die Arbeit knüpft an Forschungen an, die sich stärker mit Tätern der mittleren und unteren Ränge und ihrem Handeln befassen haben, und stützt sich trotz lückenhafter Überlieferung auf eine breite Quellenbasis aus Archiven in sechs Ländern, darunter die Ukraine.

Ein Schwerpunkt des Buchs liegt auf der Beschreibung von Strukturen und der aus ihnen erwachsenen Praktiken vor Ort. Täterbiografien werden vorgestellt, viele mit Karrieren im Sicherheitsapparat.

Die Kommandeure bildeten »eine auffallend homogene Gruppe« (S. 82), die eine »professionalisierte« (S. 145) und teils bestialische Gewalt ausübte. Die Gewalt schildert Schmittwilken teils detailliert, was auch über die Einbindung von Zeugenaussagen aus juristischen Ermittlungen ermöglicht wird. Über deren Entstehung und Intention mehr zu erfahren, wäre bereichernd gewesen.

Schmittwilken wird seinem eingangs zitierten Anspruch gerecht. Besonders in der Darstellung des Beziehungsgeflechts zwischen den deutschen KdS, ukrainischen Nationalisten und Partisanengruppen wird die Komplexität der historischen Situation deutlich. Die deutschen Herrscher hätten viele Verbrechen nicht begehen können, ohne ukrainische, polnische und »volksdeutsche« Hilfspersonen, besonders ukrainische Polizei, hinzuzuziehen. Ukrainische Nationalisten wurden teils angeworben, doch misstrauisch behandelt und der Gewalt ausgesetzt. Handlungsleitend waren dabei stets vorgeblich »Sicherheit« und »Ordnung«. Auch zur deutschen Kirchenpolitik liefert Schmittwilken neue Einblicke.

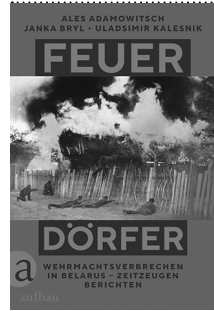
Wie der Autor betont, kann die Studie keine »integrierte« Geschichte des Holocaust (Saul Friedländer) liefern, dennoch klammert er die Perspektive der Betroffenen nicht aus. Weitestgehend unbenannt bleibt, wie sich die Gesellschaft in der Ukraine zur Zeit der deutschen Besatzung zusammensetzte und welche zuvor gemachten Erfahrungen für sie prägend waren. So bleibt auch wenig nachvollziehbar, wie genau sie die Gewalt rezipierte, wie lokale Akteurinnen und Akteure auf das Geschehen Einfluss nahmen und wie die Voraussetzungen für lokale Beteiligung oder Ablehnung waren. Dass es (wenn auch wenige) Jüdinnen und Juden gab, die der Verfolgung entrinnen konnten, wird benannt, ungeklärt bleibt dabei jedoch, unter welchen Umständen dies möglich war. Künftige Forschungen könnten hier anknüpfen.

Nicht näher ergründet Schmittwilken die Einschätzung, die KdS verkörperten »für große Teile der Bevölkerung das Gesicht und den Schrecken der deutschen Besatzung« (S. 4). Dass die Einwohnerinnen und Einwohner detailliertes Wissen über den Besatzungsapparat hatten, wäre zumindest bemerkenswert und ungewöhnlich.

Christian Schmittwilken leistet mit *Zentralen des Terrors* einen substanziellen Beitrag zur Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft und zum Verständnis des Holocaust im östlichen Europa. Er zeigt dabei auch, dass die Strukturen der Besatzungs- und Verfolgungsinstanzen keineswegs umfassend erforscht sind. Seine Studie schärft das Bild der Täter, ihrer Organisation, Ziele und Praktiken. Dass »die überwiegende Mehrheit der ehemaligen Angehörigen der KdS-Dienststellen straffrei davonkam« (S. 273), unterstreicht die Brisanz dieser Forschung.

Johannes Spohr  
*Berlin*

## Zeugnisse verdrängter Verbrechen



**Ales Adamowitsch, Janka Bryl,  
Uladsimir Kalesnik**

*Feuerdörfer. Wehrmachtsverbrechen in  
Belarus – Zeitzeugen berichten*

Aus dem Belarussischen von Thomas Weiler  
Berlin: Aufbau Verlag, 2024, 587 S., € 39,–

Ende 2024, fast 50 Jahre nach der belarussischen Ausgabe des Buchs von Ales Adamowitsch, Janka Bryl und Uladsimir Kalesnik erschien im Berliner Aufbau Verlag die erste deutsche Übersetzung unter dem Titel *Feuerdörfer*. Diese Übersetzung, die 2025 mit dem Preis der Leipziger Buchmesse ausgezeichnet wurde, wurde von Thomas Weiler angefertigt. In ihrer Begründung hoben die Laudatoren hervor, Weiler habe sich »mit der Erstübersetzung dieses von dörflichen Mundarten geprägten Schlüsseltexts dem abgründig Bösen ausgeliefert. [...] Ebenso sorgfältig wie einfühlsam setzt Thomas Weiler Menschen ein Denkmal, die im wahrsten Sinne des Wortes durchs Feuer gegangen sind.«<sup>1</sup>

Im Rahmen des deutschen Vernichtungskriegs wurden in Belarus neben den Massenerschießungen von Jüdinnen und Juden (unterschiedlichen Angaben zufolge gab es zwischen 550.000 und 800.000 Opfer) in mehr als 140 Antipartisanenoperationen etwa 345.000 Menschen ermordet, wobei die Hauptopfer (85 bis 90 Prozent) einheimische Dorfbewohner und Flüchtlinge waren. Genau dieser Tragödie ist das Buch *Feuerdörfer* gewidmet. Es entstand einige Jahre nach der 1969 eröffneten nationalen Gedenkstätte Chатын. Grundlage des 1975 erschienenen Buchs bildeten dokumentierte Zeugenaussagen der dem Feuer entkommenen Dorfbewohner – darunter viele Frauen. Einige Stimmen waren der ersten Ausgabe als Audio-Originalaufnahmen in Form einer Schallplatte beigelegt. Diese Stimmensammlung mit persönlichen Erinnerungen ging über das sowjetische Narrativ der Partisanenrepublik hinaus und machte unheroische Perspektiven sichtbar, die zuvor im offiziellen Diskurs unterrepräsentiert waren.

Der Erstveröffentlichung des Buchs ging vorbereitend in den Jahren 1970 bis 1973 das einzigartige Oral-History-Projekt der drei belarussischen Schriftsteller Ales Adamowitsch (1927–1994), der die Idee dazu hatte, Janka Bryl (1917–2006) und Uladsimir Kalesnik (1922–1994) voraus. Alle drei hatten selbst Erfahrungen im

Widerstandskampf der Partisanen gegen die deutschen Besatzer gemacht. Sie bereisten 47 belarussische Dörfer und zeichneten die Erinnerungen von mehr als 300 Zeitzeugen auf. Ziel dieser Sammlung war es, die Tragödie der zahlreichen verbrannten belarussischen Dörfer sichtbar zu machen. Im Gegensatz zu den bekannten nationalsozialistischen Massakern in Orten wie dem tschechischen Lidice oder dem französischen Oradour war das Wissen über die »verbrannten Dörfer« in Belarus kaum im Gedenken verankert. Die Autoren bemühten sich, die Authentizität der Erzählungen der Dorfbewohner zu bewahren – ihre sehr individuellen Perspektiven, teils sprunghaft wiedergegebenen Erinnerungen in verschiedenen lokalen Dialekten. Viele erzählten zum allerersten Mal von ihren traumatischen Erlebnissen.

Für die Veröffentlichung wurden die Erinnerungen der Überlebenden in 26 Abschnitte gegliedert und durch erläuternde Kommentare gerahmt oder ergänzt. So finden sich Autorenkommentare, die die Spuren beschreiben: »Anstelle des Dorfes Krasniza ist nur noch Wald, gar nicht mal so jung. Und ein kleines Denkmal am Wegesrand, für ein ganzes Dorf und seine Menschen.« (S. 17) Die Erinnerungen werden ergänzt durch Porträts der Zeitzeugen. Am Ende des Buchs wurde Material aus deutschen NS-Dokumenten, die in sowjetischen Quellenbänden veröffentlicht worden waren, beigelegt.

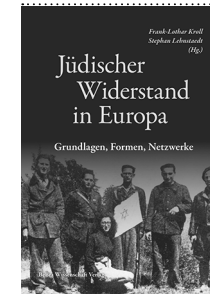
Trotz späterer Übersetzungen ins Russische, Ukrainische, Tschechische, Englische, Ungarische, Polnische und Bulgarische blieb die internationale Rezeption dieses so wichtigen Buchs eher bescheiden. Innerhalb der Sowjetunion wurde die hier erstmals praktizierte dokumentarische Vielstimmigkeit allerdings zum Vorbild für das gemeinsam von Daniil Granin und Ales Adamowitsch erstellte *Blockadebuch* (1977–1981), das Stimmen von Überlebenden der Leningrader Blockade versammelt. Auch für Swetlana Alexijewitschs Buch *Der Krieg hat kein weibliches Gesicht* (1985) war es eine wichtige Inspiration.

Die deutsche Ausgabe von *Feuerdörfer* umfasst fast 600 Seiten, darunter auch zwei Vorworte – eines von den Autoren der Ausgabe von 1975, das andere von der Historikerin und Menschenrechtlerin Irina Scherbakowa speziell für die deutsche Ausgabe geschrieben – sowie zwei Nachworte – von der Literaturkritikerin Ludmila Rublewskaja zur Entstehungsgeschichte des Buchs und von der Literaturwissenschaftlerin Nina Weller.

Das Buch ist für alle interessant, die sich für die Besonderheiten der deutschen Verbrechen während des Vernichtungskriegs im Osten Europas und für die Einbettung dieses Themas in die Kriegsgeschichte interessieren. Bei der Lektüre sollte man sich auf seinen mündlichen Charakter und das von Schmerz durchzogene Erzählen einstimmen.

Aliaksandr Dalhouski  
*Minsk*

## Der ignorierte Widerstand



**Frank-Lothar Kroll, Stephan  
Lehnstaedt (Hrsg.)**

*Jüdischer Widerstand in Europa.  
Grundlagen, Formen, Netzwerke*

Berlin: BeBra Wissenschaft Verlag, 2025,  
231 S., € 36,–

Stephan Lehnstaedt, Professor an der Touro University in Berlin, gab seiner jüngst veröffentlichten Gesamtdarstellung jüdischen Widerstands den pointierten Titel *Der vergessene Widerstand*, um deutlich zu machen, dass die Auflehnung von Jüdinnen und Juden ein jahrzehntelang kaum beachtetes Kapitel des Holocaust war. Dies hat sich seit einigen Jahren, verspätet auch hierzulande, grundlegend geändert, wie das von Lehnstaedt gemeinsam mit Frank-Lothar Kroll von der Technischen Universität Chemnitz herausgegebene Buch eindrucksvoll unter Beweis stellt.

Die elf Autorinnen und Autoren behandeln ein breites Spektrum widerständigen Handelns von Jüdinnen und Juden. Zusammengelesen untermauern sie einmal mehr die Notwendigkeit, hier ein weites Verständnis von Widerstand zugrunde zu legen. Da das Ziel der Nationalsozialisten und ihrer Helfer darin lag, ausnahmslos alle Jüdinnen und Juden, derer sie habhaft werden konnten, zu ermorden und darüber die Deutungshoheit zu haben, lassen sich alle Handlungen, die sich dagegen richteten, als Widerstand einordnen. Er wandte sich gegen den Wesenskern der NS-Herrschaft und gegen eines ihrer zentralen politischen Ziele und war damit auch ein eminent politischer Widerstand.

Die Beiträge behandeln vor allem das deutsch besetzte Ost- und Westeuropa, das Deutsche Reich selbst sowie das verbündete Rumänien und die neutrale Schweiz. Die Herausgeber haben die Aufsätze in drei Kategorien eingeteilt: Räume, Netzwerke und Formen. Den Auftakt macht Stephan Lehnstaedt mit einer Geschichte der Beschäftigung beziehungsweise langen Nichtbeschäftigung mit jüdischem Widerstand in der west- und ostdeutschen Historiografie, die sich mitunter sogar durch eine explizite Marginalisierung des Themas hervortat.

Unter der Überschrift »Räume« widmen sich zwei Beiträge der unumstrittensten Erscheinungsform jüdischen Widerstands – dem bewaffneten Kampf. Anika Walke untersucht jüdische Partisaninnen und Partisanen und den Mikrokosmos Wald als Ort des Widerstands, der Zufluchts- und zugleich Bedrohungsort war. Walke entfaltet das gesamte Spektrum der Kontexte für jüdischen Widerstand, die Ort, Form, Zeitpunkt und anderes mehr bestimmten. Dazu gehörten der

Zeitpunkt und die Art des deutschen Einmarschs, die Haltung der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft, die örtlichen Begebenheiten im Wald und, jenseits davon, die anderen Akteure im Wald und vieles mehr. Franziska Bruder zeichnet minutiös den Aufstand der jüdischen Arbeitshäftlinge im Vernichtungslager Sobibor nach. Sie zeigt, dass physische und psychische Selbstbehauptung zentrale Voraussetzung für die Möglichkeit einer bewaffneten Erhebung war. Überdies macht sie auf den wenig beachteten Umstand aufmerksam, dass die Kämpfer von Sobibor auch die Dokumentation der Verbrechen als ein Ziel verfolgten. Bereits in diesen beiden Beiträgen sind die Besonderheiten jüdischen Widerstands wie unter einem Brennglas zu sehen.

Im Mittelpunkt der drei Beiträge zu Netzwerken von Frédéric Crahay, Mariana Hausleitner und Anne Lepper stehen unterschiedliche Formen des Rettungswiderstands. Crahay untersucht zwei Organisationen im besetzten Belgien, die das Untertauchen mehrerer tausend jüdischer Erwachsener und Kinder organisierten. Mariana Hausleitner fasst den Rettungswiderstand für die deportierten Juden im rumänisch besetzten Transnistrien zusammen, in den vor allem Initiativen und Netzwerke von Jüdinnen und Juden aus Bukarest mit guten Beziehungen in Regierungskreisen involviert waren. Ihre Hilfsaktionen stützten sich auch auf Kontakte nach Genf. Dort waren jüdische Netzwerke und Organisationen aktiv, die Anne Lepper in ihrem Aufsatz analysiert. In dem Wirken von Abraham Silberschein und anderer verschränkten sich die Bemühungen um die Rettung möglichst vieler Jüdinnen und Juden mit der Dokumentation der NS-Verbrechen und der Aufklärung der Welt darüber.

Der Kategorie »Formen« sind schließlich vier Beiträge zugeordnet. Den Auftakt macht Dina Porat, die die grundlegenden Ausgangsbedingungen des jüdischen Widerstands in Osteuropa aufschlüsselt und zeigt, wie diese seinen Zeitpunkt und seine Formen konstituierten. Judy Baumel-Schwartz ergänzt dies mit Blick auf die Religion. Auf wenigen Seiten zeigt sie, wie religiöse Praxis zu Widerstand und wie Widerstand als eine religiöse Pflicht verstanden wurde. Miriam Chorley-Schulz schließlich schlägt einen Bogen von der jüdischen Flüchtlingshilfe 1938 über Dokumentationsinitiativen 1939/40 in Wilna bis hin zur Rettung jüdischen Kulturguts im deutsch besetzten Wilna und zum Kampf jüdischer Partisanen. Dieser Bogen war nicht nur getragen von personellen Kontinuitäten und Verbindungen, sondern auch von gemeinsamen Ideen.

Der Band bietet einen ebenso vielfältigen wie tiefen, einen überaus lehrreichen und beeindruckenden Einblick in jüdischen Widerstand während des Holocaust. Die Autorinnen und Autoren zeigen anschaulich seine spezifischen Ausgangsbedingungen und Kontexte sowie seine besonderen Formen.

Markus Roth  
*Fritz Bauer Institut*

<sup>1</sup> <https://www.preis-der-leipziger-buchmesse.de/de/nominierungen/2025/uebersetzung/weiler>

## Eine italienische Überlebende



### Liliana Segre, Enrico Mentana

*Erinnern macht frei. Das unterbrochene Leben eines Mädchens in der Shoah*

Aus dem Italienischen von

Ulrike Schimming

Berlin: Neofelis, 2024, 210 S., € 19,-

Ende 1943 versuchte die Familie der Mailänderin Liliana Segre, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen und in die Schweiz zu fliehen. Ihre Flucht scheiterte jedoch dramatisch und endete mit der Deportation der Familie nach Auschwitz. Liliana Segre ist heute Senatorin auf Lebenszeit und neben Primo Levi eine der bekanntesten Holocaust-Überlebenden in Italien.

Verschiedene Publikationen, Interviews und der preisgekrönte Dokumentarfilm LILIANA (2024) von Ruggero Gabbai beschäftigten sich mit der aktiven Zeitzeugin. Dem Neofelis-Verlag kommt nun das Verdienst zu, die bereits 2015 in Italien erschienenen Erinnerungen Segres einem deutschen Publikum zugänglich zu machen und somit einen Einblick in die Geschichte der Judenverfolgung in Italien zu geben: Im faschistischen Italien waren seit 1938 weitreichende antijüdische Gesetze eingeführt worden, die den Ausschluss der jüdischen Bevölkerung aus dem gesellschaftlichen und beruflichen Leben zur Folge hatten. Nach der deutschen Besetzung des Lands im September 1943 wurden über 7.000 Jüdinnen und Juden in deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert oder vor Ort ermordet, etwa ein Fünftel der jüdischen Bevölkerung Italiens. Ein sehr großer Teil der Verfolgten versuchte mit viel Mut, der Verfolgung durch Untertauchen und Flucht zu entgehen. Über 4.000 überlebten dank der Flucht in die Schweiz, doch über 300 Jüdinnen und Juden wurden, ähnlich wie Liliana Segre, in der Nähe der Grenze durch deutsche oder italienische Einheiten verhaftet und deportiert.

Liliana Segre wurde 1930 in einer vermögenden, laizistischen Familie in Mailand geboren. Nach dem frühen Tod ihrer Mutter wuchs das Mädchen mit ihrem Vater und den Großeltern väterlicherseits auf. Nach der Einführung der antijüdischen Gesetzgebung musste sie 1938 die Schule verlassen und besuchte seitdem eine von Ordensschwwestern geführte Privatschule (Marcelline). Die eilig vorgenommene katholische Taufe half weder, den Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben durch die »Rassegesetze« abzuwenden, noch schützte sie unter der deutschen Besatzung vor Verhaftung und Deportation. Wenige Tage nach der italienischen Polizeiverordnung zur Verhaftung der Jüdinnen und Juden Ende November 1943 wagte Liliana mit ihrem Vater und weiteren Verwandten die Flucht

in die Schweiz. Ihnen gelang der riskante Übertritt, doch wurden sie von Schweizer Grenzschutzwachen zurückgewiesen und von italienischen Zollbeamten verhaftet. Teils gemeinsam, teils voneinander getrennt verbrachten sie mehrere Wochen in den Gefängnissen von Varese, Como und dem berüchtigten San Vittore in Mailand. Ende Januar 1944 wurde Liliana Segre mit ihrer Familie vom »Binario 21«, dem Gleis 21 des Mailänder Hauptbahnhofs, an dem heute eine Gedenkstätte eingerichtet ist, nach Auschwitz deportiert. Die 13-Jährige wurde als Arbeiterin ins Lager aufgenommen und in den Weichsel-Union-Metallwerken eingesetzt. Im Januar 1945 überlebte sie den Todesmarsch nach Ravensbrück; einige Monate später wurde sie im KZ-Außenlager Malchow befreit.

Ende August 1945 kehrte Liliana Segre nach Mailand zurück. Ihr Vater und ihre Großeltern väterlicherseits waren ermordet worden. Sie wurde zeitweise von ihrem Onkel und den Großeltern mütterlicherseits aufgenommen. Bei ihrer schwierigen Rückkehr in die »Normalität« (S. 133) halfen ihr, wie sie in den Erinnerungen betont, der Privatunterricht zum Aufholen der verlorenen Schuljahre und die Liebe ihres katholischen Ehemanns, den sie 1948 kennenlernte und mit dem sie drei Kinder bekam. Später war Liliana Segre als Unternehmerin tätig. Nach Jahrzehnten des Schweigens über ihr Schicksal nahm sie seit den 1990er Jahren eine aktive Rolle als Zeitzeugin wahr.

Insgesamt handelt es sich um ein gut lesbares, reflektiertes und zugleich bewegendes Zeugnis einer italienischen Holocaust-Überlebenden. Liliana Segre gelingt es, den eigenen vielschichtigen Gefühlen einen Namen zu geben. Sie zeigt sich als präzise und scharfe Beobachterin sowohl des Charakters und Handelns anderer Menschen als auch der eigenen Verhaltensweisen: Sie betont die Bedeutung von Akten der Solidarität, hebt aber auch die Handlungen jener Männer und Frauen hervor, die sich ihr gegenüber rücksichtslos verhalten haben, und wirft so ein Licht auf die italienische Kollaboration und die verfehlte Flüchtlingspolitik der Schweiz.

Eingeleitet werden die Erinnerungen durch ein Vorwort des Journalisten Enrico Mentana. Ergänzt wurde die deutsche Ausgabe zudem durch Zeitungsartikel und Reden, die Liliana Segre nach ihrer im Januar 2018 erfolgten Ernennung zur Senatorin auf Lebenszeit gehalten hat.

Nicht wenige italienische Überlebende haben ihre Verfolgungserfahrungen in Interviews und Publikationen verarbeitet, doch in deutscher Übersetzung lagen bislang nur wenige – etwa die Berichte von Primo Levi, Leonardo De Benedetti, Piera Sonnino und Liana Millu – vor. Segres Erinnerungen mit der besonderen Perspektive einer eigenständigen Heranwachsenden bieten eine wertvolle Ergänzung dieser persönlichen Einblicke in die Verfolgung der Juden in Italien.

Sara Berger

Fritz Bauer Institut

## Kommunismus und Judentum



### Philipp Graf

*Zweierlei Zugehörigkeit.*

*Der jüdische Kommunist Leo Zuckermann und der Holocaust*

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht,

2024, 356 S., € 45,-

Im Jahr 1952 sah sich der jüdische Kommunist Leo Zuckermann gezwungen, seine Heimat zu verlassen – zum zweiten Mal. 1933 war er nicht wegen seiner jüdischen Herkunft geflohen, sondern weil ihn seine politische Überzeugung in Gefahr brachte. Fast zwei Jahrzehnte später war es in erster Linie Zuckermanns Engagement für jüdische Angelegenheiten, das ihn der SED-Führung suspekt machte. Wie und weshalb sich Leo Zuckermanns Verhältnis zu seiner jüdischen Herkunft änderte, stellt Philipp Graf in seiner Biografie des Politikers und Juristen dar.

Das Buch beginnt mit Zuckermanns Austritt aus der jüdischen Gemeinde im Juni 1921 und seinem Eintritt in die Sozialistische Arbeiterjugend 1924 und schließlich in die KPD. Die Absage an den Antisemitismus und das Versprechen einer Gesellschaft, in der die Herkunft keine Rolle spielen sollte, machten die linke Bewegung für den jungen Zuckermann attraktiv. Weder sein Austritt aus der Gemeinde noch seine politischen Überzeugungen führten jedoch zu einem Bruch mit dem Elternhaus. Nach seiner Flucht lernte Zuckermann im Pariser Exil die französische Jüdin Lydia Staloff kennen, die er später heiratete; das Paar bewegte sich größtenteils in einem jüdisch-kommunistischen Umfeld. Der Titel des Kapitels »Neutralisierung der Herkunft« kann dieses komplexe Verhältnis nur schlecht greifen, und eine Konzeptualisierung verschiedener Aspekte von Zuckermanns Jüdischsein wäre hilfreich gewesen.

Im Pariser Exil war Zuckermann zunächst im Europäischen Büro und später im Internationalen Asylrechtsbüro der Internationalen Roten Hilfe tätig. Anlässlich der Flüchtlingskonferenz in Evian 1938 beklagte er in einer Exilzeitschrift, dass die Öffentlichkeit politische Flüchtlinge, im Gegensatz zu jüdischen, vernachlässige. Während er in seinem Pariser Exil noch wenig Interesse an der Judenverfolgung zeigte, änderte sich seine Haltung nach seiner Flucht nach Mexiko, wo er im Dezember 1941 ankam. Angesichts der zunehmend schockierenden Nachrichten aus Europa postulierte die dortige kommunistische Exilgruppe unter der Führung Paul Merkers Solidarität mit den jüdischen Opfern. Merker und Zuckermann forderten die Gründung eines jüdischen Staats und Wiedergutmachung für jüdische Opfer. Graf argumentiert, dass andere jüdische Mitglieder der Gruppe sich nicht im gleichen Maße ihrem Jüdischsein

wieder annäherten, und begründet Zuckermanns Wandel mit dessen ostjüdischer Herkunft, bei der »Residuen jüdischer Kollektivität nach[wirkten]«, weshalb »die Nachrichten vom Kontinent bei ihm eine andere Resonanz als bei seinen deutschen Genossen« fanden (S. 97). Eine Erklärung, die von einer homogenen ostjüdischen Gemeinschaft ausgeht und auch die Frage offenlässt, warum sich gerade der nichtjüdische Paul Merker für jüdische Interessen einsetzte.

Nach seiner Rückkehr in die Sowjetische Besatzungszone hielt Zuckermann, der in der DDR bis zum Rang eines Staatssekretärs aufstieg, an seinen im Exil gewonnenen Überzeugungen fest. Anfangs war es ihm auch ohne größere Probleme möglich, an einem Gesetzesentwurf zur Wiedergutmachung zu arbeiten und sein wiedergewonnenes jüdisches Selbstverständnis mit seiner politischen Karriere in der Sozialistischen Einheitspartei zu vereinbaren. Zuckermanns Gesetzesentwurf scheiterte jedoch 1949, und in dem neugegründeten Staat wurde es zunehmend schwieriger, sich für jüdische Interessen einzusetzen.

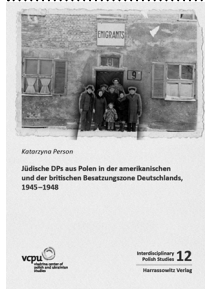
Im Zuge der Noel-Field-Affäre wurde Zuckermann wie auch andere »Westemigranten« 1950 mehrfach von der Zentralen Parteikontroll-Kommission (ZPKK) verhört. Im November trat er als Staatssekretär zurück. Zwischenzeitlich schien sich seine Situation zu verbessern, doch mit dem stalinistischen Schauprozess gegen Rudolf Slánský Ende 1952 in Prag spitzte sich die Lage auch in der DDR zu. Zuckermann war sich bewusst, dass ihn seine Nähe zu jüdischen Flüchtlingsorganisationen und sein Engagement für jüdische Interessen suspekt machten, und schickte eine Erklärung an die ZPKK, in der er Julius Meyer, den Vorsitzenden des Verbands Jüdischer Gemeinden in der DDR, als »Agent[en] israelischer Regierungskreise« denunzierte. Kurz darauf erhielt er Nachricht von der Verhaftung Paul Merkers und floh nach Westdeutschland und von dort nach Mexiko. Zuckermann blieb auch nach seinem Ausschluss aus der SED Kommunist, der Jüdischen Gemeinde in Mexiko-Stadt trat er nicht bei. Sein Einsatz für die jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und das damit verbundene jüdische Selbstverständnis blieben ein Intermezzo.

Philipp Graf's abschließendes Urteil, dass »dem Holocaust in der kommunistischen Bewegung für die längste Zeit nur der Platz einer Leerstelle zukam«, überrascht. Für die beschriebene »Zwischenzeit« traf dies nicht zu, und wie eine Reihe in den letzten Jahren erschienener Studien zeigt, blieb der Holocaust auch nach 1952 Teil des kulturellen Diskurses. Das etwas pauschale Urteil sticht heraus in dieser sehr lesenswerten Studie, die das komplexe Verhältnis von jüdischer Herkunft und kommunistischer Überzeugung eindrücklich beleuchtet und aus einer transnationalen Perspektive Kontinuitäten und Brüche in der Haltung der kommunistischen Bewegung zu jüdischen Fragen überzeugend darstellt.

Anna Koch

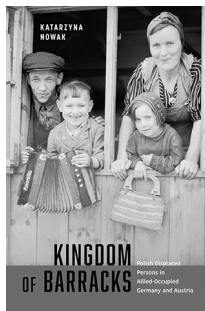
London

## DP-Geschichte aus der Binnenperspektive



### Katarzyna Person

*Jüdische DP's aus Polen in der amerikanischen und britischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1948*  
Aus dem Polnischen von Anna Labentz  
Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 2023, 292 S., € 58,–



### Katarzyna Nowak

*Kingdom of Barracks. Polish Displaced Persons in Allied-Occupied Germany and Austria*  
Montreal: McGill-Queen's University Press, 2023, 343 S., \$ 95.00 CAD

Die Geschichte der Displaced Persons (DPs) erfährt zunehmend öffentliches wie akademisches Interesse. Millionen Menschen nichtdeutscher Herkunft, vor allem aus dem östlichen Europa, hielten sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs im deutschsprachigen Raum auf. Diese DPs bildeten keine homogene Gruppe. Unterschiede bestanden sowohl hinsichtlich der Herkunft als auch der Kriegs- und Nachkriegserfahrungen. Nach einzelnen Lokal- und Regionalstudien wird die Geschichte der DPs nun auch in großen Forschungsverbänden untersucht. DP-Forschung ist somit kein Randthema mehr. Auffallend bei den hiesigen Recherchen ist jedoch, dass zumeist ein struktureller oder institutioneller Zugriff gewählt wird. Dies hat zur Folge, dass vor allem Binnenperspektiven der verschiedenen DP-Gruppen unterrepräsentiert sind. Ein Grund dafür sind Sprachbarrieren. Eine Vielzahl von Selbstzeugnissen der DPs, in ihren jeweiligen Sprachen, bleibt größtenteils unberücksichtigt. Besonders erfreulich sind daher die Publikationen von Katarzyna Person und Katarzyna Nowak. Beide Arbeiten überwinden Sprachbarrieren, beziehen einen weltweit verstreuten Quellenbestand ein und überzeugen durch ihre Analyse. Bemerkenswert ist die Verknüpfung unterschiedlicher Forschungsfelder, akademischer Schulen und Kontexte. Person fokussiert auf polnisch-jüdische Perspektiven. Prägnant zeigt sie, wie sich aufgrund des jahrelangen Aufenthalts in Deutschland eine neuartige jüdische Identität herausbildete: »[D]ie polnischen Juden [wurden] zu Juden aus Polen – und schließlich schlicht zu Juden, die sich ein Leben außerhalb ihres Geburtslandes aufbauten« (S. 22 f.). Nowak analysiert dieses *nation building* für polnische DPs und hinterfragt

das zumeist propagierte eindeutige Polentum. Wer gehörte dazu, wer wollte dazugehören, wer nicht? Welche Bedeutung spielten Sprache, Ethnie, Religion und politische Haltung? Ähnliche Fragen behandelt auch Person, wenngleich aus einer anderen Perspektive. Es lohnt sich, beide Bücher gemeinsam zu lesen. Die Autorinnen schöpfen aus einem reichen und zum Teil bisher unveröffentlichten Quellenkorpus. Vor allem Selbstzeugnisse stehen im Fokus. Person wie Nowak bringen Mikro-, Meso- und Makroperspektive beeindruckend zusammen. Lesende, die sich bislang nicht mit dem östlichen Europa und insbesondere dessen ethnischen, sprachlichen und religiösen Komplexitäten auseinandergesetzt haben, erhalten dadurch erhellende Perspektiven auf die Region – aber auch auf Deutschland, wo eben zu großen Teilen die DP-Geschichte stattfand. Vor allem die sehr unterschiedlichen biografischen Notizen, zum Beispiel bei Nowak zu einer polnischen Romni oder einer Tatarin, zeigen, dass die Kategorie DP eine bürokratische war. Sie bildete kaum Mehrdeutigkeiten und Realitäten ab. Gleichzeitig wussten Menschen dies bewusst für sich zu nutzen. Person und Nowak fordern dazu auf, die Erfahrungen der DPs jenseits nationaler Kategorien zu analysieren. Sie fragen nach den Ambivalenzen menschlichen Tuns in Zeiten von Chaos, Unsicherheit und Polarisierung. Während Person das Thema Kollaboration und Kollaborationsvorwürfe aufgreift, wird es bei Nowak eher am Rande behandelt. Dies in Zukunft vor allem auf der Grundlage von Selbstzeugnissen sowie Quellen aus Diaspora-Archiven zu beleuchten, verspricht gewinnbringende Perspektiven.

Persons Buch überzeugt in erster Linie aufgrund der Synthese der enorm vielfältigen mehrsprachigen Forschungslage zu jüdischen DPs. Es ist besonders erfreulich, dass ihr Buch ins Deutsche übersetzt wurde und *open access* zugänglich ist. Person plädiert dafür, DP-Geschichte nicht nur als Exkurs einer eindimensionalen Nationsgeschichte zu verstehen: »Die DPs – vor dem Krieg polnische Staatsbürger, sowohl Polen, Juden als auch Ukrainer – sind deshalb [...] integraler Teil der Nachkriegsgeschichte Polens [...], selbst wenn sie [...] die bewusste Entscheidung getroffen haben, nicht mehr Teil Polens sein zu wollen« (S. 259). DP-Geschichte ist auch ein wesentlicher Aspekt der Geschichte Deutschlands und Österreichs – darüber hinaus ein Teil einer transnationalen, globalen Geschichte, die dazu auffordert, betrachtet zu werden – trotz und wegen der Komplexitäten. Person plädiert zudem für eine vergleichende Geschichte der verschiedenen DP-Gruppen, was Nowak bereits versucht. Wünschenswert wäre dies auch deshalb, weil DPs nicht nur auf die Alliierten oder die deutschsprachige(n) Gesellschaft(en) reagierten und mit ihnen agierten, sondern auch jeweils untereinander. Dem gilt es künftig weitere Aufmerksamkeit zu schenken.

Sarah Grandke  
*Regensburg/Canberra*

## Berichte aus Nürnberg



### Ebbo Schröder

*Journalistische Praxis beim Nürnberger Prozess 1945/46.*  
*Eine Fallstudie zum blinden Fleck der Mediengeschichtsschreibung*  
Wien, Köln: Böhlau Verlag, 2024, 371 S., € 60,–

Seit seiner Entstehung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert war das moderne humanitäre Völkerrecht eng mit mediengeschichtlichen Neuerungen verbunden. Auch die Konzeption des Internationalen Militärtribunals (IMT) in Nürnberg und seine Legitimität als erstes und zugleich letztes interalliiertes Experiment auf dem Gebiet des Völkerstrafrechts hing maßgeblich vom Einsatz moderner Massenmedien und der Existenz transnationaler Medienöffentlichkeiten ab.

In seiner Studie zum Wirken US-amerikanischer und britischer Auslandskorrespondenten im besetzten Nachkriegsdeutschland möchte Ebbo Schröder das IMT als Fallstudie verstanden wissen, um sich wandelnden Rollenverständnissen der beteiligten Journalisten und Journalistinnen in der Übergangphase zwischen Krieg und Frieden nachzugehen und ihren zum Teil idealisierenden Selbstbeschreibungen entgegenzutreten.

Angesichts des postulierten interdisziplinären Ansatzes und der etwas vollmundig klingenden Ankündigung, nicht nur die »Blackbox« (S. 14) der angloamerikanischen Nürnberg-Berichterstattung öffnen zu wollen, sondern zudem übergreifende Erkenntnisse zum Metier der Auslandskorrespondenz zu liefern, wirken Schröders Ausgangsthesen allerdings wenig profiliert. Dass die journalistische Auseinandersetzung mit dem IMT sehr unterschiedlich ausfiel, was sich wiederum durch Unterschiede in den Produktionskulturen der Medienorganisationen erklären lässt, ist eine Feststellung, die in ihrer Allgemeinheit auf so gut wie jedes internationale Medienereignis zutreffen dürfte.

Im Oktober 1945 versammelten sich in Nürnberg mehr als 300 Medienvertreter aus 26 Ländern, um über das außergewöhnliche Verfahren zu berichten. Trotz aller Bemühungen der US-amerikanischen Anklagebehörde, eine konstant hohe Berichtsichte zu erreichen, variierte die Zahl der anwesenden Korrespondenten aber stark. Vor allem die Pressevertreter aus den USA und Großbritannien nutzten jede sich bietende Chance, den sanitären Verhältnissen im »Press Camp« und der Arbeitsbelastung zu entkommen. Als im Februar 1946 Sowjets und Franzosen ihre Anklagepunkte zu Kriegsverbrechen und *crimes against humanity* vortrugen, verließen die meisten von ihnen die Stadt und kehrten erst im März zurück. Die Haltung

vieler Journalisten gegenüber dem Tribunal war im Übrigen davon geprägt, dass die Entscheidung des US-amerikanischen Chefanklägers Robert H. Jackson, die Beweiserhebung vorwiegend auf Dokumente und Transkripte zu gründen, die Gerichtsberichterstattung zu einem mühsamen Geschäft werden ließ. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang Schröders Befund, dass die Pressevertreter mit der Herausgabe klassifizierter Dokumente aus NS-Beständen bei der Stange gehalten wurden, um so dem Interesse an exklusiven Geschichten aus dem innersten NS-Machtzirkel entgegenzukommen.

Im zentralen fünften Kapitel zeichnet der Autor die Wechselverhältnisse zwischen Korrespondenten vor Ort und entsendenden Redaktionen anhand zahlreicher Einzelbeispiele nach. In Anlehnung an die in der Literatur vertretene These eines Lernprozesses in Bezug auf den Holocaust argumentiert er, dass sich insbesondere Vertreter britischer Qualitätsmedien der Linie des britischen Hauptanklägers Hartley Shawcross angeschlossen hätten, der zufolge die Massenverbrechen gegen die osteuropäischen Zivilbevölkerungen vor dem Angriffskrieg rangieren würden. Doch abgesehen davon, dass diesen Befunden keine systematische Inhaltsanalyse zugrunde liegt, sind die dazu angeführten Quellenzitate weniger eindeutig als behauptet.

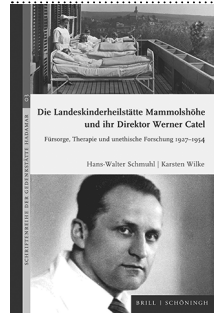
So verfällt der Autor mehr als einmal in einen Modus des unreflektierten Präsentismus, indem er die journalistischen Beiträge danach beurteilt, inwieweit sie der geläufigen völkerstrafrechtlichen und erinnerungskulturellen Unterscheidung zwischen Verstößen gegen das *ius ad bellum* und Verbrechen an Zivilisten außerhalb des Kriegszusammenhangs entsprachen. Der Annahme, dass sich die britischen Pressevertreter durch die im Gerichtssaal ausgebreiteten Fakten über den Judenmord von dessen zentraler Bedeutung hätten überzeugen lassen, widerspricht jedoch schon ihre Abwesenheit bei den französischen und sowjetischen Anklagevorträgen.

Quellenkritische Unsicherheiten zeigen sich auch an anderen Stellen. Schröder scheint nicht bekannt zu sein, wie die westlichen Anklagevertreter im Zusammenspiel mit Medienvertretern die Sowjets mehrfach ausbooten konnten. Indem er für die Darstellung der Auseinandersetzungen um das geheime Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Pakts auf Tagebucheinträgen eines deutschen Verteidigers zurückgreift, übernimmt er dessen nationalistische Legende eines gegen die Deutschen gerichteten manipulativen Umgangs mit Beweismitteln durch Sowjets und Westmächte.

Nicht erst seit der russischen Ukraine-Invasion und dem Krieg in Gaza wird darüber debattiert, inwieweit die gegenwärtige Krise des Völkerstrafrechts auch als Krise westlicher Leitmedien und ihrer Auslandsberichterstattung begriffen werden kann. Ungeachtet einzelner methodischer Schwächen und einem störenden Hangs zu selbstpreisenden Floskeln leistet Schröders materialreiches Buch zu dieser Debatte einen wichtigen Beitrag.

Annette Weinke  
*Jena*

## Tödliche Medizin nach 1945



**Hans-Walter Schmuhl, Karsten Wilke**  
*Die Landeskinderheilstätte Mammolshöhe und ihr Direktor Werner Catel. Fürsorge, Therapie und unethische Forschung 1927–1954*  
Paderborn: Brill | Schöningh, 2025, 314 S., € 56,-

Der Professor für Kinderheilkunde Werner Catel (1894–1981) ist vor allem bekannt in Zusammenhang mit der »Euthanasie« im NS-Staat. In der von Catel geleiteten Kinderklinik der Universität Leipzig lag Ende der 1930er Jahre ein schwerstbehindertes Kleinkind, dessen Vater ein Gesuch an Adolf Hitler richtete, die Tötung des Kinds zu ermöglichen. Hitlers Begleitarzt Karl Brandt veranlasste daraufhin den Tod des Kinds. Brandt und Reichsleiter Philipp Bouhler erhielten die Anweisung Hitlers, zukünftig in ähnlichen Fällen ebenso vorzugehen. Werner Catel fungierte im Kontext der nun beginnenden »Kindereuthanasie« als Gutachter des Reichsausschusses zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden, der über die Tötung der Kinder entschied.

Genannt wird Werner Catel zuweilen auch als Beispiel für die personellen und wissenschaftlichen Kontinuitäten zwischen NS-Staat und junger Bundesrepublik. Im Jahr 1947 als »entlastet« entnazifiziert, wurde er 1954 an die Universität Kiel berufen. Erst als infolge der Enttarnung und Verhaftung des ehemaligen ersten Leiters der »Aktion T4« Werner Heyde 1959 auch Catels Name in Zusammenhang mit den NS-Krankenmorden genannt wurde, bat er um seine Emeritierung. Gleichwohl trat er weiterhin für die »Euthanasie« beim »völlig idiotischen Kinde« ein (S. 236), so in seiner Streitschrift *Grenzsituationen des Lebens* (1962) und in einem *Spiegel*-Interview von 1964.

Wenig Aufmerksamkeit hat bislang Catels Wirken im ersten Nachkriegsjahrzehnt gefunden. Von 1947 bis 1954 leitete er die Landeskinderheilstätte Mammolshöhe in Mammolshain (Taunus) und forschte unter anderem zu dem nach Kriegsende hoch aktuellen Thema der Tuberkulose. Dass im Zuge dieser Forschungen mehrere Kinder bei Medikamentenversuchen starben, hat Thomas Gerst schon 1999 publiziert. Aber erst 2019 entbrannte eine Diskussion darüber, dass seinerzeit das hessische Innenministerium und die Frankfurter Ärztekammer über die Vorgänge informiert wurden, Catel aber gewähren ließen. Der Landeswohlfahrtsverband Hessen gab daraufhin eine historische Untersuchung in Auftrag, die Hans-Walter Schmuhl und Karsten Wilke durchführten.

Schmuhl und Wilke können nach eingehender Recherche bestätigen, dass in der Mammolshöhe im Zuge von Testreihen mit einem

Tuberkulosepräparat mindestens vier Kinder starben. Sie beschreiben auch, dass eine ehemalige Oberärztin und ihr Ehemann die ohne Einwilligung der Eltern durchgeführten Medikamententests an die Bezirksärztekammer meldeten. Auch das Innenministerium erhielt Kenntnis. Catel ignorierte in seiner Stellungnahme die konkreten Vorwürfe und verwies nur auf die hohe Sterberate tuberkulosekranker Kinder. Entlastet wurde er durch ein Gutachten von Professor Franz Volhard, Leiter der Frankfurter Universitätsklinik und Freund und Förderer Catels. Das fehlende Problem- und Schuldbewusstsein der beteiligten Mediziner zeigt auch ein Artikel zweier Mitarbeiter Catels in der *Deutschen Medizinischen Wochenschrift*, der die Versuche 1949 darstellte und keineswegs verschwie, dass man »leider bei zwei Personen trotz Beachtung aller Sorgfaltspflichten den tödlichen Ausgang nicht abwenden« konnte (S. 123).

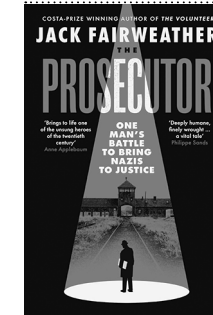
Schmuhl und Wilke klären nicht nur die Vorgänge, sondern ordnen sie in doppelter Weise historisch ein. Zum einen zeigen sie, dass sich Catel seit den 1920er Jahren als »Arzt-Wissenschaftler« (S. 23) verstand, der im neuen Feld der Ernährungsforschung Versuchsreihen und Experimente auch an Frühgeborenen, Säuglingen und Kleinkindern durchführte. Die Versuche, die er in Mammolshain vornahm, standen also in einer wissenschaftlichen Kontinuität. Zum anderen stellen die Autoren Catels Wirken in der Nachkriegszeit in den Kontext der allgegenwärtigen Anbahnung zweiter Karrieren schwer Belasteter nach 1945.

Catels Entnazifizierung 1947 beruhte auf Entlastungszeugnissen ehemaliger Leipziger Kollegen und einer ehemaligen Oberschwester. Zwar gelang es trotz intensiver Bemühungen nicht, Catel auf den Lehrstuhl für Kinderheilkunde in Marburg zu bringen, und er musste einstweilen vorliebnehmen mit der Leitung der Kinderheilstätte Mammolshöhe. Aber ein drohendes Gerichtsverfahren konnte mit Hilfe zahlreicher Unterstützer abgewendet werden. Der emigrierte Hamburger Pädiatrieprofessor Rudolf Degkwitz hatte schon 1945 wegen der Ermordung von 42 Kindern Strafantrag gegen beteiligte Ärzte gestellt, auch gegen den Obergutachter Catel. Diverse Unterstützer Catels und dieser selbst stellten seine Tätigkeit als die eines rein wissenschaftlich gutachtenden Experten dar. Das Hamburger Landgericht lehnte schließlich im April 1949 die Eröffnung einer Hauptverhandlung ab.

Die sachlich geschriebene Studie, an der man nur ihren überbordenden Anmerkungsapparat kritisieren mag, zeigt, dass Mediziner keineswegs nur im Handlungsrahmen des NS-Staats, sondern auch nach 1945 das Leben von Menschen im Interesse wissenschaftlichen Fortschritts aufs Spiel setzten. Das Buch unterstreicht damit auch einmal mehr, wie eng die zahlreichen zweiten wissenschaftlichen Karrieren nach 1945 verflochten waren mit ideologischen und wissenschaftlichen Kontinuitäten.

Tobias Freimüller  
*Fritz Bauer Institut*

## Das Vetorecht der Quellen



**Jack Fairweather**  
*The Prosecutor.*  
*One Man's Battle to Bring Nazis to Justice*  
Dublin: Penguin Random House UK, 2025, 478 S., Paperback, € 20,99

Mit Jack Fairweather legt zum zweiten Mal ein Journalist eine Biografie Fritz Bauers vor. Neben der Kompilation bereits bekannter Quellen und historischer Darstellungen hat ein Team von 14 Personen den Autor bei der Suche nach Material unterstützt. Tatsächlich ist es gelungen, neue Quellen aufzutun, etwa einen kleinen Bestand von Briefen Bauers an seinen ehemaligen Vermieter in Kopenhagen, Paul Wagner, aus den Jahren 1943 bis 1952. Auch führte Fairweather zahlreiche Interviews, insbesondere mit Familienangehörigen und Nachkommen enger Freunde Bauers. Damit kommt er dessen Umfeld so nahe, wie das heute noch möglich ist. Das ist anerkennenswert, bedenkt man, wie gründlich bereits für vorangegangene Arbeiten recherchiert wurde.<sup>1</sup>

Die Lektüre ist kurzweilig, der Text mit Spannungsbögen und zugespitzten Thesen durchzogen. Was eine Stärke darstellen könnte, führt jedoch bei näherer Betrachtung zu Unbehagen. Denn nicht die Quellen leiten die Darstellung des Autors, sondern der rote Faden der Erzählung, der vor allem Bauers Homosexualität in den Mittelpunkt stellt. Ein Beispiel mag das verdeutlichen. In der erwähnten, auf Dänisch geführten Korrespondenz mit Wagner schreibt Bauer 1948, der Kinsey-Report zeige, dass 75,4389 Prozent der US-Amerikaner die Ehe als keinen epochalen Einschnitt in ihrem Leben empfänden. Wahrscheinlich ist, dass Wagner an seiner bevorstehenden Heirat zweifelte, was Bauer zu einer ironischen Bemerkung über dessen Zugehörigkeit zu einer bis auf die vierte Stelle hinter dem Komma erfassten Gruppe von Männern veranlasste, die Vorbehalte gegen die Ehe hatten. Fairweather hingegen rückt das Briefzitat in den Kontext der Homosexualität, indem er ihm die Bemerkung voranstellt: »Bauer, who had been reading *Sexual Behavior in the Human Male* by the American sexologist Alfred Kinsey, which included the

<sup>1</sup> Irmtrud Wojak, *Fritz Bauer. Eine Biografie*, München 2009; Ronen Steinke, *Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht*, München 2013; Fritz Backhaus, Monika Boll, Raphael Gross (Hrsg.), *Fritz Bauer. Der Staatsanwalt*, Frankfurt am Main, New York 2014; Werner Renz (Hrsg.), »Von Gott und der Welt verlassen«. *Fritz Bauers Briefe an Thomas Harlan*, Frankfurt am Main, New York 2015; Lena Foljanty, David Johst (Hrsg.), *Fritz Bauer: Kleine Schriften (1921–1969)*, 2 Bde., Frankfurt am Main, New York 2018.

controversial findings that as many as one in ten Americans were gay, and a third of all men had had same-sex experiences, wrote to Wagner a short note« (S. 92). Das wird der Aussage in der Quelle jedoch nicht gerecht.

Der Umgang mit den Quellen ist das Grundproblem des Buchs: Am Ende jeden Absatzes findet sich eine Fußnote, die Zuordnung des Einzelbelegs zum Text ist jedoch nicht eindeutig. So kann es sein, dass die zur Überprüfung herangezogene Referenz gerade zu der in Frage stehenden Aussage keine Angaben enthält, sondern nur den breiten Kontext behandelt. Da man als Leserin oder Leser nicht jede Quelle überprüfen kann, bleibt die Skepsis, wie genau es der Autor mit seinen Quellen genommen hat. Der reiche Anmerkungsapparat im Buch erfüllt also nicht das, was wissenschaftliches Arbeiten einfordert: die Überprüfbarkeit einer Aussage anhand des ihr zugrundeliegenden Materials.

Ein zweiter Erzählstrang behandelt die Geschichte der Adenauer-Regierung und des Bundesnachrichtendienstes als politische Gegner Bauers. Auch hier verfährt Fairweather nach dem bekannten Muster. Wie ist es beispielsweise zu verstehen, wenn die Besetzung des Vorsitzes im ersten Frankfurter Auschwitz Prozess als eine Entscheidung »des Gerichts« für Landgerichtsrat Hans Hofmeyer – und damit als Chiffre für eine reaktionäre Verschwörung gegen Bauer – geschildert wird, »a Nazi-era military judge whom Bauer had tried to have fired for his wartime role ordering summary executions« (S. 258)? Nicht nur, dass es Geschäftsverteilungspläne gab, in denen festgelegt war, wer folgte, wenn ein Richter ausfiel. Bauer ging zudem nicht gegen Hofmeyer vor, wie Fairweather insinuiert. Beweise für Kriegsurteile zu Massenexekutionen, die auf Hofmeyer zurückgehen, gab und gibt es nicht. Die in den Fußnoten genannten Verweise führen in die Irre, da die angegebenen Aufsätze keinen Hinweis auf Bauers Initiative zur Strafverfolgung von Richtern enthalten. Beispiele dieser Art lassen sich viele finden.

Fairweather ordnet die Biografie Bauers nach Skandalen, Schlüpfrigem und Drastischem und zieht dazu Quellen nach Belieben heran. Wo nüchterne Darstellungen es dabei belassen, Bauers Homosexualität als einen von mehreren Faktoren zu interpretieren, die ihn in Deutschland und Dänemark in Gefahr brachten, macht Fairweather die Leserin und den Leser zum Voyeur beim Blick durch Bauers Schlafzimmerfenster. Dem ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess gibt er bemerkenswert viel Raum, unterbricht die Erzählung jedoch unvermittelt durch eine erotisch aufgeladene Episode über einen Urlaub Bauers in Tunesien. Warum?

Auch wenn die Darstellung Fairweathers in ihren allgemeinen Aussagen nicht falsch ist, bleibt so ein schaler Beigeschmack nach der Lektüre des Buchs zurück, und man möchte den Autor an das Vetorecht der Quellen erinnern.

Katharina Rauschenberger  
*Fritz Bauer Institut*

## Verbrecher und Leitfigur



**Grzegorz Rossoliński-Liebe**  
*Stepan Bandera. Leben und Kult*  
Göttingen: Wallstein Verlag, 2025, 574 S.,  
€ 46,–

Spätestens im Februar 2022 und mit Putins vorgeschobener Begründung für den Krieg in der Ukraine, in der er von deren Faschisierung spricht, kam die Frage auf, wie die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), ihr militärischer Arm, die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA), und ihr Anführer Stepan Bandera historisch einzuschätzen sind und welche Bedeutung sie heute haben. Die berühmte Asow-Brigade stellt sich in die Tradition der »Befreiungsbewegung zu Zeiten der UPA«. Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte Valerii Zaluzhnyi postete zum 114. Geburtstag Banderas ein Foto von diesem. Der damalige ukrainische Botschafter Andrij Melnyk legte 2015 am Grab Banderas in München Blumen nieder und behauptete 2022, Bandera sei nicht für Morde an Juden und Polen verantwortlich und habe auch nicht mit den Nationalsozialisten kollaboriert. Bandera, ein heldenhafter Unabhängigkeitskämpfer oder ein Faschist und Mörder?

Zu dieser Frage, zur historischen Person und ihrer aktuellen Bedeutung liegt nun Grzegorz Rossoliński-Liebes umfang- und kenntnisreiche Biografie auf Deutsch vor. Sie untersucht, wie es sich mit der Kollaboration Banderas mit den NS-Tätern tatsächlich verhielt und welche Rolle er im transnationalen Faschismus spielte, und kontrastiert den Kult um Bandera in seinen Ausprägungen und Funktionen mit dessen »realer« Person.

Bandera wurde 1909 im westukrainischen Staryj Uhryniv im damaligen Österreich-Ungarn als Sohn eines griechisch-katholischen Priesters geboren und zählte somit zur kleinen Schicht des ukrainischen Bildungsbürgertums. Nach dem Gymnasium – die Westukraine gehörte nunmehr zu Polen – studierte er ab 1928 am Lemberger Politechnikum Land- und Forstwirtschaft. In der 1929 gegründeten OUN stieg er rasch auf. Rossoliński-Liebe beschreibt deren im Laufe der 1930er Jahre immer radikaler werdende Ideologie einer nationalistischen, monoethnischen und antisemitischen ukrainischen Nation. Praktisches Ziel war die Gründung eines Staats, in dem weder Polen noch Russen noch Juden eine Rolle spielen sollten. Die exklusive Vorstellung einer solchen »Nation« führte unter Bandera zu Kampagnen gegen andersdenkende Ukrainer, Juden und polnische Funktionsträger wie Lehrer und Politiker. Es gab Flugblätter und

Plakate, aber auch Brandanschläge und tödliche Attentate. Im Jahr 1934 beeindruckte Bandera als Angeklagter im Fall des von der OUN ermordeten polnischen Innenministers Bolesław Pieracki eine junge Generation ukrainischer Nationalisten unter anderem durch seine Weigerung, vor Gericht Polnisch zu sprechen. Bis Kriegsbeginn 1939 saß Bandera in Haft. Rossoliński-Liebe folgt detailgenau seinen weiteren Aktivitäten, wie der 1940 erfolgten Spaltung der OUN in »Melnysten« und »Banderisten« und deren Kollaboration mit den Nationalsozialisten sowie ihrer aktiven Rolle bei antisemitischen Pogromen im Juni 1941 in der Westukraine. Das zentrale OUN-Projekt der Ausrufung eines eigenständigen ukrainischen Staats scheiterte im Juli 1941 an den gegensätzlichen nationalsozialistischen Interessen und Bandera und andere OUN-Funktionäre wurden verhaftet. Während Bandera bis September 1944 im KZ Sachsenhausen in »Ehrenhaft« saß, entstanden in Wolhynien erste UPA-Einheiten des Bandera-Flügels der OUN. Die UPA betrieb von da an in der Westukraine ethnische Säuberungen und ermordete versteckt lebende Juden, Sinti und Roma sowie Polen. Diese Taten entsprachen der politischen Linie des abwesenden Bandera.

Von 1945 bis zu seiner Ermordung durch einen KGB-Agenten im Jahr 1959 lebte Bandera in Bayern und reorganisierte mit Hilfe der CIA und des BND den antisowjetischen Untergrundkampf der restlichen UPA in der Westukraine – eine Koalition trotz der Verbrechen und Massenmorde.

Facettenreich skizziert Rossoliński-Liebe die Entwicklung des nach wie vor sehr wirkungsmächtigen Personenkults um Bandera, der insbesondere in der Westukraine dessen antisemitische und antipolnische Einstellungen verleugnet oder bagatellisiert und Banderas Haftzeit im KZ positiv funktionalisiert, während er in Russland als faschistischer Verbrecher angesehen wird. Die Biografie wäre noch erkenntnisreicher für das Verständnis der Verklärung Banderas geworden, wenn sie die diskriminierende polnische Politik der Zwischenkriegszeit gegen die ukrainische Minderheit dargestellt hätte, die die Anziehungskraft der OUN auf die junge politisierte Generation der Ukrainer nachvollziehbarer machen würde, ohne sie zu rechtfertigen. Als Erklärungsansätze für den nach wie vor bestehenden Personenkult kämen vermutlich auch die repressive sowjetische Politik in der Westukraine ab dem Sommer 1944 mit der Deportation der Familien von OUN-UPA-Mitgliedern sowie die vor 1989 in der Ukraine fehlende Möglichkeit in Frage, die OUN-UPA und Banderas Rolle offen und kritisch aufzuarbeiten. Für das Verständnis der historischen Rolle der OUN-UPA und ihre aktuelle Bedeutung in der ukrainischen Politik ist die Biografie jedoch sehr zu empfehlen.

Francziska Bruder  
*Berlin*

## Kein Randphänomen



**Darius Muschiol**  
*Einzeltäter?*  
*Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik*  
Göttingen: Wallstein Verlag, 2024, 486 S.,  
€ 42,–

Die deutschsprachige zeithistorische Forschung befasst sich in den letzten Jahren intensiver mit der Geschichte des Rechtsradikalismus seit 1945. In diesem Zusammenhang steht auch die Dissertation von Darius Muschiol, in der er rechtsterroristische Akteure in der Bundesrepublik zwischen 1949 und 1990 untersucht. Im Zentrum steht die Frage, ob rechtsterroristische Täter tatsächlich als Einzeltäter oder geistig Verwirrte zu verstehen sind, wie es Politik, Behörden und Wissenschaft nahelegten. Im ersten Kapitel identifiziert er gängige Zuschreibungen des Rechtsterrorismus in der alten Bundesrepublik und überprüft diese in den darauffolgenden Kapiteln empirisch. Muschiol arbeitet dabei mit dem Vigilantismus-Begriff, dem zufolge Rechtsterroristen Gewalt anwenden, um vermeintlich die bestehende soziale Ordnung zu verteidigen. Er konstatiert, dass der Staat selbst zunächst kein eigentliches Ziel rechtsterroristischen Handelns darstellte.

Muschiol analysiert Biografien, Sozialisationsbedingungen und Radikalisierungsprozesse der Täter und macht drei Phasen des Rechtsterrorismus aus: den expansiven Vigilantismus zwischen 1961 und 1966, als sich die Anschlagorte weitgehend außerhalb der Bundesrepublik befanden; den konservativen Vigilantismus zwischen 1968 und 1972 als Reaktion auf den gesellschaftlichen Wandel von »1968«; sowie den revisionistischen Vigilantismus zwischen 1977 und 1982, als Motivlagen und Anschlagziele vielfältiger wurden.

Feindbilder waren, vor allem seit den 1960er Jahren, Staatsgrenzen – Südtirol, DDR, Elsass – sowie die politische Linke. Im Übergang zu den 1980er Jahren wandten sich rechtsterroristische Akteure auch gegen das demokratisch-rechtsstaatliche System; zudem gewann Rassismus als Motiv an Bedeutung. Schließlich gerieten auch die westlichen Besatzer in einem rechts gedeuteten »antiimperialistischen Befreiungskampf« zum Feindbild. Ein Kontinuum bildeten das Feindbild der NS-Aufarbeitung sowie Anschläge gegen Juden und Jüdinnen. Ausführlich beleuchtet die Studie internationale Kontakte und Vernetzungen, unter anderem nach Südtirol, in den Nahen Osten, die USA und nach Frankreich. Nationale Grenzen, so ein Ergebnis, stellten keine Hindernisse für Rechtsterroristen dar. Ferner untersucht Muschiol die vielfältigen Kommunikationsstrategien der Täter.

Das letzte Kapitel widmet sich den politischen, behördlichen, wissenschaftlichen und juristischen »blinden Flecken«. Die Gewalt wurde, so Muschiol, unterschätzt, verharmlost oder pathologisiert. Zudem bediente man sich einer schiefen Extremismustheorie, die dem Linksterrorismus weitaus mehr Aufmerksamkeit schenkte. Der Rechtsterrorismus in der alten Bundesrepublik, resümiert Muschiol, war kein Randphänomen. Die häufige Einordnung der Täter als Einzeltäter oder »psychisch Gestörte« verstellte den Blick auf ihre Einbindung in ideologische, soziale und organisatorische, teils transnationale Netzwerke und ihre Kommunikation mit Unterstützungskreisen.

Die Arbeit schließt mit der systematischen Analyse rechtsterroristischer Gewaltakteure in der alten Bundesrepublik eine Forschungslücke. Muschiol fördert viele interessante, bislang unbekannt Hintergründinformationen zutage. Besonders hervorzuheben ist seine Untersuchung der kaum erforschten deutsch-österreichischen Verflechtungen im Südtirolterrorismus.

Der Leseindruck ist allerdings nicht ganz ungetrübt. Die Systematisierung ist ambitioniert, erschwert aber allen, die nicht tief in der Thematik sind, das Verständnis und bringt Wiederholungen mit sich. Auch fällt auf, dass sehr häufig Formulierungen wie vermutlich, womöglich und möglicherweise verwendet werden. Hier hätte man sich eine genauere Einordnung gewünscht, welche Erkenntnisse als gesichert gelten können und welche nicht. Zu begrüßen ist es, dass Muschiol mit einer breiten Quellenbasis arbeitet, die Verfassungsschutzberichte, Zeitungen und Gerichtsakten sowie rechtsextreme Selbstzeugnisse umfasst. Weniger nachvollziehbar ist jedoch, dass er Zeitschriften kommunistischer Splittergruppen in die Analyse einbezieht, nur sehr punktuell hingegen große Tageszeitungen wie die *Frankfurter Rundschau*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* oder die *Süddeutsche Zeitung*.

Insgesamt betont der Autor sehr entschieden, dass die Reaktionen auf den Rechtsterrorismus durchgängig von Bagatellisierung geprägt gewesen seien. In der Arbeit selbst erfährt man aber an vielen Stellen von jenen – gar nicht so wenigen – zeitgenössischen Stimmen, die die von Muschiol kritisierten Deutungen, etwa des Einzeltäters, in Frage stellten. Solche Positionen fanden sich nicht nur bei der radikalen Linken, sondern Ende der 1970er Jahre auch bei bürgerlichen Medien, Behördenvertretern und Regierungsmitgliedern. Hier wäre mehr Differenzierung hinsichtlich der heterogenen Rollen nichtterroristischer Akteure und ihres historischen Wandels wünschenswert gewesen.

Trotz dieser Kritik ist insbesondere die Systematisierung und Strukturierung des Forschungsthemas sehr zu begrüßen. Die vorgeschlagene Periodisierung des Rechtsterrorismus wird künftiger Forschung wichtige Anhaltspunkte bieten.

Barbara Manthe  
*Bielefeld*

## Bilanz und Herausforderungen



**Wolfgang Benz**  
*Zukunft der Erinnerung.*  
*Das deutsche Erbe und die kommende Generation*  
München: dtv, 2025, 237 S., € 20,-

Es kommt eher selten vor, dass ein Autor zwei seiner Bücher mehr oder weniger den gleichen Titel gibt. Im Jahr 2009 überschrieben Wolfgang Benz und seine Mitherausgeberin Barbara Distel den 25. und letzten Band der von ihnen begründeten »Dachauer Hefte« mit *Die Zukunft der Erinnerung*. 16 Jahre später hat Wolfgang Benz nun das Buch *Zukunft der Erinnerung* vorgelegt. Hierin behandelt er den »Umgang mit der Erblast aus der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft« vornehmlich in West-, in Einschüben aber auch in Ostdeutschland (S. 7). Benz, langjähriger Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin und Mitglied der Beiräte verschiedener KZ-Gedenkstätten, reflektiert in dieser Bestandsaufnahme der deutschen »Erinnerungskultur« auch selbstkritisch seinen eigenen Beitrag hierzu (etwa S. 134, 183–189, 193, 222).

Zunächst befasst er sich in seiner Tour d’Horizon mit dem Streit um die Erinnerung und der seit 1990 immer wieder neu gestellten Frage, wie und »woran erinnern?« (S. 15). Schließlich hatte mit der deutschen Wiedervereinigung auch das Gedenken an die Verbrechen der SED-Diktatur die Agenda erweitert, die Einwanderungsgesellschaft bringt neue Herausforderungen mit sich und deutsche Kolonialverbrechen sind in den vergangenen Jahren zunehmend in den Fokus gerückt. Alle diese Aspekte und darüber hinaus etwa auch die Morde des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds gingen in das Erinnerungskonzept des Bunds ein, welches die damalige Staatsministerin für Kultur und Medien Claudia Roth 2024 erstellen ließ. Dieses wirkte daher aber wie ein »erinnerungspolitischer Gemischtwarenladen« und wurde folgerichtig bald wieder inkassiert (S. 18).

Benz schlägt Schneisen durch zentrale Themenfelder. Er befasst sich unter anderem mit der Frage, ob das Ende des »Dritten Reichs« eine »Niederlage oder Befreiung« war (S. 35), außerdem mit der Rolle, die die Auseinandersetzung mit dem Widerstand für die Legitimation von Bundesrepublik und DDR spielte, der Beschäftigung mit dem Holocaust und dem Aufkommen neuer Judenfeindschaft. Er analysiert die »Amnesie«, die die Deutschen in Bezug auf die NS-Verbrechen und eigenes Mittun nach 1945 erteilte, sowie die

jüngsten Versuche, einen »Schlussstrich« unter die Vergangenheit zu ziehen, um endlich wieder stolz auf sein Deutschtum sein zu können. Er behandelt lange Zeit tabuisierte Opfergruppen, wie etwa Wehrmachtsdeserteure, Homosexuelle, Sinti und Roma, Zeugen Jehovas und sogenannte Berufsverbrecher. Benz befasst sich aber auch mit den Erinnerungsorten und ihrer Funktion, mit dem schwierigen Verhältnis von Zeitzeugen und Historikern sowie mit den »Denkmalsetzungen« für die verschiedenen Opfergruppen.

Zu diesen Themenfeldern skizziert Benz jeweils die Entwicklung der Erinnerung seit 1945. So weist er darauf hin, wie groß die Verdrängung und das Vergessen deutscher Verbrechen nach 1945 gewesen sind, wie sehr vielmehr eigenes Leid das Denken der Deutschen bestimmte und welche Rolle die Politik dabei spielte. Die Opfer hingegen blieben sich selbst überlassen, wurden oftmals erneut stigmatisiert oder gar – wie im Fall der Sinti und Roma – von der Polizei verfolgt, »Berufsverbrecher«, auch wenn sie aufgrund von NS-Unrechtsgesetzen verurteilt worden waren, oft gar nicht erst aus der Haft entlassen. Benz macht deutlich, wie schwierig der Weg zu einem Erinnern war und welche Meilensteine hierbei wegweisend waren. Im Fall der Auseinandersetzung mit dem Judenmord ist etwa die Wirkung der US-Fernsehserie HOLOCAUST, die dem Genozid 1979 in Deutschland überhaupt erst den Namen gab, nicht hoch genug anzusetzen (etwa S. 91, 111). Wenn Benz Ereignisse nur kurz andeutet, dürfte er seine Leserinnen und Leser aber manchmal etwas ratlos zurücklassen, wie etwa bei jener »Schelte«, die Bundeskanzlerin Angela Merkel vom israelischen Premier Benjamin Netanjahu wegen einer Ausstellung im Jüdischen Museum in Berlin 2018 erhielt: Merkel sollte die staatliche Finanzierung des Museums einstellen lassen (S. 120). Es ging um die Ausstellung »Welcome to Jerusalem«, die Netanjahu als »antiisraelisch« bezeichnet hatte. Ohne weitere Hintergrundinformationen hierzu dürften die wenigsten mit dieser Episode noch etwas anfangen können.

Eine große Herausforderung und Gefahr für die Erinnerung an die NS-Verbrechen in Deutschland sieht Benz in der »Begeisterung für einen neuen Faschismus« (S. 214) und, wenig überraschend, vor allem im Geschichtsverständnis und den erinnerungspolitischen Konzepten der AfD (etwa S. 8, 32, 52, 83, 93, 107). Das sehr lesenswerte Buch ist vor dem Hintergrund gegenwärtiger Versuche, die deutsche Geschichte umzudeuten, ein wichtiger Einwurf eines Historikers, der sich wie kaum ein zweiter um die Gedenkkultur in Deutschland verdient gemacht hat. Es stimmt sehr nachdenklich, dass Benz’ Sorge darum seit 2009 deutlich gewachsen zu sein scheint.

Jörg Osterloh  
*Fritz Bauer Institut*

## Mehr als eine »Durchsetzungsgeschichte« von *Holocaust* und *Shoah*



**Kristin Platt**  
*Die Namen der Katastrophe.*  
*»Holocaust« und »Shoah« als sprachliche und soziale Zeichen*  
Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2024, 774 S., € 59,90

Um es gleich vorwegzunehmen: Man kann dieser gewaltigen Studie in einer Rezension eigentlich nicht gerecht werden. Zu zahlreich sind die Einzelbefunde, zu akribisch zusammengetragen die vielen Details der hier versammelten vielfältigen Begriffs-, Namens- und Diskursgeschichten, die eben nicht »nur« die letzten 80 Jahre umfassen. Und es wäre wohlfeil, bei einer Arbeit von weit mehr als 750 Seiten auf das eine oder andere zu verweisen, was dann doch keinen Eingang fand: Denn auch Habilitationen – und um eine solche handelt es sich hier – müssen schließlich begrenzt werden. Stattdessen soll wenigstens angedeutet werden, welch beeindruckendes Panorama das Buch entfaltet und was es zu einem Standardwerk macht, an dem zukünftig niemand mehr vorbeikommen wird, der sich mit den »Namen der Katastrophe« beschäftigen und dazu Substantielles sagen will. Dabei muss man gleich eingangs feststellen, dass in dieser Arbeit eben nicht ausschließlich »Holocaust und Shoah als sprachliche[n] und soziale[n] Zeichen« nachgegangen wird, wie der Untertitel suggeriert, sondern natürlich auch die Verwendung des jiddischen *Churban* beziehungsweise des hebräischen *Khurban* (Katastrophe), die im biblischen Zusammenhang auf die Zerstörungen des Jerusalemer Tempels verweisen, ausführlich beschrieben wird. Ganz grundsätzlich geht es Kristin Platt darum, »Prozesse und Bedingungen von Benennungen« (S. 13) herauszuarbeiten und dabei besonders die »Wechselbeziehungen [...] zu bestimmten Kontexten« (S. 14) in den Blick zu nehmen und »mögliche Nähen und wesentliche Differenzen zu jeweiligen Wissensrahmungen zu erörtern« (ebd.). Daraus ergeben sich die zentralen Fragen der Untersuchung: »Welche Verschiebungen, welche Brüche, welche Markierungen konkretisieren sich in der Suche nach einem »Begriff« für die Erfahrung des Nationalsozialismus? Welche Relationen lassen sich zwischen Namen und Erfahrung, welche Relationen zwischen Namen und Ereignis erkennen? Welche Distanzierungen werden angestrebt, welche ermöglicht? Wie stehen Namen und die Aufgaben von Erinnern und Gedenken, Weitergeben und Forschen zusammen? Was bedeutet ein Name in den Erinnerungen und Erzählungen der

Überlebenden? Was geschieht, wenn etwas einen Namen bekommt, den wir als radikales Außerhalb der *sprachlichen Bewältigung* erlebt haben oder denken?« (Ebd.) Schon diese Liste zeigt: Es geht um weit mehr als »nur« um eine Durchsetzungsgeschichte der drei aus der Bibel stammenden Begriffe. Vielmehr legt die Verfasserin eine kultur- und sozialtheoretisch hochreflektierte Untersuchung über das Benennen und Beschweigen, über das Sprechenmüssen, -können und -dürfen angesichts des schlimmsten Menschheitsverbrechens vor. Die herangezogenen Theorien und Modelle sind dabei notwendig breit gefächert: Dass Platt ausgiebig von Konzepten zu *Eigennamen* der 1910er bis 1930er Jahre profitiert, verdankt sich nicht nur deren Relevanz für eine Studie, die *Shoah* und *Holocaust* eben als Namen – und nicht als Symbole oder Metaphern – begreift, sondern soll zugleich als eine »Annäherung an das Vermächtnis des jüdischen Wissens in Deutschland« (S. 15) verstanden werden. Schließlich stammen wesentliche Arbeiten auf diesem Feld von jüdischen Autoren, deren Perspektiven ab 1933 ausgeschlossen wurden und es nach 1945 lange blieben.

Immer wieder kreist die Studie um den Sinn, den die Bezeichnungen dem Geschehen einerseits verleihen sollen, wofür sie andererseits aber kritisiert werden (müssen). Auch in diesem Zusammenhang räumt Platt mit wiederkehrenden Fehlurteilen auf. Dass ihre Untersuchung wesentlich kulturwissenschaftlich basiert ist, begreift sie als »eine Antwort auf das gerade in der geschichtswissenschaftlichen Forschung doch immer wieder beobachtbare Beharren darauf, »bedeutungsneutrale« von »moralisch aufgeladenen« Begriffen differenzieren zu können. Nach wie vor gelten Begriffe wie *Krieg* oder *Konflikt* als solcherart »neutrale« Bezeichnungen, während die Begriffe *Genozid* oder *Holocaust* als »sinnbezogen« verstanden werden würden.« (S. 26)

Während Platts Studie in der rein »äußeren« Begriffsgeschichte wenig Neues zutage fördert – hier geht sie kaum über Vorarbeiten etwa von James E. Young hinaus –, besteht ihr immenser Mehrwert gerade in den tiefgreifenden Einsichten in die Wechselbeziehungen zwischen Ereignis, Benennung als sozialer Praxis und den Folgen für Wahrnehmung und Handeln, die das bislang Erforschte weit übertreffen. So etwa die Erkenntnis, dass es nicht »an einer im Namen vorliegenden Bedeutungsressource« liegt, dass »über die Namen Wissens- und Denkmuster offenbar werden [...], sondern daran, dass mittels der Namen im Diskurs eine *Ordnung* der Sprecher und der Sprache hergestellt werden kann. Der *Name* ermöglicht die Kommunizierbarkeit, Identifizierbarkeit, Zitierbarkeit und Interpretierbarkeit eines Ereignisses, das sich als extremes katastrophisches Geschehen offenbart.« (S. 674 f.)

Sascha Feuchert  
*Gießen*

## Vielfalt der Antisemitismusdeutung



**Peter Ullrich, Sina Arnold, Anna Danilina, Klaus Holz, Uffa Jensen, Ingolf Seidel, Jan Weyand (Hrsg.)**  
*Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*  
Göttingen: Wallstein Verlag, 2024, 315 S., € 24,-

Um die Frage, was Antisemitismus ist, gibt es Streit. Der Sammelband *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Antisemitismus*, herausgegeben von einer Reihe von Antisemitismusforscherinnen und -forschern, verspricht, in »der sehr knappen Form eines einführerischen Handbuchs [...] Grundbegriffe, zentrale Problemfelder und prominente Positionen« (S. 10) darzustellen, die für diesen Streit in Deutschland von besonderer Relevanz sein sollen. Ziel sei es, die »komplexe wissenschaftliche Arbeit an verschiedenen Antisemitismus-Konzepten einem breiteren Publikum zugänglich« zu machen. Es darf bezweifelt werden, dass das mit dem Buch gelingt. Denn die Texte sind sehr unterschiedlich. Manche führen in Thematiken ein, andere sind aber voraussetzungsreich und sehr akademisch. Einige Artikel haben nur über Ecken mit dem Titel des Buchs zu tun.

Der Band behauptet, ein »mehr bilanzierende[s], denn sich stark positionierende[s] Vorgehen« (S. 11) abzubilden. Das stimmt aber nicht immer. Im Gegenteil, gerade im Hinblick auf die sogenannte Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus, deren Antisemitismusdefinition höchst umstritten und in der Antisemitismusbekämpfung marginalisiert ist, ist der Band überraschend eindeutig positioniert.

Während der Titel des Buchs eine Antwort auf die Frage »Was ist Antisemitismus?« verspricht, lautet die Leitfrage in der Einleitung: »Welchen Beitrag leistet die Forschung über Antisemitismus zu der Vielfalt möglicher Sichtweisen?« (Ebd.) Die eine Antwort wird es hier also nicht geben, sondern vielfältige von zahlreichen Autorinnen und Autoren.

Der Band war veraltet, bevor er erschien. Aus einem jahrelangen akademischen Forschungsprojekt hervorgegangen, war er vor dem 7. Oktober 2023 fertiggestellt, erschien aber erst danach. In einem »Nachtrag« am Ende der Einleitung schreiben die Herausgeberinnen und Herausgeber, vor dem Hintergrund der neueren Entwicklungen »wäre der Zungenschlag einiger Darstellungen in diesem Buch etwas anders ausgefallen«.

Das Handbuch ist in vier Teile gegliedert. Im ersten Teil werden »Grundbegriffe« vorgestellt, gemeint sind jedoch Erscheinungs-

formen des Antisemitismus. Positiv sticht der Artikel von Katharina von Kellenbach heraus, der sich auf erfrischende Art und Weise dem Antijudaismus zuwendet. Irritationen löst vor allem der Text zum »Postkolonialen Antisemitismus« aus, der eigentlich einer über den Historikerstreit 2.0 ist. Während es gewinnbringend gewesen wäre, sich antisemitische Argumentationen in postkolonialen Theorien anzuschauen, um zum Beispiel die Dynamiken antisemitischer Mobilisierungen an Hochschulen nach dem 7. Oktober zu verstehen, beschränkt sich der Band auf die Darstellung einer Debatte über den Gegenstand. Insbesondere hier fällt ein fast naiver Zungenschlag auf.

Der zweite Teil rekonstruiert Problemfelder wie das Verhältnis von Antisemitismus und Rassismus, die Psychoanalyse des Antisemitismus und Einstellungsforschungen. Dass der Artikel über die Antisemitismusdefinitionen ausgerechnet von einem der Autoren der Jerusalemer Erklärung geschrieben wurde, zeigt exemplarisch, wie sehr man es in dem Buch mit einem positionierenden Vorgehen zu tun hat.

Im dritten Teil werden Antisemitismusforscherinnen und -forscher vorgestellt; kanonisierte wie Hannah Arendt oder Theodor W. Adorno und heutige Theoretikerinnen und Theoretiker wie Detlev Claussen oder Astrid Messerschmidt. Merkwürdigerweise gibt es auch einen Text über Judith Butler, in dem es nicht um die titelgebende Frage geht, sondern um eine »Kritik instrumenteller Antisemitismusvorwürfe« (S. 178). Mit dem eigentlichen Thema hat das nichts mehr zu tun. Shulamit Volkovs Theorem des Antisemitismus als kultureller Code findet zwar Beachtung, wird aber fälschlicherweise als »historisch situiertes Phänomen« (S. 151) zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik abgetan, obwohl Volkov selbst es auf linke Debatten der 1970er und 1980er Jahre bezog. Hier verpasst der Band die Chance, die gegenwärtigen Entwicklungen interpretierbar zu machen. Der vierte Teil soll die Sache noch einmal grundlegender erkenntnistheoretisch und sprachphilosophisch diskutieren. Spätestens hier dürfte das erhoffte breitere Publikum verloren gehen.

*Was ist Antisemitismus?* bietet einen facettenreichen Einblick in die gegenwärtigen Debatten der Antisemitismusforschung. Dem eigenen Anspruch, Orientierung zu bieten und ein breites Publikum anzusprechen, wird das Buch jedoch nicht gerecht. Zu oft verliert es sich in akademischen Debatten, ohne die Relevanz für die Lebensrealität von Jüdinnen und Juden oder für die Antisemitismusbekämpfung heute herauszuarbeiten. Die Vielzahl von Stimmen und Ansätzen führt weniger zu einer Klärung als zu einer weiteren Verunklärung des Gegenstands. Damit spiegelt das Buch exemplarisch die Krise der Antisemitismusdefinition in der aktuellen Forschung wider – und lädt zugleich dazu ein, diese Debatte kritisch weiterzuführen.

Nikolas Lelle  
*Berlin*

## Atmosphäre aus Angst und Hass



**Matthias Naumann (Hrsg.)**  
*Judenhass im Kunstbetrieb. Reaktionen nach dem 7. Oktober 2023*  
Berlin: Neofelis, 2024, 214 S., € 18,-

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 schwelt eine neue Episode der Gewalt im Nahen Osten. Länger schon, aber seitdem wieder intensiver, beschäftigt dieser Konflikt nicht nur die Menschen in Gaza und Israel sowie die Kriegsparteien und ihre geopolitischen Verbündeten, sondern auch zivilgesellschaftliche Akteure weltweit. Das allein böte Anlass zur Diskussion: Wie kann es sein, dass ein blutiger Konflikt – global und historisch betrachtet keine Seltenheit – Theater, Kinos, Film- und Musikfestivals an ganz anderen Ecken der Welt mal weniger, mal ausgiebiger betrifft? Welcher Faktor führt dazu, dass Kriege für an ihnen Unbeteiligte zu offenbar identitätsstiftenden Momenten werden?

Der zum ersten Jahrestag des Überfalls der Hamas im Neofelis Verlag erschienene Sammelband *Judenhass im Kunstbetrieb. Reaktionen nach dem 7. Oktober* gibt schon im Titel eine Teilantwort auf diese Frage. Herausgeber Matthias Naumann beginnt im einleitenden Kapitel mit einer ernüchternden Feststellung: Der »schon vorher latent vorhanden gewesen[e]« Antisemitismus präge nun »als Hass« nicht weniger als »die Atmosphäre im Kunstbetrieb« (S. 11). Inwieweit dieses dramatische Urteil Bestand hat, dem gehen die Autorinnen und Autoren des Sammelbands in weiteren sieben Beiträgen nach. Dabei beleuchten sie jeweils einzelne Bereiche des Kunst- und Kulturbetriebs – Literatur, bildende Kunst, Musik, Theater, Tanz, Film und Comic.

So zeichnen etwa Dana von Suffrin und Jonathan Guggenberger – beide selbst publizistisch tätig – das Bild einer Kunst- und Literaturbranche im Ausnahmezustand. In den Monaten nach dem 7. Oktober beobachteten sie, wie Akteurinnen und Akteure des Kulturbetriebs ihren Palästina-Aktivismus nahtlos mit ihrer schöpferischen Tätigkeit verbanden und dabei erhebliche Energien aufwendeten, um sich als Streiter für das Gute – gegen Israel – zu inszenieren.

Dabei mündet dieser moralisch aufgeladene Kampf immer wieder in Kleinkriegen um offene Briefe, Statements, öffentliche Auftritte und staatliches Geld – nicht ohne Potenzial: Wer für seine aktivistisch-künstlerische Arbeit keine Bühne, Räume oder Förderung erhält, so suggeriert der Beitrag, kann sich eindrucksvoll als jemand inszenieren, dessen Arbeit von einem vermeintlich autoritären

Regime zensiert wird. Guggenberger beklagt, dass die Kunst selbst dabei die fast schon kleinste Rolle spielt und resümiert: »Dass es auch freie, kritische – ja sogar staatskritische – Kunst abseits staatlicher Förderung geben könne, der Staat mit seinen selbstgesetzten Förderrichtlinien also nicht der Garant für eine dementsprechende Kunst ist, wurde ebenso übergangen, wie die simple Einsicht, dass die implizite Anerkennung des Existenzrechts Israels in Förderanträgen nicht das Ende der Kunstfreiheit ist.« (S. 67)

Stilistisch unterscheiden sich die Beiträge im Sammelband erheblich, was die Lektüre erfrischend gestaltet. Mal sind es analytische Texte wie die historisch geschulte und gründlich recherchierte Materialsammlung zu antiisraelischen und antisemitischen Tendenzen in der Popmusik von Jakob Baier. Mal sind die Beiträge eher persönlich oder essayistisch, wie etwa »Die große Kälte« von Esther Slevogt – Theaterkritikerin und Chefredakteurin des Online-Portals *Nachtkritik* –, die sich mit dem beschäftigt, was nach dem 7. Oktober 2023 eher fehlte: Empathie und Solidarität mit den Opfern des Hamas-Angriffs. Korrekt bemerkt Slevogt auch, dass die »sonst so meinungsfreudige Branche« (S. 95) beim Ukraine-Konflikt oder dem Attentat auf die französische Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* mit ihren Solidaritätsadressen nicht so zurückhaltend blieb.

Insbesondere die Beiträge zu »Judenhass im zeitgenössischen Tanz« von Alexander H. Schwan sowie zu »Karikaturen und Comics nach dem 7. Oktober 2023« von Ole Frahm zeigen eindrücklich, was die Antisemitismusforschung seit längerem ahnt: Hinter mancher vermeintlich propalästinensischen Positionierung verbirgt sich auch immer wieder das Bedürfnis, den Holocaust zu verharmlosen, in seiner Dimension zu leugnen oder Israel und die Israelis als die neuen Täter zu kennzeichnen, mit denen ebenso zu verfahren sei wie mit den historischen Nationalsozialisten.

Das führt Stella Leder und Benno Plassmann abschließend zu der ernüchternden Einschätzung: »Die Selbstregulierung des Kulturbetriebs bezogen auf Antisemitismus funktioniert nicht.« (S. 197) Nach der Lektüre will man ihnen zustimmen: Gerade die große moralische Geste, die Berufung auf Kunst- und Meinungsfreiheit und die Schnelllebigkeit sowie Verkürzungstendenzen der sozialen Medien machen es den klassischen Institutionen schwer, als Israelkritik getarnten Antisemitismus zu erkennen und ihm wirksam entgegenzutreten. Hinzu gesellt sich ein Angstklima, das nunmehr einen Anteil daran hat, dass israelische oder palästinensische Künstlerinnen und Künstler und Werke lieber gar nicht mehr angefragt, eingeladen, gefördert, ausgestellt werden – ganz gleich, welche Positionen sie zum Nahost-Konflikt vertreten.

Diese bedenkliche Entwicklung im Detail festzuhalten und sie dadurch nicht nur besser zu erkennen, sondern auch zu begreifen, dazu leistet der Band einen ergiebigen Beitrag.

Konstantin Nowotny  
*Berlin*

## Chronik eines Kriegs



**Saul Friedländer**

*Israel im Krieg. Ein Tagebuch*

Aus dem Englischen von Andreas

Wirthensohn

München: C.H.Beck, 2024, 204 S., € 24,–

Eigentlich hatte Saul Friedländer im Januar 2023 begonnen, ein für die Öffentlichkeit gedachtes Tagebuch zu schreiben, um die politischen Ereignisse in Israel rund um die geplante Justizreform zu dokumentieren, die den demokratischen Charakter des Lands dramatisch infrage stellte. Die zum Teil aus extrem rechten Kräften bestehende Regierung Benjamin Netanjahus versuchte zunehmend, den Rechtsstaat auszuhebeln und ein autoritäres Regime zu etablieren. Den lautstarken Demonstrationen der Protestbewegung, die als Reaktion auf diese Pläne Woche für Woche in Israel stattfanden, konnte sich der 90-jährige Friedländer nicht mehr anschließen. Sein in den USA verfasstes Tagebuch, das Mitte Oktober 2023 bei C.H.Beck unter dem Titel *Blick in den Abgrund* erschien, war gewissermaßen sein Beitrag zum Kampf um die israelische Demokratie. Als er es im Juli 2023 fertigstellte, ahnte er nicht, dass sich der titelgebende Abgrund, in den er einen Blick gewähren wollte, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch dramatisch düsterer darstellen würde.

Am 7. Oktober 2023 erklärte die palästinensische, radikal-islamistische Terrororganisation Hamas Israel den Krieg: In den frühen Morgenstunden fiel sie in die grenznahen Ortschaften und Kibbuzim ein, griff ein Musikfestival an und drang tief in israelisches Staatsgebiet vor. Insgesamt ermordeten palästinensische Kämpfer 1.139 Menschen, verletzten mehr als 5.400 und entführten 251 weitere als Geiseln in den Gazastreifen. Der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden seit Ende des Zweiten Weltkriegs stürzte das Land in eine der schlimmsten Krisen seiner Geschichte und veranlasste den Holocaustforscher, sein Tagebuch wieder aufzunehmen.

Vom Tag des Überfalls im Herbst 2023 bis Ende Mai 2024, mit einer Unterbrechung von Mitte Februar bis Ende März, hält er die sich im Nachgang entfaltenden Ereignisse und das Kriegsgeschehen fest. Die monatelangen Proteste und der politische Streit um die Justizreform brachen zunächst ab, ein Kriegskabinett wurde gebildet und die »israelische Gesellschaft zur Verteidigung des Landes« schien vorerst geeint (S. 20).

Die Tagebucheinträge erinnern noch einmal eindrücklich an das Versagen der Geheimdienste und des Militärs sowie die desaströse Informationslage, die das ganze Ausmaß der Katastrophe erst nach

Tagen und Wochen hat sichtbar werden lassen. Friedländer beobachtet sehr genau die israelische Innenpolitik, die Abwesenheit der staatlichen Institutionen, das Einspringen der Zivilgesellschaft an ihrer Stelle sowie das Geisel-Abkommen vom November 2023. Besonders schmerzlich lesen sich die Einträge vom Frühjahr 2024, die verdeutlichen, dass die Details für das Waffenstillstandsabkommen vom Januar/Februar 2025 bereits damals weitgehend ausgearbeitet waren.

Friedländer richtet den Blick auch kritisch auf die eskalierende Siedlergewalt im Westjordanland und die sich stetig verschlechternde Lage der palästinensischen Zivilbevölkerung in Gaza. Da Friedländer aus seiner US-amerikanischen Wahlheimat für eine deutsche Leserschaft die Informationen zusammenfasst und kommentiert, die er US-amerikanischen und israelischen Tageszeitungen entnimmt, mag sich jedoch kein richtiges Stimmungsbild der Lage in Israel ergeben. Die Distanz, die den kritischen Blick von außen erst ermöglicht und von dem der erste Band enorm profitierte, gerät hier zum Nachteil. Eindrücklicher sind seine Beobachtungen einer neuen Welle des Antisemitismus, vor allem an US-amerikanischen Universitäten, »die die meisten Israelis nicht spüren oder fürchten« (S. 124). Mit Fassungslosigkeit beobachtet er »de[n] enorme[n] Ausbruch von Hass gegen Juden, mit anderen Worten die Gleichsetzung von Israelis und Juden in einem Anfall von Antisemitismus, wie es ihn im Westen seit der Hochzeit des Nazismus nicht mehr gegeben hat« (S. 66).

Wer die Ereignisse seit dem 7. Oktober aufmerksam verfolgt hat, wird in dem Band jedoch leider nicht viel Neues finden. War der erste Tagebuchband angereichert mit Kommentaren und Rückblicken auf die Geschichte des Lands, das Friedländer einst mit aufgebaut hatte, fehlen diese im zweiten Band bedauerlicherweise weitgehend. Einträge, die über das Tagesgeschehen hinausgehen, sind selten. Wichtig ist allerdings Friedländers Einschätzung, ob es sich bei den Kriegshandlungen Israels im Gazastreifen um einen Genozid handelt. Er distanziert sich explizit von seinem ehemaligen Schüler Omer Bartov, der Israel sehr früh des Völkermords beschuldigte (S. 121 f.) und bis heute an diesem Vorwurf festhält.

Friedländers Tagebuch ist zweifellos ein bedeutendes Zeitdokument, dessen Lektüre längst aus dem Bewusstsein gerückte Ereignisse wieder in Erinnerung ruft. Es empfiehlt sich, beide Bände in Zusammenschau zu lesen, verdeutlicht doch gerade der erste Band eindrücklich die fragile innenpolitische Lage Israels am Vorabend des Massakers, die auch von der Hamas sehr genau beobachtet wurde. Die Zäsur des 7. Oktobers, der den drohenden Abgrund in eine Hölle verwandelte, zeigt sich so besonders eindrücklich.

Wer jedoch nach einer tiefergehenden Analyse und einer historischen Einordnung des 7. Oktobers sucht, sollte lieber zu Ron Leshems *Feuer. Israel und der 7. Oktober* greifen.

Andrea Kirchner

Fritz Bauer Institut

## War Opa doch ein Nazi?



**Kirsten Hoffmann, Bernhard Homa, Nicolas Rügge (Hrsg.)**

*Personenbezogene Unterlagen zur NS-Zeit und ihren Folgen im Niedersächsischen Landesarchiv. Quellengruppen und Nutzungsmöglichkeiten*

Hannover: Niedersächsisches

Landesarchiv, 2023, 132 S., € 9,–

Die viel beachtete Studie *Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis* arbeitete im Jahr 2002 erstmals einen augenfälligen Gegensatz zwischen dem Wissen vieler Deutscher über die Jahre 1933 bis 1945 und dessen Übertragung auf die eigene Familiengeschichte heraus. »Verblüffenderweise scheint das Familiengedächtnis in der Lage zu sein, öffentliche Diskurse über den Holocaust oder über die Verbrechen der Wehrmacht in [...] [eine] Alltagstheorie zu inkorporieren, deren Kern darin besteht, dass Deutsche und »Nazis« zwei völlig verschiedene Personengruppen waren«, lautete damals das Fazit der Untersuchung.<sup>1</sup> Auch 20 Jahre später scheint sich an diesem Umstand wenig geändert zu haben. So waren laut einer repräsentativen Umfrage zwei Drittel aller Deutschen im Jahr 2020 der Meinung, ihre Vorfahren seien nicht zum Kreis der Täterinnen und Täter während der NS-Zeit zu zählen.<sup>2</sup> Offenbar wurde und wird die Geschichte der eigenen Familie vielerorts durch die Überlieferung zwischen den Generationen »immer weiter geformt – und das losgelöst von irgendeiner Form des Faktenchecks«.<sup>3</sup>

Das Ausbleiben eines solchen Faktenchecks kann als Unwille zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der eigenen Vorfahren interpretiert werden. Möglicherweise ist es aber schlicht auch Ausdruck der Unkenntnis, wo überhaupt Fakten zu suchen wären. An diesem Punkt setzt das neu erschienene Handbuch des Niedersächsischen Landesarchivs an. Es stellt elf Aktengruppen

1 Harald Welzer, Sabine Moller, Karoline Tschuggnall, *Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*, Frankfurt am Main 2002, S. 205.

2 Vgl. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft (evz) (Hrsg.), *MEMO. Multidimensionaler Erinnerungsmonitor Studie III 2020*, Bielefeld 2021, S. 15.

3 »Die Vergangenheit wird als Fiktion verhandelt«. Gespräch mit der Literaturwissenschaftlerin Daniela Henke über fiktionales und faktuales Erzählen und die Vermeidung einer Auseinandersetzung mit NS-Täterschaft, 31.07.2020, Freiburg«, in: Clemens Böckmann, Johannes Spohr (Hrsg.), *Phantastische Gesellschaft. Gespräche über falsche und imaginierte Familiengeschichten zur NS-Folgerung*, Berlin 2022, S. 185–201, hier: S. 200.

aus sieben Abteilungen des Landesarchivs vor, in denen Interessierte personenbezogene Unterlagen zur NS-Zeit und ihren Folgen finden können. Die Auswahl reicht von der schriftlichen Überlieferung der Finanzverwaltungen über Strafprozess- und Entnazifizierungs- bis hin zu Wiedergutmachungsakten. Dabei werden auch solche Aktengruppen näher in den Blick genommen, von denen die historische Forschung bislang nur selten Gebrauch gemacht hat, etwa Erbgesundheitsakten oder Akten zur Kriegsofferversorgung.

Der Aufbau der einzelnen Beiträge folgt stets demselben klaren Schema: An eine Hinführung zur Aktengruppe, in der bereits Erwartungsmanagement hinsichtlich dessen betrieben wird, was Nutzerinnen und Nutzer in den Archivalien finden dürften, schließen sich hilfreiche Erläuterungen zum zugehörigen Verwaltungsverfahren sowie zu Aufbau und Inhalt der jeweiligen Akten an. Nachfolgend werden Quellenwert, Nutzungsbedingungen und ergänzende Überlieferungen besprochen. Ein Kapitel zu den allgemeinen Nutzungsmöglichkeiten im Niedersächsischen Landesarchiv – das im Wesentlichen die Regelungen hinsichtlich der Schutzfristen im Niedersächsischen Archivgesetz wiedergibt – sowie ein Abschnitt zu Recherchemöglichkeiten außerhalb des Landesarchivs rahmen schließlich die Vorstellung der elf Aktengruppen sinnvoll ein.

Das Handbuch des Niedersächsischen Landesarchivs ist über die Landesgrenzen hinweg unbedingt zu empfehlen. Zwar weisen einige der hier präsentierten Aktengruppen regionale Spezifika auf – beispielsweise sind Erbhöfakten wegen des hohen Prozentsatzes an Erbhöfen auf dem Gebiet des späteren Lands Niedersachsen für die Landesgeschichte besonders relevant –, dennoch erlaubt die kompakte Einführung den Einstieg in vergleichbare Bestände auch anderer Staats- und Landesarchive. Bedauerlich ist einzig, dass die Herausgeber in ihren Texten weitgehend auf aktenskundliche Ausführungen verzichtet haben. Die Leserinnen und Leser des Handbuchs werden so in der konkreten Auseinandersetzung mit den Unterlagen, die sie mithilfe des Handbuchs gefunden haben, allein gelassen. Hier hilft Interessierten jedoch der hervorragende Onlinekurs »Modern Diplomats of the Holocaust« weiter, der auf Deutsch und auf Englisch kostenfrei über die Webpräsenz der European Holocaust Research Infrastructure (EHRI) absolviert werden kann.<sup>4</sup>

Johannes Beermann-Schön

Fritz Bauer Institut

4 »Modern Diplomats of the Holocaust«, in: *European Holocaust Research Infrastructure (EHRI)*, <https://training.ehri-project.eu/unit/6-modern-diplomats-holocaust> (20.3.2025).

# Fritz Bauer Institut im Überblick

## Das Fritz Bauer Institut

Das Fritz Bauer Institut ist eine unabhängige, zeitgeschichtlich ausgerichtete und interdisziplinär orientierte Forschungs- und Bildungseinrichtung. Es untersucht und dokumentiert die Geschichte der nationalsozialistischen Massenverbrechen – insbesondere des Holocaust – und deren Wirkung bis in die Gegenwart. Das Forschungsprogramm des Instituts umfasst den Zeitraum der Vorgeschichte des Nationalsozialismus bis zu seinen in die Gegenwart reichenden Folgewirkungen in einem transnationalen und transdisziplinären Rahmen. Die Vermittlung aktueller Fragen und Ergebnisse der Holocaust- und Zeitgeschichtsforschung steht im Mittelpunkt der Bildungsarbeit des Instituts. Sie umfasst Vortragsveranstaltungen und Ausstellungen für die interessierte Öffentlichkeit und das Fachpublikum ebenso wie Fortbildung und Beratung für Lehrkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. In der Arbeit mit Schülerinnen und Schülern wie auch in der Erwachsenenbildung fungiert das Fritz Bauer Institut als außerschulischer Lernort.

Das Institut trägt den Namen Fritz Bauers und ist seinem Andenken verpflichtet. Fritz Bauer (1903–1968), jüdischer Jurist und radikaler Demokrat, widmete sich seit seiner Rückkehr aus dem Exil in Skandinavien 1949 der Rekonstruktion des Rechtssystems in der Bundesrepublik Deutschland und der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Verbrechern. Im Jahr 1956 wurde er Generalstaatsanwalt in Hessen und hat maßgeblich den Frankfurter Auschwitz-Prozess angestoßen, der im Dezember 1963 begann und im August 1965 endete. Dass Adolf Eichmann, der Organisator der Todestransporte in die Vernichtungslager, gefasst und 1961 in Jerusalem vor Gericht gestellt werden konnte, ist ebenfalls wesentlich auf Bauer zurückzuführen, der dem israelischen Geheimdienst Mossad den entscheidenden Hinweis zum Aufenthaltsort Eichmanns in Argentinien gab.

Das Fritz Bauer Institut wurde am 11. Januar 1995 vom Land Hessen, der Stadt Frankfurt am Main und dem Förderverein Fritz Bauer Institut e.V. als Stiftung bürgerlichen Rechts ins Leben gerufen. Als kooperierendes Institut ist es seit Herbst 2000 mit der Goethe-Universität Frankfurt am Main assoziiert und hat seinen Sitz im IG Farben-Haus auf dem Campus Westend. Im Stiftungsrat des Instituts sind das Land Hessen, die Stadt Frankfurt am Main, die Goethe-Universität und der Förderverein des Fritz Bauer Instituts e.V. vertreten. Der Förderverein und der Wissenschaftliche Beirat unterstützen und begleiten seine Arbeit.

Im Jahr 2017 wurde der Lehrstuhl zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust geschaffen – der erste in Deutschland zu diesem Themenfeld – und am Historischen Seminar der Goethe-Universität angesiedelt. Er ist mit der Leitung des Fritz Bauer Instituts verbunden. Seine Einrichtung stärkt die Forschungsarbeit des Instituts und intensiviert seine Kooperation mit der Goethe-Universität.

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(Stand: Oktober 2025)

*Direktion des Fritz Bauer Instituts und Lehrstuhl zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust*  
Prof. Dr. Sybille Steinbacher

### Verwaltung

Manuela Ritzheim (Verwaltungsleitung und Projektmanagement)  
Marina Gribanova (Sachbearbeitung Verwaltung)  
Christopher Gomer B.A. (Wissenschaftliches Sekretariat)  
Lucas Freunschdt B.A. (Wissenschaftliches Sekretariat)  
Werner Lott (Technische Leitung/Digital- und Printmedien)

### Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Institut

apl. Prof. Dr. Tobias Freimüller (stellvertretender Direktor),  
PD Dr. Friederike Sattler, Dr. Sara Berger,  
Dr. Andrea Kirchner, Dr. Jens Kolata,  
Dr. Jörg Osterloh, Dr. Katharina Rauschenberger,  
Dr. Markus Roth, Dr. Andrea Rudorff,  
Dr. Katharina Stengel, Mirjam Schnorr M.A.,  
Inga Steinhauser M.A. (freie Mitarbeiterin),  
János Varga M.A.

### Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Lehrstuhl

Dr. Veronika Duma, Dr. Martin Mainka,  
Lars Hendrik Hollmann M.A.

### Archiv und Bibliothek

Johannes Beermann-Schön M.A., M.A. (Archiv und Dokumentation)  
Josefine Ruhe (Bibliothek), Martina Sichelschmidt (ehrenamtlich)

### Vermittlung und Transfer

Dr. Martin Liepach, Dirk Belda, Henrike Bogacki,  
Nadine Docktor (ehrenamtlich)

### Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler

Joscha Döpp M.A. (Doktorand, Promotionsstipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes),  
Kirsten Goetze (Doktorandin), Percy Herrmann M.A. (Doktorand, Promotionsstipendium Friedrich-Ebert-Stiftung),  
Chenxi Liu M.A. (Jürg Breuninger-Promotionsstipendium),  
Lara Raabe M.A. (Doktorandin, Promotionsstipendium der Gerda Henkel Stiftung), Lisa Schrimpf M.A., M.A. (Doktorandin, Promotionsstipendium der Stiftung Ökohaus Frankfurt), Lilia Tomchuk (Doktorandin, Saul Kagan Academic Fellowship der Claims Conference),  
Nils Weigt M.A. (Doktorand, Promotionsstipendium der Hans-Böckler-Stiftung)



### Studentische Hilfskräfte

Luise Busch, Ruth Dahlhoff, Joscha Döpp M.A.,  
Alina Sophie Hock, Alexander Kuch, Felix Plantenberg,  
Mats Rempe, Calvin Louis Zeller

### Workshops und Führungen

Katarina Bete, László Boroffka, Jannis Brandenburg,  
Julian Eisenhardt, Frieda Friese, Rebecca Möhle,  
Parisad Mousaviani, Kevin Schaub

## Wissenschaftlicher Beirat

Saba-Nur Cheema  
Goethe-Universität Frankfurt am Main  
Prof. Dr. Annette Eberle (stellv. Vorsitzende)  
Katholische Stiftungshochschule München/Benediktbeuern  
Prof. Dr. Lena Foljanty  
Universität Wien  
Prof. Dr. Norbert Frei  
Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Prof. Dr. Klaus Günther (Vorsitzender)  
Goethe-Universität Frankfurt am Main  
Dr. Jürgen Matthäus  
United States Holocaust Memorial Museum, Washington, D.C.  
PD Dr. Ljiljana Radonić  
Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien  
Prof. Dr. Maren Röger  
Universität Leipzig

Mag. Patrick Siegele

OeAD – Agentur für Bildung und Internationalisierung, Wien  
Prof. Dr. Nicholas Stargardt  
Magdalen College, Oxford

## Stiftungsrat

### Für das Land Hessen:

Boris Rhein, Ministerpräsident  
Timon Gremmels, Minister für Wissenschaft und Forschung,  
Kunst und Kultur

### Für die Stadt Frankfurt am Main:

Mike Josef, Oberbürgermeister  
Dr. Ina Hartwig, Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

### Für den Förderverein Fritz Bauer Institut e.V.:

Herbert Mai, Vorsitzender des Fördervereins  
Gabriele Mielcke, Schriftführerin des Fördervereins

### Für die Goethe-Universität Frankfurt am Main:

Prof. Dr. Enrico Schleiff, Universitätspräsident  
Prof. Dr. Hans Peter Hahn, Dekan, Fachbereich  
Philosophie und Geschichtswissenschaften

.....

Oben: Norbert Wollheim-Stele vor dem IG Farben-Haus auf dem Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Foto: Werner Lott



Titelabbildung: Werksgelände der HASAG in Leipzig, um 1940  
Foto: Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig / Familie Jochems

## Einsicht 2025 *Bulletin des Fritz Bauer Instituts*

17. Jahrgang, Ausgabe 26, November 2025  
ISSN 1868-4211

### Herausgeber:

Fritz Bauer Institut  
Norbert-Wollheim-Platz 1  
D-60323 Frankfurt am Main  
Telefon: +49 (0)69.798 322-40  
info@fritz-bauer-institut.de  
www.fritz-bauer-institut.de

### Redaktion:

Sybille Steinbacher (V.i.S.d.P.),  
Tobias Freimüller, Andrea Kirchner, Werner Lott,  
Jörg Osterloh, Katharina Rauschenberger, Markus Roth

**Gestaltung/Layout:** Werner Lott

**Lektorat:** Regine Strotbek

**Bildredaktion:** Christopher Gomer und die Redaktion

**Anzeigenredaktion:** Martina Sichelschmidt

**Herstellung:** Vereinte Druckwerke, Frankfurt am Main

**Erscheinungsweise:** einmal jährlich

**Auflage:** 4.400

### Copyright:

Fritz Bauer Institut, Stiftung bürgerlichen Rechts  
Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion

### Bankverbindung:

Fritz Bauer Institut, Frankfurter Sparkasse  
SWIFT/BIC: HELADEF1822  
IBAN: DE91 5005 0201 0000 3219 01  
Steuernummer: 014 255 26821, Finanzamt Frankfurt am Main

Die Beiträge der Autorinnen und Autoren geben nicht zwingend die inhaltliche Position der Mitglieder der Redaktion wieder.

Das Bulletin des Fritz Bauer Instituts erscheint mit freundlicher Unterstützung des Fördervereins Fritz Bauer Institut e.V.



### QR-Code:

Link zu allen Ausgaben von *Einsicht. Bulletin des Fritz Bauer Instituts* als PDF-Dateien.  
URL: [fritz-bauer-institut.de/einsicht.html](http://fritz-bauer-institut.de/einsicht.html)



*Fördern Sie  
mit uns  
das Nachdenken  
über den  
Holocaust*

Abbildung: Fritz Bauer  
Foto: Schindler-Foto-Report

## Das Fritz Bauer Institut

Im Jahr 1995 – fünfzig Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus – wurde in Frankfurt am Main die Stiftung »Fritz Bauer Institut, Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust« gegründet. Das Institut ist ein Ort der Auseinandersetzung unserer Gesellschaft mit der Geschichte des Holocaust und seinen Auswirkungen bis in die Gegenwart. Es trägt den Namen Fritz Bauers, des ehemaligen hessischen Generalstaatsanwalts und maßgeblichen Initiators des Frankfurter Auschwitz-Prozesses (1963–1965). Seit 2002 hat das Institut seinen Sitz auf dem Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

## Der Förderverein

Der Förderverein des Fritz Bauer Instituts konstituierte sich im Januar 1993 in Frankfurt am Main. Er unterstützt die wissenschaftliche, pädagogische und dokumentarische Arbeit des Fritz Bauer Instituts und hat durch das ideelle und finanzielle Engagement seiner Mitglieder und zahlreicher Spender wesentlich zur Gründung der Stiftung beigetragen. Der Verein sammelt Spenden für die laufende Arbeit des Instituts, er schafft neue Kontakte und stößt gesellschaftliche Debatten an. Für die Zukunft gilt es, die Projekte und den Ausbau des Fritz Bauer Instituts weiter zu fördern, seinen Bestand langfristig zu sichern und seine Unabhängigkeit zu wahren. Ein mitgliederstarker Förderverein setzt ein deutliches Signal bürgerschaftlichen Engagements und kann die Interessen des Instituts wirkungsvoll vertreten. Zu den zahlreichen Mitgliedern des Fördervereins aus dem In- und Ausland gehören engagierte Bürgerinnen und Bürger, bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Kultur und Politik, aber auch Verbände, Vereine, Institutionen und Unternehmen sowie zahlreiche Landkreise, Städte und Gemeinden.

## Der Vorstand

Herbert Mai (Vorsitzender), Prof. Dr. Eva-Maria Ulmer (stellv. Vorsitzende), Dr. Thomas Kreuder (Schatzmeister), Gabriele Mielcke (Schriftführerin), Dr. Philipp Georgy, Philipp Jacks, Dr. Daniela Kalscheuer, Hans Riebsamen, Dieter Wesp (Beisitzer)

## Förderverein

*Fritz Bauer Institut e.V.*

Norbert-Wollheim-Platz 1  
60323 Frankfurt am Main  
Telefon: + 49 (0)69 24741110  
verein@fritz-bauer.org  
fritz-bauer.org

### Werden Sie Mitglied!

Jährlicher Mindestbeitrag: € 60,-  
Partnerbeitrag: € 100,-  
Ermäßigter Beitrag für Schüler, Studenten und Auszubildende: € 30,-  
Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

### Spendenkonto

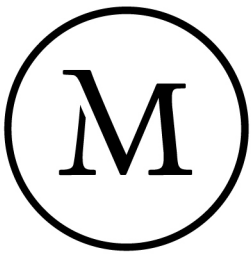
Frankfurter Sparkasse  
IBAN: DE43 5005 0201 0000 3194 67  
SWIFT/BIC: HELADEF1822

### Werben Sie neue Mitglieder!

Informieren Sie Ihre Bekannten, Freunde und Kollegen über die Möglichkeit, sich im Förderverein zu engagieren. Gern senden wir Ihnen Informationsmaterial zur Fördermitgliedschaft und zur Arbeit des Fritz Bauer Instituts zu.

QR-Codes  
der Websites:  
Fritz Bauer Institut  
und Förderverein





# NEUERSCHEINUNGEN 2025 (AUSWAHL)

METROPOL VERLAG | ANSBACHER STR. 70 | 10777 BERLIN  
BESTELLUNGEN UND REZENSIONSEXEMPLARE: DR. NICOLE WARMBOLD  
TEL.: (030) 23 00 46 23 | E-MAIL: NICOLE.WARMBOLD@METROPOL-VERLAG.DE



MARTIN CÜPPERS (HRSG.)

**GHETTO WARSCHAU:  
AUFSTAND UND VERNICHTUNG  
IM STROOP-BERICHT**  
Neuedition mit Zusatzdokumenten

ISBN: 978-3-86331-786-7  
280 Seiten; 200 Abbildungen · 29,90 € · Hardcover

Der Bericht des Warschauer SS- und Polizeiführers Jürgen Stroop über die Niederschlagung des Ghettoaufstands (20. April–16. Mai 1943) blieb – anders als einzelne Fotos – als Gesamtdokument vergleichsweise wenig beachtet. Mit der vorliegenden Edition ist die Gesamtquelle nach Jahrzehnten wieder in Buchform zugänglich. Erstmals werden zahlreiche zusätzliche Quellen ediert. Umfassend wissenschaftlich eingeleitet und kommentiert, vermittelt die Edition des Stroop-Berichts neue Erkenntnisse zum Ghettoaufstand und dem mörderischen Vorgehen der Nationalsozialisten.



JÜRGEN MATTHÄUS

**GERAHMTE GEWALT**  
Fotoalben von Deutschen im „Osteinsatz“ und die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg

ISBN: 978-3-86331-794-2  
424 Seiten; 80 Abbildungen · 39,- € · Hardcover

Sie liegen in Schubladen und Kellern von Wohnhäusern, auf Verkaufstischen von Flohmärkten und in Archiven: Private Fotoalben sind materielle Zeugnisse, wie Deutsche den Zweiten Weltkrieg erlebten und wie sie ihn erinnern wissen wollten. Basierend auf der Auswertung einiger Hundert Privat-alben und mit Fokus auf den deutschen Vernichtungskrieg „im Osten“ untersucht Jürgen Matthäus, was ihre Kriegserzählung ausmacht, wie die Gewalt repräsentierten und welche Spuren ihr Bild deutscher Verbrechen und deutscher Opferschaft bis heute im Familiengedächtnis hinterlassen hat.



STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS/MARCHIVUM/STADTARCHIV LUDWIGSHAFEN (HRSG.)

**DIE TAT IM BILD**  
Die Deportation von Jüdinnen und Juden aus der Pfalz nach Gurs

ISBN: 978-3-86331-787-4  
128 Seiten; 45 Abbildungen · 16,- € · Hardcover

Am 22. Oktober 1940 deportierte die Gestapo mehr als 6500 Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saarland nach Südfrankreich. Eine Fotoserie dokumentiert die Ereignisse des Tages in Ludwigshafen, einem der Sammelpunkte. Von dort aus wurden 420 Männer, Frauen und Kinder verschleppt. Mit 21 Aufnahmen gehört die Serie zu den umfangreichsten fotografischen Zeugnissen einer Deportation aus Deutschland. Der Band präsentiert neue Erkenntnisse über Kontext und Ablauf der Deportation sowie zur Überlieferung und Nutzung der Bilder und nennt – soweit möglich – die Namen der Opfer.

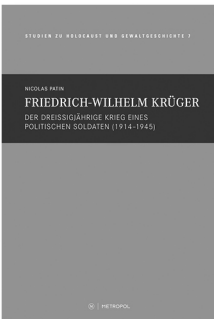


DMITRI SILBERMANN

**ANTISEMITISMUS  
IM BRIEFUMSCHLAG**  
Die „Judenfrage“ in deutscher Privatkorrespondenz der NS-Zeit.  
Mit einem Vorwort von Christoph Kreuztmüller

ISBN: 978-3-86331-800-0  
200 Seiten, 30 Abbildungen · 22,- € · Hardcover

Als Dmitri Silbermann in den 1990er-Jahren aus Moskau nach Berlin kam, war er vielerorts mit der Vergangenheit konfrontiert. Wie aber dachten „einfache Deutsche“ in der NS-Zeit über die „Judenfrage“? Er begann, deutsche Feldpost und Zivilkorrespondenz zu suchen. Hier stellt er ausgewählte Briefe und Fotografien vor. Einige Briefe thematisieren die Situation der jüdischen Bevölkerung. Kurze Bemerkungen, beiläufig erwähnte Beobachtungen, fast harmlos klingende Äußerungen über „die Juden“ offenbaren, wie scheinbar normal Antisemitismus damals war.



NICOLAS PATIN

**FRIEDRICH-WILHELM KRÜGER**  
Der Dreißigjährige Krieg eines politischen Soldaten (1914–1945)

ISBN: 978-3-86331-797-3  
269 Seiten · 26,- € · Hardcover

Als Höherer SS- und Polizeiführer organisierte Friedrich-Wilhelm Krüger im besetzten Polen während des Zweiten Weltkriegs die Ermordung von Millionen polnischer Juden. Wie wurde aus dem jungen Deutschen, der 1914 im Alter von zwanzig Jahren in den Krieg zog, einer der schlimmsten NS-Täter? Weder individualpsychologische Ansätze noch die Zugehörigkeit zu einer Generation opportunistischer Deklassierter erklären, was diese Biografie zu schildern versucht: wie ein gewöhnlicher Mann zum Henker wurde.



FLORIAN GREGOR

**FRANZ STANGL (1908–1971):  
LEBEN – BIOGRAFISCHE  
ERZÄHLUNG – REZEPTION**  
Annäherungen an einen NS-Täter

ISBN: 978-3-86331-806-2  
376 Seiten · 34,- € · Hardcover

Franz Stangl musste sich als einziger ehemaliger Kommandant eines NS-Vernichtungslagers in Deutschland vor Gericht verantworten. 1970 verurteilte ihn das Landgericht Düsseldorf zu lebenslanger Haft. Vor Gericht und in Gesprächen mit der Journalistin Gitta Sereny hatte Stangl eine biografische Erzählung präsentieren können, die sich schließlich in Wissenschaft und Öffentlichkeit etablierte. Florian Gregor untersucht, wie es Stangl gelang, seine Deutung der NS-Vergangenheit zu verbreiten.



CHRISTOPH HEYL (Hrsg.)

**„ES WIRD NICHT EHER HELL,  
BIS ES GANZ DUNKEL GEWESEN IST“**  
Das Lagertagebuch des Isy Aronowitz,  
13. Dezember 1940 – 26. August 1943

ISBN: 978-3-86331-793-5  
LXXVIII + 312 Seiten · 26,- € · Hardcover

Isy Aronowitz wurde 1938 im Alter von 25 Jahren als „Ostjude“ deportiert. Er kam in das Ghetto Lodz und dann in zwei Lager, in denen er Zwangsarbeit beim Bau einer Autobahn sowie in der Rüstungsindustrie leisten musste. Vom Dezember 1940 bis zum August 1943 hielt er sein damaliges Leben in einem Tagebuch fest. Damit liegt erstmals eine umfangreiche Quelle vor, die aus der Perspektive eines Zwangsarbeiters über den Alltag beim Autobahnbau spricht.



HANKA GRUPIŃSKA

**WIR WAREN JA NUR  
EINFACHE SOLDATEN**  
Gespräche mit Aufständischen  
des Warschauer Ghettos

ISBN: 978-3-86331-798-0  
400 Seiten; 50 Abbildungen · 28,- €

Vor vier Jahrzehnten führte die polnische Journalistin und Autorin Hanka Grupańska Gespräche mit Überlebenden des Warschauer Ghettoaufstands. Ihr erster Interviewpartner war Marek Edelman, in den 1980er- und 1990er-Jahren suchte sie weitere ehemalige Mitglieder der jüdischen Kampforganisation in Polen, Israel und Kanada auf. Sie erinnern sich ganz unterschiedlich an ihren Widerstand gegen die deutschen Besatzer. Vielstimmigkeit, Individualität und auch Widersprüche bleiben erhalten.